

Nr.

6

Juni
1987

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1987
34. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gernhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gernhardt
Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Raimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Müller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 15
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Die beiden etwas in die Jahre gekommenen Herren, die auf dem Titelbild so erwartungsvoll und interessiert dreinschauen, haben sozialdemokratische Programmgeschichte geschrieben. Eduard Bernstein und Karl Kautsky konzipierten einst, 1891, gemeinsam das klassisch-marxistische Erfurter Programm. Wenige Jahre später trennten sich ihre Wege – politisch, nicht menschlich. Der marxistische Geist Kautskyscher Prägung sollte die deutsche Sozialdemokratie noch jahrzehntelang beherrschen. Doch mit dem Godesberger Programm, so meinte Carlo Schmid anlässlich des Zentenariums der Partei 1963, habe schließlich Eduard Bernstein „auf der ganzen Linie gesiegt“.

Wie auch immer: Der Irseer Programmentwurf erkennt die „Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre“ wieder ausdrücklich als eine der entscheidenden Wurzeln des demokratischen Sozialismus an. Selbst die Schriften eines Eduard Bernstein können nicht verleugnen, daß ihr Verfasser durch die strenge Schule der materialistischen Geschichtsauffassung gegangen ist. In vielerlei Hinsicht stehen wir eben alle auf den Schultern von Karl Marx. Insofern tat Waldemar von Knoeringen recht, in seiner Eröffnungsrede auf dem Godesberger Parteitag 1959 auch das vielgeschmähte Kommunistische Manifest selbstbewußt in die bewegte Programmtradition der Sozialdemokratie einzubeziehen.

Merkwürdigerweise oder – wenn man so will – bezeichnenderweise war gerade die Sozialdemokratie immer eine Programmpartei. Konservative Parteien vom Zuschnitt der Union oder der (wirtschaftskonservativen) FDP bedürfen keiner Grundsatzprogramme. Die Konservierung des Bestehenden, d. h. der bestehenden Machtverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft, ist bereits ihr Programm. Was Wunder, daß weder das Ludwigshafener/Berliner Programm noch die vielbeschworenen Freiburger Thesen jemals irgendeine nennenswerte Rolle für das politische Handeln der beiden Regierungsparteien gespielt haben. Aber auch ein Versuch der Grünen, sich auf gemeinsame programmatische Grundsätze zu verständigen, wo es eben nicht nur auf das wirkungsvolle „l'accuse“, sondern auf realistische Veränderungsstrategien ankäme, müßte wohl ebenso kläglich wie spektakulär scheitern.

Eine Partei wie die SPD jedenfalls, die sich zur grundlegenden Umgestaltung von Wirtschaft und

Gesellschaft bekennt, kommt nicht umhin, ihre Grundsätze und Ziele offen darzulegen, diese aber auch von Zeit zu Zeit – im Lichte veränderter objektiver Verhältnisse und Handlungsbedingungen – einer „nochmaligen kritischen Überprüfung“ zu unterziehen, wie Eduard Bernstein das Geschäft des Revidierens nannte. So ist denn Programmdiskussion zuallererst Selbstvergewisserung im Grundsätzlichen. Bereitschaft zur Selbstkritik und zur nüchternen Analyse ist mitzubringen.

Über die „neuen Fragestellungen“, auf die das Programm Antworten zu geben habe, ist viel geredet und geschrieben worden. Es sei gestattet, die banale Frage anzufügen, ob nicht manche „alte“ Fragestellung zu voreilig und euphorisch für historisch erledigt erklärt worden ist. Das betrifft die Lassallesche Genossenschaftsidee genauso wie das Problem gesellschaftlicher Kontrolle privater ökonomischer Verfügungsmacht (siehe die Beiträge von Hans-Jochen Vogel und Peter von Oertzen). Denn die alte „soziale Frage“ erschöpfte sich nicht bloß in der Befreiung des Proletariats aus unmittelbarem physischem Elend und sklavenhalterischen Abhängigkeitsverhältnissen – sie richtete sich auf die Beseitigung des „Systems der Lohnarbeit“ selbst.

Ein Grundsatzprogramm ist nicht das Elaborat einiger weniger kluger „Vordenker“, hinter deren Zielvorgaben dann die breite Mitgliedschaft hinterherzuhecheln hätte. Es kann vielmehr immer nur Ausdruck eines sich umfassend vollziehenden Bewußtseinswandels, einer neuen Sicht der Dinge sein. (Was nicht ausschließt, daß es gelegentlich „gut beraten“ ist – siehe das Frauenkapitel im Irseer Entwurf –, dem tatsächlichen Stand des Durchschnittsbewußtseins in der Partei ruhig auch einmal vorauszuweichen.)

Ein Grundsatzprogramm, mit dem sich schließlich alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten identifizieren sollen, kann gewiß nicht in Kampfabstimmungen übers Knie gebrochen werden. Es darf sich allerdings auch nicht auf jene Art Konsensbildung verlegen, die umstrittene Probleme zwar nicht ausklammert, aber durch wolkenhafte Formulierungen zu überdecken versucht. Die notwendigerweise intensiv zu führende Diskussion um den Programmentwurf bietet zugleich auch die Chance, einen wechselseitigen Bewußtseinsbildungs- und Lernprozeß auf den Weg zu bringen. Erhard Eppler tat also gut daran, auf dem Essener Parteitag 1984 zu betonen: „Ein neues Grundsatzprogramm ist soviel wert wie der Diskussionsprozeß, der dahin führt, und wie die Zahl und das Engagement der Menschen, die daran teilnehmen.“ R.D.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
484	Michael Schneider	Die Vergangenheit, die nicht vergehen will
496	Herbert Bauch/ Dieter Eckhardt	Wer von der Vergangenheit nicht reden will, der soll von der Zukunft schweigen. Anmerkungen zu einer unsäglichen Debatte
		Thema: Zwischenstation in Irsee
504	Hans-Jochen Vogel	Das Erbe Laessles und der Auftrag des demokratischen Sozialismus in der Gegenwart
514	Peter von Oertzen	Konfliktfelder in der Programmdiskussion
525	Jean-Pierre Chevenement	Übereinstimmungen und Differenzen. Das „projet Irsee“ aus französischer sozialistischer Sicht
528	Hermann Glaser	Ein aufgeblähter Schaumberg. Zum Kulturteil des Irseer Entwurfs
535	Guntram von Schenck	Die richtigen Einsichten – aber nicht die Kraft, sie durchzusetzen? Anmerkungen zum Irseer Programmentwurf
		Diskussion: Erosion in den großen Städten
540	Karlheinz Blessing	Sozialdemokratie und Dienstleistungsgesellschaft. Zehn Thesen zu Martin Wentz (NG/FH 4/87)
544	Hermann Schwengel/ Helmuth Berking/ Sighard Neckel	Lebensstile, Politik und die Kultur des Wählens
549	Theo Rasehorn	Ende der Volksparteien?
555	Gerhard Jahn	Die Söhne des Bundes. Zur Erinnerung an die Auflösung des jüdischen Ordens B'nai B'rith vor 50 Jahren
556	Wolf Biemann im Gespräch mit Günter Gaus	Dokumentation: Deutsche
563	Andreas Johannes Wiesand	Mäzene – Sponsoren – Kulturindustrie. Einige aktuelle Fragen im Verhältnis Kultur und Wirtschaft
569	Klaus Bloemer	Ein hoher Preis für die High Tech-Träumereien
570		Kritik

Michael Schneider

Die Vergangenheit, die nicht vergehen will

Dr. Michael Schneider, geb. 1943, studierte Naturwissenschaften, Philosophie, Soziologie und Religionswissenschaft in Freiburg, Berlin und Paris und promovierte 1974 über Marx und Freud. 1975 bis 1978 arbeitete er als Schauspieldramaturg am Hessischen Staatstheater Wiesbaden. Seither lebt er als freier Schriftsteller und Publizist in der hessischen Landeshauptstadt.

1. Der Fettnapf als Gral einer nationalen Wiedergeburt

„Besorgt machen uns Geschichtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit der eigenen Nation gegenüber. Ohne einen elementaren Patriotismus, der anderen Völkern selbstverständlich ist, wird auch unser Volk nicht überleben können“, verkündete Alfred Dregger 1986 im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung eines Hauses der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn und eines Deutschen Historischen Museums in Berlin. Franz Josef Strauß leistete ihm bei anderer Gelegenheit Schützenhilfe: „Ein Volk, das ein solches Wirtschaftswunder geschaffen hat, hat ein Recht, nicht ständig an Auschwitz erinnert zu werden.“ Anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung im Vorfeld der letzten Bundestagswahl bekräftigte der bayerische Ministerpräsident seinen Appell, daß es für die Deutschen höchste Zeit sei, „aus dem Schatten des Dritten Reiches herauszutreten“.

Zuvor hatte schon Kanzler Kohl mit seinen naßforschenden Unschuldsgesten in Israel und dem (inzwischen geflügelten) Wort von der „Gnade der späten Geburt“ versucht, eine Art Generalamnestie für seine Generation zu erwirken und das Dritte Reich und seine Verbrechen in jene ferne Distanz zu rücken, die die neokonservative Regierungskoalition auf dem Durchmarsch zu einem „neuen Geschichtsbewußtsein“ und einem „neuen Nationalgefühl“ braucht. Politisch vorweggenommen wurde die „Wende“ im Umgang mit der jüngsten deutschen Geschichte durch die zelebrierte antitotalitäre (gegen die Sowjetunion gerichtete) Waffenbrüderschaft Kohls und Reagans auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945. Durch die symbolische Verschränkung von Bitburg und Bergen-Belsen sollte die Opferidentität aus befehlsempfangenden NS-Tätern und hilflosen KZ-Opfern hergestellt werden, um Deutschland als ein von einem schicksalhaften Willkürregime heimgesuchtes Volk ein für allemal moralisch freizusprechen.

Es scheint deshalb auch abwegig, dem Bundeskanzler nur eine peinlicherweise unterlaufene Serie von politischen Entgleisungen und Tölpelhaftigkeiten unterstellen zu wollen. Mit seiner Bitburg-Aktion, seinem nimmermüden Flankenschutz für die Stahlhelm-Fraktion im Streit um das reaktionäre Oberschlesien-Motto, mit seiner gezielten Parteinahme für den schwer belasteten österreichischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim, mit seinen chronischen Verharmlosungen der antisemitischen Sprüche eigener Parteifreunde, mit seinem inkriminierten Gorbatschow-Goebbels-Vergleich in „Newsweek“ und der (in der Öffentlichkeit völlig untergegangenen) Gleichsetzung zwischen dem Treffen von Reykjavik und dem Münchener Abkommen von 1938 – mit all diesen wohlkalkulierten Äußerungen und Auftritten erweist sich der deutsche Bundeskanzler vielmehr als regierungsamtlicher Parolenführer jener tumben, neudeutschen „Wir sind quitt!“- und „Uns kann keiner mehr!“-Mentalität, die schon lange vorher an

den Stammtischen zu registrieren war. In den Augen seiner Anhängerschaft erscheint denn auch Kohls notorischer Fettnapf als Gral einer nationalen Wiedergeburt.

Wissenschaftlichen Flankenschutz erhält die konzertierte neokonservative Aktion, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte zu „normalisieren“ (wie es im Bonner Jargon heißt), durch eine Gruppe prominenter deutscher Historiker (Ernst Nolte, Michael Stürmer, Klaus Hildebrand, Joachim C. Fest), die das Dritte Reich nun wieder in „größere geschichtliche Zusammenhänge“ einzuordnen suchen. Mit der Integration des NS-Systems in einen größeren europäischen Rahmen von gleichzeitig aufgetretenen autoritären Herrschaftssystemen – allen voran dem stalinistischen in der Sowjetunion – wird eine Elle der Vergleichbarkeit und des Aufrechnens von Untaten angelegt, um den Nazi-Verbrechen ihre (bislang behauptete) Singularität zu nehmen und einem selbstbewußten neudeutschen Geschichtsverständnis auf die Sprünge zu helfen. So kommt Prof. Ernst Nolte zu dem Schluß, daß die Nationalsozialisten mit der Ausrottung der Juden und der Vernichtung aller möglichen minoritären Gruppen nichts anderes taten, als zu kopieren, was alle Welt, vor allem die russisch-bolschewistische, vor ihnen getan hatte – „mit der alleinigen Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung“. Noltés These von einem Präventivmord ist vorzüglich geeignet, die unvorstellbaren Verbrechen der Nazis nicht nur zu relativieren, sondern auch stillschweigend zu exkulpieren. Der Genozid erscheint in dieser Lesart nicht mehr als Vernichtungs-, sondern als Verteidigungsakt gegen die bolschewistische Bedrohung, als eine Abwehrleistung, deren Brutalität ihre stillschweigende Rechtfertigung dadurch erfährt, daß sie als Verhinderung einer noch größeren Brutalität, d. h. der erwarteten Gulagisierung ganz Europas, dargestellt wird.

Die Relativierungs- und Exkulpationsstrategie der „neuen Historiker“ greift dabei nicht nur auf bewährte Kampfbegriffe des Kalten Krieges, vor allem auf die Totalitarismus-Theorie, zurück, sondern sucht auch die Geschichte des Dritten Reiches aus ihrem konkreten politökonomischen Bezugsrahmen herauszulösen. In der unterstellten strukturellen Identität von Faschismus und Stalinismus, die gleichsam systemübergreifend sei, verschwindet das empirisch nachweisbare Machtkartell aus Industrie, Hochfinanz, Reichswehr und rechtskonservativen Politikern, das Hitler erst salonfähig und an die Macht geschoben hat – mit dem klaren Auftrag, die verhaßte Weimarer Republik zu beseitigen und die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, um den Weg freizumachen für die Revision des Versailler Vertrages und den erneuten Griff nach der Weltmacht. Max Horkheimers berühmtes Diktum „Vom Faschismus soll schweigen, wer vom Kapitalismus nicht reden will“ wird nun von der neuesten deutschen Historiographie schlechterdings auf den Kopf gestellt: Vom Faschismus darf öffentlich nur noch reden, wer vom Kapitalismus schweigt!

2. Der Flickskandal und die Wiederkehr eines verdrängten Geschichtskapitels

Dabei wurde doch gerade durch den Flickskandal, den größten Bestechungsskandal in der Geschichte der Bonner Republik, der Nation ein quasi kostenloser Nachhilfeunterricht über den Zusammenhang von Kapitalinteressen und großer Politik zuteil, wie ihn anschaulicher kein Lehrbuch der Politischen Ökonomie und keine gewerkschaftliche Aufklärungskampagne hätte leisten können. Daß ein Abgeordneter weniger an Weisungen als an Überweisungen gebunden ist, diese Erkenntnis ist – Flick sei Dank! – inzwischen so populär geworden, daß auch die „neuesten“ Erkenntnisse unserer „neuen Historiker“ sie nicht mehr rückgängig machen können.

Jedenfalls wird man den Verteidigern des Herrn von Brauchitsch mangelndes Ge-

schichtsbewußtsein kaum nachsagen können. Nicht ohne Genugtuung haben sie vor Gericht auf die jahrzehntelange, von Friedrich Flick begründete Spendentradition des Konzerns hingewiesen. Schließlich wiesen die Bücher der Firma schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik beachtliche Posten aus: wg. Brüning 150 000, wg. Hindenburg 950 000, wg. Schleicher 100 000, wg. Papen 100 000. Und pünktlich nach der Machtergreifung, nämlich im Februar 1933, erschien im Berliner Büro der Flick-Gruppe zwar nicht der „Führer“ persönlich, aber immerhin der Reichsführer der SS Heinrich Himmler, um dort, der Tradition des Hauses entsprechend, 120 000 (nach anderen Quellen 200 000) Mark in bar abzuholen, wahrscheinlich ebenfalls in einem schlichten Couvert und ohne Quittung. Daß Flick alljährlich 100 000 Mark auf das bekannte Sonderkonto des später mit der „Endlösung der Judenfrage“ betrauten Reichsführer der SS überweisen ließ, erklärt sich zwanglos aus der Ansicht des Spenders, „daß mir auch eine politische Abstützung nicht schaden könnte“.

Der Flick-Skandal verweist – und dies fürchten die Bonner Spitzenpolitiker und ihre betuchten Hintermänner am meisten – auf eine gespenstische Kontinuität in der deutschen Geschichte: auf die *ungebrochene* Kontinuität einer wirtschaftlichen Machtelite, die an der Liquidierung der Weimarer Republik und bei der Errichtung der NS-Diktatur maßgeblich beteiligt war, die mit der Aufrüstung und dem „totalen Krieg“ ein Jahrhundert-Geschäft gemacht und gleichwohl, vier, fünf Jahre nach dem Zusammenbruch in der neu gegründeten Adenauer-Republik wieder die politökonomischen Spitzenpositionen eingenommen hat. Daß ausgerechnet der Flick-Konzern, der schon die SS finanziert und während des Dritten Reiches mit wahrhaft kriminellen Methoden – durch die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen, durch die Beschlagnahme von Fabriken und Rohstoffen in den besetzten Gebieten und durch die Beschäftigung von Tausenden und Abertausenden von Zwangs- und Sklavenarbeitern – sich ein Milliarden-Vermögen zusammengepflückt hat, sich heute als „Zahlmeister der Republik“ (Der Spiegel) erweist und seine immense Kapitalmacht dazu benutzt, sich fast die gesamte politische Führungsriege des Landes gefügig zu machen – dieser Wiederholungscharakter von Geschichte, dieses Wiedergänger-Motiv gleichsam, macht den unübertrefflichen Zynismus der Bonner Affaire aus. Zugleich verweist diese auf ein Kapitel der deutschen Vergangenheit, über das Gras wachsen zu lassen sich die offizielle Geschichtsschreibung der Bundesrepublik seit Jahrzehnten bemüht. Es handelt sich um den Bereich der NS-Wirtschaft, genauer: um die *Wirtschaftsverbrechen des Dritten Reiches unter Führung der deutschen Konzern- und Bankherren*.

Wie hartnäckig dieses monströse Kapitel selbst von den Experten totgeschwiegen wird, zeigte die bundesweite Diskussion über die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“, das größte Medienereignis in Sachen „deutscher Vergangenheitsbewältigung“. Über die Obrigkeitshörigkeit „der“ Deutschen, über das Versagen der Weimarer Parteien, der Gewerkschaften und der Kirche angesichts des herausziehenden Faschismus war in der landesweiten Marathon-Debatte um „Holocaust“ viel zu hören und zu lesen. Aber was war denn mit dem deutschen Unternehmertum? Auf den Segen der Kirche hätte Hitler notfalls noch verzichten können, wiewohl die deutschen Bischöfe und Kardinäle beim Konkordat vom 20. Juli 1933 mit Segenswünschen nicht gespart haben. Doch ohne die aktive ideologische und finanzielle Unterstützung des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, vor allem der Schwer- und Rüstungsindustrie, wäre der „totale Staat“ (in dem die unternehmerische Freiheit angeblich „total eingeschränkt“ war – was eine leicht widerlegbare Schutzbehauptung ist) wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

Soziologie aus Erfahrung



René König wird in der Welt nicht nur als einer der großen Soziologen und Kultur-anthropologen gewürdigt, sondern darüber hinaus als ein radikal humanistisch denkender Intellektueller und Weltbürger. Das vorliegende Werk erlaubt nun, theoretische Stationen dieses Gelehrtenlebens zu rekonstruieren: Von grundlegenden Abhandlungen zum Ursprung des gesellschaftstheoretischen Denkens der Moderne, von Studien zu Karl Marx, Max Weber und Ferdinand Tönnies, von der Analyse der deutschen Soziologie in der Weimarer Republik bis zu einem aktuellen Beitrag zum Schicksal der Gesellschaftstheorie in der Zeit des Nationalsozialismus und danach. Fünfzig Jahre moderner Soziologie und vor allem auch das intellektuelle und politische Schicksal Deutschlands spiegeln sich in diesem Werk.

René König · Soziologie in Deutschland

Begründer – Verächter – Verfechter

504 Seiten · Broschur · DM 48,-

Noch heute wird in kaum einem offiziellen Lehrbuch des Geschichts- oder Gemeinschaftskunde-Unterrichts die Tatsache erwähnt, daß die führenden Großkonzerne des Dritten Reiches aus den KZs und besetzten Gebieten Millionen von Arbeitssklaven rekrutiert haben, die ihnen – gegen geringe Anerkennungsgebühren für den Staat, nicht für die Häftlinge – in die Milliarden gehende Profite erwirtschaftet haben. Krupp, Flick und die IG-Farben AG, die vom Nürnberger Militärtribunal u. a. wegen der Beschäftigung von Sklavenarbeitern angeklagt und verurteilt worden sind, stellten nur die Spitze des braunen Eisberges dar. Tatsächlich hat sich fast die gesamte deutsche Industrie mit „Sklavenarbeitern“ – Juden, politischen Häftlingen, Zigeunern, kriegsgefangenen Russen, Polen, Tschechen u. a. – eingedeckt, die nach ihrer Auspowerung oftmals wieder den KZs zur Vernichtung überstellt worden sind.

Ist dieses Thema für die bundesrepublikanische Öffentlichkeit immer noch tabu? Vielleicht deshalb, weil es die betreffenden Konzerne und Konzerngruppen über ihre verschiedenen Pressure-Groups in den Parteien, Parlamenten und Medien noch immer unter Verschuß halten? Oder weil tatsächlich so viele der Industrieherrn mit dem Dritten Reich und seinem KZ-System ihren Profit gemacht haben, daß man schon die ganze Mitgliedliste des „Bundesverbandes der deutschen Industrie“ und der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ durchgehen müßte, um ja keinen zu vergessen? Auf der langen Liste der deutschen Sklavenhalter-Firmen (aus dem Staatsarchiv Nürnberg), stehen solche illustren Namen wie Siemens, AEG, Telefunken, Rheinmetall, Borsig, BMW, Daimler-Benz, Volkswagen-Werke, Ford, Demag, Blohm & Voss, Deutsche Werft, Continental Gummi, Hanomag und viele andere. Selbst das Deutsche Rote Kreuz hat den KZ-Häftlingen seine „Hilfe“ nicht versagt.

Die deutschen Konzern- und Bankherren waren nicht nur die Hauptnutznießer bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Klassenorganisationen (Parteien und Gewerkschaften), bei der Beseitigung der Tarifautonomie und des Streikrechts; auch Hitlers Rassenpolitik paßte ihnen ausgezeichnet ins Konzept, selbst wenn einzelne der Banker und Magnaten „persönlich gar nichts gegen Juden hatten“. Doch hatten sie ein objektives Interesse an Hitlers rassistischer Propaganda, weil diese die dumpfen antikapitalistischen Haßgefühle des (durch die großen Konzerne und Trusts ruinierten) Weimarer Mittelstandes geschickt auf den „Geldjuden“ umzupolen verstand. An Stelle des eroberungssüchtigen deutschen Finanzkapitals wurde nun das „jüdische Finanzkapital“ zur Zielscheibe der unbegriffenen und umgebogenen antikapitalistischen Massenstimmung. Zum Lohn für diesen unfreiwilligen Dienst, den die jüdischen Geschäftsleute und Börsianer ihren arischen Geschäftskollegen erwiesen hatten, verleibten diese nach der „Reichskristallnacht“ den größten Teil des jüdischen immobilien Vermögens (Fabriken, Kaufhäuser, Aktienanteile, Grund und Boden) ihrem Privatbesitz ein, während der durch die Aufrüstung total verschuldete NS-Staat zur gleichen Zeit alle jüdischen Bankkonten und Depositen kassierte und auf diese Weise noch einmal mit knapper Not dem Staatsbankrott entging. Die Ausschaltung der „jüdischen Konkurrenz“ auf dem Wege der „Arisierung“ war sozusagen die innerdeutsche Generalprobe für die nach Kriegsausbruch beginnende systematische Plünderung und Beschlagnahmung von Fabriken, Banken, Gruben und Rohstoffen in den besetzten Gebieten und Ländern, nachdem deren Bewohner ebenfalls zu „minderwertigen Rassen“ erklärt worden waren (selbst wenn sie arischen Ursprungs waren).

Selbstverständlich waren die feinen Herren aus der nationalsozialistischen Konzern- und Bankwelt keine Judenkiller, obwohl nicht wenige von ihnen überzeugte Nationalso-

zialisten und Antisemiten waren und dem berühmt-berüchtigten „Freundeskreis der SS Heinrich Himmler“ angehörten. Doch viele von ihnen hatten es, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Machtposition, sei es im „Reichsverband der Deutschen Industrie“, sei es als „Wehrwirtschaftsführer“ im „Generalrat der Wirtschaft“, gar nicht nötig, der NSDAP oder der SS allzu nahe- oder gar beizutreten. Das Geschäft mit dem NS-Staat, in dem sie oft wichtige Schlüsselstellungen besetzt hielten, und der ihnen langfristige Staats- und Rüstungsaufträge und später spottbillige Arbeitsklaven aus den KZs und Kriegsgefangenenlagern vermittelte, florierte, auch ohne daß sie ein Parteibuch in der Tasche hatten. Und so sind denn die meisten von ihnen nach 1945 elegant durch das Netz der Entnazifizierung geschlüpft, in dem die kleinen braunen Fische allemal drin hängen blieben. Für diese Herren stellt sich auch die von Holocaust und dem Majdanek-Prozeß wieder aufgewirbelte Verjährungsfrage nicht, weil ihnen dank der Kollektivschuld-These, dieser trefflichen Erfindung der angloamerikanischen Siegermächte und des christlichen Unternehmerblocks, die Schuldfrage abgenommen worden ist. Von ihnen ist, nach der Ausstrahlung von „Holocaust“, bestimmt keiner auf die Idee gekommen, „aus Erschütterung oder persönlicher Betroffenheit“ bei der ARD-Telefonzentrale anzurufen, wie jene verstörten Familienväter, die früher der SS oder dem SD angehörten.

Seit Jahrzehnten verfolgt die bundesrepublikanische Öffentlichkeit, wenn auch mit großen inneren Widerständen und oft nur mit einem halben Auge, jene NS-Prozesse, in denen das Lagerpersonal der KZs und die Einsatzleiter der SS-Mordkommandos abgeurteilt werden. Ohne die Verantwortung dieser Exekutoren des Völkermords verkleinern zu wollen, fällt doch auf, wie schon im Auschwitz-Prozeß und zuletzt überdeutlich im Majdanek-Prozeß, daß hier in erster Linie, ja, fast ausschließlich die „kleinen Leute“, die subalternen Handlanger des KZ-Systems vor Gericht stehen, das „Fußvolk der Endlösung“ (Jörg Friedrich), an dem sich die nachträgliche Empörung und der Schauer der deutschen und der Welt-Öffentlichkeit festzumachen pflegt. Anlässlich des Frankfurter Auschwitz-Prozesses schrieb seinerzeit Martin Walser: „Im Auschwitz-Prozeß sitzen nur noch Chargen auf der Bank. Handlanger, Henker, Verführte. Produkte eines heftigen deutschen Erziehungsaufwandes. Täter im altmodischsten Wortsinn. Und wenn schon Teufel, dann eher arme Teufel. Je kleiner die Charge, desto mehr war sie angewiesen auf handfeste Tat. Und je handfester die Tat, desto leichter herauszulösen aus den Bedingungen des Systems, aus unserer deutschen Geschichte von 1918–1945. Und so lange löst man die Tat als ein persönliches Verbrechen heraus aus unserem nationalen Zusammenhang, bis nichts mehr übrigbleibt als die pure Brutalität . . . Wählten wir die Bezeichnungen für unsere menschliche Art ein bißchen genauer, uns angemessener, also realistischer, dann wären die Ursachen so wichtig wie die Sachen. Dann wäre einer, der aus einem kleinen Kerl einen großen Mörder macht, so verantwortlich wie jener, der den Mord besorgt. Und wer am Mord bloß Geld verdient hat und jetzt wieder Konzerne bastelt oder Fabriken dirigiert, der bekäme zumindest öffentlich zugewiesen seinen Anteil am vielfachen Mord. Aber das idealistische Strafrecht schaut am liebsten auf die Hände. Und die sind einfach nicht blutig beim politischen oder wirtschaftlichen Verursacher. Das ist gutbürgerliche Justiz.“ Und so sind denn auch jene distinguierten Herren, die im Vorfeld und Schatten der „Endlösung“ mit den KZ-Häftlingen ihren Profit gemacht haben, von wenigen spektakulären Ausnahmen abgesehen, niemals vor Gericht, weder vor ein alliiertes noch vor ein deutsches Gericht gestellt worden. Sie sind wie durch ein Wunder nicht nur gerichtlicher Verfolgung, sondern auch öffentlicher Diskriminierung entgangen, mit dem Erfolg, daß sie und ihre Erben sich noch heute völlig unschuldig fühlen.

3. Christliche Absolution für die kapitalen Sünder und Sozialisierung der Kriegsschuld

Die offizielle Geschichtsschreibung in der BRD hat jedoch nicht nur die kollektiven Wirtschaftsverbrechen der deutschen Konzern- und Bankherren systematisch vertuscht, sondern auch die einschlägigen Seiten des nachfolgenden Geschichtskapitels. Im Bewußtsein der meisten Bundesbürger stellt sich die Zeitspanne zwischen der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und der Gründung der Bundesrepublik als ein geschichtliches Vakuum dar, an dessen Anfang die Trümmer, der Hunger, der Fragebogen und die Direktiven der Besatzungsmächte standen und an dessen Ende sich das „Wunder“ des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs ereignete. Wie und mit welchen Methoden dieses „Wunder“ vollstreckt wurde und welchen politischen Preis es gekostet hat, diese Frage wird heute kaum noch gestellt, aus Angst, daß darüber die zentrale Gründungslegende der Bundesrepublik ins Wanken geriete und ein Tatbestand ans Licht käme, der in der ganzen neueren Geschichte ohne Beispiel ist: Daß die Wirtschaftsführer des Dritten Reiches, dank der heimlichen Unterstützung der amerikanischen Siegermächte, den verlorenen Krieg nicht nur *heil* überstanden, sondern ihn zu guter Letzt auch noch in bar *gewonnen* haben kraft eines „Wirtschaftswunders“, dem eine Kette von beispiellosen politischen und ökonomischen Betrugsmanövern vorausging, daß dieselben Konzern- und Bankgruppen, die das seit Dschingis Kahn verbrecherischste System der Geschichte mitgetragen und die Millionen-Armee seiner Opfer mit den barbarischsten Methoden ausgebeutet haben, vier, fünf Jahre nach Kriegsende, im christlichen Sinn des Wortes „wiederauferstanden“ sind und heute mächtiger dastehen als jemals zuvor.

Die anglo-amerikanischen Sieger, die als Befreier und Richter über das besiegte Deutschland auftraten, hatten nämlich kein Interesse daran, die Deutschen über die wahren politisch-ökonomischen Hintergründe des Dritten Reiches aufzuklären und die Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen jenes basiert hatte, grundlegend zu ändern. Da sie im Gegenteil die tatsächlichen Nutznießer der Aufrüstung und des Krieges ungeschoren und ihnen alsbald eine wahrhaft christliche Absolution zuteil werden ließen – zumal jenen „kapitalen“ Sündern, die für den Wiederaufbau nach altem privatkapitalistischen Muster unabkömmlich waren –, mußte statt dessen das ganze Volk schuldig gesprochen werden. Dieses übernahm, zumal Millionen Deutsche zu aktiven oder passiven Mitläufern geworden waren, am Ende nicht nur die moralische, sondern auch die materielle „Kollektivschuld“ seiner Großindustriellen, Großbankiers und Großaktionäre.

In der Währungsreform von 1948 wurden die Ersparnisse der kleinen Leute in grandioser Weise enteignet, d. h. im Verhältnis 100 : 6,5 abgewertet, während die deutschen Konzernherren in grandioser Weise exkulpiert wurden, indem ihr gesamtes Sach- und Aktienkapital, sprich: ihre Milliardenprofite aus dem Rüstungsgeschäft, im Verhältnis 1 : 1 (oft sogar im Verhältnis 1 : 2 und 1 : 3) „umgestellt“ wurden. Statt der Kriegsgewinne und Produktionsmittel derer, die Hitlers Angriffskrieg überhaupt erst ermöglicht hatten, wurde ihr schlechtes Gewissen sozialisert.

Wie und mit welchen Methoden die Auftraggeber des Dritten Reiches ihre säkulare (Mit-)Schuld annulliert haben, das hat ihnen keine herrschende Klasse in der Geschichte je vor- bzw. nachgemacht. In der Kunst des Vertuschens und des Verschweigens hat es das westdeutsche Besitzbürgertum (und seine Historiker) zu einer einsamen Meisterschaft gebracht. Dies zeigt schon ein kurzer Streifzug durch jene Bücher, die von den Kultusministerien der Länder heute für den Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht zugelassen sind. In den meisten Schulbüchern wird das Kapitel „Entnazifizierung“ und „Nürnberger Prozesse“ nur am Rande behandelt. Daß von der Entnazifizierung lediglich

die politische, nicht aber die wirtschaftliche Führungsschicht des Dritten Reiches betroffen war, daß die Urteile der wenigen in Nürnberg vor Gericht gestellten Wirtschaftsführer „äußerst, um nicht zu sagen übertrieben milde ausgefallen sind“, um mit den Worten des amerikanischen Hauptanklägers General Taylor zu reden; daß alle, ursprünglich als „Hauptkriegsverbrecher“ eingestuft deutschen Konzernherren und -direktoren wenige Jahre später durch einen einmaligen Gnadenakt des amerikanischen Hochkommissars Mac Cloy wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, weil sie, nach Auffassung der amerikanischen Militärregierung und der Wallstreet, für die Wiederaufrüstung „unabkömmlich“ waren – diese skandalösen Tatsachen werden in den meisten Schulbüchern nicht einmal erwähnt. Die offizielle Geschichtsvermittlung, wie sie, bezüglich der jüngsten deutschen Vergangenheit heute praktiziert wird, zeichnet sich vor allem durch die Kunst aus, den größten Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte im Splitterwerk „wertneutraler Fakten“ und Zahlen zum Verschwinden zu bringen.

Dies gilt auch für die ökonomischen und politischen Hintergründe des deutschen Wirtschaftswunders, das sich angeblich der US-amerikanischen Unterstützungsaktion und den Segnungen der Erhardschen Wirtschaftspolitik verdanke. Tatsächlich haben die Marshallplan-Gelder, von denen über die Hälfte den anderen europäischen Staaten zugute kamen, für die Belebung der westdeutschen Konjunktur eine viel geringere Rolle gespielt, als gemeinhin angenommen wird. Die Grundlagen des westdeutschen Wirtschaftswunders wurden vielmehr im Dritten Reich gelegt. Schon die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat nämlich zu einer ungeheuren Kapitalakkumulation und Kapitalkonzentration geführt, das es den Unternehmern ermöglichte, durch forcierte Ausbeutung in- und vor allem ausländischer Arbeitskräfte riesige Gewinne anzuhäufen (allein in den ersten drei Kriegsjahren stieg der Kurswert des Gesellschaftskapitals um durchschnittlich 65 Prozent!), von denen ein großer Teil wieder wert- und produktivitätssteigernd investiert werden konnte. Nur so läßt sich die nach 1948 extrem hohe Selbstfinanzierungs- und Investitionsquote der (in den Westzonen nur wenig zerstörten) Industrie erklären. Der Mythos vom Erhardschen Wirtschaftswunder soll erstens die Tatsache vergessen machen, daß an diesem der Schweiß und das Blut von Millionen Fremd- und Sklavenarbeitern klebt, und zweitens die Tatsache, daß die westdeutsche Arbeiterschaft zwischen 1945 und 1948 praktisch umsonst gearbeitet hat. Auch wäre der



Das Prinzip des Bausparens ist das Prinzip der Familie: Einer für alle – alle für einen. BHW-Programme sind so gestaltet, daß sie die persönliche Lebenssituation berücksichtigen und sich möglichen Änderungen schnell anpassen. **BHWA**

rasche wirtschaftliche Wiederaufschwung ohne den durch den Koreakrieg erzeugten Rüstungsboom und ohne die heroische Zurückhaltung der Gewerkschaften in der Lohnpolitik kaum möglich gewesen.

4. „Reeducation“ und die erneute Spaltung der Arbeiterbewegung

Doch nicht nur die Wieder-Machtergreifung der Wirtschafts- und Finanzgewaltigen des Dritten Reiches, sondern auch der Kampf, den die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus gegen die westdeutsche Restauration geführt haben, ist weitgehend in Vergessenheit geraten und wird in den offiziellen Geschichtsbüchern, wenn überhaupt, nur am Rande behandelt.

Jene antifaschistischen Eliten aus der deutschen Arbeiterbewegung, die von Anfang an Widerstand gegen das Dritte Reich geleistet hatten und nicht erst, wie die bürgerliche und militärische Opposition gegen Hitler, zu einem Zeitpunkt, da sich die militärische Niederlage des Dritten Reiches abzeichnen begann, und die infolge dessen mehr als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen berechtigt waren, Anspruch auf die politische Führung im besetzten Nachkriegsdeutschland geltend zu machen, wurden wenige Jahre nach dem Krieg schon wieder ins politische Abseits gedrängt und der Verfolgung durch die amerikanischen Geheimdienste und die Behörden der Adenauer-Republik ausgesetzt.

Bekanntlich haben sich die Amerikaner ihr strategisches Konzept – nämlich den westlichen Teil Deutschlands als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ aufzubauen – einiges kosten lassen. Den hungerleidenden Nachkriegsdeutschen halfen sie mit Care-Paketen und den von Entnazifizierung und Enteignung bedrohten NS-Industriellen mit amerikanischen Konjunkturspritzen auf die Beine. Ganz gratis freilich waren auch Wallstreets Segnungen nicht zu haben: Sie mußten in ideologischer Währung bezahlt werden, nämlich mit der Preisgabe sämtlicher progressiver Neuordnungsvorstellungen bezüglich des deutschen Wiederaufbaus. Diese Gegenleistung wurde vor allem von den Gewerkschaften und den beiden Arbeiterparteien erwartet, die sich damals auf einem „gefährlichen“ neutralistischen und sozialistischen Kurs befanden. Schließlich hatten sich Sozialdemokraten und Kommunisten in Buchenwald und Dachau geschworen, nie wieder gegeneinander anzutreten und eine gemeinsame sozialistische Republik aufzubauen.

Es dauerte nicht lange, bis die neue Volksfront von den amerikanischen Besatzern auseinandergetrieben wurde: mit Zuckerbrot und Peitsche. Die Kommunisten wurden aus allen politischen Ämtern und Entnazifizierungsausschüssen entfernt. Nicht selten tauschten sie, als „Landesverräter“ oder „Agenten Moskaus“ bezichtigt, die Gefängniszellen mit den gerade entlassenen PGs und Kriegsverbrechern, die – dank ihrer für den Wiederaufbau „unabkömmlichen“ Spezialkenntnisse und Führungseigenschaften – von den amerikanischen Besatzern protegiert wurden. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler aber, von der Militärregierung als „gutwillig“ eingestuft, wurden „reeducated“. Wo die „Reeducation“ nicht die gewünschte Wirkung hatte, wurde mit Dollars nachgeholfen. So finanzierte der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL/CLO den Start des DGB. Als dessen führender Theoretiker, Viktor Agartz, gleichwohl auf einer konsequenten Entnazifizierung der Konzernetagen, auf Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung der deutschen Kriegs- und Schlüsselindustrien bestand (womit der sich in Übereinstimmung mit dem Buchstaben des Potsdamer Abkommens befand), blieben die Zahlungen aus. Statt dessen verfügte plötzlich der christliche Gewerkschaftsbund über erhebliche Mittel. Im Zusammenspiel amerikanischer Geheimdienste mit dem „Ostbüro“ der SPD, gekauften DGB-Funktionären und Adenauers Verfassungsschutz wurde Agartz unter

dem Verdacht des Landesverrates verhaftet. Das Exempel hat gewirkt. Ein Nachfolger hat sich bis heute nicht gefunden.

Bis zum heutigen Tage pflegen sich Sozialdemokraten und Kommunisten die Schuld an der gescheiterten Einheits- und Volksfrontstrategie, die alleine die klerikal-kapitalistische Reaktion unter Führung Konrad Adenauers hätte aufhalten können, einander wechselseitig in die Schuhe zu schieben, wobei der eigene Schuldanteil zumeist geleugnet und abgestritten wird. Es ist indes eine historische Tatsache, daß die Westzonen-SPD unter Führung Kurt Schumachers die von unten getragene politische Einheitsbewegung bewußt sabotiert (wobei sie selbst vor dem Parteiausschluß einheitswilliger Sozialdemokraten nicht zurückschreckte) und der KPD, erst recht der SED, jede politische Legitimation abgesprochen hat. Auf der anderen Seite hat die KPD durch ihre nie überwundene Stalinismus-Befangenheit und durch ihr Hörigkeitsverhältnis zur KPdSU und zur SED die alten traumatischen Unterwanderungs- und Bolschewierungsängste der SPD nolens volens verstärkt, zumal die Form, in der sich in der SBZ die Vereinigung beider Arbeiterparteien zur SED vollzog, keineswegs frei von Zwang war und einheitsunwillige Sozialdemokraten sehr bald isoliert und politisch verfolgt wurden. Auch hat sie die KPD gerade in den heiklen Fragen der Nachkriegspolitik, der Vertriebenen-Frage und der Frage der Demontagen und Reparationen immer zum Apologeten der in dieser Hinsicht keineswegs deutschfreundlichen Politik Stalins gemacht, was ihr seitens der Westzonen-SPD – nicht zu Unrecht – den Vorwurf eingetragen hat, daß sie nur der „verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik“ sei.

Es gehört zur Tragik der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg ihre innere Zerrissenheit und ihre ideologischen Differenzen nicht überwinden konnte und – wenn auch unter anderen historischen Rahmenbedingungen – dieselben kardinalen Fehler beging wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik, wo die Einheitsfront zwischen der SPD und der KPD gegenüber dem angreifenden Faschismus ebenfalls nicht zustande kam. Ihre nun sogar doppelte – territoriale und ideologische Spaltung in einen proamerikanischen und einen prosowjetischen Flügel hat darüber hinaus zur sukzessiven Anpassung an die politischen Vorstellungen der jeweiligen Siegermacht und damit zu einem bleibenden Autonomie-Verlust geführt, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat.

Heute, da dieselben wirtschaftlichen Machtgruppen, die sich schon an Hitlers Krieg fettgemästet haben, dem „Sozialpartner“ das Fell über die Ohren und das soziale Netz wegziehen – heute rächen sich die geschichtlichen Unterlassungsünden der westdeutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege. Angesichts jenes Mutes zur Offensive, wie ihn Deutschlands Rechte seit Jahrzehnten nicht hat erkennen lassen, und angesichts der nicht mehr abreißenden sozialen Krisen- und ökologischen Katastrophenbilanz, die das Ergebnis einer skrupellosen Wachstums- und Profitmaximierungspolitik ist (nach dem Motto: Gewinne werden privatisiert, die Risiken restlos sozialisiert!), wird die bundesrepublikanische Gesellschaft von den Versäumnissen ihrer Gründungsphase auf fürchterliche Weise eingeholt. Eben darum könnte die Rückbesinnung auf unsere unerledigte Nachkriegsvergangenheit, der Rückgriff auf die von außen und innen verhinderten bzw. vorzeitig abgebrochenen Neuordnungsvorstellungen der deutschen Arbeiterbewegung dazu beitragen, wieder eine politische Perspektive und Alternative für die Zukunft zu gewinnen. Denn oft – dies gilt für die Geschichte der Individuen wie für die Geschichte der Völker – sind es gerade die unerlösten und verschütteten Träume der Vergangenheit, aus denen die Musik der Zukunft erklingt.

5. Zur Wiederaufführung meines kritischen Nachkriegsdramas „Die Wiedergutmachung oder Wie man einen verlorenen Krieg gewinnt“

„Alle weltgeschichtlichen Ereignisse ereignen sich zweimal, das eine Mal als Tragödie und das andere Mal als Farce“, schrieb Karl Marx (in Anlehnung an Hegel) in seiner Einleitung zum 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Dieser Satz darf auch für die jüngste deutsche Vergangenheit uneingeschränkt Geltung beanspruchen. Denn auf die Tragödie des „totalen Krieges“ und des organisierten Völkermordes folgte, im westlichen Teil Deutschlands, die Farce einer Entnazifizierung, von der just diejenige gesellschaftliche Gruppe bzw. Klasse verschont blieb, die an der Machtergreifung und den Verbrechen der Nazis maßgeblich beteiligt war: die deutschen Industrie- und Bankherren, denen die angloamerikanischen Sieger vermittels einer gezielten Politik die Spaltung und unter passiver Beihilfe eines Teils der westdeutschen Arbeiterbewegung zu einem unverhofften und einzigartigen Wiederaufstieg verholfen haben.

Von den taktischen Winkelzügen und Manövern dieser wirtschaftlichen Machtelite, die bislang jede Krise, ja selbst den „Zusammenbruch“ mühelos überstanden hat, vom Kunststück, sich binnen weniger Monate vom Ruch der Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus reinzuwaschen und ihr gesamtes Aktienkapital (d. h. ihre Aufrüstungs- und Kriegsgewinne aus der NS-Zeit) über die Währungsreform von 1948 in Sicherheit zu bringen, während der „kleine Mann“ den verlorenen Krieg wieder einmal mit dem Verlust seiner gesamten Habe und mit Geldentwertung bezahlen mußte – davon handelt die „Wiedergutmachung“ in der Hauptsache. Der Bereich der Großwirtschaft, in dem die Weichen für die spätere Entwicklung der Bundesrepublik gestellt wurden, wird hier also nicht, wie in den meisten dramatischen oder epischen Auseinandersetzungen mit Faschismus, Krieg und Nachkriegszeit verschämt ausgespart, sondern in den Mittelpunkt gerückt. Träger der dramatischen Gegenhandlung sind die aus dem Exil und den Konzentrationslagern heimgekehrten deutschen Antifaschisten, deren Hoffnungen auf einen wirklichen Neubeginn und auf eine konsequente Entnazifizierung, einschließlich der Industrie- und Bankwelt, von den amerikanischen Siegern vereitelt wurden.

Jede Szene in diesem Stück kann durch eine Fülle von historischen Dokumenten belegt werden. So wurden etwa im Kriegsverbrecherprozeß, der das dramatische Zentrum des Stückes bildet, wesentliche Fakten aus dem Nürnberger Industriellen-Prozeß gegen die Direktoren der Friedrich Flick-AG verarbeitet. Gleichwohl stellt die „Wiedergutmachung“ kein politisches Dokumentarstück im herkömmlichen Sinne dar. Ich habe vielmehr den Versuch unternommen, einen komplexen geschichtlichen Prozeß in eine stilisierte und versifizierte Spielhandlung nach Art des Elisabethanischen Königsdramas (und unter Verwendung von Formelementen des antiken Theaters) zu übersetzen.

Es war abzusehen, daß die Uraufführung durch das Hessische Staatstheater Wiesbaden am 30. April 1977 einen Theatereklat auslösen würde. Von der Mehrheit des Publikums und dem progressiven Teil der Presse wurde das von Hermann Kleinselbeck in Szene gesetzte Stück als erstrangiges Theaterereignis (von einem Kritiker sogar als das wichtigste Stück des Jahres) gefeiert; der konservative Teil des Publikums und der Presse dagegen sah in ihm ein infames kommunistisches Propagandastück, dem jede historische Wahrheit abzusprechen sei. Obwohl nahezu alle Vorstellungen ausverkauft waren, ganze Schulklassen und Gewerkschaftsgruppen geschlossen in die Aufführung strömten, die zu einem „Theaterrennen“ zu werden versprach, wurde die Inszenierung durch einen Trick des damaligen Chefdisponenten aus dem Spielplan der folgenden Spielzeit herausgenommen.

Schon vor der Uraufführung war gegen den damaligen Intendanten des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden, Peter Ebert, eine kulturpolitische Kampagne geführt worden, zu der eine (von mir zusammengestellte) szenische Collage zum Thema „Radikalenerlaß“ den Auftakt und Anlaß gegeben hatte. Nach der Uraufführung meines kritischen Nachkriegsstückes geriet der liberale Intendant vollends ins Schußfeld der örtlichen Presse und der Wiesbadener Stadtväter. Da man seinen Vertrag jedoch nicht einfach fristlos kündigen konnte, wollte man ihn auszahlen. Mit einer Summe von 100 000 DM suchte man den couragierten Intendanten und seine angeblich „linkslastige“ Schauspielführung loszuwerden. Als Peter Ebert sich weigerte, sich aus seinem Amte herauskaufen zu lassen, begann man, seine künstlerische Reputation und seine Qualifikation als Intendant systematisch zu demontieren, bis er, von der kulturpolitischen Schlammschlacht entnervt und demoralisiert, schließlich das Handtuch warf und seinen Vertrag von selbst kündigte. In der Folgezeit sollte *Die Wiedergutmachung* aufgrund der beträchtlichen auch überregionalen Resonanz, die die Uraufführung ausgelöst hatte, von drei großen Schauspielhäusern der Bundesrepublik nachgespielt werden. In zwei Fällen war das Stück auf den Spielplänen bereits ausgedruckt – die Regisseure waren verpflichtet, die Schauspieler bestellt – um buchstäblich in letzter Minute wieder abgesetzt zu werden, aus Gründen, die ich nie erfahren habe, die ich mir allerdings denken kann.

Zehn Jahre hat es gedauert, bis ein mutiger und engagierter Regisseur diese „deutsche Farce“ wieder aus der Versenkung geholt und seine Neuaufführung an einem Staatstheater durchgesetzt hat. Der Oberspielleiter des Staatstheaters Darmstadt, Jens Pesel, der durch seine engagierten Inszenierungen kritischer Zeitstücke, u. a. des „Bruder Eichmann“ von Heiner Kipphard, bekannt geworden ist, hat das inkriminierte Nachkriegs-Drama (in einer mit mir zusammen erarbeiteten Neufassung) am 20. März auf die Bühne gebracht.

Martin Walser:

*Auf einem Feldtag in Vermont
vor vierzehnhundert Jahren plötzliche
vor einem goldenen Harnisch:
hundert Bronzenfalter.
In meiner Erinnerung ist dieser Tag
ein Sonntag geworden.*

*Spanien, du hast es besser
als unser Kontinent, der alte,
erstens hast du keine Falter
zweitens loben noch deine Falter.*

Wir helfen Schmetterlingen! Sie auch!

Fordern Sie deshalb die ausführliche

○ INFOMAPPE

(6,- + 2,50 DM Versand) oder das

○ BUCH (38,- + 3,- DM Versand) an:

AKTION SCHMETTERLING

Postfach 300220 · 5300 Bonn 3

Konto 81858-509 · Postgimnast Köln



Herbert Bauch/ Dieter Eckhardt Wer von der Vergangenheit nicht reden will, der soll von der Zukunft schweigen Anmerkungen zu einer unsäglichen Debatte

Herbert Bauch, Jahrgang 1950, ist Politologe und Mitherausgeber von „Hessen unterm Hakenkreuz“, Frankfurt 1983.

Dieter Eckhardt ist freier Rechtsanwalt; Arbeitsgebiete: Staatstheorie und -recht und Carl Schmitt.

Der Zeitgeist des „anything goes“ der achtziger Jahre hat uns eine bisher weitgehend unter Historikern geführte Debatte beschert, die man nach 1968 eigentlich nicht mehr für möglich gehalten hätte: „Gulag, der ‚Klassenmord‘, als das logische und faktische Prius vor dem Rassenmord der Nazis.“

So heißt es denn auch bei Ernst Nolte – unter deutlicher Anspielung auf die Generation der 68er –: „Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von ‚Interessen‘ sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind, etwa die Interessen einer neuen Generation im uralten Kampf gegen die ‚Väter‘ oder auch die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.“ Joachim Fest reiht dann auch konsequent Jürgen Habermas der elenden Praxis dieser Generation zu. Den Aufrechten Gang (Ernst Bloch) denunzierend, beschreibt er das moralische Bewußtsein des Historikers nach Auschwitz so: „Was es nicht verlangt, sind die Rituale einer falschen Unterwürfigkeit. Diese Rituale werden von einem Konformismus dekretiert, der jede Position, die sich die Freiheit des Fragens bewahrt, unter moralischen Verdacht stellt. Spätestens seit dem Ende der 60er Jahre wurde es üblich, jede historische Wahrnehmung, die nicht der damals herrschend werdenden Vorstellung folgte, der heimlichen Komplizenschaft mit dem ‚Faschismus‘ zu zeihen. Nicht auf den wis-

senschaftlichen Befund, das, wie versuchsweise auch immer, vorgetragene Ergebnis arbeitender Erkenntnis kam es an; entscheidend wurden vielmehr die häufig bloß vermuteten Motive dessen, der sie vorlegte . . . Für diese elende Praxis gibt es seit kurzem eine neue Variante. Sie stammt von Jürgen Habermas . . .“

Betrachtet man nun einmal das genau, was hier unter „Wissenschaft“ angeboten wird, so kehrt sich der „totale Ideologieverdacht“ (K. Mannheim) der Herren Nolte und Fest gegen diese selbst. Die Politisierung der Geschichtswissenschaft von links wird zum Feind erklärt.

Nach mehrfacher Lektüre der Aufsätze von Nolte und Fest fällt uns eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen noch immer schwer, weil sie nicht den mindesten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.

Beginnen wir mit dem Terminus „asiatische Tat“: Wir fragen uns allen Ernstes: Was ist das? Die Versklavung Schwarzafrikas, die Ausrottung der nord- und südamerikanischen Indianer im Namen des Kreuzes, der Zivilisation und des „Jus Publicum Europaeum“, sind das asiatische Taten? Auf welche Begriffsbildung stützt sich Ernst Nolte? Erst bei genauer Lektüre der „wissenschaftlichen“ Publikationen dieser Herren erschließt sich uns, „im interessenverblendeten Kampf mit unseren Vätern Befindlichen“, die Quelle: Max-Erwin von Scheubner-Richter, einer der engsten Mitkämpfer Hitlers. Die *Empfindungen* eines Nazis als der „Urgrund“ wissenschaftlicher Begriffsbildung. Doch nicht nur Max-Erwin v. Scheubner-Richter, das wäre ja vielleicht noch zu verkraften, nein, auch Adolf Hitler hat mit seinen „asiatischen“ Bedrohungsgefühlen bei Nolte und Fest auf der Couch gelegen. C. G. Jung hätte sie um die „Archetypen der asiatischen Bedrohung“ sicherlich beneidet. Die „Führerpsychologie“ Noltens braucht sich dann nicht um Hitlers Antisemitismus zu kümmern (dessen wesentliche Wurzeln in der Vorweltkriegszeit liegen) und nicht darum, wie das Land der „Richter und Henker“ (Karl Kraus), oh pardon, der „Dichter und Denker“, mitten in Europa eine bisher genuin deutsche Tat vollbrachte. Nolte und Fest bleibt hierbei vollkommen aus dem Blickfeld, daß die Vernichtung des europäischen Judentums ohne die aktive Beteiligung der bürgerlichen Eliten des Deutschen Reiches nicht durchzuführen gewesen wäre: Die Zusammenarbeit von Militär, Bürokratie und Wirtschaft mit der SS erst ermöglichte die affektlose und „rational“ sinnlose Vernichtung der europäischen Juden. Bei Raul Hilberg („Die

Vernichtung der europäischen Juden“) kann man das nachlesen. In der Affektlosigkeit und „rationalen“ Sinnlosigkeit liegt eines von vier Momenten, die Auschwitz von „Gulag“ und den stalinistischen Arbeitslagern unterscheiden.

Wir führen sie an dieser Stelle vollständig auf, um die „Wissenschaftlichkeit“ der Behauptung Noltes, der Auschwitz auf die technische Innovation der Vergasung reduziert, als eine Ungeheuerlichkeit ad absurdum zu führen: das zweite Moment ist die geplante Restlosigkeit, das dritte die systematische und totale Entwürdigung des Menschen und das vierte: die Vernichtung des Judentums war erklärtes Staatsziel des Nationalsozialismus. An diesem Punkt angelangt ist es unverzichtbar, auf den Vergleich „Ausrottung der Bourgeoisie“ und Ausrottung des Judentums einzugehen. Nolte spricht von der postulierten „Ausrottung der Bourgeoisie“, ohne genau zu benennen, wer sie angeblich postuliert habe. Aus dem Kontext aber ist zu erkennen, daß es die Bolschewiki während der Oktoberrevolution gewesen sein sollen. Fest weiß sogar einen Tscheka-Chef dingfest zu machen. Als Jurist würde man sagen, Nolte und Fest sind beweisfällig geblieben: Eine Staatszielbestimmung „Ausrottung der Bourgeoisie“ (ist Ausrottung von Männern, Frauen, Greisen und Kindern) hat es nämlich nie gegeben, geschweige eine praktische Durchführung derselben. Nolte und Fest verschweigen denn auch geflissentlich, daß der Rote Terror als eine Antwort auf den Weißen Terror von innen und von außen erklärlich erscheint. Hier ist man tatsächlich berechtigt, von einem logischen und kausalen Nexus zu sprechen.

Doch kommen wir noch einmal auf das Verhältnis Nolte/Fest zur 68er Generation zurück. Neben dem auf dem Niveau des Stammtischressentiments sich bewegenden Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit (Frageverbot) behauptet Joachim Fest, daß die seit 1968 „in Mode“ gekommene Geschichtswissenschaft (welche meint er eigentlich?) alle anderen Ansätze der heimlichen Kumpanei mit dem Faschismus zeihe. Auch dies bleibt eine bloße Unterstellung, bar jeden Beweises. Tatsächlich muß er sich fragen lassen, ob sein medial in Szene gesetztes, personalistisches NS-Verständnis auch nur im mindesten aufklärerischen Ansprüchen genügt. Statt dessen bezieht er eine Geschichtsauffassung, die Hitler-Deutschland an der westlichen Kultur- und Verfassungstradition mißt, einer neuen Herrenmenschengesinnung. Ernst Nolte steht dem in nichts nach, wenn er die Rede von der „Schuld der Deutschen“ mit der Rede der Nazis von der „Schuld der

Juden“ gleichsetzt. Hierzu ist anzumerken, daß die 68er Generation die These von der Kollektivschuld gerade wegen ihrer Entlastungsfunktion ablehnte. Die psychoanalytische Gleichung der Kollektivschuld-These lautet: Alle sind schuld – folglich braucht sich der einzelne allein keinen Schuldvorwurf zu machen. Die Fortsetzung erfolgte in Fests personalistisch-projektivem Geschichtsbild, das die Verantwortlichkeit auf den „Massenverführer“ Hitler und seine Clique reduziert. Der Januskopf der Kollektivschuld-These zeigt auf der einen die Entlastungsfunktion für den emotionalen Haushalt des einzelnen Individuums, und auf der anderen Seite wird die Verantwortlichkeit der bürgerlichen Eliten für die In-Gang-Setzung und Aufrechterhaltung des „Dritten Reiches“ zugedeckt.

Hiervon aber liest man bei Nolte und Fest nichts. Oder doch? In der subtilen, aber deswegen nicht minder infamen Gleichsetzung von Tätern und Opfern, die der Ähnlichsetzung der Rede von der „Schuld der Deutschen“ und der „Schuld der Juden“ zugrunde liegt, wird eine Generation des Faschismusverdachts geziehen, die als erste in der Nachkriegsgeschichte Scham über die Taten ihrer Väter (und Mütter) empfand, doch hierbei nicht stehen blieb, sondern auch den wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Ursachen des „Dritten Reiches“ und Auschwitz als dessen „negativer Utopie“ (Adorno) auf den Grund zu gehen versuchte. Nolte reduziert diesen Aufbruch auf das Interesse einer neuen Generation im uralten Kampf gegen die Patriarchen. Die Scham über Auschwitz als Pubertätsproblem, das ist das Reflexionsniveau eines prominenten Historikers und Faschismus-Experten. Wir möchten es an dieser Stelle auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß Ernst Nolte im Zusammenhang der von ihm inkriminierten Interessen „die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einen permanenten Status des Herausgehobenen und Privilegiertseins“ erwähnt. Wer sich nur einmal die Mühe gemacht hat, das psychische Trauma eines überlebenden KZ-Häftlings seinem Vorstellungsvermögen gemäß an sich heranzulassen, der wird diese Passage nur als antihumanistisch und antisemitisch bezeichnen können. Sie liegt exakt auf einer Ebene mit den Äußerungen des Bürgermeisters von Korschbroich, Graf v. Spee-Mirbach, Fellners und Kanzler Kohls (Wie kann denn die Meinung eines ganzen Volkes, die der Bundestagsabgeordnete Fellner zum Ausdruck brachte, antisemitisch sein?). Aber sie wurden ja nur „zu Symptomen von Antisemitismus aufgebauscht“ (Nolte).

Auf zwei Punkte möchten wir nun die Aufmerksamkeit insbesondere lenken. Der erste Punkt ist die Verwischung des Unterschiedes von Täter und Opfer in der Gleichung „Schuld der Deutschen“ ist „Schuld der Juden“ und die Behauptung, die KZ-Lagermannschaften seien auf ihre Art auch Opfer gewesen. Der zweite ist das Verschweigen der konservativen Mit-Verantwortlichkeit für den Nationalsozialismus in der Ablenkung auf eine interessen-(fehl!)-geleitete politisierte Geschichtswissenschaft seit dem Ende der 60er Jahre, was immer das auch sei.

Die Verwischung des Unterschieds von Täter und Opfer hat seit den Bitburger Ereignissen zum 40. Jahrestag des Kriegsendes Konjunktur. Der Besuch Helmut Kohls und Ronald Reagans auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg und – erst nach massiven jüdischen Protesten – im Konzentrationslager Bergen-Belsen stellte die Juden und die anderen Hingemordeten als Opfer des Nationalsozialismus mit den Tätern – SS und Wehrmacht – auf eine Stufe. Norbert Blüm hat in seiner uns einzig bekannt gewordenen Sternstunde den Zusammenhang zwischen Ostfront und Auschwitz genau benannt. Kohl und Reagan unterließen es dann auch, der 100 000 ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem dem KZ unmittelbar benachbarten Friedhof zu gedenken. Sie hielten sie nicht einmal einer Erwähnung würdig, Opfer ist halt nicht gleich Opfer. Die Erinnerung an die sowjetischen Kriegsoffer wachzurufen blieb dann Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 8. Mai vorbehalten. Aber auch dieser dehnte hierbei den Opferbegriff soweit aus, daß sich das ganze deutsche Volk als verführtes Opfer des Nationalsozialismus anzusehen berechtigt ist. Konsequente Anwendung dieses Gedankens ist ein Gesetz, daß neben der Leugnung von NS-Verbrechen auch die Leugnung der Verbrechen „einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft“ unter Strafe stellt. Was hierunter zu verstehen ist, hat die CDU im damaligen Gesetzgebungsverfahren deutlich gemacht: „Verbrechen, die unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft gegen Deutsche verübt worden sind.“ (BT-Drucksache Nr. 10/1286 v. 11. 4. 1984, Anl. 3) Die liberal-konservative Koalition stellt hiermit die Verbrechen bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten mit Auschwitz auf eine Stufe und rechnet auf Deutsche und Juden sowie die anderen NS-Opfer sind in dieser Logik folgerichtig die Leidtragenden einer „heimlichen Kollaboration“ von rotem und braunem „Totalitarismus“.

Hält man sich das vor Augen, so haben Nolte und Fest das „missing link“ des neuen deutschen Geschichtsverständnisses geschlossen. Nachdem das ganze deutsche Volk sich als verführtes Opfer einer gewissenlosen Führungsclique fühlen darf, fehlt zur moralischen Erneuerung nur noch, daß auch Adolf Hitler ein Opfer, wenn „auch nur“ ein potentielles, war. Der von Nolte und Hitler fabulierte Rattenkäfig wird zum Verständnissymbol eines „Präventivmordes“ (E. Jäckel). Hitlers falsifizierte These vom „Präventivkrieg“ wird dem „wissenschaftlichen“ Ergebnis einer einfühlbaren „Führerpsychologie“ folgend von der These eines „Präventivmordes“ konpropagandistisch ergänzt. Hitler hat eben in Putativnotwehr gehandelt.

Die Ereignisse um den Bitburger Gipfel wurden in einigen linken Publikationen damals unter den Stichwörtern „Ausöhnung“ und „Waffenbrüderschaft“ diskutiert. Dies trifft auch einen Kern dieser Debatte. Jürgen Habermas hat zu Recht von Ideologieplanung gesprochen, „die die nationalistischen Feindbilder aus dem Bereich der Nato gegen den ‚uralten Feind‘ des Bolschewismus verlagert“. Zehn Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges sprach Carl Schmitt in seiner verblasenen Sprache vom „Neuen Nomos der Erde“, womit er die machtpolitische Aufteilung der Welt in Ost und West meinte. Er unterließ es dabei auch nicht, den USA unter „Weiterführung der früheren (ist britischen, d. V.) Gleichgewichtsstruktur auf der Basis einer Verbindung von See- und Luftherrschaft“ die Führungsrolle in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zukommen zu lassen. In derselben Tradition bewegt sich dann auch der Rahmen des konservativen Zeitgeistes. Ernst Noltes Junior-Partner Michael Stürmer, seines Zeichens historischer Berater der Macht, formuliert das heutige Dilemma der Konservativen so: „In der Wirklichkeit des geteilten Deutschland müssen die Deutschen ihre Identität finden, die im Nationalstaat nicht mehr zu begründen ist, ohne Nation aber auch nicht.“ Die Reformulierung des Schmittschen Topos des *Ausnahmezustandes* unter der Bedingung einer Nation ohne Nationalbewußtsein, aber mit einer „gesinnungspazifistischen“ (E. Nolte) Bevölkerung steht auf der Tagesordnung der *Krisenwahrnehmung* des Neokonservatismus. In einer atemberaubenden Gleichsetzung, die bisher nur dem mittlerweile verstorbenen Mitherausgeber der Zeitschrift *Capital*, Ludolf Hermann, über die Lippen kam, fragt Stürmer danach, ob Deutschland „auf ewig zu Sonderwegen unterwegs sei, auf ewig eine deutsche Sondermission predigend, zuerst die des

Für Leibniz war es logisch,
daß die Mathematik sich auf
zwei Ziffern beschränken konnte.

Sein Logikkalkül ist heute die
Muttersprache aller Computer.
Rechenoperationen reduziert
auf 0 und 1.

Maschinengerecht schon
anno 1678.

Es ist in unser aller Interesse,
daß nützliche Ideen
auch Wirklichkeit werden.



WestLB

Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank

Girozentrale

Düsseldorf Münster

*Jaß UNUM. AUTEM. NE
halbst tuit anbruffen,
zu bebrüchten wüßst über Ränne;
1/1/80
1/1/80
1/1/80*

bedingungslosen Krieges und nun die des bedingungslosen Friedens?“. Die Friedensbewegung auf den Spuren Goebbels? Herr Stürmer, nomen est omen!

Doch betrachten wir uns die weiteren Freund/Feind-Unterscheidungen des Kanzler-Beraters. Zum Problem der Entnazifizierung und der Kontinuität der Eliten in Politik, Wirtschaft, Justiz und Militär fällt ihm nur ein zu fragen: „Oder sollte eine Minderheit, die auch nicht *unbefleckt* (?) war, die ehemals braune Mehrheit auf ewig verfernen? Das wäre der Weg in den geistigen und moralischen Bürgerkrieg gewesen: wahrhaft ein schöner Anfang für die Demokratie.“ Die damals nicht nur bei Kommunisten und Sozialdemokraten vorhandene Einsicht, „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, der soll vom Faschismus schweigen“ (Max Horkheimer), die eine tiefgreifende wirtschaftliche und politische Umgestaltung bzw. Neuordnung forderte, wird als geistiger Bürgerkrieg bezeichnet.

Dann werden die eigenen Opfer beklagt und die der anderen unter die Rubrik Leistungen der BRD indiziert: „Die Bundesrepublik hat viel geleistet an Abwehr (!), Abkehr und Wiedergutmachung.“ Nicht nur wegen des Wortes Abwehr empfehlen wir Michael Stürmer die Lektüre des Buches „Die Unfähigkeit zu trauern“ von A. und M. Mitscherlich. Aber auch von der Psychoanalyse versteht man nur soviel, wie man will, dort gibt es ebenfalls ausgeprägte Abwehr(-Mechanismen).

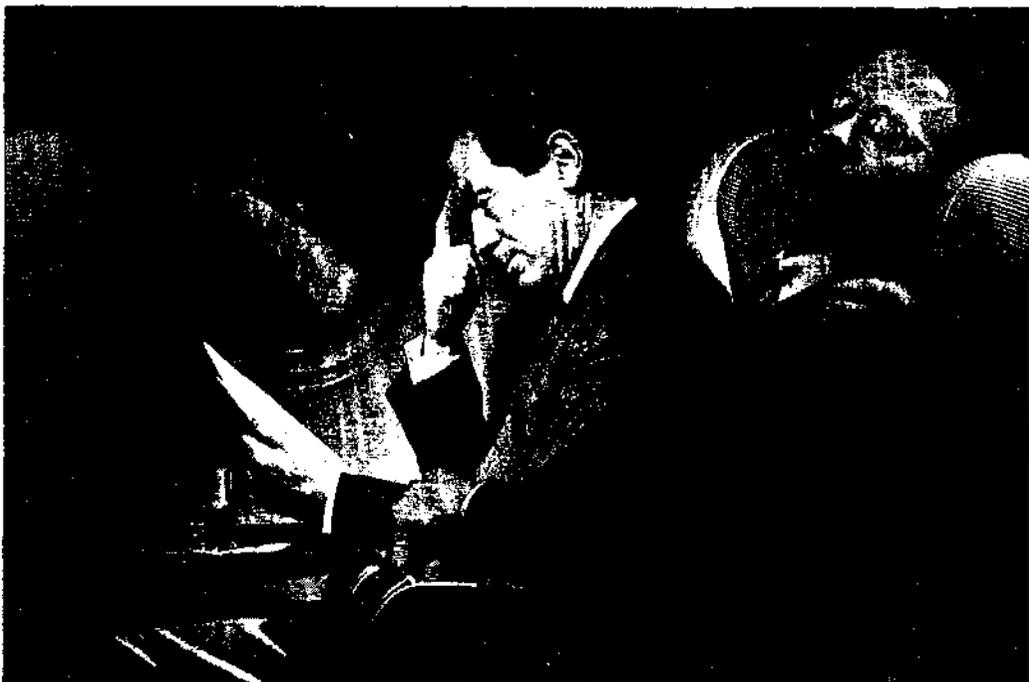
Unter der Fragestellung „Bewältigung“ (die in sich schon gewaltförmig ist, sei nur am Rande bemerkt) heißt es dann bei Stürmer: „Die Russen kamen mit Feuer und Schwert, und die Amerikaner als Sieger eines Kreuzzuges.“ In etwas anderen Worten finden wir auch das bei Carl Schmitt wieder. Er spricht in seinem bereits 1945 geschriebenen, aber erst fünf Jahre später veröffentlichten Werk „Der Nomos der Erde im Jus Publicum Europaeum“ davon, daß die Amerikaner vom Westen und die Russen vom Osten das klassische europäische Völkerrecht (samt seinem Hüter Preußen-Deutschland) mit seinem nichtdiskriminierenden Staatenkrieg zerstört hätten. Deutschland ist als Unschuldslamm ein Opfer seiner Mittellage zwischen Ost und West. Die Machtverhältnisse ließen es Schmitt letztlich nicht als sinnvoll erscheinen, die von ihm implizit bereits negativ beantwortete Frage nach der Vereinbarkeit der Bestrafung der Kriegsverbrecher mit dem Jus Publicum Europaeum auch expressis verbis negativ zu beantworten. Er brach dann seine „Fragen“, wie er es nannte, ab. Dies schien ihn aber nur temporär

belastet zu haben, da die Westorientierung als der „Neue Nomos der Erde“ am Himmel der Machtüber aufstieg. Insoweit hat es M. Stürmer heute leichter, die Nato-Orientierung steht im Zenit des westlichen Staatenhimmels. Seine Fragen braucht er daher nicht abzubrechen, wenn es um die Ortung innerstaatlicher Feinde (der Nato) geht.

Nach dem bisherigen Stand unserer Überlegungen bleibt für den Erlanger Historiker in der deutschen Nachkriegsgeschichte neben der Arbeiterbewegung in der Anfangsphase und aktuell der Friedensbewegung schließlich „nur“ noch die Studentenbewegung als „Partisanen des Weltbürgerkrieges“ übrig: „Es ist eine Anmaßung, hier Bilanzen aufmachen zu wollen, mit der impliziten Vorstellung, daß nur die Gerechten das Recht haben zu überleben und daß die Kinder der gebrannten Väter diese zu verurteilen hätten. Woher nehmen wir die Selbstgerechtigkeit, daß wir nicht derselben totalitären Versuchung verfallen, in ähnlicher Lage, die ihnen zum Schicksal wurde? Es ist nicht politisch, und es ist auch nicht human, die Nation in eine schuldige Hälfte und eine gerechte Hälfte zu spalten. Es ist der Geist des Bürgerkrieges, aus dem die totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts entstammten und entstammen. Der nach 1933 emigrierte Jurist Franz Oppenheimer hat unlängst vor den Gefahren einer deutschen ‚kollektiven Schuldbesessenheit‘ gewarnt, die unfähig macht zum aufrechten Gang. Die Vergangenheit, die nicht vergehen will, ist leider oft nur eine Vergangenheit, die nicht vergehen darf, um der Macht der Groß-Richter und Groß-Propheten willen.“

Die so denunzierte „Macht der Groß-Richter und Groß-Propheten“ ist wohl einzig und allein die *Kritik*, vor der sich nicht nur Michael Stürmer fürchtet. Diese hat nach Adornos Kategorischem Imperativ gerade auch durch Erinnerungsarbeit zu verhindern, daß sich Auschwitz jemals wiederholen wird. Hierzu gehört als unverzichtbarer Bestandteil, im Bewußtsein daran festzuhalten, daß die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Nationalsozialismus ermöglichten, nach 1945 nicht angetastet wurden. Die aktive Rolle bürgerlicher Eliten an der Etablierung, Stabilisierung und der Expansion des „Dritten Reiches“ im Zweiten Weltkrieg und der Judenvernichtung bleibt ein Faktum, das erstmals von der 68er Generation einer breiten öffentlichen Diskussion zugeführt wurde. Dies haben die herrschenden Eliten bis heute nicht vergessen, geschweige denn verziehen. M. Stürmer, dem der „Zugang zum Machtüber“ (Carl Schmitt) gelungen ist, fragt nun auch

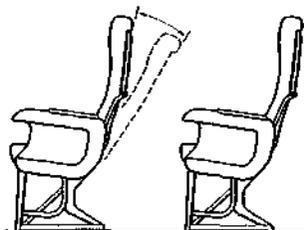
Weil wir wissen, daß Sie nicht zu Ihrem Vergnügen fliegen, haben wir uns darauf eingerichtet.



© ADL/LE 83

Natürlich haben Geschäftsreisen auch ihre angenehmen Gesichtspunkte. Doch wenn es darauf ankommt, können Sie es sich nicht leisten, die Aussicht zu genießen. Da muß vor dem Geschäftstermin noch eine Zahl geprüft oder ein ungenaues durch das treffende Wort ersetzt werden. Dazu brauchen Sie einen angenehmen Arbeitsplatz. Europas Geschäftsreisende fliegen deshalb Lufthansa Business Class. Denn zum ungestörten Arbeiten gehört nun mal ausreichend Platz. In unserer neuen Business Class haben wir dafür gesorgt, daß Sie jetzt noch mehr Beinfreiheit haben.

Also mehr Freiheit zum Arbeiten. Oder zum Entspannen. Je nachdem.



6 cm mehr Beinfreiheit.

Darüber hinaus steht Ihnen bei Lufthansa jetzt das größte Business Class-Sitzplatzangebot in Europa

zur Verfügung. Denn zugunsten des Geschäftsreisenden gibt es jetzt nur noch First und Business Class. Wenn Sie zum First oder Business Class-Tarif ins Ausland fliegen, können Sie Ihre Sitzplatzreservierung schon beim Buchen vornehmen. Bei innerdeutschen Flügen sichern Sie sich Ihren Platz am Check-in-Schalter. Natürlich haben wir nichts daran geändert, was Sie bisher schon an uns zu schätzen wußten: zum Beispiel den dichten Flugplan, mit dem Sie flexibel bleiben, den speziellen Service für den Geschäftsreisenden und die gewohnte Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit.



Lufthansa

folgerichtig nach der „Verortung“ (C. S.) von Geschichte in *Raum und Zeit*: „Es geht um drei Fragen:

- die der kulturellen und politischen Identität,
- die der inneren Kontinuität,
- die der außenpolitischen Berechenbarkeit.“

Der Erlanger Historiker erkennt klar, daß mit einer politischen Identität, die Auschwitz als negative Utopie und das vorgenannte Horkheimer-Zitat zum Ausgangspunkt nimmt, eine nationale Identität nicht zu begründen ist. Permanentes Beschwören des geistigen und moralischen Bürgerkrieges, den die Linken und Alternativen angeblich führen, soll die Arcana der bürgerlichen Gesellschaft, Wolfskonkurrenz unter den einzelnen Individuen und die latente Diktatur im Verfassungsstaat, verdecken. Eine Gesellschaft, die auf dem Wege ist, sich in Arbeitsplatzbesitzer und Nichtbesitzer zu spalten, hat solches in der Tat dringend nötig. Michael Stürmers Ideologie des präventiven Staatsschutzes zentriert folgerichtig um die Begriffe Identität und innere Kontinuität. Es ist die Kontinuität eines herrschaftlichen Gewaltzusammenhangs mit seiner in der Tat katastrophalen Geschichte, die aus der Erinnerung getilgt werden soll, was die eigene gesellschaftsstrukturelle Verantwortung an diesem Verlauf anbelangt. Das kann massenwirksam jedoch nur gelingen, wenn man einen äußeren Feind ausmacht, dem man die Verantwortlichkeit für den deutschen „Totalitarismus“ aufbürden kann. Alles das ist in die Stürmersche Floskel der außenpolitischen Berechenbarkeit eingegangen. Einem solchen Schritt stand *bisher* die historische Realität Auschwitz entgegen; doch mit einer „Führungspsychologie“ à la Nolte und Fest ist man auf diesem Weg ein gutes Stück weitergekommen.

Dies zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen gemacht zu haben, ist das Verdienst von Jürgen Habermas. Gleichwohl hat er die Dimension der Entlastung der bürgerlichen Eliten für die nationalsozialistische Vergangenheit und deren innenpolitische Funktion übersehen. Die Bundesrepublik soll nachträglich vom Makel befreit werden, daß der demokratische und wirtschaftliche Wiederaufbau mit den NS-Eliten und den Gewinnen aus der Versklavung Europas mit „geleistet“ wurde. Die Suche einer politischen Identität in einem Verfassungspatriotismus unterschlägt das prekäre Problem der latenten Diktatur im Verfassungsstaat, d. h. den Kern nicht gebundener staatlicher Macht in einer bürgerlich-rechtsstaatlichen Verfassung. Es sei deshalb mit besonderem Nachdruck an die Hilflosigkeit der fast einzig verfassungspatriotischen Partei der Weimarer Republik, der SPD, im Kampf gegen den Nationalsozialismus erinnert.

Abschließend möchten wir darauf verweisen, daß es über die Ökologiebewegung (und die von ihr vorwiegend aus den romanischen Ländern importierte Regionalismusedebatte: die Menschen sollten wieder mit der Heimatscholle verbunden werden, um so Energien für den Widerstand gegen geplante Umwelt bedrohende Großtechnologien freizusetzen) vermittelt die Friedensbewegung war, die mit ihrer Thematisierung der nationalen Frage das Gerede über nationale Identität wieder ins öffentliche Bewußtsein rückte und damit, wenn auch unbewußt und ungewollt, den Neokonservativen den ideologischen Boden mitbereiten half. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß man sich aus dieser Ecke zur „Historikerkontroverse“ bisher nicht zu Wort meldete.

**Unsere Fahrzeug-Vollversicherung erstattet bei Totalschaden die
Kosten für ein gleichwertiges Fahrzeug.**



Die Volksfürsorge ist der richtige Partner, wenn es um finanzielle Sicherheit geht, z. B. mit der Fahrzeug-Vollversicherung, Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung oder Bausparen: Sprechen Sie mit der Volksfürsorge.

Keine Sorge –
Volksfürsorge
Versicherungen

Hans-Jochen Vogel Das Erbe Lassalles und der Auftrag des demokratischen Sozialismus in der Gegenwart

Dr. Hans-Jochen Vogel, geb. 1926, ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag. – Wir dokumentieren die Ansprache, die Hans-Jochen Vogel am 3. April 1987 auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ferdinand Lassalle – Historische Leistung und aktuelle Bedeutung“ hielt.

I.

In wenigen Tagen jährt sich zum 125. Mal der Tag, an dem Ferdinand Lassalle vor Arbeitern und Handwerkern in Berlin seine berühmte geworden, große Rede „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ gehalten hat. Diese Rede ist, wie Susanne Miller vorhin schon im einzelnen gezeigt hat, in der Folgezeit zu einem bedeutenden Text in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Lassalle ließ sie, kurz nach dem Vortrag, als Broschüre erscheinen. Der berühmte Berliner Staatsanwalt von Schelling hat die gesamte Auflage sofort beschlagnahmen lassen und ein Verfahren gegen den Verfasser eröffnet. Da Lassalle diese Polizeiaktion vorausgesehen hatte, ließ er sich 50 Exemplare vorab aushändigen, die er noch vorher an Interessenten verteilen konnte. In Zürich erschien dann im darauffolgenden Jahr eine neue Ausgabe des Arbeiterprogramms, deren Verbreitung aber ebenfalls in Preußen verboten blieb.

Diese Verbotsaktionen haben bei denen, die es anging, das Interesse an der Schrift natürlich erst recht geweckt. Und es war diese Schrift, die die Vertreter des Leipziger Arbeiterbildungsvereins am Ende des Jahres 1862 veranlaßt hat, sich an Lassalle

zu wenden, weil sie in ihm den Mann sahen, der – wie sie ihm schrieben – als einziger in Deutschland in der Lage sei, die wiederentstehende Arbeiterbewegung zusammenzufassen und politisch zu organisieren.

Lassalle hat dieses Angebot bekanntlich mit seinem berühmten „Offenen Antwortschreiben“ vom Frühjahr 1863 angenommen und damit den für die Entstehung der politisch organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland entscheidenden Schritt getan. Er wurde der erste Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Mit den Ideen, die er in dieser Funktion in der kurzen Zeit, die ihm in den fünfzehn Monaten bis zu seinem Tod noch blieb, in zahlreichen Vorträgen und Druckschriften verbreitete, hat er der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer Frühphase die wesentlichsten praktischen und geistigen Impulse vermittelt. Zu Recht betrachtet die deutsche Sozialdemokratie daher die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter Vereins als ihre Geburtsstunde und Ferdinand Lassalle als einen ihrer Gründer. Bekanntlich haben philosophisch-politische Theorien in der Frühphase der Arbeiterbewegung und auch noch eine lange Zeit danach eine wichtige Rolle gespielt. Zumindest im Selbstverständnis ihrer führenden Akteure, wenn auch nicht immer in der Praxis der Anhängerschaft. Wichtig waren in dieser Phase die mitunter scharfen Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Lassalleanern, das heißt, in den ersten Jahren noch die Kontroverse zwischen Marx und Lassalle selbst. Darauf folgte um die Jahrhundertwende der Streit zwischen Marxisten und Revisionisten. Es kennzeichnet wie nichts sonst die Stellung Lassalles in der deutschen Arbeiterbewegung, daß ihm auch seine schärfsten theoretischen Kontrahenten niemals sein geschichtliches Verdienst um die Entstehung der Sozialdemokratie streitig gemacht haben. Das gilt ohne Einschränkung auch für Karl Marx und Friedrich Engels.

Lassalle konnte diese Leistung vollbringen, weil er der Arbeiterklasse seiner Zeit große und einfache Ideen gab, für die er als leidenschaftlicher Redner Begeisterung zu wecken und als glaubwürdiger Politiker Menschen zu gewinnen und zu mobilisieren vermochte. Seine Reden und Schriften rüttelten die Massen auf und begründeten Siegeszuversicht und Opfermut. Wo käme das besser zum Ausdruck als in

der berühmten, immer und immer wieder gesungenen Strophe des Lassalleliedes:

„Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all!
Der Bahn, der kühnen, folgen wir,
Die uns geführt Lassalle.“

Diese Bahn hatte Lassalle in seinem offenen Antwortschreiben an den Leipziger Arbeiterbildungsverein mit Worten gewiesen, deren klassische Klarheit viel über die Wirkung dieses Mannes durch die Kraft seiner Sprache verrät: „Organisieren Sie sich als allgemeiner Deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlchen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern.“ . . . „Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen! Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden.“ Es war diese Klarheit und Leuchtkraft, die die Menschen packte. Und noch zehn Jahre nach seinem Tod schrieb August Bebel als ideologischer Widersacher Lassalles bewundernd an Friedrich Engels: „Sie dürfen nicht vergessen, daß die Lassalleschen Schriften tatsächlich . . . durch ihr populäre Sprache die Grundlage der sozialistischen Anschauungen der Massen bilden.“

II.

Auch wenn in der folgenden Zeit mehr und mehr die Ideen von Karl Marx das Denken und die Programme der Sozialdemokratie zu beherrschen begannen, sind die Ideen Lassalles doch immer lebendig und wirksam geblieben. Manches von dem, was Lassalle in seinen ersten programmatischen Schriften zum Ausdruck gebracht hat, ist in den Jahren nach seinem Tod unter dem Einfluß des Marxismus, der seit der Zeit des Sozialistengesetzes in der Sozialdemokratie an Boden gewann, in Vergessenheit geraten. Mit der Verabschiedung des Erfurter Programms von 1891 hatte – nach dem berühmten Wort von Engels – der Marxismus gegenüber Lassalle Genugtuung erfahren; er war zum offiziellen programmatischen Selbstverständnis der Sozialdemokratie geworden.

Es ist schon verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß es ein schwerer Irrtum wäre zu glauben, mit dem programmatischen Triumph der marxistischen Gedanken sei der Einfluß Lassalles für Praxis und Handeln der Partei ein für allemal getilgt gewesen. Ich denke dabei nicht nur an die Tatsache, daß noch Jahrzehnte nach Lassalles Tod in der Sozialdemokratie eine geradezu kultische Verehrung der Person Lassalles verbreitet war, eine Verehrung, der mit

Lassalle-Feiern und Lassalle-Hymnen in dieser Form kein anderer Führer der Deutschen Arbeiterbewegung teilhaftig geworden ist. Ich meine vielmehr den tiefgehenden Einfluß des Lassalleschen Staatsverständnisses auf die sozialdemokratische Praxis.

Im Arbeiterprogramm steht ein Satz, der die Staatsidee des Arbeiterstandes zum Ausdruck bringt: „Der Zweck des Staates ist der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung – das heißt, die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist – zum wirklichen Dasein zu gestalten; es ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.“ Der Geist, der aus diesem Satz spricht, kennzeichnet das Verhältnis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zum Staat in ihrer politischen Praxis viel eher als das, was Engels und Marx zu diesem Thema geschrieben haben.

An diese kaum zu überschätzende Wirkung zentraler Lassallescher Ideen für die praktische Handlungsorientierung der Sozialdemokratie hat Carlo Schmid aus Anlaß des 100. Gründungstages der Sozialdemokratie erinnert: „Der Geist Lassalles wurde zwar aus den Programmschriften vertrieben, aber in der konkreten Alltagspolitik der Partei hat er sich mächtig ausgebreitet. . . Hat sich dieses frühe sozialistische ‘Ja’ zum demokratischen Staat nicht in der Entwicklung als eine nützliche Gegenhygiene gegenüber der marxistischen Relativierung und moralischen Entwertung des Staates erwiesen?“ Ich denke, auch aus heutiger Sicht können wir diese Frage ohne weiteres bejahen, auch wenn wir aufgrund neuer Erfahrungen in den Jahrzehnten seit der Verabschiedung des Godesberger Programms bei der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms die Rolle des Staates, das Verhältnis von Staat, Individuum und Gesellschaft, erneut diskutieren müssen. Lassalle hat im Arbeiterprogramm die Idee des Arbeiterstandes, die er als neue Idee einer anbrechenden Geschichtsperiode versteht, vor allem als eine veränderte Haltung zum Staat beschrieben. Seine Kritik richtet sich gegen einen Liberalismus, der die, wie er polemisch zugespitzt sagte, „Nachtwächteridee des Staates“ propagierte, die den Staat auf die Rolle eines bloßen Wächters über die Spielregeln im Kampf aller gegen alle festlegen wollte.

Er zeigte mit Argumenten, die heute gegen den neokonservativen Rückfall in das frühkapitalistische Staatsdenken erneut zur Geltung gebracht werden müssen, daß eine solche Vorstellung vom Staat

nur dann mit den vom liberalen Bürgertum selber propagierten Forderungen nach Freiheit und Gleichheit aller verträglich wäre, wenn „wir alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebildet und gleich reich“ wären. Lassalle fährt dann fort: „Da wir dies aber nicht sind und nicht sein können, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend und führt deshalb in seinen Konsequenzen notwendig zu einer tiefen Un-sittlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt.“ Dieser klarsichtigen und überzeugenden Bloßlegung des Geburtsfehlers des liberalen Staatsverständnisses stellt Lassalle als „sittliche Idee des Arbeiterstandes“ „die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung“ entgegen. Eine sittliche Idee des Arbeiterstandes ist Lassalle zufolge dieses neue Staatsverständnis deshalb, weil es keinen Keim der Bevorrechtigung irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe mehr enthält, sondern auf die gleichberechtigte Entwicklung aller Individuen gerichtet ist. Der Nachwächterstaat handelt nur dem Anschein nach im Interesse aller, in Wahrheit ergreift er aber gerade durch seine vordergründige Neutralität Partei. Denn er überläßt den wirtschaftlich und sozial Starken das Feld und läßt damit die wirtschaftlich und sozial Schwachen im Stich. Ein Staat, der wirklich das gleiche Interesse aller verfolgt, der sich im Sinne des Grundgesetzes als Sozialstaat versteht, muß durch aktive Gestaltung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse seinem Anspruch gerecht werden.

Lassalle hat im darauffolgenden Jahr in seinem „Offenen Antwortschreiben“ gezeigt, wie er sich die Rolle eines seiner Verantwortung gerecht werden den Staates bei der Reform der Gesellschaft vorstellt. Seine Forderung war, daß der Staat durch Kredite und andere Hilfen die Gründung und die Existenz von Produktivgenossenschaften, die spontan aus der Mitte der Arbeiterklasse heraus gegründet würden, erleichtern solle, ohne sie selbst zu übernehmen oder zu bevormunden. Der Grundgedanke des Lassalleschen Staatsverständnisses ist für die Sozialdemokratie bis heute für ihr praktisches Handeln von maßgeblicher Bedeutung gewesen. Er ist bis heute zutreffend, und ich denke, es ist ein geschichtlicher Triumph des von Lassalle inspirierten sozialdemokratischen Staatsdenkens, daß er in seinem Kern in unser Grundgesetz eingegangen ist und aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen und Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts auch nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt werden kann.

Lassalle hat erkannt, daß in einer von wirtschaftlicher Macht und sozialer Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaft Gleichheit und Freiheit der einzelnen nicht eine gesellschaftliche Tatsache sind, die der Staat immer schon vorfindet und zu respektieren hat, sondern Werte, die für die große Mehrheit der Menschen überhaupt erst dann Realität gewinnen, wenn der demokratische Sozialstaat dafür sorgt. Das liberale Bürgertum, das Lassalle sofort nach der Gründung einer eigenständigen Arbeiterpartei als Zerstörer der Freiheit mit beißender Kritik, ja mitunter mit seinem Haß verfolgte, ist immer auf einem Auge blind gewesen; es hat sich mit dem seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen entsprechenden halbierten Freiheitsbegriff begnügt. Es konnte Gefährdungen der Freiheit nur in staatlichem Handeln erkennen, die mindestens ebenso große und reale Gefährdung der individuellen Freiheit durch die Macht des großen und unkontrollierten Privateigentums an den Produktionsmitteln hat es hingegen ebensowenig sehen können – oder sehen wollen – wie heute die „Weiter so“-Konservativen die ökologischen Gefährdungen sehen.

Diese Gefährdungen, die reale Erfahrungen der Unfreiheit und des Elends in einer Gesellschaft, in der sie zwar nicht mehr durch Rechtsprivilegien, aber ebenso wirksam durch die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt waren, ist zum kritischen Ansatzpunkt der Arbeiterbewegung insgesamt geworden. Es war eines der großen Verdienste von Lassalle, sie in einfacher und klarer Form ins Bewußtsein seiner Zeit erhoben und damit eine Grundlage für das Selbstverständnis der Arbeiter und ein erfolgversprechendes politisches Handeln geschaffen zu haben.

Der „Staatskult“, der Lassalle nachgesagt worden ist, bezieht sich wohl mehr auf die fast hymnische Sprache, in die Lassalle die Staatsidee der Arbeiterbewegung kleidete, als auf die praktischen Forderungen, die er an den Staat seiner Zeit richtete. Diese überschwengliche Sprache, in der „der sittliche Zweck des Staates“ gefeiert wird, erklärt sich zum Teil aus dem Sprachgebrauch der großen Philosophen Fichte und Hegel, an denen er sich orientierte, und zum Teil gewiß auch daraus, daß er das Gegenprinzip zur Nachwächteridee des Staates agitatorisch wirkungsvoll zum Ausdruck bringen wollte. Dabei darf nicht übersehen werden, daß für Lassalle der maßgebliche erste Schritt zur Realisierung der



sittlichen Idee des Staates in dessen Demokratisierung bestand. Die volle demokratische Teilhabe aller Staatsbürger an der staatlichen Willensbildung war die eine Seite dieser sittlichen Idee und die Gesamtverantwortung des demokratischen Staates für Würde und Freiheit aller einzelnen in einer durch Macht und Ungleichheit bedrohten Gesellschaft die andere.

III.

Seit einigen Jahren steht der Sozialstaat erneut im Kreuzfeuer der Kritik. Die Neokonservativen fordern einen Rückzug des Staates auf breiter Front aus wichtigen Bereichen seiner ökonomischen und sozialen Verantwortung, um die gesellschaftliche Entwicklung wieder allein dem Spiel der privaten Kräfte zu überantworten. Im alternativen Lager bis weit hinein in die Reihen der grünen Partei wird mit dem von der anarchistischen Tradition inspirierten Konzept einer sogenannten Basisdemokratie ein Abbau zentralstaatlicher Organisation und Zuständigkeit verlangt. Dahinter steht die alte Utopie einer sich ohne Einmischung staatlicher Gewalt selbst verwaltenden Gesellschaft. Die Interessenlage der Neokonservativen macht ihre Sozialstaatskritik verständlich. Die Alternativen aber sollten sich genauer darauf besinnen, ob ein in seinen Kompetenzen geschwächter, überwiegend als dezentrale Entscheidungsmacht der jeweils direkt betroffenen Bevölkerungsteile organisierter Staat ihren eigenen wesentlichen Forderungen, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz, Energiepolitik oder Verkehrsplanung, noch gerecht werden könnte.

Eine Analyse der Aufgaben des Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen, die sich nicht den Blick durch die Bindung an altliberale oder altanarchistische Dogmen einengen läßt, muß heute zu einer differenzierteren Beurteilung der Staatsfunktionen gelangen. Der „Irseer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD enthält dazu interessante Ansätze, auch wenn der Abschnitt „Demokratie in Staat und Gesellschaft“ insgesamt gesehen zu den Teilen des Programms gehört, die einer weiteren sehr gründlichen Diskussion bedürfen.

Jede pauschale Aufforderung zu mehr oder weniger, zentraler oder dezentraler organisiertem Staat, greift angesichts der tatsächlichen Probleme und Aufgaben des Staates in der jetzigen Entwicklungsphase der Industriegesellschaft daneben. In Wahrheit gibt es einige Aufgaben, wie etwa in den Bereichen Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik, die durch eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommu-

nen am besten gelöst werden können. Andere Aufgaben hingegen, etwa in den Bereichen Verkehrs- und Umweltpolitik, Energiepolitik, Industriepolitik und Wirtschaftspolitik, verlangen gerade die Verbesserung der Handlungsfähigkeit des Bundes und der Länder.

Es wird mitunter gesagt, bezogen nicht nur auf die Frage, sondern auf das politische Programm insgesamt, es sei das Handicap der Sozialdemokratie, nicht die einfachen Lösungen propagieren zu können, also mehr Staat oder weniger Staat, Fortsetzung des Wachstumskurses oder Wachstumsstopp, Sofortausstieg aus der Kernenergie oder Kernenergie ohne Wenn und Aber. Ich halte das nicht für einen Nachteil, denn diese Fähigkeit zur Differenzierung, zum menschen- und sachgerechten Lösen der großen Probleme ohne ideologische Scheuklappen, kann zu unserem Vorteil werden, wenn es uns gelingt, im öffentlichen Gespräch die Gründe, die wir haben, und die Wege, die wir vorschlagen, geduldig, beharrlich und selbstbewußt deutlich zu machen.

Auch darin können wir etwas von Lassalle und dem Arbeiterprogramm lernen. Lassalle setzte nicht auf Parolen, sondern auf Aufklärung. Entsprechend der allgemein verbreiteten Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts glaubte er an das Bündnis von Wissenschaft und Arbeiterklasse als Voraussetzung für die Verwirklichung der Idee einer neuen Geschichtsperiode. Wir sehen die Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft bei der politischen Handlungsorientierung heute sehr viel skeptischer. Aber wir bleiben entschieden mit Lassalle der Auffassung, daß vorurteilslose Analyse und Aufklärung den Weg in die Zukunft weisen und nicht ideologische Zerrbilder, semantische Kunststücke oder gefühlsbeladene Agitation. Die damit verbundenen Mühen bleiben uns nicht erspart, aber die Einsicht in die komplexen Problemlagen und die Bereitschaft vieler Menschen, frei von fixierten Bindungen kritisch mitzudenken, wächst. Das ist unsere Chance. Der Irseer Entwurf gibt uns eine gute Grundlage, sie vor allem auch im Gespräch mit kritischen Bürgern außerhalb der Partei zu nutzen.

Ich begrüße es sehr, daß der Irseer Entwurf eine Überschätzung staatlicher Handlungsmöglichkeiten vermeidet, ohne in den anderen Fehler einer überzogenen Staatskritik zu verfallen. Ich möchte einen der Leitsätze aus dem Programmentwurf zitieren, um zu verdeutlichen, was ich meine: „Der Staat des Grundgesetzes ist nicht wertneutral. Ihm sind das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen vorgegeben. Er ist verpflichtet, sie zu schützen und je-

dem einzelnen die Chance zu geben, sich in freier Selbstverantwortung und frei von materieller Not zu entfalten.“ Nichts anderes hat, in der Sprache seiner Zeit, wohl auch Lassalle gewollt.

Mittlerweile hat sich die Erkenntnis verbreitet, daß die Überschätzung staatlicher Handlungsmöglichkeiten genauso schädlich ist wie ihre Unterschätzung. Für Sozialdemokraten steht fest, und das ist auch die Ausgangslage unserer gegenwärtigen Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm, daß die Gleichung, was die Gesellschaft aus sich heraus nicht leisten könne, könne jederzeit der Staat bewirken, genauso falsch ist wie die altliberale Gleichung, nach der der minimale Staat der maximale Freiheitsgarant sei.

Für einige der neuentstandenen Probleme, zu denen vor allem auch die Umweltsicherung, die Verkehrsplanung und manches andere zählen, sind zusätzliche, in manchen Punkten sogar übernationale, zentralstaatliche Kompetenzen unerlässlich. In anderen Bereichen können Lösungen eher aus der Gesellschaft selber hervorgehen. Der Staat kann sie vielleicht in manchen Fällen begünstigen, aber nicht ersetzen.

IV.

Lassalle erhoffte die Lösung der sozialen Frage, so wie sie sich zu seiner Zeit stellte, von den Genossenschaften. Seine im „Offenen Antwortschreiben“ erhobene Forderung nach Staatskrediten für die Genossenschaften war von symbolischer Bedeutung. Die Genossenschaften sollten innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaften Inseln alternativer Produktionsformen sein, die sich dann Schritt für Schritt im Meer des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausbreiten sollten. Mit dieser Forderung wollte Lassalle einen Weg weisen, wie schrittweise die bestehende Gesellschaft ohne Gewalt so verändert werden kann, daß aus ihr nach und nach eine neue Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit hervorgeht.

Das bemerkenswerte an dieser Vorstellung war die wohlüberlegte Verknüpfung von Eigeninitiative aus dem gesellschaftlichen Bereich mit gezielter staatlicher Hilfe. Diese behutsame Verknüpfung von staatlichem Handeln und gesellschaftlicher Selbsttätigkeit ist lehrreich. Sie zeigt, daß Lassalle trotz seiner hohen und vielleicht sogar überhöhten Wertschätzung des Staates als der Instanz der Sittlichkeit für die Befreiung der arbeitenden Menschen und die Umgestaltung der gesellschaftlichen Le-

bensverhältnisse keineswegs einseitig und ausschließlich auf staatliches Handeln setzte.

Viel weniger als Marx, der doch seiner Theorie ein äußerst skeptisches Verständnis des Staates zugrundelegt, setzte Lassalle für die Beseitigung der ausbeuterischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse auf zentralstaatliches Handeln. Es mag zwar umstritten sein, was Lassalle sich als Endziel des Transformationsprozesses der Gesellschaft über die Genossenschaften vorgestellt hat. Was er als politisches Programm ausformulierte und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit auf den Weg gab, war eine viel bescheidenere, gleichwohl aber essentielle Rolle des Staates.

Mit dieser dem Staat zugedachten Rolle der Hilfe zur Selbsthilfe wollte Lassalle zwei Dinge zugleich erreichen. Zum einen wären ja ohne die Hilfe des Staates bei den damaligen Einkommensverhältnissen der arbeitenden Klassen Genossenschaftsgründungen auf breiter Front gar nicht möglich gewesen. Diesen Gesichtspunkt stellte Lassalle als politischer Realist den liberalen Genossenschaftsanhängern entgegen, die, wie zum Beispiel Schultze-Delitzsch, zwar auch die Gründung von Genossenschaften empfahlen, aber dem alten liberalistischen Dogma zufolge den Staat aus allem fernhalten wollten. Es war genau dieser Punkt, den die Liberalen jener Zeit zum Ausgang ihrer teils haßerfüllten Attacken gegen Lassalle benutzten.

Sie warfen ihm vor, mit der Unfreiheit, die der damalige Staat in Preußen verkörperte, ein Bündnis zu suchen, um Not und Armut zu überwinden. Lassalle sah aber, daß das Genossenschaftsprojekt niemals realisiert werden könnte, wenn nicht der Staat als Repräsentant gesamtgesellschaftlichen Interesses wenigstens die Starthilfe leistet. Dieses Eingreifen des Staates, nicht um zu reglementieren und Dinge an sich zu reißen, die andere besser können, sondern um überhaupt erst die Voraussetzungen für die Selbstentfaltung der sozial und ökonomisch Schwachen zu schaffen, hatte für Lassalle zugleich eine symbolische Bedeutung. Sie sollte den Repräsentanten des Staates und den arbeitenden Menschen auf eine schlagkräftige, mit den unmittelbar zugeligenden Lebensinteressen glaubwürdig verbundene Art zu Bewußtsein bringen, daß der Staat für die Freiheit und Würde seiner Bürger verantwortlich ist. Sie sollte sinnfällig demonstrieren, daß er dieser Verpflichtung in einer von Macht und Ungleichheit beherrschten Gesellschaft nicht durch ein vermeintlich neutrales Schiedsrichteramt, sondern nur durch

eine aktive Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse gerecht werden kann.

Was Lassalle mit seiner Forderung nach Staatshilfe für die Genossenschaften zum Ausdruck bringen und im öffentlichen Bewußtsein verankern wollte, ist im Grunde die Idee des Sozialstaates. Auch wenn dieser Begriff erst später, vor allem von dem sozialdemokratischen Staatsrechtler Hermann Heller, in der Weimarer Republik geprägt, begründet und entfaltet worden ist – der Sache nach war es das, worum es Lassalle zu tun war.

Lassalles interessante Verknüpfung von Selbsthilfe und Staatshilfe verdient heute erneut unser Interesse. Bekanntlich ist die Genossenschaftsidee schon bald nach Lassalles Tod aus dem Programm und der sozialen Lebenspraxis der Arbeiterbewegung verschwunden. Dabei hat Dogmatismus ebenso eine Rolle gespielt wie negative Erfahrungen in der Praxis. Heute lebt der Genossenschaftsgedanke aus vielen Gründen neu auf. Wenn wir auch nicht mehr wie Lassalle von den Genossenschaften allein das Heil erwarten, so wissen wir doch, daß die Genossenschaften eine interessante und wichtige Rolle im Prozeß der gesellschaftlichen Reform spielen können.

Eine der frühesten Erscheinungsformen der Genossenschaft waren die Baugenossenschaften. Sie waren ursprünglich eine alternative Bewegung, alternativ zum privaten Eigenheim, das damals für die Arbeiter unerschwinglich war und ja auch heute noch für viele Arbeitnehmer unerschwinglich ist. Alternativ ebenso zu den Mietskaseränen, die nach dem Prinzip maximaler Kapitalnutzung gebaut wurden und die auch heute noch in erschreckender Form das Bild vieler unserer Städte prägen.

Die Genossenschaften bauten Wohnungen unter Verzicht auf Gewinnmaximierung. Sie sorgten dafür, daß die Wertsteigerung des Bodens der Gemeinschaft verblieb. Manche Genossenschaftssiedlung war ein bahnbrechendes Beispiel guter, menschengemäßer Architektur und einer neuen Wohn- und Lebenskultur. Ich nenne nur die Leistungen der großen Architekten Bruno Taut, Mart Stam und Ernst May, oder Mies van der Rohe, Scharoun, Corbusier, Gropius und die von ihnen geschaffenen Siedlungen in Berlin, in Frankfurt und in Stuttgart.

Die „Neue Heimat“ ist bei weitem nicht die ganze Wahrheit über die Genossenschaften. Es wäre fatal, aus ihrem Scheitern die Konsequenz der Preisgabe des Genossenschaftsgedankens zu ziehen. In kleinen, überschaubaren, selbstbestimmten Genossenschaften können Menschen gleichzeitig grundle-

gende Lebensbedürfnisse befriedigen und die eigene Persönlichkeit gleichberechtigt mit anderen zur Geltung bringen. Diese Verbindung der Sicherung der Würde des einzelnen in der Arbeitswelt und der ökonomischen Existenzsicherung war es, was Lassalle an der Genossenschaftsidee überzeugte.

Dieser Gedanke ist nicht veraltet. Er wird heute vielfältig im Produktions- und Wohnbereich praktiziert. Heute wie damals – auch darin bleibt der Gedanke Lassalles aktuell – bedürfen die Menschen, die die Initiative und die Kraft zur Gründung von Genossenschaften aufbringen, der Ermutigung und Unterstützung, oft der elementaren Wegbereitung durch den Staat.

Warum ermutigen wir nicht die Gründung neuer Genossenschaften? Zum Beispiel Bewohnergenossenschaften zur Modernisierung alter Mietshäuser? Oder Genossenschaften, in denen Facharbeiter gemeinsam in Eigenarbeit Reihenhäuser bauen. Oder Genossenschaften für Jugend-Wohngemeinschaften, für Wohngruppen mehrerer Familien, vielleicht auch für Rentnerwohngemeinschaften? Laßt uns die bewährten alten Genossenschaften dafür gewinnen, mit uns neue Genossenschaften ins Lebens zu rufen, und diese neuen Genossenschaften so lange fördern, bis sie auf eigenen Füßen stehen können.

Dazu brauchen wir auch gesetzliche Schritte. Zum Beispiel eine rechtliche Gleichstellung des Genossenschaftseigentums mit dem Privateigentum. Warum soll ein Mitglied einer Baugenossenschaft nicht seinen Bausparvertrag mit staatlicher Prämie in die Genossenschaft zum Neubau oder zur Modernisierung seiner Wohnung einbringen können? Warum sollen Genossenschaftsmitglieder nicht ebenso wie Eigenheimer ihre Aufwendungen für den Bau oder die Modernisierung ihrer Wohnungen steuerlich geltend machen dürfen?

Ich gehe einen Schritt weiter: Wir sollten den großen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeit geben, ihre Wohnungsbestände oder doch zumindest deren Verwaltung auf örtliche Genossenschaften zu übertragen, wo immer die Mieter dazu bereit sind. Das ist vernünftiger als der freie Einzelverkauf der mit hohem staatlichen Finanzaufwand gebauten Sozialwohnungen. Denn in der Genossenschaft bleibt die Wohnung ihrem sozialen Zweck erhalten. Mehr noch: Aus verwalteten

Unter dem Namen „Arbeiterprogramm“ fand Lassalles Rede in der frühen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung größte Verbreitung

Foto: AsD

Arbeiter-Programm.

Ueber den

besonderen Zusammenhang

der

gegenwärtigen Geschichtsperiode

mit der

Idee des Arbeiterstandes.

Von

Ferdinand Lassalle.

Berlin.

Verlag von C. G. Neumann, Neudamm (H. Berlin)

1874.

Mietern werden selbstverwaltende Mieteigentümer, aus Objekten eines Unternehmens werden Subjekte einer Genossenschaft. Dezentralisierung, Entbürokratisierung, Nachbarschaftshilfe, Eigenarbeit – das alles ist in der Genossenschaft viel eher möglich als in jeder anderen Organisationsform. Warum reden wir so oft von der Mitbestimmung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz und fast nie von der Mitbestimmung des Arbeitnehmers dort, wo er wohnt? Natürlich bedarf es dazu auch gesetzgeberischer Schritte und finanzieller Hilfen. Aber sie wären besser angelegt als vieles, was jetzt auf dem Weg über fragwürdige Steuerbegünstigungen für sogenannte Bauherrenmodelle in die verkehrten Taschen fließt.

Außerdem, erinnern wir uns: Die Genossenschaften sind nicht in Zeiten des Überflusses, sondern in Zeiten des Mangels entstanden. In Zeiten, in denen Menschen ihre Probleme in die eigenen Hände nahmen. Ich bin überzeugt, uns könnte gleiches gelingen.

Ich habe mich deshalb etwas ausführlicher mit der Aktualität des Genossenschaftsgedankens befaßt, weil ich an diesem Beispiel zeigen wollte, daß es fruchtbar sein kann, die Fragen der Vordenker der sozialen Bewegung in veränderter Zeit unter veränderten Bedingungen neu zu stellen.

V.

Heute trennt uns, wie seit anderthalb Jahrzehnten immer deutlicher geworden ist, vieles von der Zeit, in der Lassalle wirkte, und von den Voraussetzungen, auf die sie glaubte, die menschliche Zukunft bauen zu können. Wer Lassalles Arbeiterprogramm heute noch einmal liest, wird noch immer tief berührt von dem gewaltigen Geschichtsoptimismus, der den Text prägt und an vielen Stellen in ein großes feierliches Pathos umschlägt. Lassalle wollte die Arbeiter, zu denen er sprach, begeistern durch das Selbstbewußtsein, den Anbruch einer neuen historischen Epoche nicht nur mitzerleben, sondern selber herbeiführen zu können. Dieses Bewußtsein, Sendboten einer neuen, besseren Zeit zu sein, sollte den Arbeitern Erkenntnisgewißheit und Siegeszuversicht vermitteln. Im letzten Satz des Arbeiterprogramms spricht Lassalle vom „imposanten Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs“.

Diese Hoffnung hat die kämpfende Arbeiterbewegung mehr als ein Jahrhundert lang beflügelt, ihren Kampfgeist gestärkt und sie in den Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung aufgerichtet. Der Inhalt dieser alten Hoffnung, die Errichtung einer Gesellschaft, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

als Maßstäbe das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen prägen, ist heute wie zu Lassalles Zeiten Grundlage und Sinn aller politischen Forderungen der Sozialdemokratie. Wir bringen diese Hoffnung seit dem Godesberger Programm in den „Grundwerten“ zum Ausdruck.

Erst in der Zeit nach Godesberg ist uns schrittweise, dann aber mit wachsendem Nachdruck deutlich geworden, daß die Folgen unserer bisherigen Art der Naturbeherrschung die Zukunft bedrohen, wenn es uns nicht gelingt, die industrielle Zivilisation auf neue Grundlagen zu stellen. Heute erscheint im Gegensatz zur Vor-Godesberger Epoche Zukunft nicht mehr als die selbstverständliche Verheißung des Besseren, sondern sie enthält auch die Möglichkeit der Bedrohung, ja sogar der Gefährdung des Lebens der menschlichen Gattung.

Die großen Umweltkatastrophen von Seveso bis Tschernobyl, die täglich neuen Nachrichten über die Gefährdung von Luft, Wasser und Boden, um nur an diese Beispiele zu erinnern, beweisen eindeutig genug, daß wir von neuem prüfen müssen, welches Modell der Industriegesellschaft mit dem menschenwürdigen Leben, um das es uns geht und mit dem gesicherten Überleben der menschlichen Gattung in einer intakten Natur verträglich ist.

Heute kommt es darauf an, durch große Anstrengungen die Grundvoraussetzungen menschlicher Existenz zu sichern. Damit wird das alte sozialdemokratische Projekt der Schaffung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht ungültig und auch nicht zur Nebensache. Aber seine Voraussetzungen haben sich grundlegend geändert. Darum vor allem geht es in unseren Diskussionen um ein neues Grundsatzprogramm der SPD.

Dies ist vielleicht der bedeutendste Unterschied zur Zeit und zu den großen Verheißungen von Lassalle. Und wenn es, um in Lassalles Sprache zu reden, so etwas wie eine Idee der gegenwärtigen Geschichtsperiode gibt, so besteht sie wohl nicht mehr, um in Lassalles Sprache zu bleiben, darin, daß wir einen „gewaltigen Sonnenaufgang“ miterleben, sondern eher darin, daß wir eine durch uns selbst verursachte Sonnenfinsternis verhindern müssen, in die uns das banale „Weiter so“ führen würde.

Daher halte ich den Ansatz des Irseer Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm der SPD für richtig, den traditionellen Grundwerten des Demokratischen Sozialismus, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, als politische Orientierung „Grundvoraussetzungen der menschlichen Existenz“ voranzustellen. Der Entwurf nennt zwei Grundvoraussetzungen

menschlicher Existenz: Die Verantwortung für die Natur und die Verantwortung für den Frieden. Von daher muß das von uns gewollte Modell einer sozial und ökologisch verantworteten Industriegesellschaft entworfen werden.

Diese „Grundvoraussetzungen“ dürfen freilich den Grundwerten nicht übergeordnet werden, so wie es mitunter Wortführer der alternativen Bewegung versuchen, wenn sie glauben, als Anwälte des Lebens selber aufzutreten und Grundwerte und Grundrechte anderer aus diesem Anspruch relativieren oder übergehen zu dürfen. Für Sozialdemokraten muß klar sein, daß die Sicherung der Grundvoraussetzungen menschlicher Existenz gleichzeitig eine Bedingung grundwerteorientierter Politik sein und selber von den Grundwerten bestimmt und geprägt sein muß.

Grundvoraussetzungen und Grundwerte gemeinsam müssen heute die Grundlagen einer sozialdemokratischen Politik sein, die das Leben sichert und der Gerechtigkeit Geltung verschafft. Wir können heute nicht mehr, wie Lassalle unter dem Einfluß Hegels, auf einen Automatismus der Geschichte zum Guten hoffen, und auch nicht darauf, daß die Idee einer besseren Geschichtsperiode sich unter allen Umständen durchsetzen muß. Aber es liegt an uns, die Idee eines neuen Fortschritts von der Lebens- und Arbeitswelt der Menschen her gegen alle Bedrohungen der Gegenwart neu zu formulieren, glaubwürdig zur Geltung zu bringen und mit der Mehrheit unserer Mitbürger gemeinsam zu verwirklichen. Das ist einer der Gründe, weswegen ich die jetzt in Gang gekommene Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD für wichtig halte und mir wünsche, daß diese Diskussion in der ganzen Partei aktiv geführt wird und als Angebot an die Bevölkerung, die nach Orientierungen sucht, auch in einer offenen Haltung von uns nach draußen getragen wird.

Kein Zweifel, wir ehren Lassalle und die anderen Pioniere der Arbeiterbewegung am besten, wenn wir offen und selbstkritisch, wie sie in ihrer Zeit, danach fragen, was wir heute tun können und tun müssen, um allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben auf gesicherter Grundlage zu ermöglichen. Das traditionelle Modell eines Fortschritts des immer mehr, immer schneller, immer besser, das die Arbeiterbewegung vom Bürgertum übernommen hatte, kann aus mehr als einem Grunde nicht mehr Grundlage unseres Handelns sein. Wir haben allerdings auch keinen Grund, es pauschal preiszugeben. Nicht nur, weil viele seiner Errungenschaften eine sozial gesicherte Freiheit für die arbeitenden Menschen erst möglich gemacht hat, sondern ebenso, weil eine bessere Rücksichtnahme auf die natürlichen Kreisläufe und eine menschenwürdige Gestaltung der Arbeits- und Lebenswelt nicht durch das Festschreiben des heutigen Niveaus von Wissenschaft, Technik und Industrie erreicht werden kann, sondern nur durch deren Weiterentwicklung, aber freilich nach veränderten Maßstäben.

Wir können und wollen nicht das alte Fortschrittsprogramm einfach weiterlaufen lassen, wie es die Neokonservativen propagieren, die dessen Krisen und Probleme nur in unnötig geschürter Angst und Irritation des Menschen suchen.

Wir wollen Ängste ernst nehmen und Gefahren beim Namen nennen. Nicht um mit ihnen zu spekulieren, sondern um von ihnen und den in ihnen zum Ausdruck kommenden Erfahrungen durch ein sozial und ökologisch erneuertes Fortschrittsverständnis Hoffnungen neu zu begründen. Die politischen Leitideen des Irseer Entwurfs mit ihrer konkreten Utopie einer ökologisch und sozial verantworteten Industriegesellschaft in einer Welt ohne Militärblöcke und Massenvernichtungswaffen bieten eine gute Grundlage für eine solche Diskussion.

Peter von Oertzen

Konfliktfelder in der Programmdiskussion

Prof. Dr. Peter von Oertzen, geb. 1924, niedersächsischer Kultusminister a. D., ist Mitglied des SPD-Parteivorstands und des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er leitete seinerzeit die Kommission „Orientierungsrahmen '85“ und gehörte der Kommission unter Leitung von Willy Brandt an, die den „Irseer Entwurf“ eines neuen Grundsatzprogramms erarbeitete. Der nachstehende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referates, das von Oertzen im November 1986 auf dem „Tag der Bildungsobleute“ in Springe/Niedersachsen gehalten hat.

Die Kernfrage, die vermutlich auch in den Diskussionen des kommenden Jahres eine Rolle spielen wird, ist die Frage, was mit dem Programm bezweckt wird. Wollen wir gewissermaßen nur ein zweites Godesberg, die modernisierte Version eines Programms, das nun mehr als 25 Jahre alt geworden ist, aber im Kern seine Gültigkeit bewahrt hat, oder wollen wir ein völlig neues Programm? Diese Frage hat am Anfang der Arbeit der Programmkommission gestanden, und sie wird vermutlich immer wieder gestellt werden und zu beantworten sein. Deshalb also zunächst einige kurze Bemerkungen zur Bedeutung des Godesberger Programms für die Entwicklung unserer Partei in den letzten 30 Jahren.

Die Grundentscheidungen von Godesberg

Das Godesberger Programm enthielt – das ist wohl kaum zu bestreiten – eine wirkliche Neubestimmung des politischen Charakters der Partei gegenüber dem, was die SPD vorher war und wie sie sich vorher verstanden hat. Und so ist das Godesberger Programm auch innerhalb und außerhalb der Partei aufgenommen und begriffen worden. Diese Neubestimmung konzentrierte sich auf einige Punkte:

1. Es enthielt eine Absage an etwas, was man „Marxismus“ nannte und was mindestens in der Form einer verhältnismäßig geschlossenen, sogenannten sozialistischen Weltanschauung, also einer Art ideellen Prägung der gesamten Partei bis 1959 und darüber hinaus noch fortgelebt hat. (Die theoretisch reizvolle, aber in diesem Zusammenhang nicht interessierende Frage, ob es sich um wirklichen Mar-

xismus gehandelt hat, was in der Partei vor 1959 gelebt hat, will ich hier einmal beiseite lassen).

2. Die Partei definierte sich neu als „Volkspartei“ statt wie bisher als „Arbeiterpartei“ – das waren die offiziellen Formeln. In Wirklichkeit war die Sozialdemokratie natürlich schon lange vor 1959 nicht nur Arbeiterpartei, sondern schon seit Jahrzehnten Volkspartei, sonst wäre z. B. ich selbst ja gar nicht in die Partei hineingekommen und hätte auch gar keine Chance gehabt, vor 1959 in ihr irgendeine Rolle zu spielen. Aber ich wurde als Delegierter auf den Godesberger Parteitag entsandt. Vergleichbare Beispiele lassen sich in allen Phasen der Geschichte der „Arbeiterpartei“ SPD vor 1959 finden.

3. Der Charakter der Partei wurde insoweit geändert, als anstelle einer verhältnismäßig geschlossenen, ein wenig starren, straff organisierten, von der Spitze her und mit teilweise sehr drastischen Mitteln geführten Partei von Funktionären, die allerdings überwiegend aus der klassischen Arbeiterschaft stammten, nun eine für neue Ideen und für neue soziale Schichten offene demokratische Volkspartei gebildet wurde. Es hat nach 1959 noch rund ein Jahrzehnt gedauert, bis dieser Prozeß schließlich, Ende der 60er Jahre, zum Abschluß gekommen ist.

4. Inhaltlich von entscheidender Bedeutung war das klare Ja zur Landesverteidigung – entgegen in der alten Sozialdemokratie noch fortlebenden antimilitaristischen und pazifistischen Strömungen – und in der Konsequenz dann ein halbes Jahr nach Godesberg, in der berühmten Rede Herbert Wehners vor dem Bundestag am 30. Juni 1960, auch das Ja zu der konkreten Form der „Landesverteidigung“, nämlich zum westlichen Verteidigungsbündnis, d. h. zur NATO.

5. Von entscheidender Bedeutung waren ebenfalls die Absage an eine in der Partei immer noch lebendige anti-kirchliche, anti-christliche Grundstimmung und das positive Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und, damit verbunden, auch die Aufforderung an politisch engagierte Christen, zur SPD zu kommen und in ihr mitzuarbeiten.

6. Das Godesberger Programm formulierte eine entschiedene Absage an das traditionelle sozialdemokratische oder sozialistische Wirtschaftsprogramm mit den Elementen zentraler Wirtschaftsplanung und Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und statt dessen ein Ja zum Markt; es entwarf das Zukunftsbild einer aus Marktwirtschaft und Privateigentum, ein wenig staatlicher Planung und öffentlichem Eigentum gemischten Wirtschaftsordnung.



Veränderte Verhältnisse und gesellschaftlicher Bewußtseinswandel

Welche Probleme, mit denen wir heute, ein Vierteljahrhundert nach Godesberg, konfrontiert sind und die im Godesberger Programm noch nicht bzw. noch nicht mit hinreichender Schärfe erkannt wurden, haben nun Anlaß zur Formulierung eines neuen Parteiprogramms gegeben?

1. Es gibt Veränderungen in den außenpolitischen Verhältnissen: die Verschärfung der Kriegsgefahr, die der Menschheit droht, insbesondere natürlich uns in Europa; der Wahnsinn des Rüstungswettlaufs; und die zunehmende Kritik am Grundsatz der atomaren Abschreckung, mit dem Ziel, eine Außenpolitik zu entwickeln, die die Selbstbehauptung Europas zwischen den beiden atomar hochgerüsteten Supermächten in den Mittelpunkt stellt.

2. Auch die Probleme der Dritten Welt sind im Godesberger Programm nicht in der uns heute geboten erscheinenden Art und Weise behandelt. Man muß sich erinnern, daß 1959 die große Mehrzahl der jetzt schon lange staatlich selbständigen ehemaligen Kolonialgebiete noch nicht die Selbständigkeit erlangt hatte.

3. Unterdessen sind uns – und davon läßt das Godesberger Programm noch nichts spüren – Zweifel am bloß quantitativen Wachstum als Finanzie-

Stadthalle Bad Godesberg, 13. November 1959: Parteivorsitzender Erich Ollenhauer erläutert in seiner Einbringungsrede die Grundentscheidungen des neuen Programms

Foto: AsD

rungsgrundlage von gesellschaftlicher Reformpolitik gekommen. Gleichzeitig damit, genauer gesagt: als Anlaß zu diesen Zweifeln sind uns die Probleme der Umwelt – auch in dem Zusammenhang von Energienutzung und ihren Folgen (insbes. bei der Kernenergie) – bewußt geworden. Darüber enthält das Godesberger Programm ebenfalls nichts.

4. Auch die Rebellion der jungen Generation, die wenige Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programms in Amerika begonnen und sich dann über die gesamte westliche Welt ausgebreitet hat, und die wachsende Emanzipationsbewegung der Frauen kommen im Godesberger Programm nicht vor. Sie hängen meiner Meinung nach eng zusammen mit einer Veränderung des Gewichtes und der Bedeutung der Familie in unserer Gesellschaft: Die veränderte Rolle, die die Familie im gesellschaftlichen Leben, aber auch im Leben des einzelnen spielt, und veränderte Vorstellungen von Familie sind eine entscheidende Ursache für diese beiden Bewegungen.

5. Schließlich sind in der Folge der ersten wirtschaftlichen Rezession von 1966/67 und, tiefergreifend, in der Folge der anhaltenden Krise des Weltkapitalismus seit 1974 erneute Zweifel am Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufgetaucht, die so im Godesberger Programm nicht angesprochen sind.

Aus dieser knappen Skizze ergibt sich die Frage an das neue Programm und an uns, die wir uns mit diesem ersten Programmentwurf zu beschäftigen haben: Was bleibt von Godesberg, was ist wirklich neu, notwendigerweise neu? Und natürlich, daran anknüpfend, die Frage unseres Themas: Was ist von diesen Neuanstätzen auch nach der Vorlage des Irseer Entwurfs noch strittig?

Obleich ich diesem Entwurf in vielen Punkten durchaus kritisch gegenüberstehe, bin ich mit den Verfassern des Entwurfs zumindest in einem einig: Die Grundentscheidungen von Godesberg bleiben bestehen! Ich habe sie vorhin genannt: Absage an einen zur Weltanschauung verfestigten, orthodoxen Marxismus, eine offene Volkspartei anstelle einer traditionellen Arbeiterfunktionärspartei, eine klare, nüchterne und positive Einstellung zur Aufrechterhaltung von Streitkräften, die Absage an den Antiklerikalismus und die Betonung der Zusammenarbeit zwischen Christen und Nichtchristen in der Sozialdemokratie sowie eine kritische Haltung gegenüber bürokratischer, zentraler Planwirtschaft und bürokratischer Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Das sind Grundentscheidungen gewesen, die den Charakter der Partei verändert haben. Es gibt keine Veranlassung, sie zur Disposition zu stellen.

Eine Ausnahme wird man allerdings machen müssen: Es ist innerhalb wie außerhalb der Programmkommission strittig gewesen und scheint mir überhaupt die Kernfrage von denkbaren Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen in der Programmdiskussion zu sein, ob nicht die Kritik an der bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die im Godesberger Programm sehr stark zurückgenommen worden war, wieder stärker betont werden sollte und ob deshalb nicht bestimmte Traditionen einer völlig neuartigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wir von altersher Sozialismus nennen, im neuen Programm stärker hervortreten sollten, als es im alten der Fall ist. Im Grunde ist das die Kernfrage, die hinter unserer Frage steht: Ist das neue Programm ein wirklich grundlegend neues Programm, oder ist es ein Godesberg II?

Woher wir kommen, wohin wir wollen

Das Programm beginnt mit einer Art historischer Einordnung. Hier gibt es zwei Problempunkte: In welchem Umfang sollten erstens traditionelle, von der Sozialdemokratischen Partei schon vor Godesberg in den Hintergrund gestellte Zielvorstellungen unserer Partei und unserer Bewegung insgesamt wieder aufgenommen und stärker in den Mittelpunkt gerückt werden? Das heißt, sollte die Vorstellung einer von Ausbeutung und Unterdrückung wirklich freien Gesellschaft, in der nicht nur die formale, sondern die wirkliche Gleichstellung aller Menschen, welcher Herkunft und welchen Geschlechts auch immer, verwirklicht wird, in den Mittelpunkt des Programmes gerückt werden, oder sollte das nicht der Fall sein? Noch schärfer zugespitzt: Es kam in der Diskussion die Frage nach einer begrenzten Rückkehr zu Sozialismusvorstellungen auf, von denen sich die Partei in Godesberg verabschiedet hatte. Und damit im Zusammenhang stehend, wurde zweitens die Frage diskutiert, in welchem Umfang das historische Einleitungskapitel eine ausdrückliche und deutliche historische Selbstkritik an den politischen und moralischen Versäumnissen der Partei in der Vergangenheit üben sollte. Nicht als Selbstzweck, sondern als ein Stück der Bestimmung unserer gegenwärtigen Situation. Man kann ja gelegentlich aus der Geschichte auch etwas lernen, und es ist nicht unbillig zu fragen, ob dieser Lernprozeß im Programm nicht ausdrücklich formuliert werden sollte. Da wäre z. B. kritisch zu reden über die Bewilligung der Kriegskredite 1914, über die Verhaltensweise der Sozialdemokratie in der Revolution 1918/19, über den verlorenen Kampf gegen den Hitlerfaschismus 1932/33 und natürlich auch über gewisse Entscheidungen vor Godesberg und in Godesberg.

Die Entscheidung der Kommission war die Aufnahme der traditionellen Zielvorstellungen des Sozialismus als einer – in der Sprache von Marx und Engels – staats- und klassenlosen Gesellschaft, aber natürlich nicht in aller Schärfe. Die historische Selbstkritik ist nur ganz behutsam angedeutet, jedoch nicht ausgeführt worden – mit dem Argument, daß es wichtiger sei, für unsere heutigen Überzeugungen zu werben, als öffentliche Selbstkritik zu üben. Darüber gibt es weiterhin Meinungsverschiedenheiten. Ich kann das in diesem Punkt mit besonderer Deutlichkeit sagen, weil ich der Verfasser dieses Kapitels bin und meine ursprünglichen Entwürfe sowohl das Element der sozialistischen Zielvorstellung als auch die historische Selbstkritik sehr viel

schärfer zum Ausdruck brachten als die von der Kommission schließlich akzeptierte und vom Vorsitzenden höchstpersönlich redigierte Fassung. Dies sind zwei Fragen, die natürlich den Charakter des Gesamtprogramms und damit auch die Entscheidung über den zukünftigen Charakter unserer Partei berühren und die wir aufrichtig und kritisch in unserer Partei diskutieren müssen.

Zeitanalyse – von vielen gewünscht, von niemandem gewagt

Die gesamte Diskussion der Grundwerte war in der Kommission nicht kontrovers. Es hat auch keinen Ansatzpunkt gegeben, in irgendeine kritische Auseinandersetzung zu treten, außer in der Frage, ob man den Grundwert der Gerechtigkeit vielleicht durch den Grundwert Gleichheit ersetzen sollte, wovon insbesondere die Genossinnen gedungen haben. Sie sagen: „Gerechtigkeit für die Frauen, das haben wir uns schon an den Schuhsohlen abgelaufen!“ Was sie wollen ist Gleichheit – und zwar wirkliche und nicht nur proklamierte. Das Thema ist dann in doppelter Weise bewältigt worden. Einmal dadurch, daß die Grundwertbestimmung nicht mehr nur „Gerechtigkeit“ lautet, sondern „Gerechtigkeit und Gleichheit“. (Man könnte boshafterweise anmerken, daß dies eine typisch sozialdemokratische Lösung des Problems darstellt, aber ich verkneife mir diese Bosheit gleich wieder.) Und zweitens dadurch, daß man in einem eigenen Kapitel zur Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft wirklich die Gleichheitsforderung inhaltlich so verankert hat, daß klar wird, was unter Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang zu verstehen ist.

So war denn dieser Abschnitt nicht mehr sonderlich umstritten. Außerdem ist mit allseitiger Zustimmung eingefügt worden, daß im Gegensatz zu Godesberg wieder der Marxismus und die traditionellen sozialistischen Überzeugungen, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg einmal die Sozialdemokratie beherrscht haben, als eine mögliche, legitime Strömung und Quelle der gegenwärtigen Sozialdemokratie anerkannt werden, während das Godesberger Programm Marx und den Marxismus ja vollständig verschweigt. Nach dem Willen des Irseer Entwurfs dürfen Marxisten also nicht nur inoffiziell, sondern auch ganz offiziell wieder Mitglieder der SPD sein.

Das einzige wirklich rundherum ungelöste Problem war die Frage, ob wir eine Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und der voraussichtlichen zukünftigen Entwicklung unserer Gesellschaft in das Programm aufnehmen sollen. Die

alten Programme, das von Erfurt 1891 und das von Heidelberg 1925, hatten einen derartigen Analyse- teil enthalten – allerdings natürlich auf der Grundlage einer in der Partei unumstrittenen, einheitlichen und von allen bejahten „marxistisch-sozialistischen“ Weltanschauung. Im übrigen wurden Programme damals im wesentlichen von Einzelpersonen verfaßt – die Zeitanalyse des Erfurter Programms stammt von Karl Kautsky, die des Heidelberger Programms von Rudolf Hilferding –, und die Beteiligung der gesamten Partei an der Erarbeitung dieser beiden Grundsatzprogramme war minimal. Wer etwa die Parteiprotokolle der Diskussion dieser beiden Programme nachliest, wird erstaunt, verblüfft oder vielleicht auch enttäuscht darüber sein, wie wenig dort debattiert worden ist.

Daß eine solche Analyse der gegenwärtigen Situation in der damaligen Form heute nicht mehr möglich ist, darüber bestand und besteht Einmütigkeit. Meinungsverschiedenheiten gab es darüber, ob sie überhaupt nötig sei. Tatsache ist, daß kein Mitglied der Kommission es gewagt hat, einen Entwurf für eine solche Analyse vorzulegen. Ob er dann gebilligt worden wäre und ob angesichts der unterschiedlichen Auffassungen der Kommissionsmitglieder mehr dabei herausgekommen wäre als Wischiwashi, auf das man letztlich hätte verzichten können, ist eine offene Frage. Wir werden in der Diskussion der kommenden beiden Jahre die Frage beantworten müssen, ob wir nicht doch eine solche knappe Analyse unserer gesellschaftlichen, politischen und geistigen Situation ins Programm aufnehmen sollten. Die Meinungen darüber gehen nach meiner Kenntnis in der Partei sehr weit auseinander. Ich neige nach wie vor dazu, eine solche Zeitanalyse für sinnvoll zu halten, bekenne aber gleichzeitig, daß auch ich mich nicht in der Lage gesehen habe, während der Beratungen dieser Irseer Kommission einen Entwurf vorzulegen. Vielleicht wäre das heute anders, aber in den Jahren 1984 und 1985, in denen diese Dinge vor allem diskutiert worden sind, ist es auch anderen nicht gelungen. Ich will nur auf einige Faktoren hinweisen, die dabei eine Rolle spielen müßten. Vor allem hat sich das, was wir Arbeiterbewegung nennen, oder im weiteren Sinne ganz nüchtern Arbeitnehmerschaft, in seinem Charakter seit 1945 von Grund auf verändert.

Einige Probleme einer Zeitanalyse

1. Bei der Volkszählung 1950 waren unter hundert Erwerbstätigen etwa 30 % Selbständige, 50 % Arbeiter und 20 % Angestellte und Beamte. Heute sind es

etwas mehr als 10 % Selbständige. Das heißt, die Zahl der Selbständigen ist zurückgegangen und die Zahl der Arbeitnehmer hat zugenommen – eine verblüffende Bestätigung von Voraussagen, die Marx und Engels vor 150 Jahren gemacht haben, aber in einer völlig anderen Form als sie sich vorgestellt hatten. Denn unter den knapp 90 % Arbeitnehmern befinden sich allenfalls noch etwas mehr als 40 % Arbeiter, aber fast 50 % Angestellte und Beamte. Hinzu kommt, daß bei den 40 % Arbeitern 8 % Ausländer eingerechnet sind, die hier keine staatsbürgerlichen und damit keine politischen Rechte genießen, nur sehr unvollkommen in den Gewerkschaften und so gut wie gar nicht in den politischen Parteien organisiert sind. Das heißt, wenn wir die deutschen Arbeitnehmer betrachten, so kommen auf einen Arbeiter schon fast zwei Angestellte und Beamte. Wenn wir nach den USA schauen, sehen wir diese Tendenz mit rasender Geschwindigkeit in der gleichen Richtung weiter fortschreiten. In den USA ist der Handarbeiter, der in der Werkstatt oder in der Fabrik arbeitet, längst eine relativ kleine Minderheit unter der Gesamtheit der Arbeitnehmer.

2. Wir haben seit 1960 eine Bildungsrevolution erlebt. Gegenüber der Generation der jetzt 60jährigen hat z. B. die Generation der heute 20jährigen nicht mehr zu 85, sondern höchstens noch zu 35 % eine Volks- oder, wie wir heute sagen, Hauptschule besucht. Daß nicht mehr weniger als 10 %, wie in der alten Generation, sondern 30 % in dieser oder jener Form die Hochschulreife erlangen und daß nicht mehr 3 bis 4 %, sondern 20 % und mehr, ihre schulische Vorbildung zur Berufsausübung mit einem Hochschulstudium abschließen, das hängt natürlich auch mit der veränderten Struktur der Arbeit, der Arbeitsplätze und der Entwicklung ganzer riesiger Gruppen neuer Berufe zusammen. Damit im Zusammenhang stehen neuere ökonomische und technologische Entwicklungen. Es gibt neue, sehr viel stärker als früher herausgearbeitete internationale wirtschaftliche Verflechtungen, multinationale Konzerne, die nun zum ersten Mal wirklich das darstellen, was früher eigentlich immer nur in der Ideologie als internationaler Kapitalismus vorgestellt worden ist.

3. Es gibt zum ersten Mal wieder eine im Weltmaßstab sich abzeichnende wirtschaftliche und damit gesellschaftliche Krise, die weiter reicht als die große Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1938, die sich im wesentlichen noch auf die damals kapitalistisch industrialisierten Länder beschränkte. Sie erstreckte sich so gut wie gar nicht auf Afrika, nur im

bescheidenen Umfang auf Asien, im Grunde eigentlich nur auf Nordamerika und auf Europa. Heute erfaßt die Weltwirtschaftskrise die Dritte Welt in vollem Umfang mit: Kein Land, nicht einmal die Länder des realen Sozialismus, wird davon verschont bleiben. Wir haben besondere Verflechtungen zwischen den industriellen Ländern, sowohl den kapitalistischen als auch den nicht-kapitalistischen, und der Dritten Welt und wir haben, denke ich, auch Strukturen und Entwicklungsmöglichkeiten des sogenannten real existierenden Sozialismus zu diskutieren. Was noch vor dreißig oder vierzig Jahren großen Teilen der Arbeiterbewegung als echte Alternative zum Kapitalismus erschien, daran glaubt heute in Westeuropa kaum jemand mehr, nicht einmal die ernstzunehmenden kommunistischen Parteien, die es noch gibt. Trotzdem ist der real existierende Sozialismus ein internationaler Machtfaktor ersten Ranges, der über Hunderte von Millionen Menschen in Dutzenden von Ländern herrscht. Was ist das für eine Gesellschaftsform, und in welchem Verhältnis steht sie zum demokratischen Sozialismus? Und zwar nicht ideologisch, sondern materiell, inhaltlich, ökonomisch, politisch, moralisch? Es ist nicht Kapitalismus, es ist auch nicht der Sozialismus, wie wir ihn uns vorstellen. Ist das vielleicht etwas ganz Neues, Andersartiges? Ich meine, daß ein sozialdemokratisches Programm diese Frage nicht aussparen kann. Der Entwurf spart diese Frage aber aus.

4. Zu berücksichtigen sind schließlich bestimmte, durch die veränderte Betriebsstruktur und neue Technologie hervorgerufene gesellschaftliche Probleme. Sie hängen zusammen mit der Arbeitszeit in Verbindung mit steigendem Wohlstand und zunehmender Freizeit und dem Bedürfnis, zwischen bloßer Erholung und Erwerbsarbeit auch noch nicht bezahlte Tätigkeiten auszuüben, also das, was unter dem Stichwort Eigenarbeit diskutiert wird. Es gibt die besonderen Probleme der Jugend. Und die Frauenemanzipation ist nicht nur ein Problem unter anderen, sondern ein grundlegendes Problem, weil es mehr als die Hälfte der Menschheit unmittelbar betrifft. Dann gibt es schließlich noch die Rolle, die die neuen Medien, ja die elektronischen Kommunikationsmittel schlechthin in der Politik der Zukunft spielen werden.

Frieden und Dritte Welt

Was im dritten Kapitel des Irseer Entwurfs zum Frieden und zur Dritten Welt zu lesen ist, entspricht im wesentlichen den Positionen, die auf den Partei-

Die Programmtradition

Zur Vorgeschichte der sozialdemokratischen Programmatik gehört vor allem das *Manifest der Kommunistischen Partei (1848)*; Die bevorstehende Entscheidungsschlacht zwischen Bürgertum und Feudaladel, so prophezeit es, ist nicht das Ende aller sozialen und politischen Klassenkämpfe. Die sich durchsetzende kapitalistische Produktionsweise läßt ein industrielles Proletariat entstehen, dessen Interessen in unversöhnlichem Gegensatz zu denen der Kapitalisten stehen. Das wachsende Proletariat formiert sich zur Klasse, deren historische Mission der Sturz der Kapitalherrschaft ist. Es erobert die politische Macht und benutzt sie dazu, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen“.

Offenes Antwortschreiben, 1863: Ferdinand Lassalle ruft die Arbeiter auf, mit den Linksliberalen zu brechen und sich als eigenständige Partei politisch zu formieren. Durch das allgemeine Wahlrecht, das es erst noch zu erkämpfen gilt, sollen sich die Arbeiter Einfluß und Macht im Staat erobern. Mit staatlichen Krediten sollen Arbeiterproduktivgenossenschaften gegründet werden, die sich schließlich als der kapitalistischen Industrie überlegen erweisen werden. Nicht „Selbsthilfe“ im liberalistischen Sinne, sondern der Staat als die Zusammenfassung aller gesellschaftlichen Kräfte ist das entscheidende Instrument im sozialen Befreiungskampf.

Eisenacher Programm, 1869: Die Beseitigung der Klassenherrschaft, deren Grundlage die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten ist, läßt sich nur erreichen durch „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem)“, an deren Stelle ein System „genossenschaftlicher Arbeit“ treten soll. Die soziale Frage kann nur „im demokratischen Staat“ gelöst werden, die Verbindung von Sozialismus und Demokratie ist unauflöslich. Die Partei betrachtet sich als „Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation“.

Gothaer Programm, 1875: Die demokratischen Forderungen der Eisenacher verbinden sich mit den wirtschaftspolitischen der Lassalleaner. Die Sozialdemokratie erstrebt „die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit“. Erste sozialpolitische und Arbeiterschutzforderungen werden ins Programm aufgenommen.

Erfurter Programm, 1891: Die kapitalistische Produktionsweise ist kraft innerer Gesetzmäßigkeiten historisch zum Untergang bestimmt. Die Mittelschichten sinken ins Proletariat hinab, während der Kapitalismus in immer verheerendere, unlösbare Krisen taumelt. Das von der Sozialdemokratie geführte Proletariat muß die politische Macht erobern und das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum verwandeln. Noch auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft kämpft die SPD für demokratische und soziale Reformen. *Görlitzer Programm, 1921*: Die SPD ist nicht nur Arbeiterpartei, sondern „die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“, die Partei „aller körperlich und geistig Schaffenden“. Die demokratische Republik ist die „unwiderruflich gegebene Staatsform“, die gegen jeden Angriff zu verteidigen ist. Nicht mehr die Sozialisierung aller Produktionsmittel wird angestrebt, sondern die „Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinschaft“.

Heidelberger Programm, 1925: In seiner fast wörtlichen Anlehnung an das Erfurter Programm ist es eine entsprechend den Bedingungen der Weimarer Republik aktualisierte Fassung des klassischen marxistischen Programms der Vorkriegssozialdemokratie. Während die Zusammenbruchstheorie aufgegeben ist, wird das neue Phänomen des Monopolkapitalismus hervorgehoben. Aufgegeben wird auch der Volksparteigedanke, nicht jedoch das Bekenntnis zur demokratischen Republik. Im Aktionsprogramm wird die Idee der Wirtschaftsdemokratie verkündet.

Gadesberger Programm, 1959: Die SPD versteht sich als weltanschaulich offene Volkspartei, in der Männer und Frauen der verschiedensten Glaubens- und Denkrichtungen zusammenwirken, um die gemeinsamen Ziele des „demokratischen Sozialismus“ und dessen Grundwerte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu verwirklichen – eine „dauerhafte Aufgabe“. Zentrale Planwirtschaft ist keine Alternative gegenüber dem marktwirtschaftlichen System der Produktion und Verteilung. „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig.“ Durch vernünftigen Gebrauch vorhandener und neu zu schaffender volkswirtschaftlicher Instrumente können dauerhafte Vollbeschäftigung, wachsender Wohlstand und stetiger Wirtschaftsaufschwung gesichert werden. *Rainer Diehl*

tagen von Köln 1983, von Essen 1984 und Nürnberg 1986 beschlossen worden sind. Ich selbst vermisse in diesem Abschnitt eine stärkere Betonung der politischen Strategien zur Durchsetzung unserer Ziele. Die Ziele bejahe ich, aber ich würde mir wünschen, daß in einem politischen Programm auch der politische Weg und die politischen Schwerpunkte zur Erreichung dieser Ziele deutlicher herausgearbeitet würden, z. B. die europäische Perspektive, die Selbstbehauptung Europas zwischen den atomaren Supermächten. Und wie treffen wir eine inhaltliche Abgrenzung gegenüber dem, was wir auf der einen Seite Imperialismus und auf der anderen Seite real existierenden Sozialismus nennen? Mit beiden Gesellschaftssystemen stimmen unsere Zielvorstellungen ganz bestimmt nicht überein. Ich bin auch der Meinung, daß es nicht genügt, eine pazifistische Grundhaltung mit Entspannungspolitik zu verbinden. Wir sind alle für gutes und friedliches Auskommen mit unseren Nachbarn und im übrigen für eine ganz pragmatische Bejahung von Verteidigung, Rüstung, Bundeswehr, ohne eigentlich präzise zu sagen, wie diese Elemente zusammenpassen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, die Existenz der Bundeswehr auf diese Weise zu rechtfertigen. Wie geht denn die große Mehrheit der Partei mit der Frage um, wozu eigentlich eine (nicht atomar gerüstete) Bundeswehr in der Weltpolitik gut ist? Die Antwort findet man aber weder in den friedenspolitischen Entschlüsseungen der Partei noch im Grundsatzprogrammwurf.

Darüber hinaus scheinen mir die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Probleme der Dritten Welt, die unter dem Stichwort Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik beschrieben werden, nicht gründlich genug behandelt worden zu sein, gemessen an der objektiv dramatischen Bedeutung, die die Entwicklungen in der Dritten Welt für uns alle gewinnen können. Ich will nur zwei erwähnen: Einmal kann die Überschuldung der Dritten Welt von heute auf morgen in den völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Bank- und Kreditwirtschaft münden. Und zweitens kann ein scheinbar kleiner militärischer oder politischer Konflikt in irgendeinem Land der Dritten Welt oder zwischen irgendwelchen Ländern der Dritten Welt trotz aller Gegenmaßnahmen in den großen Dritten Weltkrieg umschlagen. Die wirkliche Gefahr für den Ausbruch eines Dritten Weltkrieges liegt viel eher in den Krisenregionen der Dritten Welt als etwa zwischen Hamburg und Helmstedt. Dort wird mit aller Wahrscheinlichkeit nichts passieren, aber in Mittelamerika oder in Südafrika

oder im Nahen Osten oder im Fernen Osten könnte sehr wohl etwas passieren. Diese Probleme scheinen mir im Programm nicht deutlich genug herausgearbeitet zu sein.

Staat und Gesellschaft, Jugend und Frauen

„Demokratie in Staat und Gesellschaft“, das ist ein Kapitel, das sehr formal abgefaßt und sehr stark auf Vollständigkeit angelegt ist; aber die Probleme werden einfach, wie mir scheint, unter einer großen Fülle von wichtigen einzelnen Feststellungen zugeschüttet. Probleme liegen etwa bei der Formulierung: „Die Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat.“ Das ist natürlich genauso richtig, wie es auch nicht richtig ist. Die Frage, inwiefern und in welcher Hinsicht die Bundesrepublik unser Staat ist und inwiefern sie es wiederum doch nicht ist, ist ausgeklammert worden. Natürlich ist die freiheitliche Demokratie unsere Staatsform, von der wir uns überhaupt nichts abhandeln lassen. Ich habe da auch nicht den Hauch eines Zweifels irgendwo gefunden. Aber ob die Macht der großen Kapitalien und der großen Unternehmen und ihr Einfluß auf den demokratischen politischen Prozeß etwas ist, was wir auch bejahen, das ist doch schon sehr die Frage. Und bei kritischem Weiterfragen gelangt man schließlich z. B. zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes oder zur Festschreibung der Eigentumsordnung durch das Grundgesetz usw. – abgesehen von den Problemen der Demokratie und des Staatsapparates auf der einen Seite und der Rolle etwa gesellschaftlicher Bewegungen – Stichwort: Neue soziale Bewegungen – auf der anderen Seite. Wie mir scheint, sind diese Fragen, ungeachtet der Fülle unbestreitbar richtiger Feststellungen in diesem Kapitel, nicht mit der genügenden Deutlichkeit gestellt worden.

Was der Irseer Entwurf zum Stichwort Jugend aussagt, ist ein bißchen zu sehr auf Jugendpolitik und Jugendsozialpolitik zugespitzt. Es kann dabei jedoch nicht nur um die Frage gehen, wie diese Gesellschaft vom Arbeitsplatz über die Erziehung bis zur Entfaltung in eigenen Lebensräumen mit jungen Menschen umgeht, sondern auch, wie wir auf die Tatsache reagieren, daß eine jüngere Generation unter 35 (oder sogar allmählich unter 40) offenbar radikal andere Wertvorstellungen und politische Ziele verfolgt – jedenfalls in starken Minderheiten – als die ältere Generation. Dieses Problem wird im Programm nicht in der notwendigen Schärfe gesehen.

Wenn die Grüne Partei, wie auch immer wir sie bewerten, bei den Wählern unter 35 Jahren 20 bis 30

Prozent der Stimmen erhält, bei den Wählern über 60 aber nur ein Prozent, dann dokumentiert das einen Riß im politischen Bewußtsein zwischen der jüngeren und der älteren Generation, der, wie auch immer man sich mit dem Thema auseinandersetzt, jedenfalls ein Problem darstellt. Dieses Problem wird im Programm ausgespart. Nicht ohne Grund: Es ist unglaublich schwierig, vernünftig zu formulieren, und noch schwieriger ist es, Lösungen dafür anzubieten. Hier muß noch gründlich nachgedacht werden.

Hingegen scheint mir (aber das müssen die Genossinnen beurteilen) der Abschnitt über die Gleichstellung der Frauen bei mancher Kritik im einzelnen in sich geschlossen zu sein, was damit zusammenhängen mag, daß die vier Genossinnen in der Programmkommission sich wirklich eingehakt und so lange gedrängt haben, bis die Texte ins Programm aufgenommen wurden, von denen sie glaubten, daß sie aufgenommen werden sollten. Es war aber auch das einzige Mal, daß sich eine starke Bewegung, die sich außerhalb der engeren Zirkel der Partei entfaltet hatte, in die Programmkommission hinein durchgesetzt hat.

Umwelt, Soziales, Kultur: Die Probleme sind nicht zu Ende diskutiert

Beim Problemkomplex Ökologie sind die Zielsetzungen ganz klar und entsprechen dem, was wir an ökonomischen Umbau- und Neubauprogrammen seit Jahren schon entworfen haben. Es handelt sich dabei um Programme, die in den Details sehr viel realistischer, konkreter und manchmal sogar radikaler sind als die Programme der Grünen. Wir haben programmatisch in Sachen Ökologie und Umwelt viel mehr anzubieten, als uns öffentlich zugetraut wird, und die Grünen sind da längst nicht so weit, wie sie zu sein vorgeben.

Aber ein ganz bestimmter Problembereich wird im Programmentwurf unterbelichtet, und das führt dann gleich zu der zentralen Frage, die ich zum Abschluß behandeln werde, nämlich zu den ökonomischen Strukturproblemen. Können wir die ökologischen Probleme allein dadurch lösen, daß wir neue Rahmendaten für den Wettbewerb und für das Verhalten der privaten Unternehmungen auf dem Markt setzen, beispielsweise durch Abwasserabgaben oder Verteuerung umweltbelastender Produkte, oder ist nicht auch die direkte Lenkung, der direkte Eingriff in die Unternehmensentscheidungen erforderlich, etwa durch Verbot bestimmter Produkte und Produktionsverfahren? Wir können zum Bei-

spiel die Vergiftung unseres Wassers, unserer Luft, unseres Bodens durch bestimmte Chemikalien dadurch zu verhindern versuchen, daß wir den Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegen oder sie mit der Entgiftung und Beseitigung des Giftmülls belasten. Das wäre sicherlich wichtig und wertvoll. Aber müssen wir nicht auch schlicht und einfach die Benutzung gewisser Chemikalien verbieten? Das berührt allerdings nicht mehr nur Fragen der Umweltpolitik, sondern unsere Wirtschaftsordnung insgesamt. Denn das würde bedeuten, daß der Staat sich z. B. das Recht nimmt, den Unternehmen eine Investition von 500 Mill. Mark in eine bestimmte Produktpalette per Gesetz oder Verordnung zu untersagen. Das ist Investitionslenkung. Wollen wir das? Ich finde, die Antwort auf diese Frage wird im Programmentwurf nicht klar genug gegeben.

Der Abschnitt Sozialpolitik ist im wesentlichen unstrittig gewesen, nicht zuletzt deswegen, weil zwei so verschiedene Temperamente wie Anke Fuchs auf der einen Seite, die die mehr traditionelle sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Sozialpolitik vertreten hat, und Johano Strasser auf der anderen Seite mit seinem engen Kontakt zu den neuen sozialen Bewegungen sich schließlich auf einen gemeinsamen Text geeinigt haben. Ein noch nicht zu Ende diskutiertes Problem ist jedoch geblieben, obwohl der Text in der Kommission selbst nicht strittig war, nämlich die Ergänzung der traditionellen sozialen Sicherungssysteme durch das Element Selbsthilfe.

Das abschließende Kulturkapitel will ich hier ausklammern, weil es einen Konsens gegeben hat, daß unbeschadet aller Autorenverdienste der Abschnitt über die Kultur eigentlich noch einmal von Grund auf neu diskutiert und neu geschrieben werden mußte. Ich glaube nicht, daß es gelungen ist, klarzumachen, was wir wirklich unter Kultur, Pflege der Kultur und Kulturpolitik verstehen. Denn Kultur ist sehr viel mehr als Theater, Museen und Musik – der Text deutet dies an. Aber insgesamt waren wir fast alle mit diesem Abschnitt unzufrieden. Und jeder Diskussionsbeitrag, der uns weiterführt, würde von der Kommission als sehr hilfreich empfunden werden.

Eigentum und Macht

Von zentraler Bedeutung ist in einem sozialdemokratischen Programm natürlich das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Hier greife ich die Frage, die ich eingangs, bei den Bemerkungen zum historischen Kapitel, schon einmal angeschnitten

habe, noch einmal auf: Es finden sich auch in den drei bzw. vier Wirtschaftskapiteln des Grundsatzprogramms unendlich viele unstrittige, richtige und nötige Feststellungen. Es findet sich nicht, auch nicht in Andeutungen, die Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise unserer Wirtschaft weltweit und in nationalem Rahmen. Das ist verständlich, weil über die Bewertung der Krisenursachen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in der Partei und damit auch in der Kommission herrschen. Es gibt die Mehrheitsströmung, die der Meinung ist, daß – ich sage es einmal mit Helmut Schmidt – einige wirtschaftliche Einzelfaktoren, etwa die Ölpreiserhöhung oder die von der Regierung der Vereinigten Staaten verschuldete Dollarinflation oder aber schlicht und einfach törichte und inkompetente Wirtschaftspolitik von Regierungen die eigentlichen Ursachen unserer Probleme seien; die Konsequenz, die man aus einer solchen Ursachenanalyse ziehen müßte, wäre die, daß man eben diese Fehler im einzelnen vermeiden muß, also: keine inflationäre Politik betreiben, wieder zu vernünftigen Energie- und Ölpreisen kommen und im übrigen eine vernünftige Wirtschaftspolitik machen. Und es gibt die entgegengesetzte Auffassung, daß die Krise im wesentlichen, ohne daß man die Bedeutung solcher einzelnen Faktoren dabei übersieht, durch das System unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst hervorgerufen worden ist.

Denn das ist ja unbestritten: Entscheidend für diese Wirtschaftsordnung ist, daß alle Investitionen, die auch nach den Aussagen der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre der zentrale Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung sind, und insbesondere die großen entwicklungs- und strukturbestimmenden Investitionen von den Unternehmungen unter dem Gesichtspunkt der Gewinnerwirtschaftung vorgenommen werden – oder aber auch, bei den ganz Großen, unter dem Gesichtspunkt des Machterwerbs und des Machterhalts (wobei natürlich der Gewinn selbst ein Element der Macht ist). D. h. sie werden bestimmt durch eine häufig durch Monopole verzerrte, aber im Kern wirksame Konkurrenz bzw. bei den großen Unternehmungen durch Machtkampf auf den nationalen und internationalen Märkten. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, ob und wie es möglich gemacht werden kann, diese Lenkung der Investitionen direkt an den wirklichen Bedürfnissen der Konsumenten zu orientieren. Weder die Analyse, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem so funktioniert, noch die Frage, ob man an die Stelle dieses Mechanismus einen anderen oder besseren setzen

könnte, wird jedoch im Programmentwurf diskutiert. Ich glaube aber, daß die praktischen Probleme, vor denen wir stehen und weiter stehen werden, uns eine solche Diskussion aufzwingen.

Ich erwähne z. B. nur die Frage der Verkabelung. Es kann mir doch niemand weismachen, daß die Milliardeninvestitionen, die in das moderne technische Kommunikationssystem, von dem die Verkabelung ja nur ein kleiner Teil ist, hervorgerufen werden durch wirkliche Bedürfnisse realer, hier lebender Bürger. Welcher Bürger hätte denn erklärt, er repräsentiere eine Nachfrage von 10 000 Mark, welche unbedingt in 20 neuen Fernsehanschlüssen und einer Videotextanlage und BTX-Möglichkeiten ihren Niederschlag finden solle? Daß die Leute ihre 20 000 Mark in ein Haus oder ihren Garten oder ihr neues Auto investieren, das kann man nachweisen: Hier gibt es Bedürfnisse, und die Wirtschaft befriedigt sie besser oder schlechter. Aber hier hat ein Teil der Unternehmungen, und zwar einer der „fortschrittlichsten“ – die elektronische Industrie – mit politischem Druck und über die Manipulation der Medien durch den Staat mit Milliardensubventionen ein Bedürfnis geschaffen, bloß um investieren zu können, d. h. hier ist es eindeutig nicht so, daß die menschlichen Bedürfnisse Investitionen hervorgerufen haben, sondern so, daß die Unternehmungen und großen Kapitalisten künstlich Bedürfnisse produzieren, um investieren zu können. Ich glaube, an diesem Beispiel wird deutlich, wo der Haken bei dieser Wirtschaftspolitik ist. Das verhält sich natürlich auf anderen Gebieten ganz anders. Jemand, der an der Ecke in einem Viertel, wo überwiegend schlechte Küche gefragt ist, ein Restaurant mit Luxusgerichten aufmacht, wird unter Umständen pleite gehen, weil er den Bedürfnissen seiner Kundschaft nicht entspricht. Das ist auch gut so, und deswegen bin ich ganz entschieden gegen die Vergesellschaftung der Kneipen. Aber bei den großen Unternehmungen liegen die Verhältnisse zwischen Investitionsplanung und konkreten menschlichen Bedürfnissen etwas anders.

Ein zweites Beispiel: Die nicht investierten Mittel der Firma Siemens sind schon vor Jahr und Tag auf

Der Autor ohne Bart: Delegierter Peter von Oertzen als Debattenredner auf dem Stuttgarter Parteitag 1958, der mit durchgreifenden Statutenänderungen den Wandel von der zentralistisch geführten Funktionärspartei zur offenen Volkspartei organisationspolitisch vorbereitete

Foto: AsD



16 Milliarden Mark beziffert worden und werden heute auf 24 Milliarden DM geschätzt. Diese allein würden ausreichen, um die beiden schwer strukturgeschädigten Länder Bremen und Saarland von Grund auf zu sanieren. Es gibt Hunderte von Milliarden Mark an Kapitalien, die nur deswegen, weil sich für sie unter dem Gesichtspunkt der Rendite keine vernünftigen Investitionsmöglichkeiten anbieten, zur Finanzspekulation im Inland oder im Ausland angelegt werden, obwohl an sich genügend sachlicher Bedarf da wäre, z. B. für Investitionen in die Sanierung der Umwelt oder in die Sanierung von Strukturen, die durch die Krisen bestimmter Branchen (Werften oder Stahlindustrie oder andere) beschädigt wurden. Wir täten gut daran, diese Fragen und Defizite im Programmentwurf in den Mittelpunkt unserer Diskussion zu rücken.

Die Frage nach der Strategie bleibt unbeantwortet

Denn die entscheidende Frage, ob wir nicht eigentlich einen Einfluß auf die großen struktur- und entwicklungsbestimmenden Investitionen nehmen müßten und, wenn wir es müßten, wie wir es könnten, diese Frage wird weder wirklich gestellt noch beantwortet. Es finden sich natürlich Einzelantworten an den verschiedenen Stellen, z. B. unter dem Stichwort Steuerpolitik der Hinweis auf eine Veränderung der Steuergesetzgebung, die nichtinvestierte Gewinne belastet und investierte Gewinne entlastet. Das ist vernünftig. Aber dies ist nicht nur ein Randproblem der Steuerpolitik, sondern ein zentrales Problem der Wirtschaftspolitik, und als solches kommt es im Programm nicht vor. Alle die Fragen, die teilweise sogar im „Orientierungsrahmen '85“ vor 12 Jahren ausführlicher behandelt worden sind, nämlich Informationen – Stichwort Investitionsmeldestelle –, Möglichkeiten der Planung und Aufbau eines Planungsapparates, der nicht eine erstickende Bürokratie wäre, sondern ein elastischer und beweglicher Planungsapparat, das Problem der Vergesellschaftung und schließlich auch das Verhältnis nationaler und internationaler Politik, sind entweder überhaupt nicht oder nur am Rande und damit nicht genügend abgehandelt. Dabei halte ich das Argument, man könnte heutzutage wegen der internationalen Abhängigkeit überhaupt keine radikale Wirtschafts-Reformpolitik betreiben, gerade in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland für nicht so durchschlagend. Die ökonomische Position der Bundesrepublik ist so stark, daß sie nicht in dieselbe Bredouille

zu geraten braucht, in die unsere französischen sozialistischen Genossen 1981/82 zweifellos geraten sind. Aber es ist in dieser Form in der Kommission nicht wirklich diskutiert worden und in der Partei bisher auch nicht.

Ein Wort zur Strategie. Im Grunde reduziert sich die ganze Kontroverse auf die Frage: Kann es sich die Partei erlauben, oder muß sie es sich sogar zutrauen, eine stärker anti-kapitalistisch oder stärker sozialistisch orientierte Politik zu betreiben? Zu betreiben – nicht im Sinne der sachlichen Richtigkeit, von der wir ja überzeugt sind, sondern der politischen Durchsetzbarkeit? Und wenn ja, wie ist ihr Verhältnis zu den sogenannten neuen sozialen Bewegungen ganz konkret: zu denjenigen Teilen unserer Gesellschaft, die dazu neigen, bei politischen Wahlen grün oder grün-alternativ zu wählen? Dieses Problem wird uns nach menschlichem Ermessen noch eine ganze Weile begleiten. Sind das politische Gegner, oder sind es mögliche Verbündete, oder sind sie etwas dazwischen? Kann man eine solche Politik, wenn man sie überhaupt für erforderlich hält, nur mit oder vielleicht nur ohne oder gar gegen diese Bewegungen treiben?

Das ist nicht eine Frage der politischen Taktik; über Taktik kann man sich einigen. Daß es im grünen politischen Spektrum Forderungen gibt, die für uns unakzeptabel sind, und daß es deswegen auch politische Organisationen im grünen Spektrum gibt, die für uns schlechterdings nicht zusammenarbeitensfähig sind, darüber kann man sicherlich zu einer gemeinsamen Meinung kommen. Aber das ist nicht die zentrale Frage. Die zentrale Frage ist, ob – wenn wir auf eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung hinarbeiten – die Wähler der Grünen Verbündete sind oder Gegner. Wenn die Partei diese Frage nicht beantwortet, dann wird sie auch keine vernünftige Taktik in der Tagespolitik finden. Diese Frage wird im Programm nicht gestellt und nicht beantwortet.

Vieles von dem, was im Programm steht, ist vernünftig, richtig, ja nötig und zum Teil sogar gut, eindringlich und wirksam formuliert. Wenn das, was ich hier gesagt habe, vielleicht einen eher negativen Charakter hat, dann rührt das nur daher, daß ich genau die Punkte, die noch strittig sind und in denen ich persönlich eine abweichende Meinung habe, hervorgehoben habe. Ich bitte also, meine Kommentare nicht als einen Verriß des Programmentwurfs zu verstehen, sondern als die Erfüllung des mir gegebenen Auftrags, auf die kritischen Punkte hinzuweisen.

Jean-Pierre Chevènement Übereinstimmungen und Differenzen Das „projet Irsee“ aus französischer sozialistischer Sicht

Jean-Pierre Chevènement, geb. 1938, 1981–1986 Forschungs- und Industrieminister bzw. Erziehungsminister, ist Mitglied des Parteivorstands und des Exekutivausschusses der Sozialistischen Partei Frankreichs und Leiter der linken Parteiströmung „Sozialismus und Republik“ (früher CERES-Flügel).

Auch ich bin davon überzeugt, daß es absolut notwendig ist, die gegenseitige Information und das Verständnis zwischen deutschen Sozialdemokraten und französischen Sozialisten zu vertiefen. Die Überlegungen, die ich in diesem Beitrag zum Ausdruck bringe, werden sicher von zahlreichen französischen Sozialisten geteilt – unabhängig davon, ob sie zu der von mir geleiteten Strömung „Sozialismus und Republik“ gehören oder nicht –, und zwar sowohl in bezug auf die Übereinstimmungen, die es zwischen uns gibt, als auch in bezug auf die unterschiedlichen Betrachtungsweisen, die ich in drei Bereichen sehe: der Rolle Europas in der Welt, der europäischen Sicherheit und den Umweltproblemen.

Wenn ich besonders auf die divergierenden Betrachtungsweisen hinweise, so deshalb, weil natürlich der Dialog gerade über diese Themen noch dringlicher ist als über andere.

I.

Der erste Punkt, in dem wir übereinstimmen, ist die Feststellung, daß die bestehenden Wirtschaftssysteme unfähig sind, den Aufschwung der Produktivkräfte in den Dienst einer besseren Lebensqualität für alle zu stellen, und die Ablehnung der unbeschränkten Kapitalverwertung, soweit diese im Gegensatz zu den Forderungen der großen Mehrheit des Volkes nach Verantwortlichkeit und Entfaltung steht. Dabei handelt es sich um grundlegende Elemente, ohne die wir uns nicht Sozialisten nennen dürfen.

Daraus erwächst der Wille zur Veränderung der Wirtschaftsstrukturen im Kampf gegen die konser-

vativen Kräfte, für den Aufbau einer demokratischen Planung, die die Kräfte des Marktes steuern soll, einer Planung, die auf der demokratischen Beteiligung der Arbeitnehmer und der gesellschaftlichen Kräfte beruht.

Die zweite Übereinstimmung betrifft die wirkliche Gleichstellung der Männer und der Frauen, was zweifellos eine tiefgreifende Veränderung der Strukturen und der geistigen Einstellungen erfordert.

Die dritte Übereinstimmung betrifft die Konzeption des Staates und seiner Beziehungen zu den gesellschaftlichen Kräften und folglich die Bekräftigung des politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Engagements im Gegensatz zu dem augenblicklichen gesellschaftlichen Trend des Rückzugs aufs Individuelle.

Schließlich im Bereich der Außenpolitik zwei grundlegende Übereinstimmungen:



NG/FH-Autor Chevènement (links) beim Besuch des Raumfahrtunternehmens ERNO (MBB) in Bremen (rechts neben ihm: Hans Koschnik)

Foto: dpa

- a) die Sorge um die Autonomie Europas,
 b) die Bekräftigung, daß die Entwicklung des Südens (der Dritten Welt) Priorität haben muß vor dem Ost-West-Gegensatz.

Natürlich verdienen diese beiden Übereinstimmungen eine vertiefte Diskussion. In der Tat, wie kann man die Autonomie Europas fordern, ohne zugleich ein eigenständiges Verteidigungskonzept der Europäer, das sich konsequenterweise von dem amerikanischen Konzept des Schlachtfeldes Europa unterscheiden würde, zu erwähnen? Und wie anders können die Probleme der Länder der Dritten Welt, die von der Schuldenlast erdrückt werden und den Anweisungen des IWF unterstehen, gelöst werden als durch eine Reorganisation des internationalen Währungssystems? Besteht bei uns die Bereitschaft, die Diskussion über diese beiden Fragen zu vertiefen? Zum Beispiel auf dem Gebiet der Abrüstung? Oder über die Funktion des E.C.U.?

II.

Zuerst einmal bin ich sehr erstaunt über das Fehlen einer Dimension im Irseer Dokument, die leider unübersehbar ist, nämlich die des *Alterns und des Niedergangs Europas*, sowohl in bezug auf die beiden militärischen Supermächte als auch in bezug auf das japanisch-amerikanische technologische Kondominium sowie im Vergleich mit den neuen Mächten der Dritten Welt in industrieller und demographischer Hinsicht. Sicher leistet die deutsche Wirtschaft im weltweiten Wirtschaftskrieg erfolgreicher als die anderen europäischen Länder Widerstand, aber die Entindustrialisierung und die Arbeitslosigkeit treffen das gesamte Europa, und Deutschland kann seine Zukunft nicht in einem krisengeschüttelten Europa aufbauen.

Der deutlichste Meinungsunterschied betrifft die *Probleme der Sicherheit*. Ich glaube nicht, daß man die europäische Sicherheit auf Dauer auf eine wohlwollende Übereinstimmung zwischen den beiden Supermächten bauen kann, indem man sich damit begnügt, in Europa eine spannungsreduzierte Zone, z. B. in Form einer entnuklearenisierten Zone, die eventuell „von Portugal bis zum Ural“ reichen könnte, zu schaffen.

Frankreich hat Verständnis für das Streben des deutschen Volkes nach der Wiederherstellung von harmonischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die heute Gefangene der Blöcke sind. Aber ein dauerhafter Friede in Europa erfordert Gleichgewicht. Zur Zeit besteht dieses Gleichgewicht zwischen Moskau und Washington. Wir wissen aller-

dings, daß der amerikanische Schutz nicht lückenlos ist. (Die „Abkoppelung“ ist eine Tatsache, seit die Amerikaner die Theorie der massiven Vergeltung aufgegeben haben und von dem Konzept des „battleground“ ausgehen, das Mitteleuropa der Zerstörung anheim gibt.)

Der Mythos des amerikanischen Schutzes kann ein immer gefährlicherer Trugschluß werden in dem Maße, in dem das Interesse der Vereinigten Staaten für den pazifischen Raum wächst und ihr Interesse an Europa abnimmt. Außerdem können die Zufälligkeiten der amerikanischen Diplomatie – heute im Nahen Osten wie gestern im Fernen Osten oder morgen in Lateinamerika – uns Gegenschlägen aussetzen, die die Sicherheit auf unserem Kontinent gefährden.

Im übrigen kann der Friede in Europa nicht auf das Wohlwollen der Sowjetunion, das grundsätzlich widerrufbar ist, gegründet sein. Man kann die Bemühungen Gorbatschows um die Weiterentwicklung des sowjetischen Systems positiv beurteilen. Dieses bleibt gleichwohl eine potentielle Gefahr für Westeuropa, solange Westeuropa nicht über eine eigene Verteidigungsfähigkeit verfügt, die hauptsächlich auf Abschreckung und auf der deutsch-französischen Zusammenarbeit beruhen mußte.

Ich habe den Eindruck, daß im Irseer Entwurf auch dieser Widerspruch erkennbar ist, weil darin gleichzeitig die Auflösung der Blöcke und die Loyalität gegenüber dem Atlantischen Bündnis gefordert wird.

Kurz gesagt, das Fehlen der Idee einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Westen ist entweder ein Ausdruck dafür, daß man sich resigniert auf Dauer dem amerikanischen „Schutz“ unterstellt, oder Ausdruck für die Verführungskraft einer Neutralitätspolitik, deren gefährlichen und illusorischen Charakter der Entwurf selbst unterstreicht.

Mit scheint das Problem der deutschen Nation nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung lösbar, wobei diese auf einem militärischen Gleichgewicht beruhen mußte. Das ist eine der großen historischen Aufgaben, die sich unseren Völkern stellt.

Die Feindseligkeit gegenüber den französischen Nuklearwaffen bei einem Teil der deutschen Jugend ist mir bekannt, aber diese gefühlsmäßige Reaktion verstellt meiner Meinung nach den Blick für die historische Notwendigkeit, vor der unsere beiden Völker stehen, gemeinsam ein Abschreckungssystem, eine Art „Igelstellung“ mit zugleich konventionellen und nuklearen Fähigkeiten zu errichten, was für die

Sowjetunion ein Zeichen wäre, daß wir absolut entschlossen sind, unsere Unabhängigkeit in allen Bereichen zu wahren, natürlich ohne jede aggressive oder revanchistische Absicht.

Unter dieser Bedingung wird die Zeit für uns arbeiten, und wir lassen dann auch den Ländern Osteuropas genügend Zeit für ihre Entwicklung und eine Annäherung an uns. Es ist klar, daß nur ein solches Gleichgewicht uns Schutz gegenüber den Schwankungen der Diplomatie der beiden Großmächte bieten und einen dauerhaften Frieden auf unserem Kontinent begründen kann.

Wenn der gemeinsame Wille vorhanden wäre, müßten ab sofort gemeinsame Politiken für folgende Bereiche beschlossen werden: den Weltraum, die Elektronik, die Rüstung. In einer späteren Phase würde sich das Problem unserer Zusammenarbeit eher in der WEU als im Rahmen eines integrierten

militärischen Verteidigungssystems, in dem die Bundeswehr letztlich unter amerikanischem Kommando steht, lösen lassen.

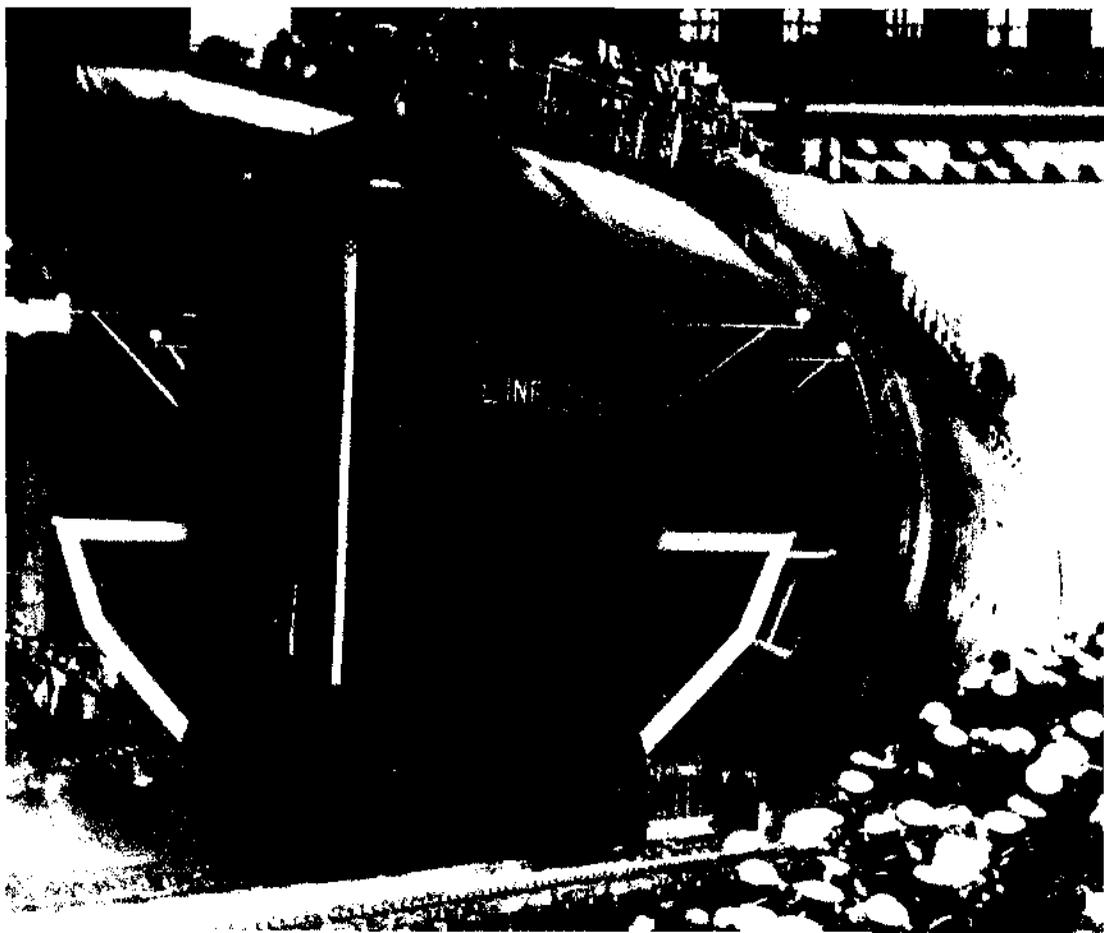
III.

Die französischen Sozialisten sehen keinen Gegensatz zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Fortschritt. Im Gegenteil, eine hinreichend beherrschte Technologie ermöglicht die Lösung zahlreicher Umweltprobleme. Die Technik kann der größte Segen oder das größte Übel sein. Man kann sie nicht für die Mängel verantwortlich machen, die die schlechte Organisation einer Gesellschaft hervorbringt, die z. B. den Erfordernissen der Kapitalverwertung unterworfen ist.

Ich fürchte, daß sich hinter der Technikfeindlichkeit selbst bei Sozialisten irrationale, ja sogar anti-aufklärerische Tendenzen verbergen. Die Mythologisierung der „Natur“ scheint mir eher Ausdruck von Zivilisationsmüdigkeit als eine klare Idee zu sein. Zunächst einmal gibt es „die Natur“ gar nicht. Die Erde – wie auch der Kosmos – hat eine Geschichte. Die Herrschaft des Menschen ist nicht schlimmer als die „natürliche“ Evolution: Muß ich

Festhalten an der nuklearen Abschreckungsdoktrin: Das französische Atom-U-Boot „L'Inflexible“ („Der Unbeugsame“) beim Stapellauf in Cherbourg

Foto: dpa



erst die Barbarei der natürlichen Selektion erwähnen, die Grausamkeit der Raubtiere, die schrecklichen ökologischen Katastrophen (Vulkanausbrüche, Erdbeben, Überschwemmungen, tödliche Epidemien, Hungersnöte, plötzliche Klimaveränderungen usw.)? Es ist der Mensch gewesen, der als erster den Traum von der Gerechtigkeit geträumt hat als Reaktion auf die Erfahrung mit der Ungleichheit und der brutalsten Selektion.

Die Sozialisten müssen sich das Thema der „Kontrolle der Technik“ zu eigen machen, aber die Technikfeindlichkeit zurückweisen. Im Jahre 2050 werden auf der Erde 15 Milliarden Männer und Frauen leben. Wäre es vernünftig, den Einsatz der zivilen Nuklearenergie abzulehnen, wenn deren Sicherheit und Zuverlässigkeit zufriedenstellend garantiert sind? Ich weiß, daß es darüber unendlich lange Debatten geben wird. Aber ist der Sozialismus nicht in erster Linie ein Rationalismus?

Wenn es richtig ist, die Herausforderungen der Technik nüchtern einzuschätzen, um sie zu bewältigen, dann darf man nicht unbedachten Ängsten nachgeben. Die Nukleartechnik ist mit Gefahren neuer Art verbunden, aber deren Umfang ist unendlich viel kleiner als die von anderen Industrien ausgehenden Gefahren. Setzen wir doch eine Expertenkommission ein, um eine Bilanz der Kosten und des Nutzens für die ganze Menschheit zu ziehen! Ich möchte hinzufügen, daß die Sorge um die energiepolitische Autonomie Europas auch in die Waagschale geworfen werden sollte.

Natürlich verkenne ich nicht das schwierige strategische Problem, das sich der SPD durch das Auftauchen der „Grünen“ auf der deutschen politischen Szene stellt, aber müßte der Dialog mit ihnen nicht über andere grundsätzliche Fragen angebahnt werden (eher über die Sorge um die Unabhängigkeit Europas und den Frieden auf unserem Kontinent als über die emotionsgeladene Frage der Kernenergie)? Mir schiene es gefährlich, wenn wir die Verankerung in den sozialen Schichten, die unsere traditionellen Stammwähler sind und die zu Umweltfragen ein besonneneres Verhältnis haben, preisgeben würden.

Hermann Glaser Ein aufgeblähter Schaumberg Zum Kulturteil des Irseer Entwurfs

Dr. Hermann Glaser, Jahrgang 1928, ist seit 1964 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg.

„Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft“ ist Kapitel XII des „Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ überschrieben. „Spät kommt ihr, doch ihr kommt“ – immerhin ermutigend, daß nun der Kreis der Bildungspolitik, der die Sozialdemokraten so stark in seinen Bann schlug und oft genug als *Circulus vitiosus* sich erwies, aufgebrochen und neues Terrain erkundet werden soll. Um das Bild zu wechseln: neue Ufer locken. Aber während man bei der SPD meist mit Recht einen stabilen, allerdings nicht leicht zu manövrierenden Tanker vermutet, soll es bei der Kulturpolitik offensichtlich ein rasch zusammengeschustertes Segelbötchen tun, das ziemlich hilflos vor den großen Problemen der Zeit hin- und herkreuzt.

Die Anstrengung des Begriffs wird nicht geleistet

Da wird nun, zumindest an der Basis, über Kulturpolitik seit Jahren, in manchen Städten seit Jahrzehnten, einigermaßen intensiv diskutiert und auch manches vom Kopf auf die Füße gestellt; da gibt es umfassende ästhetische Theorien linksliberaler Provenienz; da gibt es ein Kulturforum der SPD, eine lange Liste von kulturpolitischen Denkschriften und Entschliefungen, von Büchern und Aufsätzen (nicht zuletzt in dieser Zeitschrift); da hat der Parteivorstand 1981 einen „Beauftragten für Kulturpolitik“ berufen, der nach gründlichen Recherchen „Materialien für eine kulturpolitische Initiative der SPD“ vorlegte; da gibt es einen früheren Bundestagsabgeordneten der SPD, der als Präsident der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ viel Einblick hat; da gibt es sozialdemokratische Kulturdezernenten, die über Praxiserfahrung und Theoriekenntnis verfügen... der Programmentwurf geht „soverän“ an allen solchen Ressourcen vorüber.

Aber, so möchte man vermuten, ist nicht derjenige, der den Text verfaßte (oder die Gruppe, die tä-

tig wurde), weil eben Zeit für eigene Kreativität fehlte, zu Ortsvereinen, sagen wir in Bergkamen oder Wolfsburg gefahren und hat dort gut ausformulierte, übersichtlich gegliederte, mit Beispielen angeereicherte kulturpolitische Lokalprogramme eingesammelt und entsprechend abstrahiert und montiert? Dann würde man im Kapitel XII wohl nichts übermäßig Aufregendes, wohl aber etwas Grundsolides lesen. Auch solche „Amtshilfe“ wurde ausgeschlagen. Apropos Kommunalpolitik – der Entwurf widmet ihr vier Zeilen: „Wir wollen, daß sich in den Gemeinden eine kommunale Kultur, eine Kultur der Geselligkeit, des Feierns und der Besinnung erhält oder herausbildet.“

Eine solche Feststellung macht exemplarisch das Dilemma des gesamten Kulturteils deutlich: Die Anstrengung des Begriffs wird nicht geleistet, Anstößiges kaum gewagt, der Herausforderung aus dem Weg gegangen. Alles fließt (anything goes) – es gibt keine Passage, die wirklich provoziert. Helmut Kohl könnte weite Teile ohne Irritation vortragen; er ist ein vorzüglicher Sprech-Darsteller, wenn es gilt, redundante Vagheiten über die Rampe zu bringen. Man stelle sich vor, mit welcher überzeugter Emphatik er Sätze wie diesen zelebrieren würde: „Die Kultur eines Volkes ist Ausdruck gemeinsamer menschlicher Werte, die seinen Zusammenhalt ermöglichen. In diesem Sinne ist die deutsche Kultur vor mehr als tausend Jahren als Teil der gemeinsamen Kultur europäischer Völker entstanden und hat sich bei allen nationalen Besonderheiten als deren Teil entwickelt.“

Es kommt freilich nicht noch schlimmer; vieles ist besser, aber nichts wird man als gut bezeichnen können. Radikalität fehlt; der Text plätschert so dahin; gut gemeint ist er jedenfalls; Fremdwörter werden vermieden (Expropriateure nicht mehr expropriert). Man weiß, wie so etwas entsteht: Einer bekommt den „Auftrag“; er gerät unter Zeitdruck; dann setzt er sich an die Maschine und greift, nachdem er seine Frustration überwunden hat (was fällt einem zu Kultur schon ein), voll in die Tasten: „Kultur besteht für Sozialdemokraten nicht in der Pflege des Wahren, Schönen und Guten durch eine kleine Schicht. Kultur darf nicht Besitz einer Elite sein, sie muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen. Kultur erweist sich daher im Alltag, im Verhältnis von Menschen zueinander, zur Natur, zu den Gegenständen des täglichen Gebrauchs, zu Wohnung, Kleidung, Ernährung, zu Arbeit und Erholung. Kultur manifestiert sich im Umgang mit Dingen, Pflanzen, Tieren, vor allem aber im Umgang von Men-

schen mit Menschen. Daher ist für uns der Sozialstaat eine bedeutende Kulturleistung.“

Die Demokratisierung und Sozialisierung des Guten, Schönen und Wahren bedürfte einer Handlungsstrategie, die nicht parterre verbleibt, sondern den Weg zu den Gipfeln für alle begehbar macht. Kultur für alle ist eben nicht Alltagskultur. Wenn das Parteiprogramm aus der richtigen Feststellung, daß Kultur nicht Besitz einer Elite sein darf, die Alltäglichkeit von Kultur ableitet und im Fibelstil beschreibt, wird eine ganz wichtige Aufgabe der Demokratisierung von Kultur verkannt. Niemand wird bezweifeln, daß die hier beschriebenen kulturellen Lebensformen (Wohnung, Kleidung, Ernährung) wichtig sind; entscheidender aber ist es, die Kultur hoher ästhetischer Qualität generell zugänglich zu machen. Die revolutionäre Wirkung von Kunst besteht eben darin, daß sie Kunst ist (und nicht ein gutgemeintes Triviales). Dies bedeutet, daß sich die SPD auch eindeutig und nachdrücklich zur künstlerischen Spitzenleistung bekennen sollte.

Es gibt auch keine „bürgerliche Kultur“ – ein Mißverständnis, das nach wie vor in sozialdemokratischen alternativen Kreisen spukt. Es gibt freilich eine Kultur, die von bürgerlichen Kreisen, vor allem im Laufe des 19. Jahrhunderts, ursupiert wurde und die Herbert Marcuse „affirmative Kultur“ nennt: „Unter affirmativer Kultur sei jene der bürgerlichen Epoche angehörige Kultur verstanden, welche im Laufe ihrer eigenen Entwicklung dazu geführt hat, die geistig-seelische Welt als ein selbständiges Wertreich von der Zivilisation abzulösen und über sie zu erhöhen. Ihr entscheidender Zug ist die Behauptung einer allgemein verpflichtenden, unbedingt zu bejahenden, ewig besseren, wertvolleren Welt, welche von der tatsächlichen Welt des alltäglichen Daseinskampfes wesentlich verschieden ist, die aber jedes Individuum ‚von innen‘ her, ohne jene Tatsächlichkeiten zu verändern, für sich realisieren kann.“ Man hat den Eindruck, daß Marcuses Negativbeschreibung als Gebrauchsanleitung für den Programm-Text herangezogen wurde. „Kultur ist auch Ergebnis menschlicher Arbeit. Die Qualität der Arbeit ist zugleich Zeichen und Bestandteil von Kultur. Auch wenn Mühe und Selbstdisziplin immer zur Arbeit gehören werden, muß Arbeit als sinnvoll erfahrbar sein.“ Kulturpolitik sollte sich nicht dazu aufspielen, Sonntagssätze zu allen Lebenslagen zu verkünden.

Von der Arbeit zur Tätigkeit

Die kulturpolitische Frage in der gegebenen historischen Situation lautet: Welche Rolle haben Kultur

und Kulturpolitik angesichts der Zukunft der Industriegesellschaft zu spielen? Ausgangspunkt ist die Forderung nach einer gerechten Verteilung der zunehmend knapper werdenden Arbeit. Dem Recht auf Arbeit entspricht die Notwendigkeit, für die jeweils (noch) in Frage kommende Arbeit qualifiziert zu sein. Darüber hinaus muß der Mensch in die Lage versetzt werden, „Kompetenzen“ für die sinnvolle Nutzung freier Zeit erwerben zu können. Betätigungsfelder sind zu schaffen, wobei Tätigkeit (Meta-Arbeit) den reduzierten, meist nur auf ökonomische Sicherung ausgerichteten Erwerbsarbeitsbegriff aufhebt. Eine komparative wie historische Anthropologie mag zu dem Ergebnis kommen, daß der Mensch keineswegs Arbeit für seine Identitätsfindung und seine Identitätsbildung benötigt. Auch die abendländische Geschichte bietet genügend Beispiele dafür, daß der Mensch ohne Arbeit durchaus sinnvoll und sinnerfüllt leben kann – zumal „Arbeitsnotwendigkeit“ vielfach in unmenschlichen Lebensbedingungen ihren Grund hatte. „Es ist ein alter aristotelischer Gedanke, daß es zwei streng getrennte Bereiche im Leben und in der menschlichen Gesellschaft gibt: den Bereich der Arbeit, der Notdurft, der Plakerei, und den Bereich des Vergnügens, der Freizeit, des Konsums. Die eine Sphäre ist gekennzeichnet durch Zwang, Disziplin, Ordnung; die andere durch Freiheit und Individualität.“ (Burkhard Strümpel) Dementsprechend haben sich die Herrschenden stets bemüht, in den Genuß von Arbeitslosigkeit zu gelangen. Für diejenigen, die die Arbeit leisten mußten (z. B. die Sklaven, später die Lohnsklaven), bestand kaum eine Chance, je von der einen in die andere Sphäre zu gelangen.

Mit der Industrialisierung kam für die „Lohnsklaven“ die reale Utopie zum Vor-Schein, unter menschenwürdigen Bedingungen an Freizeit partizipieren zu können, das heißt einen Lebenssinn zu finden, der jenseits von Arbeit lag. War mit Hilfe von Arbeit und Klassenkampf, so Karl Marx, die auferlegte Entfremdung überwunden, rückte das Paradies auf Erden in den Bereich der Realität. Dort „arbeitete“ man nicht mehr, dort war man tätig – in Überwindung der zugewiesenen notwendigen (entfremdeten) Arbeit. Der Sprung in das Reich der Freiheit erweist sich als ein Sprung aus Arbeit in Tätigkeit. Müßiggang ist nicht aller Laster Anfang, sondern im Gegenteil: ein Vorstoß zu humaner Selbstbestimmung. Kulturpolitische Aufgabe ist es, den reduzierten, eindimensional gewordenen Arbeits- und Leistungsbegriff auszuweiten, d. h. ein Bewußtsein zu fördern, das die menschliche Totalität genauso im Auge hat,

wie es sich auf die neuen Erfordernisse der durch Mikroelektronik (die Chip-Revolution) veränderten Arbeitsgesellschaft einzustellen vermag. Die libidinöse Moral eines postmateriellen Wertesystems ist nicht egozentrisch zu sehen; es geht darum, eine neue bürgerliche Lebensform zu entwickeln, die sowohl die Freude am anderen, als auch die Hilfe für andere ins Zentrum von Tätigsein rückt. Neben die Erwerbsarbeit tritt die gesellschaftliche Tätigkeit, die die Kluft zwischen privatem und öffentlichem Leben überbrücken hilft. Selbstbestimmte Tätigkeiten im Bereich der Freizeit, der Eigenarbeit, bestimmter Ehrenämter, der Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit und genossenschaftlichen Kooperation gehören genauso dazu wie das weite Feld der soziokulturellen und sozialpsychologischen Tätigkeit, die der mentalen Verelendung im Rahmen technologischer Großsysteme entgegenzutreten sucht. (Der letzte Satz stammt übrigens aus dem Wirtschaftsprogramm der SPD Schleswig-Holstein, 1985.)

In einem Gespräch mit Peter Glotz und Tilman Fichter (nachzulesen in Heft 5/86 dieser Zeitschrift) meinte André Gorz, daß der Erfolg und die emanzipatorische Wirkung von Arbeitszeitverkürzung (ohne Lohnausfall) davon abhängt, ob die Gewerkschaften und Kommunen, die politischen Verbände und die Kirchen usw. den Menschen in ihrer freigesetzten Zeit Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur Selbstgestaltung ihres Lebens und ihrer Lebenswelt, ihrer Umwelt und ihrer individuellen wie kollektiven Bedürfnisse und Bedürfnisbefriedigung zu bieten wüßten.

Keine Kritik am konservativen Kulturverständnis?

Besteht Herrschaft in der Mikroorganisation von Raum und Zeit, so bedeutet die Verlängerung des Lebenstages nun die Möglichkeit, Zeit als „Raum“ für menschliche Tätigkeit in einem ganz anderen Maße als bislang nutzen zu können. Das seit über hundert Jahren durchgängige Argument, daß die zunehmende Komplexität der Produktionsprozesse und die Intensivierung der Arbeit längere Regenerationszeiten notwendig mache, ist zwar mit der 35-Stunden-Woche noch nicht aufgehoben; die Zunahme des Zeitanteils für das Menschsein macht jedoch Freizeit als reaktive Regenerationszeit immer weniger notwendig. Die Ausweitung der Emanzipa-

Klassisches Theater: Elisabeth Rath (links) und Katharina Thalbach (rechts) in Shakespeares „Was ihr wollt“

Foto: dpa



tions- und Orientierungszeit versetzt den Menschen zeitlich in die Lage, zum Zoon politicon zu werden. In „Lebendige Arbeit, entsignete Zeit“ (1985) macht Oskar Negt deutlich, daß Kultur in diesem Verständnis ein anderer Ausdruck für die Verfassungswirklichkeit konkreter Lebensverhältnisse sei, lebendige Arbeit des Kopfes und der Sinne, eine in besonderer Weise ausgebildete Wahrnehmungs- und Erfahrungsfähigkeit der Menschen. Als solche sei sie unabdingbar geknüpft an Kants Grundforderung der Aufklärung: „Habe Mut, dich deines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen!“

Politische Kultur, ein auf die bedeutsamsten Angelegenheiten eines Gemeinwesens bezogener substantieller Lebenszusammenhang, für den Befreiung als erster und bestimmter Akt von Freiheit charakteristisch ist, bilde sich nur im Prozeß von Emanzipationsbewegungen – ganz entsprechend jener Entwicklung, aus der die deutsche Kultur entstanden sei und ihre kräftigsten Impulse empfangen habe: aus dem Kampf des Bürgertums gegen die feudal-absolutistische Tradition, wenn auch von Anbeginn zur Ordnung umgebogen und gebrochen. Von einem solchen gleichermaßen philosophischen wie soziologischen Standpunkt aus – derart „Markantes“ wird man im Parteiprogramm nicht einmal andeutungsweise finden – müßte dann auch die Kritik am konservativen Kulturverständnis ansetzen. Der Verkabelungswahn der Bundesregierung erweist sich als die absurde Spitze einer kulturellen Wende, „die, gleichsam kontrapunktisch, der bewußt entfesselten Wirtschaftsdynamik nach den räuberischen Regeln des Manchester-Liberalismus als Legitimationsfassade aufgesetzt ist. Dieselben Kräfte, die einer Tradionalisierung der Kultur das Wort reden, in deren Folge Familie wieder den Status einer Grundzelle der Gesellschaft erhalten soll, arbeiten mit äußerster Betriebsamkeit daran, die Wohnungen und Häuser noch stärker als bisher mit den vorfabrizierten Programmen der Kulturindustrie einzudecken – was mannigfaltige Wirkungen haben mag, aber mit Sicherheit nicht die eine, daß jetzt in den durch Mediendruck zusätzlich verengten Beziehungspartellen der Familien Gelegenheit und Bereitschaft wachsen, kulturelle Eigentätigkeiten zu entwickeln und über Probleme sich zu verständigen, die eigene Lebensinteressen betreffen.“ (Oskar Negt)

Konfrontiert man eine derart durchdachte Kritik mit dem, was das SPD-Programm zu diesem Thema weiß, so wird die Kläglichkeit der Argumentation überdeutlich. „Müssen klare Rahmenbedingungen gewährleisten, daß unsere Medien interessant und

informativ sind. . . Neue Medientechniken müssen zuerst regionale Vielfalt darstellen und pflegen. . .“ Von einem Parteiprogramm der SPD, das aufs Jahr 2000 weisen soll, hätte man eine klare Antwort erwarten können, wie es um die Emanzipations- bzw. Orientierungszeit der Menschen bestellt ist. Um eine Definition von Dietrich Rübler aufzugreifen: Es geht um eine verantwortliche Beteiligung am gemeinsamen Leben – eine Beteiligung, die freilich nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Menschen dafür „begabt“ werden. Hannah Arendt hat darauf hingewiesen, daß die Vita activa als Erfüllung eines uralten Traums, gerade in der Arbeitsgesellschaft, die doch von den Fesseln der Arbeit befreien sollte, verloren gegangen sei: diese Gesellschaft kenne kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um deretwillen die Befreiung sich lohnen würde. Die Kulturpolitik ist herausgefordert, eine sinnvolle Nutzung des individuellen wie kollektiven „Zeitgewinn“ zu ermöglichen, also dem Usurpationsanspruch der Kulturindustrie mit der Option auf kreative, selbstbestimmte Tätigkeit entgegenzutreten.

Kulturpolitik nicht zur Briefkastentante machen

Im Entwurf des Parteiprogramms heißt es: „Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur, sondern eine Wirtschaft, die sich als Teil einer Kulturgesellschaft versteht und verhält.“ Utopien sind sinnvoll, doch sollte es sich um reale Utopien handeln. Absurd die Fata Morgana einer Wirtschaft, die sich selbst aufheben müßte. Die Axiomatik ist zu unterschiedlich: Ein System wie das der Wirtschaft, das auf Profitmaximierung beruht und den Mechanismen des Marktes unterliegt, kann nicht zugleich mit dem „System Kultur“ identisch sein. Durch rigorose Maßnahmen muß dafür gesorgt werden, daß das „System Kultur“ zumindest neben dem „System Wirtschaft“ zu existieren vermag, also nicht (etwa durch Kulturindustrie) vereinnahmt wird. In diesem Sinne müßte das Parteiprogramm die notwendigen Lebens- und Überlebensbedingungen für das „System Kultur“ aufzeigen; etwa fordern, Kulturarbeit nicht mehr als „freiwillige Leistung“, sondern als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand zu definieren und zu finanzieren. „Industrie und Kultur sind für uns keine Gegensätze. Sie lassen sich verbinden in einer industriellen Kultur. Fabriken brauchen so wenig häßlich zu sein wie Massenartikel.“ Wo es um Grundsatzfragen geht, die des analytischen Verstandes bedürften, macht sich im Parteiprogramm pietistische Regression



breit. Hinter solchen und ähnlichen Sätzen steckt offensichtlich ein sehr naiver Kopf: Beethovens Symphonien, in Werkhallen gespielt, oder Bilder moderner Künstler, in der Kantine aufgehängt, vermögen die Problematik einer entfremdeten Gesellschaft jedoch nicht zu lösen.

Der breite Assoziationsstrom des Parteiprogramms überflutet alle konturierenden Ufer. „Sport kommt dem Bedürfnis nach Bewegung, Spiel und Wettkampf entgegen und bildet vor allem im jungen Menschen den Sinn für Fairneß und Teamarbeit. . . Fördern wollen wir eine Kultur des Wohnens. Wohnung soll nicht nur ein Dach über dem Kopf bieten, sie soll ein Ort sein, an dem die Menschen gesellig und gleichzeitig geborgen sein können. . . Kultur wurzelt auch im Religiösen. Wo religiöses Erbe neu lebendig gemacht wird, entstehen ethische, soziale und künstlerische Impulse, die eine Kulturgesellschaft bereichern können.“ „Irgendwie“ stimmt dies alles; nur fehlen die Artikulation des erkenntnisleitenden Interesses und eine entsprechende Ausprägung in Begriffe, die komplexe Zusammenhänge zu definieren vermögen. Man desavouiert Kulturpolitik, wenn man sie zur Briefkastentante macht, die zu

Kulturelle Vielfalt: Fahrende Komödianten in Stuttgart

Foto: dpa

jeder Lebensfrage einige besinnliche Ratschläge zu geben vermag. Natürlich gibt es eine Wohnkultur, eine Eßkultur, eine Bekleidungskultur, und so fort. Nachzudenken wäre statt dessen über die Rolle der Ästhetik in der modernen Industriegesellschaft. Die „Einzelheiten“ ergeben sich daraus. Eine soziale und demokratische Anthropologie hätte sich vor allem mit den warenästhetischen Trivialmythen auseinanderzusetzen. Die Warenästhetik ist Täuschung, weil mit und in ihr der Anspruch der Ästhetik, Stofflichkeit und Schwerkraft durch Form bzw. „Formalität“ überwinden zu können, nur dem Scheine nach aufrecht erhalten, in Wirklichkeit jedoch ins Gegenteil verkehrt wird. Die Warenästhetik kaschiert lediglich den Rückfall in eine unsublimierte Materialität. In Form der Warenästhetik (mit einer für alle plausiblen Bildgrammatik) glaubt jeder, am Schönen teilzuhaben; doch erfolgt kein kontinuierlicher Lernprozeß, keine Aufklärung, die Abhängigkeit zu durchleuchten vermöchte. Frischwärts bedeutet rück-

wärts; Reflexion geht im sinnlichen Sog verloren. Das Interesse an Mündigkeit wird durch Profitgier überlagert. Die Gegenständlichkeit als wichtiges Element menschlicher Identitätsfindung ist substituiert durch die Gewalt der Sachen, die zu „haben“ jedem Wunsch nach „Sein“ vorangeht; die Dinge verfügen über den Menschen; die Verpackung ist die Botschaft.

Kunst ist Teil des „Prinzips Hoffnung“

Natürlich ist es schwer, mit einigen Zeilen zu beschreiben, warum Kunst Lebensqualität vermittelt. Immerhin gibt es eine Reihe wichtiger ästhetischer Theorien, von Friedrich Schiller bis Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno. Im Programmentwurf heißt es, daß Kunst kein Schnörkel an der Fassade der Leistungsgesellschaft sei, sondern als eine notwendige Äußerung eines menschenwürdigen Lebens sich erweise. Da ist, wie so oft in diesem Text, einiges durcheinandergeraten. Der Parteiprogrammatiker meint wohl: Kunst ist notwendig, da sie mit ihren „Äußerungen“ die Gedanken- und Gefühlsräume sinnlich zu erschließen, die reale Utopie eines menschenwürdigen Lebens glaubwürdig „vorzuspielen“ vermag. Kunst ist ein Teil des „Prinzips Hoffnung“. Wenn die Trompete im „Fidelio“ ertönt, erklingt – so Ernst Bloch – immer die Marseillaise. Die Bilder der Kunst sind Sinn-Bilder; sie können in der Tat „ein Gegengewicht gegen Abstumpfung, Vereinsamung und Banalisierung des Alltags“ sein. Vor allem aber sind sie ein Gegengewicht zu dem Versuch der Politik totalitärer, autoritärer, aber auch demokratischer Provenienz, den Menschen zu manipulieren. Wo ES war, soll ICH werden. Kunst kann Ich-Stärke vermitteln, indem sie den Menschen über sich, über die Menschen wie über die Welt aufklärt.

Mit Überraschung liest man im Parteiprogramm: „Kunst lebt vom Engagement, der Eigenwilligkeit, Radikalität und Verschiedenartigkeit von Menschen, von der Sehnsucht nach Schönheit, Sinnlichkeit, Freiheit und Glück, von Gesten und Entwürfen, mit denen wir Wirklichkeit wahrnehmen, aber auch aus der Routine des industriellen Alltags ausbrechen.“ „Vergessen“ wurde, daß Kunst vor allem von ihrer künstlerischen Qualität lebt, weshalb Staat und Gesellschaft nicht nur Kunst, sondern auch den Künstler fördern sollten. „Schönheit“ ist in diesem Zusammenhang ein viel zu enger Begriff. Zudem wird der künstlerische Formtrieb, seine Sublimierungs- und Verdichtungsfähigkeit, mit „Sehnsucht“ sehr vague beschrieben. Daß dem Künstler, wenn der

Mensch in seiner Qual verstummt, ein Gott zu sagen gibt, was er leidet, mag poetisch übertrieben sein. Et was besser wäre damit freilich die künstlerische Befindlichkeit schon umschrieben. Aus „Gesten und Entwürfen“ lebt die Kunst sicherlich nicht; sie führt zu Entwürfen – zu Entwürfen, die häufig nicht Wirklichkeit spiegeln, sondern Gegenwelten, Alternativen aufzeigen. In diesem Sinne ist Kunst das „ganz andere“.

Die Moderne – so lesen wir im Parteiprogramm – habe unterschiedliche Kunststile geschaffen; „regional geprägte Volkstraditionen, klassische und romantische Kunst, die Antiformen der Protestkulturen und die modernen Medien entwickeln sich getrennt und beeinflussen sich gegenseitig.“ Ich bin nicht der Meinung, daß ein Parteiprogramm die Aufgabe hat, Kulturgeschichte in Kurzform zu referieren; wenn man es aber versucht, dann sollte man zumindest ein paar Aufsätze über das „unvollendete Projekt der Moderne“ und die „neue Unübersichtlichkeit“ (den grassierenden Utopieverlust) gelesen haben. Übrigens: die regional geprägten Volkstraditionen sind nicht ein Produkt der Moderne, sondern haben sich fast ausschließlich im Aufstand gegen sie gebildet. Die klassische und romantische Kunst gehört nicht zur Moderne; sie steht am Anfang einer Entwicklung, die in der Moderne aufgipfelte. Wenn die Protestkulturen Antiformen sind, müßte man auch sagen, gegen wen und was sie sich wenden. Die Moderne ist, nebenbei, weitgehend identisch mit Protestkultur. Der Impressionismus, der Naturalismus, der Expressionismus, der Surrealismus – sie alle beziehen Stellung gegen die affirmativ-erstarrten Formen des Sehens, Fühlens und Denkens. Daß Stile sich getrennt entfalten und gegenseitig beeinflussen, gilt irgendwie immer. Erfreulich, daß die SPD keine „Einheitskultur“ will; Konservative wollen dies durchaus; gegen sie wäre zu argumentieren. . .

Wir brauchen antizipatorische Vernunft

Natürlich ist der Entwurf eines Parteiprogrammes eine schwierige Sache. Dieses soll kurz und allgemein verständlich sein; erst wenn das „Bürgerrecht Kultur“ verwirklicht ist, wird die Aufnahmefähigkeit für komplexe Texte größer werden. Die römische Spruchweisheit: Rem tene verba sequentur (Halte die Sache fest, die Worte folgen) könnte da weiter helfen. Die „Sache“ nämlich ließe sich kollektiv erarbeiten, indem man eine fundierte Stoff- und Beispielsammlung anlegt, die relevante Literatur durchsieht, wichtige Schlüsselbegriffe registriert,

diskutiert, problematisiert, instrumentalisiert. Voraussetzung freilich wäre ein steter Diskurs der SPD-Führungskreise mit denjenigen, die Kultur ausüben und Kulturpolitik einigermaßen kompetent betreiben. Ad hoc läßt sich Substanz schwerlich herbeizutieren.

Kapitel XII des „Entwurfs für ein neues Grundgesetzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ gleicht einem aufgeblähten Schaumberg, in dem einem auf dem Weg zur Kulturgesellschaft der begriffliche Atem ausgeht. Man sollte sich jedoch nicht entmutigt fühlen, denn am Ende des Abschnitts „Politische Kultur“ heißt es: „Wir setzen auf Weggenossen, die ihre Unabhängigkeit wahren und uns kritisch begleiten wollen.“

Eine solche Hoffnung sollte nicht enttäuscht werden, wie auch dieser Beitrag beweisen mag. Verstärkt wäre auf das Kohl-Syndrom innerhalb der SPD zu achten; „Kohl in uns selbst“ muß bekämpft werden. Die Gedankenlosigkeit wächst und wächst; nun kommt es darauf an, jenseits des Schaumteppichs wieder festen Grund zu fassen. „Die Linke hat die Chance“, meint Peter von Oertzen in Heft 1/1987 der „Sozialistischen Praxis“. „Es gibt eine ge-

sellschaftliche Mehrheit gegen die Politik der ‚Wende‘; aber es ist uns nicht gelungen, diese bestehende gesellschaftliche Mehrheit in eine handlungsfähige politische Mehrheit umzuwandeln. Es ist uns nicht gelungen, die Kräfte der traditionellen Arbeiterbewegung, der kritischen fortschrittlichen Mittelschichten und der vielfältigen neuen sozialen Bewegung zu bündeln und für das gemeinsame Projekt einer demokratischen und sozialen Reformpolitik zu gewinnen.“

Oertzen meint auch, daß alle politischen, intellektuellen und organisatorischen Anstrengungen nicht ausreichen würden, die Mehrheit des Volkes vom Projekt des demokratischen Sozialismus zu überzeugen, wenn es nicht gelänge, die Vision einer besseren Ordnung des menschlichen Zusammenlebens glaubwürdig spürbar und sichtbar werden zu lassen. Ich stimme dem voll zu; wir brauchen Vernunft und Antizipation, also antizipatorische Vernunft. Als „Reihenfolge“ ist zu empfehlen: Denken, das Gedachte aussprechen, im Sinne des ausgesprochenen Gedachten handeln. Der Kulturteil des Parteiprogramms verfährt nach der Maxime: Ich red’ ja nur, ich sag’ ja nichts!

Guntram von Schenck Die richtigen Einsichten – aber nicht die Kraft, sie durchzusetzen? Anmerkungen zum Irseer Programmwurf

Dr. Guntram von Schenck, Jahrgang 1942, ist Referent der SPD-Bundestagsfraktion.

I. Dimension Zukunft

Die SPD ist alt geworden. 120 Jahre Geschichte sind nicht spurlos an der Partei vorübergegangen. So könnte argumentieren, wer die ersten Parteiprogramme der SPD (Eisenach, Gotha, Erfurt) mit dem Irseer Programmwurf vergleicht. Damals durchwehte ein grundlegender Zukunftsoptimismus die Programmaussagen. Die Zukunft einer befreiten

Gesellschaft schien zum Greifen nahe, und die SPD wies den Weg dahin.

Im Irseer Programmwurf ist die Stimmung ins Gegenteil umgeschlagen. Die Zukunftsangst, die die letzten Jahre der Ära Schmidt kennzeichnete, findet hier ihre Fortsetzung. Ein fundamentaler Zukunftspessimismus hat sich insbesondere in der Präambel niedergeschlagen, die dräuende Probleme, um nicht zu sagen: Untergangsvisionen in den Vordergrund stellt. Verzagt kann die SPD zur Lösung der Probleme auch nur einen Beitrag leisten. Hierzu „läßt sie die Menschen ein“.

Der jugendliche Optimismus von einst scheint von Alterspessimismus verdrängt, das frühere Selbstvertrauen von altersspezifischer Selbstbescheidung abgelöst worden zu sein. Sorgenumwölkt zeigt sich eine SPD, die die Probleme überdeutlich, die Lösungswege jedoch kaum mehr sieht.

Zum Glück hinkt dieser Vergleich. Eine Partei ist kein Mensch. Sie wird nicht alt, sondern verjüngt sich stets. Ein solcher Verjüngungsprozess ist auch jetzt vonnöten und muß mit dem neuen Grundsatzzprogramm geleistet werden. Zu diesem Zweck muß

die „Dimension Zukunft“ den ihr gebührenden Rang im neuen Grundsatzprogramm erhalten. Wer die Zukunft mitgestalten will, muß das Thema Zukunft positiv besetzen.

Die Präambel, so ehrlich sie gemeint sein mag, ist symptomatisch für die Blockierung der Dimension Zukunft in dem Programmwurf. Wie sollen junge Leute auf diese Weise für die SPD geworben werden? Wo ist der zupackende Elan, der Begeisterung und auch die Bereitschaft zum Mittun auslöst? Von jenem Schwung, der die SPD noch 1969 beseelte (Mehr Demokratie wagen, Reformpolitik), ist nichts übriggeblieben. Und doch sind dieser Schwung, die Zuversicht, die erkannten Probleme lösen zu können, notwendig, wenn man die Regierungsverantwortung wieder übernehmen will. Nur damit kann die Partei Mehrheiten erringen. Sie muß die Jugend ansprechen und sich der Jugend öffnen. Und sie muß Lösungskompetenz vorweisen.

In der Präambel muß zum Ausdruck kommen, daß die Sozialdemokraten das „Leben und das Überleben“ nicht nur „sichern“, sondern dafür „kämpfen“ wollen. Die uneingeschränkte Bejahung des Lebens, die auch sprachlich in optimistischen Farben ihre Darstellung finden muß, sollte in den Vordergrund gestellt werden. Der Tenor muß – verkürzt – sein, daß die helle Zukunft durch die Konservativen gefährdet, ja zerstört wird, wenn es nicht gelingt, ihren Einfluß und ihre Macht zurückzudrängen. Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie.

Mit Sicherheit wird der erste Satz im IV. Kapitel – „Die Bundesrepublik ist unser Staat“ – von großen Teilen der Jugend und darüber hinaus als eine Aussage empfunden werden, die die Zukunft verdunkelt. Die affirmative Emotionalität, die in dem Satz steckt, wird alle jene zurückschrecken, die der Bundesrepublik als „politischem System“ mit Zurückhaltung begegnen. Und deren Zahl ist nicht gering. Wenn dann gar wenig später die Bundesrepublik als ein Staat gepriesen wird, in dem wir „einen – von manchen kaum mehr erwarteten – Erfolg der Demokratie in Deutschland“ sehen, dürfte bei vielen die Zurückhaltung in Ablehnung gegenüber der SPD umschlagen, die sich dermaßen mit diesem Staat (Radikalenerlaß?, Atomstaat?, Naturzerstörung?) identifiziert.

Wer die Jugend und die Zukunft nicht verlieren will, muß einen solchen Satz unbedingt weglassen. Der Satz stößt in dieser Form nur ab und bringt auch positiv gewendet keine Vorteile. Er ist so vieldeutig und interpretationsfähig, daß er nur Mißverständnisse auslöst. Hat er eine anti-gesamtdeutsche Ten-

denz? Schließt er andere Parteien, Kommunisten oder NPD, aus der Bundesrepublik aus? Sollen wir Sozialdemokraten ihn endlich zu „unserem Staat“ machen, weil wir ihn gefühlsmäßig bisher – da mit falscher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung versehen – irgendwie abgelehnt haben? Dieser Satz macht höchstens in der Rückbeziehung auf die Weimarer Republik einen Sinn. Aber die Katastrophe von Weimar werden wir auch im Jahre 1987 nicht rückwirkend korrigieren, indem wir der SPD solche Formulierungen wie ein Brett vors Hirn nageln.

Im Blick auf die Jugend und die Zukunft muß dieses Programm so offen wie irgend möglich formuliert werden. Wir wollen nicht abschrecken, sondern zur politischen Teilnahme einladen. Die jungen Menschen, die sich dann bei uns engagieren, bekommen von selbst ein natürliches und von Verkrampfungen freies Verhältnis zum Staat Bundesrepublik.

Die Verdrängung der „Dimension Zukunft“ wird auch im VI. Kapitel „Solidarität zwischen den Generationen“ deutlich. Hier wird zwar abstrakt die Forderung aufgestellt, daß es darauf ankommt, den Solidarpakt zwischen den Generationen zu festigen, weil sich die Generation der Erwerbstätigen wegen der wachsenden Zahl Nichterwerbstätiger leicht überfordert fühlen könnte. Aber zur Zukunftssicherung im ganz natürlichen Sinne, nämlich dem Kindernachwuchs, wird überhaupt nichts gesagt. Dabei kann ja auch der Generationenvertrag nur funktionieren, wenn ausreichend Kinder geboren werden und aufwachsen, die später für den Unterhalt der heute Erwerbstätigen sorgen können. Sonst bricht der Generationenvertrag zusammen, was ja im Hinblick auf die Rentenfinanzierung schon voraussehbar ist.

Will die SPD eine Partei der Zukunft sein, muß sie sich zum Problem des Geburtenrückgangs äußern. Und sie muß etwas anbieten, womit er überwunden werden kann. Leider ist offenkundig, daß irgendwas mit unserer Gesellschaft nicht stimmen kann, wenn wir, als eine der reichsten Nationen, die niedrigste Geburtenrate der Erde haben. Dabei ist absehbar, daß der Geburtenrückgang zum größten Problem der nächsten Jahrzehnte wird, weil er auf alle Bereiche durchschlägt.

Was zur Familienpolitik im Programmwurf steht, reflektiert möglicherweise die negativen individuellen Erfahrungen der Verfasser. Neben den „Zukunftssorgen“ kennzeichnet die „Kinder-“, d. h. auch „Familienfeindlichkeit“ der „Alters“-SPD den Programmwurf.



II. Einheit von Theorie und Praxis

Der große Durchbruch des Godesberger Programms war die Auflösung des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis, wie er für die Sozialdemokratie bis Godesberg kennzeichnend war. Die politische Praxis entsprach in der Tat den verbalen Zielen der Sozialdemokratie in keiner Weise. Das Godesberger Programm gab der „Reformpolitik“ der SPD einen theoretischen Rahmen und versuchte dadurch, Theorie und Praxis in Einklang zu bringen. Wie groß der Schaden sein kann, wenn Theorie und Praxis auseinandergehen, zeigt der Irseer Programmentwurf selbst auf, indem er das Versagen der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg auf eben diese Diskrepanz zwischen Programm und politischer Praxis zurückführt. Das Problem ist also durchaus gesehen.

Doch welche Folgerungen werden gezogen? Auf der einen Seite wird die eigene Praxis selbstkritisch beleuchtet. Dort heißt es zur Regierungstätigkeit der SPD von 1969 bis 1982: „Angesichts der Mehrheitsverhältnisse, vor allem aber der national wie international scheinbar ungebrochenen Leistungsfähig-

Irseer Programmkommissionäre Willy Brandt und Erhard Eppler: Pessimistisches Zukunftsbild entworfen?

Foto: Eduard N. Fiegl

keit des gegebenen Wirtschaftssystems, konzentrierte sie sich weitgehend auf ökonomische, soziale und politische Reformen, welche die Grundstrukturen der überkommenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht prinzipiell veränderten. Die Eigengesetzlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, ihrer konjunkturellen und strukturellen Krisen wurde nicht gebrochen, die isoliert gesehene Gewinnerzielung blieb der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse grundsätzlich übergeordnet; die Macht der Großwirtschaft. . .“ etc.

Offensichtlich hat die Reformpraxis versagt. Die Welt, sie war nicht so. Gleichwohl heißt es im Irseer Entwurf wenig später: „Die Sozialdemokratie kämpft nicht nur für Reformen im Kapitalismus, sie will durch demokratische Reformpolitik eine bessere gesellschaftliche Ordnung erreichen.“ Wie das gelingen soll, bleibt unklar. Die Rahmenbedingun-

gen, vor allem die internationalen, werden sich nicht in Luft auflösen. Wenn das Irseer Programm z. B. die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis festschreibt, so akzeptiert man damit natürlich auch gewisse wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, die dem „Reformprogramm“ mit Sicherheit im Wege stehen werden.

Kurz: der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis wird im Irseer Programmentwurf nicht aufgelöst, sondern im Vergleich zum Godesberger nur deutlicher beschrieben. Man hat dazugelernt. Insofern ist das Programm ehrlich, aber man zieht die Konsequenzen nicht. Entweder hätte man Godesberg konsequent fortdenken und programmatisch eben auf das beschränken müssen, was möglich ist, oder man tut bewußt einen Schritt hinter Godesberg zurück. Das ist im Irseer Programmentwurf geschehen. Es sagt überdeutlich: hier gibt es ein Problem, löst es aber nicht.

Dieser Zustand entspricht objektiv der Gemütslage der Partei. Zukunftsweisend ist das nicht. Wo Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinanderklaffen, werden Ohnmachtsgefühle geweckt oder einem politisch letztlich unverantwortlichen Verbalradikalismus die Schleusen geöffnet. Wenn die SPD in absehbarer Zeit wieder an die Regierung kommt, wird sie unter den gleichen Problemen und Selbstlähmungen zu leiden haben wie unter Schmidt. Das ist eben nicht ein Problem der personellen Zusammenfassung von Regierungsführung und Parteivorsitz, sondern ein inhaltlich-politisches Problem, das programmatisch in der SPD angelegt ist. Der Irseer Programmentwurf führt uns wissentlich noch tiefer in dieses Krisenszenario hinein.

Eher als Fußnote sei hier noch angemerkt, daß die Kritik an der SPD-Regierungszeit, wie sie im Irseer Programmentwurf geäußert wird, besser unterbliebe. Sie führt uns nicht nur, wie ausgeführt, in der Theorie/Praxis-Frage nicht weiter, sie bedeutet auch einen erheblichen Legitimationsentzug für künftige Bemühungen, die Regierungsmehrheit wieder zu erringen. Dabei müssen wir auf das, was damals geleistet wurde, positiv Bezug nehmen können, sozusagen den Nachweis unserer Regierungsfähigkeit erbringen. Indem wir diese Zeit madig machen, schaden wir uns selbst, ohne daß wir uns auf anderer Ebene damit helfen würden.

III. Historisches Selbstverständnis

Die meisten Aussagen zum historischen Selbstverständnis finden sich im Kapitel „Woher wir

kommen, wohin wir wollen“. Der Stolpersatz ist oben in anderem Zusammenhang bereits erwähnt worden. Er lautet: „Die Verhältnisse erschwerten bis ins 20. Jahrhundert hinein die Verbindung von praktischer Reformarbeit und hochgespannter Zukunftserwartung zu einer einheitlichen politischen Strategie. Die internationale Arbeiterbewegung vermochte deswegen auch nicht die tiefgreifenden Erschütterungen im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit zur Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele zu nutzen, obwohl sie in ihrer Analyse des Imperialismus Krieg und Wirtschaftskrise richtig vorausgesagt hatten.“

Die Richtigkeit dieser These sei einmal dahingestellt. (Als Historiker habe ich gewaltige Zweifel, ob man mit solchen Verkürzungen der Situation nach 1918 gerecht wird.) Die Neuerung für die SPD besteht in dem, was diese These impliziert. Noch das Godesberger Programm sah die SPD Eberts und Scheidemanns 1918 und danach auf dem einzig richtigen Weg. Es galt damals, die parlamentarische Demokratie gegen Chaos und Revolution durchzusetzen. Dieses geschichtliche Selbstverständnis wird nunmehr verlassen, denn offensichtlich wurden 1918 Fehler gemacht – von der gesamten Arbeiterbewegung, also auch von der SPD.

Der Fehler kann – historisch gesehen – nur gewesen sein, daß die SPD Eberts die Umwälzung 1918/1919 zu rasch abwürgte, ehe grundlegende Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollzogen waren, vor allem aber die Ersetzung überkommener, obrigkeitlicher Machtstrukturen in Heer, Justiz und Verwaltung durch neue demokratische. Hätte die SPD damals nicht gebremst, wäre – so lautet die Kritik von links – ein Aufkommen, gar ein Sieg des Faschismus gar nicht möglich gewesen. Statt dessen Spaltung der Arbeiterbewegung und damit der „Erfolg des Faschismus“, der „durch die Spaltung der Arbeiterbewegung erleichtert“ wurde, wie es im Irseer Programmentwurf selbstkritisch heißt.

Das „erkenntnisleitende Interesse“ liegt offen zu Tage: Zu einer solch verhängnisvollen Spaltung der Kräfte der Arbeiterbewegung darf es nie wieder kommen. Deshalb werden politische Traditionslinien, die der SPD von 1918-1933 kritisch gegenüberstanden, in die SPD einbezogen. Das ist gut so, denn die SPD wurde nach 1945 – an den Biographien führender Sozialdemokraten ablesbar – zum Sammelbecken aller Sozialisten und Linken, die sich nicht zum Kommunismus Moskauer Prägung bekannten.

Die Frage, die in diesem Zusammenhang aber gestellt werden muß, ist die nach der verbindlichen Tradition der SPD. Hat die SPD 1918 richtig gehandelt oder hat sie 1918 in fürchterlichem Irrtum ihre große und einmalige Sternstunde nicht genutzt? Halten wir die Traditionsfahne Eberts hoch, oder gehen wir mit einem „peccavi“ in die Knie? Oder übernehmen wir eine andere Tradition, deren Repräsentanten und Mitkämpfer Ebert und Noske 1918/1919 – zugespitzt formuliert – ans Messer lieferten?

Diese Fragen haben mehr als akademische Bedeutung. Eine Partei, die so stark wie die SPD aus der Tradition lebt, kann sich darum nicht herumdrücken, zumal wenn sie sie im Grundsatzprogramm implizit selbst aufwirft. Da die SPD Geschichte auch und vor allem als Auftrag begreift, hätte eine solche Geschichtsauffassung erhebliche Konsequenzen. Der Irseer Programmentwurf entscheidet sich für keine der möglichen Traditionslinien. Er läßt alles in der Schwebe. Das ist nur vordergründig von Vorteil. Ungereimtheiten und Brüche im historischen Selbstverständnis haben ihre Opfer meist viel schneller eingeholt, als sie selbst dies erwartet hätten.

IV. Arbeit

Die Definition und die Bedeutung, die der Arbeit im Entwurf gegeben werden, sind traditionell. So wie es im Entwurf formuliert ist, muß eigentlich jeder Mensch arbeiten, denn Arbeit „verändert, entwickelt und bildet ihn auch“. Und „Leitgedanke der hier beschriebenen Arbeitspolitik ist nicht die Befreiung von der Arbeit, sondern die Befreiung in der Arbeit“. Auch im Kapitel „Frau und Mann: Gesellschaftliche Gleichheit“ wird der Erwerbsarbeit ein „zentraler Stellenwert im Leben des Menschen“ gegeben. Da sie die „materielle Unabhängigkeit“ sichert, die „gesellschaftliche Bedeutung und Anerkennung“ wesentlich bestimmt, ermöglicht sie „soziale Kontakte, Gespräche und Diskussionen und damit auch die Beteiligung an der Politik“. Deshalb die Forderung nach der Erwerbstätigkeit der Frau.

Es ist aber sehr die Frage, ob wir solche programmatischen Aussagen zur Arbeit durchhalten können, angesichts der Tatsache, daß Arbeit, wie sie definiert ist, in der Tendenz immer weniger wird. Schicken

wir nicht z. B. die Frauen auf einen Emanzipationsweg, nämlich durch Erwerbsarbeit, der schon heute mangels Masse fragwürdig geworden ist? Was ist mit jenen 8-10 % Arbeitslosen, die wir bei sozialdemokratischer Regierungsübernahme auch nicht sofort von der Straße holen könnten? Soll ihr Leben „wertlos“ sein, bei dem zentralen Stellenwert, den wir der Arbeit geben?

In dem Kapitel „Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft“ setzt der Programmentwurf selbst einen anderen Akzent, indem er sagt: „Da die Erwerbsarbeit immer weniger Zeit erfordert, ist eine Kultur der Eigenarbeit nötig, die auch der Ausbeutung durch Unterhaltungs- und Freizeitindustrie entgegenwirkt.“ Dieser Ansatz ist noch nicht sehr ausgeführt. Aber er deutet mit Sicherheit eine Richtung an, die künftig wesentlich mehr Chancen zur Verwirklichung haben wird als der traditionelle Weg, wie er noch im Entwurf zum Grundsatzprogramm enthalten ist. Bleiben beide Ansätze im Programm nebeneinander stehen, so wird man ihm mangelnde Konsequenz vorwerfen müssen. Oder, was schlimmer ist, im Programm zwar die richtigen Einsichten, aber nicht die Kraft gehabt zu haben, sie durchzusetzen.

V. Ländlicher Raum, Agrarfrage

Seit den 70er Jahren zeigen die Wahlanalysen, daß die SPD in den ländlichen Gebieten zulegt, während sie in ihren früheren städtischen Hochburgen verliert. Bisher hat die SPD im wesentlichen nur darüber nachgedacht, wie sie die verlorengegangenen oder neu entstehenden Schichten in den Ballungszentren zurückgewinnen kann. Vernachlässigt bleiben der ländliche Raum und die Agrarfrage. Diese Vernachlässigung ist symptomatisch in der SPD seit dem Erfurter Programm. Man tut aber nichts daran. Das gilt auch für den Irseer Programm-Entwurf.

Notwendig wäre deshalb ein eigener Abschnitt im neuen Programm zum ländlichen Raum und zur Agrarfrage. Denn dort, wo sich der Frust über die CDU-Politik immer mehr zuspitzt, kann die SPD stärker Zugang und Einfluß gewinnen. Das müßte möglich sein, wenn man Höfesterben, EG-Agrarordnung, biologischen Landbau, Landschaftsschutz, Walderhaltung und -sterben etc. zum Thema machte.

Diskussion: Erosion in den großen Städten

Karlheinz Blessing Sozialdemokratie und Dienstleistungsgesellschaft

Zehn Thesen zu Martin Wentz (NG/FH 4/87)

Der Diplom-Volkswirt Karlheinz Blessing, geb. 1957, ist Gewerkschaftssekretär bei der Hauptverwaltung der IG Metall in Frankfurt.

1. In der Analyse stimme ich mit den von Martin Wentz zugrundegelegten Aussagen weitgehend überein: *Sektoral* nimmt der Bereich des Dienstleistungssektors zu, während der klassische Produktionssektor stagniert; *personell* bedeutet dies ein Anwachsen der Zahl der Angestellten bei einem Sinken der Zahl der „klassischen“ Arbeiter. So empirisch zutreffend dieser Befund für die Vergangenheit im großen und ganzen war, so zurückhaltend sind doch die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden können:

- Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft wird weder im Tempo noch in seinem Ausmaß weitergehen wie bisher. Im Vergleich zu anderen westlichen kapitalistischen Staaten weist die Bundesrepublik einen doch hoch entwickelten Produktionssektor bei einem vergleichsweise gering entwickelten Dienstleistungsanteil auf. In den USA ist der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft schon gestoppt. Dort denkt man bereits wieder über eine Reindustrialisierung nach, weil sich gezeigt hat, daß eine Volkswirtschaft ohne einen starken industriellen Kern ökonomisch nicht leistungsfähig sein kann. Für die Bundesrepublik ist noch mit einem gewissen Ausbau von Dienstleistungen zu rechnen, aber in einem sehr viel geringeren Umfang.
- Frankfurt ist nicht typisch für die Bundesrepublik. Die Entwicklung dieser Stadt in den letzten 10 bis 20 Jahren ist nicht die vorweggenommene Entwicklung der übrigen Republik. Dazu sind die in Frankfurt als Finanzmetropole und Bankenstandort wirkenden Sonderfaktoren zu offen-

sichtlich. Es muß also davor gewarnt werden, mögliche politische Schlußfolgerungen auf die gesamte Bundesrepublik oder auf die SPD bundesweit übertragen zu wollen.

2. Der Begriff „Dienstleistung“ ist zunächst eine *ökonomische* und keine politische oder soziologische Kategorie. Martin Wentz unterläuft in seinem Beitrag ständig der Fehler, den Dienstleistungsbegriff als politisch-soziologische Kategorie zu gebrauchen. Aus dem Tatbestand, daß jemand im Dienstleistungssektor einer Beschäftigung nachgeht, lassen sich noch längst nicht einheitliche Wertorientierungen und Bewußtseinsstrukturen ableiten. Hinzu kommt, daß der Dienstleistungssektor in sich sehr differenziert ist. Grob skizziert lassen sich drei Kategorien von Dienstleistungen unterscheiden:

- ▷ die öffentlichen Dienstleistungen bzw. die Humandienstleistungen,
- ▷ produktionsbezogene Dienstleistungen, d. h. Dienstleistungen, die eng mit dem sekundären Sektor verflochten sind, und
- ▷ Zirkulationsdienstleistungen.

Die Beschäftigten in den produktionsnahen Dienstleistungsbereichen sind vom Typus her der traditionellen sozialdemokratischen Klientel sehr nahe. Warum sollten auch Beschäftigte z. B. in den Bereichen Transport und Reparatur sehr viel andere Wertvorstellungen aufweisen als Arbeitnehmer im sekundären Sektor?

Im Bereich der öffentlichen und humanen Dienstleistungen ist das Spektrum der Wertorientierung und damit auch der politischen Orientierung im Grunde genommen genauso breit wie das Spektrum in der Gesamtbevölkerung. Wir finden dort klassisch-konservative Beamte, sozialdemokratische Lehrer genauso wie grüne Sozialarbeiter.

Unter die Kategorie der Zirkulationsdienstleistungen fällt der gesamte Bereich der Finanzdienstleistungen, des Versicherungswesens und des wachsenden Consultingbereichs. Den Arbeitnehmertypus in diesem speziellen Dienstleistungsbereich scheint Martin Wentz wohl bei der Abfassung seines Beitrages im Auge gehabt zu haben. Er zeichnet sich in der Tat durch eine hohe Bindungslosigkeit gegenüber traditionellen gesellschaftlichen Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen) aus. Aber gerade weil er bindungslos ist, weist dieser Typus auch keine einheitliche Wertestruktur auf.

3. Es gibt keine einheitliche Wertestruktur der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Martin Wentz nennt als typische Merkmale dieser neuen Schicht:

- Leistungsbewußtsein und Aufstiegsorientierung,
- hohen Bedarf an materieller Sicherheit,
- Selbstbestimmung und Autonomie,
- solidarisches Handeln, Gespür für soziale Gerechtigkeit,
- hohen Bildungsstand, politisches Interesse,
- hohes kulturelles und Freizeitinteresse.

Dies sind keine trennscharfen Merkmale, denn sie treffen in hohem Maße auch auf andere Schichten und soziale Gruppen zu. So ist das *Leistungsbewußtsein* beispielsweise eine Eigenschaft, die in der Arbeiterbewegung ihre Verankerung hatte und die aus dem Kampf gegen Privilegien entstanden ist. Nicht Privilegien aufgrund der Herkunft sollten für gesellschaftliche Aufstiegschancen maßgebend sein, sondern die konkret erbrachte Leistung.

Gerade der *Wunsch nach materieller Sicherheit* ist bei den klassischen Arbeiterschichten bekanntlich am stärksten ausgeprägt. Auch *Selbstbestimmung und Autonomie* sind klassische Werte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Wentz verweist richtigerweise darauf, daß diese Werte „der Tradition und den Zielen der Arbeiterbewegung, deren Kampf für die ‚Befreiung der Menschheit‘ auch immer ein Kampf für die Selbstentfaltung des Individuums bedeutete“ (S. 348 f.), entstammen. Zugleich aber kommt er nicht umhin einzuräumen, daß seine neuen, ungebundenen Schichten „häufig die gemeinsame solidarische Leistung früherer Generationen bei der Er kämpfung sozialer Sicherheit übersehen“ (S. 248). Anders gesagt: Arbeitnehmer mußten sich zu kollektiven Handlungsakteuren zusammenschließen, um individuelle und persönliche Entwicklung erst möglich zu machen. Dies gilt im übrigen nicht nur für „frühere Generationen“, sondern ist auch heute noch überwiegend so, denn nach wie vor sind große Teile der Menschen auf kollektive Zusammenschlüsse angewiesen, um einerseits Schutz gegen Unternehmerübermacht zu haben und andererseits um individuelle Ansprüche an das Leben befriedigen zu können. Dies ist die Handlungsmaxime sozialdemokratischer Politik bei der Bereitstellung öffentlicher und sozialer Infrastruktur.

Das sozialdemokratische Grundwerteverständnis, wie es im Godesberger Programm und erneut im Irseer Entwurf für ein neues Parteiprogramm niedergelegt ist, unterscheidet sich vom konservativen und liberalistischen Grundwerteverständnis dadurch,

daß für uns die Freiheit des einzelnen nur möglich ist, wenn sie auf sozialer Gerechtigkeit und solidarischem Handeln basiert. Konservative und Liberale frönen dem radikal individualistischen Freiheitsverständnis des „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“.

Ich halte die Beschreibung, wonach jene neuen, ungebundenen Schichten einerseits sehr leistungsbeußt sind und eine individualistische Aufstiegsorientierung aufweisen und auf der anderen Seite ein hohes Gespür für soziale Gerechtigkeit und solidarisches Handeln haben, mehr für ein Wunschbild denn für Realität. Eine Erklärung für die Attraktivität neo-konservativer und neo-liberaler Ideologien sowohl hier in der Bundesrepublik, aber auch vor allem in den USA liegt darin, daß sie diesen hemmungslosen Individualismus predigen und den Menschen glauben machen wollen, ihr erreichter Aufstieg sei allein Ergebnis ihrer individuellen Leistungsfähigkeit und deshalb ethisch und moralisch völlig gerechtfertigt: Wer viel leistet, der darf sich auch viel leisten, und wer keinen Erfolg hat, der hat offensichtlich zu wenig geleistet. Ich nenne dies das Ausschalten des schlechten Gewissens.

An diesem Punkt stößt denn auch die Bereitschaft, diesen individualistischen Aufsteigern entgegenzukommen, auf klare Grenzen. Wir wollen diesen Aufstieg überhaupt nicht behindern, aber wir betonen gleichzeitig die soziale Verantwortung dieser Gruppen gegenüber all denjenigen, die diesen Aufstieg nicht schaffen konnten bzw. denen er verwehrt war. Deshalb sind wir beispielsweise für eine Steuerpolitik, die die höheren Einkommen stärker belastet als die mittleren und unteren Einkommen. Die CDU sagt: „Leistung muß sich wieder lohnen“, und wer viel hat, der hat offensichtlich viel geleistet, und plädiert deshalb für eine Steuerpolitik, die die hohen Einkommen nicht so stark belastet. Ähnliches kann man für die Sozialpolitik und andere Politikfelder aufzeigen. Ich bin ganz und gar dagegen, daß wir als Sozialdemokraten mit den Konservativen gleichziehen, um bei diesen Schichten ähnlich gut wie die Konservativen landen zu können.

4. Eine Veränderung der Werte läßt sich gar nicht in Abrede stellen. Allerdings sind größere Zweifel angebracht, ob dieser Wandel auf den Dienstleistungssektor beschränkt ist bzw. sich aus seinen besonderen Gegebenheiten ableiten läßt. Generell läßt sich feststellen:

▷ ein Verlust der Bindungswirkung traditioneller gesellschaftlicher Organisationen (Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw.),

- ▷ ein Utopieverlust, der insbesondere die Sozialdemokratie trifft, weil sie von Utopien mehr als andere Bewegungen lebt,
- ▷ ein höherer Anspruch an Arbeit und Leben insgesamt.

Diese Änderung der Einstellungen hängt vor allem von der Generations-Zugehörigkeit und vom Bildungsstand ab. Aus meiner eigenen beruflichen Praxis kann ich berichten, daß heutzutage vermehrt 19- bis 20jährige in die Betriebe kommen und eine Ausbildung beginnen; sie haben in der Regel Abitur oder einen vergleichbar hohen Schulabschluß; sie stellen wesentlich höhere Ansprüche an die Arbeit, an die Sinnhaftigkeit ihrer Tätigkeit, an die Freizeit und an die Politik. Es ist für Gewerkschaften sehr viel schwerer geworden, solche jungen Menschen für aktives gewerkschaftliches Engagement oder auch nur als Mitglieder zu gewinnen. Für die Beschäftigten in den sogenannten Zirkulationsdienstleistungen gilt dies in noch stärkerem Maße, weil sich dort das Fehlen eines sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Umfelds besonders auswirkt und das Bildungsniveau noch höher ist. Doch dieser Trend ist nicht auf die Dienstleistungsberufe beschränkt, sondern macht sich durchgängig in der Arbeitswelt bemerkbar.

5. Ich bestreite, daß die SPD „in ihrer Mitgliedschaft weitgehend die Struktur in den Dienstleistungszentren“ (S. 351) widerspiegelt, wie Wentz schreibt, und daß sie gewissermaßen bereits die Koalition zwischen traditioneller Arbeiterbewegung und neuen Dienstleistungsschichten darstellt. Martin Wentz geht in seinem Beitrag von einem SPD-Bild aus, das meiner Ansicht nach schon seit langem keine Entsprechung mehr in der Realität hat. Unausgesprochen, so der Eindruck der Lektüre, wird von ihm immer wieder unterstellt, daß die SPD personell und programmatisch noch zu sehr klassische Arbeiterpartei sei. Dies ist die SPD programmatisch seit Godesberg und in der politischen Praxis schon seit einem sehr viel früheren Zeitpunkt nicht mehr.

Das personelle Problem der SPD besteht vielmehr darin, daß sie in ihrer aktiven Mitgliedschaft, insbesondere bei den Funktionären, weder klassische Arbeiterpartei ist noch die neuen Funktionsebenen des Dienstleistungssektors in ihr beheimatet sind. Die SPD ist in ihrer Funktionärsstruktur eine Partei des öffentlichen Dienstes. Dies ist sicherlich ein Ausfluß der 68er Bewegung, die teilweise in die Sozialdemokratie integriert werden konnte, und der Erneuerung der Partei Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre durch die Ausläufer der Studen-

tenbewegung, die sich insbesondere damals bei den Jungsozialisten kristallisierten. Bei vielem, was Wentz am Erscheinungsbild der SPD kritisiert – z. B. die Orientierung „an den vermeintlichen Idealen der klassischen Arbeiterpartei“ (S. 351) –, handelt es sich in Wirklichkeit um Elemente der SPD der 70er Jahre, also der SPD des öffentlichen Dienstes.

Die Arbeiter-SPD hingegen war pragmatisch, sie dachte nicht in festen Weltbildern, sie lebte von politischen Symbolen, und sie zog Identität aus politischen Führungspersonlichkeiten. Dieses wurde alles erst in Frage gestellt – und manchmal nicht zu Unrecht – durch die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre neu in die SPD gekommenen Schichten.

Wenn die SPD diese – durchaus wünschenswerte – Koalition zwischen traditioneller Arbeitnehmerschaft und der Dienstleistungsbewegung herstellen will, muß sie sich öffnen gegenüber der technischen Intelligenz, gegenüber neuen Funktionsebenen der Dienstleistungsgesellschaft und darf dabei aber auch nicht die traditionellen Arbeitnehmerschichten als eine Art historische Restgröße behandeln, deren man sich ohnehin sicher weiß. Die Hamburger Bürgerschaftswahl im vergangenen Jahr ist nicht nur deshalb verloren gegangen, weil die SPD bei den neuen Schichten zu wenig abgegrast hat, sondern auch deshalb, weil sie ihr traditionelles Stammwählerpotential nicht mobilisieren konnte. Desgleichen bin ich mir nicht sicher, ob man für die Vergangenheit behaupten kann, daß in Frankfurt das traditionelle Stammwählerpotential der SPD immer mobilisiert war, wie dies viele der angebotenen Erklärungen für die eingetretenen Wahlniederlagen voraussetzen.

6. Die Lösung, über Symbole oder über symbolhaftes Handeln mehrheitsfähig zu werden, greift zu kurz. Symbole können kein Politikersatz sein, sondern allenfalls Ausdruck von Politik. Erst war die Ostpolitik da und dann der Kniefall von Warschau, der in einer einzigartigen symbolhaften Handlung eine ganze Politik zum Ausdruck brachte. Wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, sind Symbole lediglich aufgesetzt. Deshalb wirkt der Handschlag über den Gräbern von Bitburg oder das Händchenhalten zwischen Kohl und Mitterrand über den Gräbern von Verdun peinlich und lächerlich.

Erst muß die Politik dasein, dann kann man sich über eine symbolhafte Darstellung dieser Politik unterhalten. Es macht keinen Sinn, die Frankfurter Skyline in SPD-Plakate aufzunehmen, gleichzeitig aber politisch gegen die Hochhäuser Front zu ma-

chen. Es macht ebenfalls keinen Sinn, gegen die Alte Oper zu sein und sie gleichzeitig als Symbol für die Verbundenheit mit Frankfurt zu gebrauchen. Dies wirkt letztlich unglaubwürdig.

Wallmann hat nicht nur mit symbolhaften Handlungen Mehrheiten gewonnen, sondern leider auch mit seiner Politik. Ich stimme allen zu, die die Unfähigkeit der Sozialdemokratie kritisieren, ihre Programmatik auf einen einfachen Nenner zu bringen und ihre Politik werbewirksam zu verkaufen. Aber am Anfang muß die Politikformulierung stehen, erst dann kann man sich über eine PR-mäßige Umsetzung unterhalten. Doch die SPD hat spätestens seit Ende der 70er Jahre eine in diesem Sinne klare Programmatik vermissen lassen. Wir lebten in der Energiepolitik, in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik, aber auch in der Wirtschaftspolitik lediglich von Formelkompromissen. Das „entschiedene Sowohl-als-auch“ mag zwar den innerparteilichen Waffenstillstand von Parteitag zu Parteitag immer wieder aufs neue herstellen, aber damit kann man weder in die politische Offensive gelangen noch gar politische Hegemonie erreichen.

7. Gewarnt werden muß vor einem Politikverständnis, das Politik als Dienstleistung begreift. (Jan von Trott etwa spricht in seinem Beitrag von „politischer Dienstleistung gegenüber dem System Gesellschaft“, S. 340). Das erinnert an ein Wort Helmut Schmidts, der für sich als Bundeskanzler eine geistige Führungsrolle abgelehnt hat und sich lediglich als der leitende Angestellte der Firma Bundesrepublik bezeichnete – eine Bemerkung, die Oskar Lafontaine damals zu der leider unschön vorgetragenen Kritik veranlaßte, dies laufe auf eine Politik der Sekundär-Tugenden hinaus. Auch der Beitrag von Martin Wentz ist nicht ganz frei von einem solchen Politikverständnis. Wenn es *nur* um ein effizientes politisches Management ginge, hätten wir am Politikstil eines Helmut Schmidt festhalten können, denn es gibt keine effizienteren Politikmanager als Helmut Schmidt.

Sozialdemokratische Politik aber will möglichst viele Menschen an der Politikformulierung beteiligen, d. h. Öffnung statt Abkapselung, Beschäftigung mit dem Bürger statt mit sich selbst, Transparenz statt Kungelei.

8. Es geht um den Aufbau einer sozialdemokratischen Hegemonie im Sektor der neuen Dienstleistungsberufe. Die Bemühungen, sie zu erlangen, dürfen sich indessen nicht auf den Freizeitbereich der Arbeitnehmer beschränken; sie müssen sich mindestens ebenso sehr auf die Arbeitswelt konzentrieren.

Auch wenn die Arbeitswelt im Zeitbudget des Menschen immer mehr an Bedeutung verliert, so stellt sie doch für die meisten Menschen den Lebensmittelpunkt und die Existenzmitte dar. Und dies gilt nicht minder für die neuen Funktionsebenen im Dienstleistungssektor. Gerade ihre von Martin Wentz betonte Leistungs- und Aufstiegsorientierung sowie ihr Bedürfnis nach materieller Sicherheit lassen sich nur über die Arbeitswelt verwirklichen. Es ist deshalb zu kurz gedacht, wenn man meint, durch sozialdemokratische Kulturfeten in der Galeria ließen sich diese Schichten für die Sozialdemokratie erschließen.

Hier eröffnet sich im übrigen ein Feld des Zusammenwirkens von SPD und Gewerkschaften, das nicht nur historische Bedeutung hat, sondern für diese sozialdemokratische Hegemoniebildung unerläßliche Voraussetzung ist. Sozialdemokratische Hegemonie im Dienstleistungssektor wird nicht gelingen, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, hier Fuß zu fassen und einen dominierenden Einfluß auszuüben.

9. Die programmatische Entwicklung, die die SPD seit der Wende in der Opposition eingeleitet hat, geht im Prinzip in die richtige Richtung. Das gilt insbesondere für die Umwelt- und Energiepolitik sowie die Politik der Friedenssicherung. Noch fehlt ein nachvollziehbares Gesamtkonzept für die Bereiche Arbeit und Freizeit. Erste Ansätze zu einer sozialdemokratischen Kultur- und Freizeitpolitik sind durchaus in Rudimenten vorhanden: Der Irseer Entwurf für ein neues Parteiprogramm enthält ein eigenes Kapitel „Auf dem Weg in die Kulturgesellschaft“. Dies mit konkretem Inhalt und vor allem mit lebendiger Praxis auszufüllen, dazu bedarf es aber noch einer großen Lernfähigkeit insbesondere bei den Funktionären und Mandatsträgern unserer Partei.

Zu den großen Schwachstellen sozialdemokratischer Programmatik zählen die Bereiche Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik. Nach wie vor steht die SPD im Verdacht, eine Mischung zwischen Staatsinterventionismus um jeden Preis und grünem Antimodernismus praktizieren zu wollen. Beides wirkt nicht sehr attraktiv auf die Funktionsebenen des Dienstleistungssektors.

Konservativen wie Lothar Späth und Kurt Biedenkopf ist es durchaus gelungen, das Image eines verstaubten Konservatismus loszuwerden und einen fortschrittlichen Technologieoptimismus zu propagieren. Die SPD muß aufpassen, daß sie sich mit dem angestrebten Ausstieg aus der Kernenergie nicht dem ungerechtfertigten Verdacht aussetzt, den

Ausstieg aus den neuen Technologien überhaupt zu wollen. Wir sollten wegkommen von der Frage: Technologie – ja oder nein?, und wesentlich stärker die *Technikgestaltung* im sozialen und gesellschaftlichen Interesse thematisieren. Denn gerade bei diesen neuen Funktionsebenen im Dienstleistungssektor treffen wir oft neben den positiven Einstellungen zu den neuen Technologien ein durchaus kritisches Bewußtsein für die Gefahren dieser Technologien an. Das haben jedenfalls die Konservativen der CDU begriffen. In ihrem auf dem letzten Bundesparteitag verabschiedeten Zukunftsmanifest stößt man auf Einsichten wie die, daß nicht alles, was technisch machbar sei, auch umgesetzt werden dürfe. Wir brauchen eine moderne Technologiepolitik, die die Probleme der Sozialverträglichkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz ins Zentrum rückt.

Unverständlich bleibt, warum die SPD nicht offensiv das Konzept der Arbeitszeitverkürzung propagiert. Es ist offensichtlich, daß der ökonomische Produktivitätszuwachs nicht in ein verstärktes Wachstum von Gütern und Dienstleistungen führen kann. Auf diesem Weg läßt sich auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpfen. Wir müssen vielmehr den gesellschaftlichen Reichtum für mehr Freizeit nutzen, aber eben nicht so, daß die einen 40 Stunden und mehr arbeiten, während die anderen auf null Stunden gesetzt werden. Menschliche Arbeitsgestaltung und sinnvolle Freizeitgestaltung sind originäre SPD-Themen.

10. Martin Wentz hat recht, wenn er mahnt, daß wir wieder verstärkt an den konkreten Lebenserfahrungen und Lebensbedürfnissen der Menschen ansetzen müssen. Die meisten Menschen sind trotz der Probleme, die sie haben, im großen und ganzen zufrieden. Wir haben in den letzten Jahren den Fehler gemacht, daß wir – zweifellos bedenkliche – Entwicklungen kritisiert und angeprangert, dann aber die Menschen mit diesen Hiobsbotschaften allein gelassen haben. Wir brauchen ein bißchen mehr Optimismus und Zuversicht im Blick auf die Bewältigung der vor uns liegenden Probleme. Das hat nichts mit dem selbstzufriedenen Kohlschen Grinsen zu tun, sondern schlicht damit, daß man Menschen, die man zur Mitarbeit an der Zukunftsgestaltung gewinnen will, nicht durch Überdramatisierung in Verzagen und Resignation angesichts der Größe der Aufgabe treiben darf. Sonst gerät die SPD am Ende in eine Position, wo sie als Überbringerin der negativen Botschaft womöglich noch für deren Verursacherin gehalten wird.

Hermann Schwengel/Helmuth Berking/Sighard Neckel Lebensstile, Politik und die Kultur des Wählens

Dr. Hermann Schwengel, Jahrgang 1949, ist Mitarbeiter der Geschichtsausstellung „Mythos Berlin“ und Organisator des „Republikanischen Forums“.

Dr. Helmuth Berking, Jahrgang 1950, ist Hochschulassistent am Institut für Soziologie der FU Berlin.

Sighard Neckel, Jahrgang 1956, ist Diplom-Soziologe und arbeitet ebenfalls am Institut für Soziologie der FU Berlin.

Der Skeptiker wird, wenn er von „Lebensstil“, gar von einer „Politik der Lebensstile“ hört, mit einem gewissen Recht befürchten, daß es sich dabei lediglich um ein neues Etikett handele. Den bekanntesten Argumentationsfiguren „Wertewandel“, „informeller Sektor“, „Dienstleistungsgesellschaft“ wäre nur eine neue Variante hinzugefügt, der Inhalt aber, die offensichtlichen Probleme mit dem erreichten Stand von Kapitalismus, Modernisierung und Moderne, bliebe der gleiche.

1.

Zeitdiagnostisch evident ist die „*Pluralisierung*“ von Lebensformen, das Vordringen einer *Kultur des Wählens* in die tiefsten Schichten sozialen Verhaltens, von sozialen Bewegungen, die das *Partikulare* der besonderen Lebensform hervorheben. Allein ein oberflächlicher Blick in die Sozialstatistik zeigt, wie tiefgehend sich das mittlerweile zersetzt hat, was die Soziologie „Normalbiographie“ nennt, wie modifiziert sich heute Karrieremuster, Statuspassagen, Lebenslaufzyklen, Familienformen etc. darstellen. Und ein Blick in den Zeitschriften- und Buchmarkt, in die Literatur wie in die Alltagsästhetik, in die psychosozialen Beratungszimmer wie ein Horchen in das ganz normale Gespräch ganz normaler Leute zeigt, wie stark die Menschen dies alles sich selbst auch zum Thema machen.

Sicher sind es vor allem die jüngeren, höher gebildeten, großstädtischen Bevölkerungsteile der „neuen Mittelschichten“, die hier Markierungen setzen. Doch hat der soziokulturelle Wandel des Alltagslebens heute die Grenzen bestimmter Gruppen

und Klassen längst überschritten und ist in seiner Bedeutung nicht allein mehr auf die größeren Städte beschränkt. Die Wählerschaft der GRÜNEN etwa – um nur ein Beispiel aus der politischen Sphäre zu nehmen – ist in vieler Hinsicht bereits repräsentativ für die bundesdeutsche Sozialstruktur. Heute sind überall subpolitische Netze des Alltags, gegenkulturelle Einrichtungen, neue Wohn- und Lebensformen, veränderte Einstellungen zu Beruf, Familie, Geschlechterverhältnis, Kindererziehung, Lebensführung und „Politik“ zu finden. Selbst der statistische „Normalbürger“ sieht sich gegenwärtig einer Pluralität von Lebensformen konfrontiert, zu der er in irgendeiner Weise auch Stellung bezieht. Das soll nicht heißen, daß etwa tradierte Normen keinerlei verbindliche Kraft oder Regenerationsfähigkeit mehr hätten, das wäre überzogen. Nur, die Koexistenz und Konkurrenz ganz unterschiedlicher Lebensentwürfe bedeutet eine in der Nachkriegsgeschichte sicher neuartig scharfe und lange Prüfung aller Lebensverhältnisse. Zur Prüfung wird auch veranlaßt, wer der Pluralität recht fern steht. Prüfungen aber sind Aufklärungen, die immer auch Angst auslösen. Die fast alltäglich gewordene Rede von der Pluralisierung hat auch etwas Beruhigendes – Wählen beruhigt, heißt es bei Niklas Luhmann – gegenüber den möglichen Risiken dieses Prozesses, wie sie z. B. als Gefahren der sozialen Polarisierung und Marginalisierung in stadt- und sozialpolitischen Szenarien skizziert sind. Genaugenommen geht es nämlich bereits um den Umgang mit Pluralisierung, nicht nur um eine historisch soziale Ersterfahrung, sondern schon um ein fortgeschrittenes Stadium eines langen Lernprozesses.

Wir müssen in Zukunft genauer unterscheiden, wenn wir von „Lebensstilen“ sprechen: Nicht jede Lebensform sollte schon als „Stil“ bezeichnet werden. Wie Lebensform die sachliche, Lebenslauf die zeitliche Dimension einer Art von Lebensführung bezeichnet, so Lebensstil quasi die reflexive Dimension. In Lebensstilen setzen wir uns mit der Verschiedenheit von Lebensformen und der Ausfächerung von Lebensläufen auseinander, die in der Folge mehrerer Detraditionalisierungsschübe eingetreten sind, ästhetisch, normativ und politisch. Da diese Auseinandersetzung aber häufig im Alltag stattfindet und nicht auf ein politisch-administratives Zentrum bezogen wird, sieht es zunächst so aus, als seien die Menschen politischer und unpolitischer zugleich geworden.

In der Auseinandersetzung mit zunehmenden Ungewißheitserfahrungen verbinden Lebensstile re-

flexive mit demonstrativen Momenten, wird die Behauptung des Daseins mit seinen Vorzügen verknüpft: Hier bin ich, ich kann nicht anders leben, ihr seht es. Lebensstile bezeichnen dabei nicht allein eine bestimmte Nutzungsart etwa der Stadt, ihrer Öffentlichkeit und Kultur als Kulisse für die Inszenierung des Selbst bzw. des Wir-Gefühls einer Gruppe. Noch sind sie nur Effekt einer neo-elitären Anreicherung des städtischen Angebots für das obere Drittel der Einkommenspyramide. Sicherlich hat es seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder Schübe von Detraditionalisierung und Pluralisierung gegeben. Neu ist wohl die Breite, Allgemeinheit, Intensität und vor allem die Selbstreflexivität des gegenwärtigen Prozesses. Vermutlich geschieht genau dies in den Lebensstilsegmenten, auch wenn die Art, in der solche Orientierungsleistungen erbracht werden, empirisch noch nicht genau beschrieben ist.

2.

Lebensstile scheinen jene Leerstelle zu füllen, die ein in sich widersprüchlicher Prozeß von gesellschaftlicher Enttraditionalisierung und Individualisierung hinterläßt. Sie erlauben gleichsam einen nichtindividuellen Umgang mit gesellschaftlichen Individualisierungszwängen; sie ermöglichen sozial Typisiertes individuell auszudrücken. Die kaum zu überschätzende Bedeutung dieses Individualisierungsschubes wird in den Sozialwissenschaften unter dem Thema der Erweiterung der Marktorientierung bei gleichzeitiger Erosion der zuvor bindenden traditionellen Stützen der Alltagskultur diskutiert. „Individualisierung“ meint nicht das alte liberale, um Eigentum und Familie zentrierte Individuum. Der einzelne wird vielmehr selbst zur „lebensweltlichen Reproduktionseinheit des Sozialen“ (Ulrich Beck). Hieraus entstehen paradoxe Verhaltensummutungen, Chancen wie Zwänge. Individualisierung bedeutet gleichermaßen Erhöhung der subjektiven Möglichkeitsspielräume und vollkommene Marktabhängigkeit, Verfreihlichung und Standardisierung der Lebenslagen, gesteigerte Selbstbezüglichkeit, Selbstvergewisserung und gesteigerte Außenlenkung. Diese Ambivalenz irritiert. Historisch ist wiederum daran zu erinnern, daß in den zwei Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg ähnliche, aber weit weniger reflexive Irritationsmuster aufgetreten sind, charakteristisch verschieden in der europäischen und der nordamerikanischen Kultur.

Welche Formen der Homogenisierung folgen diesem Individualisierungsschub? Stabilisieren sich

Lebensstile nun erneut in „Milieus“ oder „Reviere“, sind die Lebensstilsegmente, die uns empirische Untersuchungen zeigen, ein Stück weit jedenfalls neue institutionelle Kerne, flexibler als die alten, aber doch ähnlich wirksam orientierend? Zunächst einmal scheint die Welt der Lebensstile dort zu beginnen, wo die von Klassen- und Sozialstruktur, ergänzt um Alters-, Konfessions-, Bildungs- und Beschäftigtenstrukturen unscharf wird. Lebensstile erscheinen zunächst ganz einfach als eine weitere modifizierende Dimension. Genauso ist etwa auch das Wertewandelkonzept in die Diskussion eingeführt worden: Vorausgesetzt wird eine bekannte Gliederung der Sozialstruktur, die sich in Links-Rechts-Formalisierungen grob abbilden läßt, der dann Dimensionen „neuer Politik“ hinzugefügt werden. So sollen politische Differenzierungen innerhalb der Großgruppen erklärbar sein. Wie früher die Konfession, so würden heute Lebensstile das politische Wahlverhalten etwa der Arbeiterklasse modifizieren. Dafür wäre eine ausgeprägte Lebensstildiskussion aber nicht erforderlich. Nun gibt es eine Reihe originärer sozialer Phänomene, die ein stärkeres Lebensstilkonzept zumindest nahelegen.

Einige Beispiele: Die Gesellschaft wird aufgrund demographischer Verschiebungen künftig stärker noch durch mittlere Jahrgänge geprägt, durch Kohorten also, die selbst in hohem Maße mit der Pluralisierung von Lebensformen schon umzugehen lernen mußten, den geschichtlichen Lernprozeß schon an sich tragen. Das schafft Chancen wie Risiken für die Stabilisierung von Lebensstilen. Die soziale Polarisierung entlang den Lebensstildifferenzen kann sich wirksam darstellen und läßt sich wirksam darstellen. Gegenüber den sozioökonomischen Gegensätzen der Klassen und Schichten, dem Auseinanderdriften von wechselnden und schrumpfenden Bereichen und dem schmaler werdenden Band der Normalität ist die Polarisierung von Lebensstilen ein Ausdrucks- und Kontrastmittel.

Ein anderes, weniger optimistisches Beispiel: Klassische Reformprozesse wie in der Bildungspolitik scheinen blockiert. Wer etwa eine stärker fördernde und integrierende Schule will, so zeigen empirische Untersuchungen, hat nur 10 % der Eltern gegen sich, aber auch nur 10 % hinter sich. Was tun? Lebensstile, d. h. hier Erziehungsstile schaffen Umwege: Ein diffuses Interesse an Allgemeinwissen, das geradezu durch Mehrdeutigkeit definiert ist und verschiedenen Gruppen die Stilisierung von Vernunft erlaubt, rückt vor, obwohl alle etwas Verschiedenes meinen. Stilbildung, nicht Meinungsbildung.

Aber bei allem, was für einen säkularen Trend zur Stabilisierung durch Stilisierung spricht: Was in ihm nicht enthalten ist, ist eine zwangsläufige Verdichtung zu selbsttragenden Milieus, überspitzt gesagt, zu „Lebensstilklassen und -parteien“. Man müßte schon paradox formulieren, daß die *Pluralität selbst ein Milieu ist*. Doch das beschreibt nur einen kreativen Umweg, durch Paradoxa zu steuern, aber keine Lösung. Festzuhalten bleibt, daß mit Lebensstilen auch eine neue Runde im Streit um die Bestimmung des Politischen eingeläutet wird. Jenseits der Thematisierung von sozialen Konflikten, deren modernes Urbild der von Kapital und Arbeit ist, hat ein drittes Konfliktfeld an Gestalt und Gewicht gewonnen: der Kampf um die legitime Sicht des Sozialen. Damit ist das Konzept einer Politik der Lebensstile eingeführt.

Aber es wäre kurzschlüssig, nur den Prozeß der Aggregation von Lebensstilen von unten nach oben zu verfolgen, man muß auch die Formung der Lebensstilsegmente von oben nach unten bemerken. Lebensstile sind nicht allein Bedingungen, Voraussetzungen, Störungen von Politik, sie reichern sich in den politischen Arenen nicht nur an, sie werden durch Politik auch erst formuliert und präzisiert, aus der viel stärker diffusen Gemengelage von Werthaltungen gelöst und zu distinktiven Bündeln geformt. Wenn Stadtsoziologen von „Bildern des richtigen Lebens“ in einer Großstadt reden, re-formulieren sie einen alten Topos politischer Philosophie in genau dieser Richtung, als identifikatorisches Modell. Stadtteilgruppen betreiben diesen Prozeß von unten, in Konflikten, sagen wir um die künftige Neustadtsanierung. Wir sprechen von „Politik der Lebensstile“, um den *ganzen* Prozeß zu bezeichnen, der immer schon an beiden Seiten beginnt. Lebensstile modifizieren die Großaggregate der Sozialstruktur, Politik schärft sie zu temporär entscheidungsfähigen Gruppen, diese wirken auf Sozialstruktur, im Grenzfall auf die Bewertung von Arbeit und auf die Geltung demokratischer Souveränität zurück. Lebensstile wirken als flexible *intermediäre Gewalten* zwischen Politik und sozialen Basisprozessen. In einem solchen Kontext lassen sich die empirischen Unterscheidungen in Lebensstilsegmente weitaus präziser interpretieren.

Der Politiktypus aber, der angemessen mit unterschiedlichen Lebensstilen umgehen kann, muß anders geartet sein als die alte, auf das politische System zentrierte Politik. Dies hängt mit dem weit verbreiteten *Anti-Etatismus* zusammen, wie er von Anfang an die Pluralisierung der Lebensstile begleitet.

Es ist wichtig zu verstehen, daß damit nicht eine altliberale Staatskritik gemeint ist, sondern ein neues Mischungsverhältnis und dabei wechselseitige Übersetzungen von Politik und Nicht-Politik angestrebt werden, die man dem bisherigen Modell nicht mehr zutraut. Es ist kein Zufall, daß die Frage nach alternativen Politiken, Orientierungen und Deutungsmustern heute zuerst anhand der Problematik der GRÜNEN als politischer Partei und sozialer Bewegung diskutiert wird. Sind doch die GRÜNEN sinnfälligster Ausdruck und Repräsentant der *politikfähigen* Segmente einer sozialen Formation, die durch tiefgreifende Einstellungsänderungen gekennzeichnet ist und deren eine, vielleicht sogar entscheidende Dimension sich als antietatistische Orientierung geltend macht, wie immer manches Aktionsprogramm auch ansetzt.

3.

Der Anti-Etatismus war von Anfang an Begleiter der Pluralisierung von Lebensstilen. Wenn man bedenkt, wie sehr die Chancen für diese Pluralisierung nicht nur mit Wachstum und Markt, sondern mit der sozialstaatlichen Öffnung von Lebenschancen, mit der Produktion von Bildungsüberschüssen und kommunalen Reformüberschüssen zusammenhängen und das allgemeine soziale und politische „Wählen-lernen“ auch ein Erfolg der Zivilisierung der politischen Kultur in der sozialliberalen Ära ist, so ist diese Strömung geradezu eine *Kränkung* für aufgekürzte Etatisten. Im besten Falle wäre der Anti-Etatismus als Ende des Obrigkeitstaates nun endlich auch in den Mentalitäten zu verstehen – was eine Menge wäre. Und ganz gewiß ist eine Besinnung auf etatistische Mittel dann wieder zu beobachten, wenn tatsächlich von der Regierungsbank aus Strukturen verändert werden sollen.

Aber mit alledem würde man dem politischen Charakter des Anti-Etatismus nicht gerecht, jener alternativen Politikfähigkeit, die in gewisser Weise querliegt zu der Art bisheriger parteipolitischer Programmatiken und Wertentscheidungen. Eine Politik der Lebensstile bringt drei zentrale Komponenten ins Spiel, die im Medium der traditionellen Politikformen schwer oder vielleicht gar nicht zu handhaben sind. Die Fähigkeit zur politischen Indifferenz gegenüber Andersdenkenden, die beliebige Bündnisse auf der Basis situativer Problemdefinitionen ermöglicht; einen politischen Privatismus, der Politik als integralen Bestandteil des Lebensstils alltagspraktisch handhabbar macht; einen kollektiven Partikularismus, der das Recht auf Besonderheit als po-

litische Qualität nicht nur für sich selbst, sondern universell zu setzen versucht.

Die empirisch beobachtbare, offenbar irreversible Stabilisierung des grünen Wählerreservoirs in einer Altersgruppe hat sich zu einem Teil entlang dieser Politikfähigkeit vollzogen, im Unterschied zu den Wachstumsphasen von Sozialdemokraten und Union in den 60er und 70er Jahren. SPD und CDU haben zwar auch modernisiert, aber sie haben sich aus den sogenannten neuen Mittelschichten „bedient“, ohne ihren untereinander natürlich verschiedenen Politiktypus zu ändern. Es fragt sich allerdings, inwieweit sich der neuere Politiktypus verallgemeinern läßt, umgekehrt: inwieweit der Erfolg der GRÜNEN sich auf eine Generation beschränkt, während sich bei Erst- und ganz jungen Wählern Union und SPD wieder Chancen ausrechnen können, wofür jüngste Wahlergebnisse auch Ansatzpunkte gegeben haben.

4.

Der grundlegende Einwand gegen diese Thesenrichtung ist wohl immer noch der, daß sie eine Summe von empirisch beobachtbaren Einstellungsänderungen ziehe, aber dem *politisch-ökonomischen Strukturwandel* gegenüber stumpf bleibe. Der Vorgänger des Lebensstil-Konzeptes, die Wertewandelhypothese, ist letztlich daran gescheitert, daß zuerst die sozioökonomischen Basisprozesse zu einer sehr engen Vorstellung politischer Links-Rechts-Formationen verknüpft und dann die Einstellungsänderungen zu postmaterialistischen Werten hin stark überschätzt wurden. Die schönen neuen Werte werden so zu Wahrzeichen einer „Zitadellenkultur“ (Werckmeister), die die Strukturwidersprüche auf der High-culture-Ebene ästhetisch und auf der des Alltagslebens eben durch „Lebensstile“ verklärt. Die stadtsoziologischen Szenarien künftiger Polarisierungen bilden zwar nicht den ökonomischen Strukturwandel einfach ab, aber die Leitfunktionen des hedonistischen Konsumismus und die Kostenseite des verschuldeten Kleinbürgertums lassen sich mühelos darauf beziehen.

Diese Kritik trifft natürlich einen wunden Punkt, aber sie übersieht auch eine Evolution der sozialökonomischen Strukturen selbst. Ulrich Beck hat von einem *systematischen Rollenwechsel von Politik und Nicht-Politik* gesprochen. Aber die Becksche These meint nicht nur, daß das ehemals private Leben eine politische Anspruchsdynamik gewinnt, sondern vor allem auch, daß dem technologischen und ökonomischen Setzen von Strukturdaten eine eigene politi-

sche Qualität zukommt. Diese Qualität kann nicht allein auf Macht beruhen, sondern ist darüber hinaus selbst nach der Art einer Politik der Lebensstile organisiert, mischt Politik und Nicht-Politik auf komplexem Niveau. Innere Arbeitsmotivation, Freizeit- und Verbrauchsbereitschaft, Kulturangebote und Bildungschancen, künftige Meinungs- und Modemärkte bilden bei Produktionsplanung, Standortwahl und Marktstrategie ein ganzes *politisches Stiltgefüge*, das jedem massiv mit Asozialität droht, der es nicht selbst initiiert oder zumindest imitiert. In gewisser Weise organisiert dieser Prozeß eine politische Abstimmung über sich selbst, aber nicht als distanzierte politische Wahl, sondern als inhärente Akklamation durch aktive Lebensstile. Eine Vorform dieser *instrumentellen Version* einer „Politik der Lebensstile“ könnte man vielleicht an der langjährigen Modernisierungspolitik der CSU in Bayern studieren, einen gegenwärtigen Versuch am baden-württembergischen „Späth-Kapitalismus“. Die politische Linke sollte jedenfalls wissen, daß schonende Modernisierung, Abfedern der Detraditionalisierung und ökonomische Erneuerung *auch so* für eine Mehrheit möglich sind. *Gegen etne Politik der Lebensstile wird nur eine Politik der Lebensstile etwas bewirken*, nicht allein die Koalition der Betroffenen oder der Appell an den Primat der demokratischen Politik. Es geht aber auch nicht ohne, denn an ihren Eckpunkten stößt die intermediäre Politik der Lebensstile natürlich auf die Definition von Arbeit und Nicht-Arbeit bzw. an die Behauptung demokratischer Souveränität. Das Lebensstilkonzept wird nur dann nicht das Schicksal der Wertewandelhypothese erleiden, wenn es an eine neue scharfe Reflexion des Politischen gebunden wird, wie umgekehrt diese auf die Dimension der Lebensstile angewiesen ist.

5.

Wenn Lebensstil und Politik einen neuartigen, eigenständigen Wirkungszusammenhang bilden, dessen sich immer wieder verschiebendes „Subjekt“ Lebensstilgruppen sind, ist kaum anzunehmen, daß die irritierenden Effekte sich allein auf die linke Volkspartei beschränken. Schon auf mittlere Sicht werden die Irritationen auch bei Union und Grünen beobachtbar sein.

Drei Szenarien des Parteiensystems scheinen heute möglich. Alle drei sind empirisch begründbar, aber nur eines dürfte in der Lage sein, die gegenwärtige Stagnation des Politischen hinter sich zu lassen.

● Die großen Parteien können sich auf ihre alten Lager, Milieus und Ressourcen konzentrieren, die immer noch so stark sind, daß es keine Chance gibt, sich prinzipiell von ihnen zu lösen. Weil diese Milieus aber gewiß nie mehr die ältere magnetische Kraft in Szene setzen können, wächst strukturell die Chance der liberalen und libertären Gruppierungen in Mitte, Rand- und Zwischenzonen des sozialen Spektrums. Bei hohen Schwankungen ihrer inneren Zusammensetzung und äußeren Mobilisierungsfähigkeit werden sie relativ an Bedeutung gewinnen. Insgesamt aber begünstigen die trägen Prämissen bei aller gesteigerten Zwischenmobilität eine konservative Mehrheit.

● Unter dem Druck der Konkurrenz könnten die großen Parteien auch „modernistisch“ handeln, d. h. mit den Mitteln der politischen Werbung sich die Etiketten der Dynamik von Lebensstilen ans Revers des traditionellen Weltbildes heften, um die kleine Konkurrenz zumindest semantisch von rechts und von links gleichermaßen zu überholen. Hier sind ganz unterschiedliche Mehrheiten, einschließlich des Verschwindens von Rand- und Zwischengruppen möglich; völlig unsicher indes bleibt dann, was eine solche Mehrheit mit sich anfängt. Den Schaden hätte auf Dauer die politische Kultur im Ganzen und zwar insofern als sie nicht mehr vermitteln könnte, daß Wählen etwas bedeutet.

● Riskanter, aber eben erhaltungsfähiger im Falle des Erfolges ist der Versuch, sich bewußt für eine gewisse Zeit im kulturellen Spagat zwischen unverzichtbaren traditionellen Bindungen und irreversiblen Lebensstilbildungsprozessen einzurichten. Nicht, weil sowieso nichts anderes möglich wäre – immerhin sind die zwei anderen Szenarien auch reale Optionen – sondern weil die behutsame, d. h. erträgliche Ausweitung der Kultur des Wählens und die Macht der intermediären Gewalten der Lebensstile sich nur langsam zu neuen, dauerhaften und intensiven Mehrheiten zusammenschließen können. Die Politik braucht Zeit, um mit der ihr fremden Macht der Lebensstile umgehen zu lernen. Geld und kommerzielle oder bürokratische Macht haben es da leichter, weil sie nur die Ängste und Faszinationen des Prozesses nutzen, aber nicht seine Inhalte berühren. Politik kann sich bei Strafe des Selbstverlustes diese Reduktion nicht leisten.

In the long run we are all dead, sagte Keynes einmal. Auf kürzere Sicht liegen Gewinn und Verlust in der Politik eng beieinander. Wer verliert, wechselt die Werbestrategie. Doch nur auf mittlere Sicht gibt es in demokratischen Gesellschaften Chancen für

strukturelle Mehrheiten, wenn man solche denn will. Wer immer nur auf die nächste Wahl oder auf die jeweils letzte starrt, wird am Wählen keine Freude haben.

Dieser Problemaufriß stellt für uns im Kontext der weiteren politischen Entwicklung einige offene Fragen, auch an die empirische Verwendung des Lebensstilkonzeptes selbst, von dem wir denken, daß es politisch-soziologisch erst am Anfang steht.

1. Wenn Lebensstile und Politik einen dynamischen integrativen Mechanismus bilden, wie steht es dann mit der These, daß Grüne wie die Union im Bereich der Lebensstile einen Vorteil an Homogenität haben? Wird diese These nicht schon mittelfristig falsch?

2. Benennt das Motiv der „sozialen Gerechtigkeit“, von dem alle Daten sagen, daß es noch am ehesten die sozialdemokratischen Milieus zusammenbringe, nicht eher – bei allem Wahrheitsgehalt – einen passiven Konsensus, während es dem aktiven

demokratisch-zivilisatorischen Prozeß der Bildung von Lebensstilen keinen Namen gibt?

3. Macht es Sinn, die Diskussion über Lebensstile primär auf den Raum Stadt zu beziehen, oder liegt es nicht näher, hier freiwillig im Spagat zu stehen: zwischen einer Politik der Lebensstile im Nahbereich, im Stadtteil etc., von wo sie ja ausgeht, und einer gesamtgesellschaftlichen Politik der Lebensstile via Ordnungs- und Steuerpolitik?

4. Wie lassen sich Lebensstile überhaupt auf soziale Ganzheiten hochrechnen? Für den grünen Politiktypus des additiven Partikularismus, der Lebensstile nur an sich selbst bündeln kann, gibt es hier ebenso spezifische Grenzen wie für den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, der Lebensstile ja in Bedürfnisse umrechnen müßte und dem dafür (von den bekannten bürokratischen Nebenfolgen einmal abgesehen) auch zunehmend Geld fehlt. Beide Ansätze werden – schon im wohlverstandenen Eigeninteresse – aufeinander zugehen müssen.

Theo Rasehorn Ende der Volksparteien?

Dr. jur. Theo Rasehorn, Jahrgang 1918, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D., von 1974 bis 1982 Bundesvorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, ist Autor zahlreicher justizkritischer Bücher und Schriften sowie Beiträgen zur Kultursoziologie.

Die „Erosion in den großen Städten“ ruft zur „politischen und kulturellen Erneuerung der SPD“ (Klose/Müller/Peter) auf, womit zwei Hauptthemen von NG/FH 4/87 zusammengefaßt sind. Aber reicht es, wenn als wesentliche Veränderung der politischen Kultur das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ und das Auftreten der neuen Mittelschichten, „erfolgs- und aufstiegsorientiert wie auch alternativ“, festgestellt wird? Ist das nicht um die Geschichte und deren Szenarien verkürzt? Nun können sich die Autoren auf Willy Brandt im gleichen Heft berufen, „die Sozialdemokratie [habe] eine regelrechte Geschichtsschreibung nicht gekannt“ (S. 305). Das wird sich aber wohl ändern müssen.

Gewiß ist die SPD immer eine Partei des Fortschritts gewesen – aber: „Die Zukunft ist negativ besetzt“ (Habermas). Das darf natürlich die Linke nicht abhalten, „neue Ideen zu entwickeln und Perspektiven zu eröffnen“. Aber das kann nicht geschehen ohne Verarbeitung der Vergangenheit. Was heute ist, ist ja geworden, die Ursprünge liegen in der Vergangenheit. Es ist kurzatmig, wenn die Analysen aus der „Erosion in den großen Städten“ darauf hinauslaufen: „Wir müssen die neuen Mittelschichten gewinnen“, so richtig das auch ist. Aber es hat eben nur den banalen Aussagewert von „Die SPD braucht eine Mehrheit“.

Gegen Denken in Machtbezügen

Solchen Aussagen liegt letztlich ein bürgerlich-pragmatisches Denken in Machtbezügen zugrunde, was natürlich auch für die SPD legitim ist. Aber es gehört zu ihrer Tradition, daß sie nicht so sehr Regierungs- als vielmehr Programmpartei ist. Ja, als sie selbst den Bundeskanzler stellte, konnte sie während der Wirtschaftskrise 1980 auf dem Wirtschafts- und Sozialsektor keine SPD-Politik, sondern nur FDP-Politik betreiben, mit schmerzlichen Einschnitten in das soziale Netz.

Bei einem Denken von Macht- und nicht von Be-

wußtseinsstrukturen aus bestimmen die paar tausend Stimmen, die der SPD in Hessen gefehlt haben, um mit den Grünen eine Regierung zu bilden, das Weltbild. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß die SPD um 1,2 % Stimmen gegenüber der Bundestagswahl 10 Wochen zuvor zugenommen hat, nicht berücksichtigt, daß das „rote Hessen“ schon von 1972 bis 1982 eine bürgerliche Mehrheit von CDU und FDP hatte, die nur wegen der besonderen Wendebegleitumstände bei den Wahlen 1982 und 1983 nicht erzielt wurde, und zwar deshalb nicht berücksichtigt, weil in diesem Jahrzehnt eben die FDP mit der SPD koalierte. Wer die ganze Bundesrepublik „schwarz“ sieht, berücksichtigt außerdem nicht, daß die bürgerliche Mehrheit nie so gering wie bei der Bundestagswahl 1987 gewesen ist. Wer also nicht der Regierungsmacht, sondern der politischen Einstellung der Bevölkerung die Priorität gibt, hätte eher Anlaß zu Optimismus.

Allerdings muß eben auch berücksichtigt werden, daß der Verlust der Bürgerlichen nicht der SPD zugutegekommen ist, ja daß diese gleichfalls verloren hat. Und dazu noch eine bittere These: Es erscheint für die nahe Zukunft wahrscheinlicher, daß die CDU unter die 40 %-Grenze fallen wird als daß die SPD sie übersteigt. (Es könnte allerdings bei einer durch dilettantische Politik der rechten Regierung mitverursachten wirtschaftlichen und politischen Krise zu einem erheblichen Zuwachs der SPD kommen, über den sie aber dann auch nicht erfreut sein kann.)

Um diese bittere These zu begründen, müssen Szenarien aus der Geschichte zu Hilfe genommen werden. Ein solches von der „Mitsli-Kultur zur Yuppie-Kultur“ (Weinberger) greift zu kurz. Das sind keine gesellschaftlichen Wenden, sondern nur Moden; Marie-Luise Weinberger stellt ja mit Recht fest, daß die Yuppies eben nicht konservativ eingestellt sind und wählen, sondern liberal. Es kommt nicht auf den Wechsel von Moden, sondern von Paradigmen an, und das läßt sich für das gesellschaftliche und soziale Wertbewußtsein nur aufzeigen, wenn man nicht um ein Jahrzehnt, sondern um zwei Generationen zurückgeht, also bis in die Weimarer Zeit, die ich als Jugendlicher noch bewußt erlebt habe. Innerhalb dieses Zeitabschnitts soll der für unsere politische Kultur maßgebende Paradigmenwechsel an folgenden vier Phänomenen aufgezeigt werden:

- ▷ Untergang des funktionalistischen Weltbildes und, damit im Zusammenhang, aber übergreifend,
- ▷ Wandel der Unternehmensphilosophie,

- ▷ Enthierarchisierung unserer Gesellschaft zur Zentrierung,
- ▷ Übergang zu einer offenen Gesellschaft.

Der Untergang des funktionalistischen Weltbildes

Die Zeit der Weltanschauungspolitik war nach Hitler vorbei, in der ganzen westlichen Welt, aber besonders in Deutschland. Mit dem Wirtschaftswunder begann eine rationale Weltsicht: immer mehr Wachstum, immer mehr Reichtum und Steuerung durch die Ratio, die Vernunft; die Funktionen ermitteln: autogemäße Städte und bequeme Hochhäuser. Und es waren die SPD-Großstädte wie Berlin, Hamburg und Frankfurt, die hier führend waren. Der rationalen Fortschritts-SPD war ja der Funktionalismus auf den Leib geschrieben; für die „christliche CDU“ war es immer ein Widerspruch, der aber pragmatisch glänzend bewältigt wurde. Aber der Trend der Zeit wurde Genosse und die SPD ab 1966 Regierungspartei. Nun feierte das Funktionale Triumphe, von der großen Konzentrierten Aktion in der Wirtschaft über Funktional-Reformen der Gemeinden und Behörden, Gesamtschulen; und Bauen, Bauen, Bauen: U-Bahnen, Hochhäuser, Autobahnen, kein Bürger sollte mehr als 15 km von der nächsten Autobahnzufahrt entfernt sein.

Mit dem ersten „Ölschock“ (1973/74) deutete sich das Ende an. Die Zukunft als Makrokosmos erschien mehr und mehr negativ besetzt. Wird das Leben nicht schlechter werden? Halten wir uns also an die Gegenwart – leben wir das Leben –, das ist das Signal der Yuppie-Welt, streichen wir das „SPD“ durch und setzen dafür: „ich“ – wie es das Umschlagbild von NG/FH 4/87 sinnig ausweist. Auf der anderen Seite stehen indes die vielen, die sich um Frieden in der Welt bemühen, insofern hat es nie eine politische Generation gegeben. Aber auch hier geht es nicht mehr um „Funktionen“, sondern um Werte. Der „wertkonservative“ Vordenker war indes ein SPD-Mann, Erhard Eppler, der schon 1972 von der „Lebensqualität“ sprach. Aber der SPD im ganzen hat es zunächst nichts genutzt. Dem schwerfälligen „Tanker“ war ein schnelles Wenden nicht möglich. So wird die SPD immer noch mit dem gescheiterten funktionalen und organisatorischen Fortschritt assoziiert.

Der Wandel der Unternehmensphilosophie

„Die Gesellschaft ist unverändert eine kapitalistische Gesellschaft“ (Klose/ Müller/ Peter, These 4). Das ist noch zu steigern: nie hatten Großunternehmen mehr Macht als heute. Über Siemens mit sei-

nem „Bar“-Vermögen von 20 Milliarden DM witzelt man, es handele sich um eine Bank mit abgeschlossenem Elektrobetrieb. Und erst die wirklichen Banken! Die Deutsche Bank verkündet stolz in ihrem Geschäftsbericht, sie könne binnen dreier Monate 30 Milliarden DM flüssig machen, also mehr als das Sechsfache des Kaufpreises für den Flick-Konzern. Gegen die Deutsche Bank kann in der Bundesrepublik nicht regiert werden. Und tagtäglich gibt es Beispiele, wie Bürgermeister, ja Ministerpräsidenten sich Großunternehmen prostituieren.

Und welche Entscheidungsmacht ein Vorstandsvorsitzender besitzt! Da stellt der Thyssen-Chef fest, daß in seinem mit Gewinn arbeitenden Konzern die Zahlen auf dem Stahlsektor nicht mehr stimmen, eine kurze Verständigung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, und schon ist die „Freisetzung“ von Tausenden von Stahlarbeitern in Hattingen und Oberhausen geplant. Und schon müssen die Politiker wegen eines Konzerns, der nicht einmal zur ersten Rangklasse in der Bundesrepublik gehört, rotieren: der Bundeskanzler konferiert mit der Gewerkschaftsspitze, der NRW-Ministerpräsident schaltet sich ein.

Wie begrenzt ist dagegen die praktische Entscheidungskompetenz des Bundeskanzlers! Er muß sich mit dem Koalitionspartner einigen, er muß mit seiner Partei klarkommen, Debatten im Bundestag, Einschaltung von Experten aus Wirtschaft und Gesellschaft überstehen, und er muß auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. Das Machtgefälle drückt sich auch im Einkommen aus. Helmut Schmidt soll sich mehrfach bei Kabinettsitzungen – mit Recht – darüber mokiert haben, daß der Leiter der Kreissparkasse Siegburg mehr als er als Bundeskanzler verdiene.

Dieser starke Machtzuwachs ist auf einen Wandel der Unternehmensphilosophie zurückzuführen. Ein Jahrhundert lang, bis in die fünfziger Jahre hinein, wurden Leistung und Prestige des Unternehmers an der Zahl der Beschäftigten gemessen, daran, über wieviele Arbeiter-„Truppen“ er verfügen konnte. Ab Ende der fünfziger Jahre bestimmte dann das Umsatzdenken die Unternehmensentscheidungen. Immer größere Betriebsgebäude und Anlagen wurden errichtet, der Umsatz wurde in ungeahnte Höhen katapultiert. Ab Mitte der siebziger Jahre zeigte sich die Sättigung. Der Zweitwagen und das Zweitfernsehgerät konnte den Leuten noch aufgeschwatzt werden, aber damit war es Schluß; auch stiegen sie nicht, wie erwartet, auf immer größere Autos, von der „Ente“ auf den Mercedes um; der Bedarf in den

Entwicklungsländern erwies sich zwar wie erwartet als unermeßlich; aber es zeigte sich, daß es Generationen dauern wird, bis es dort zu einer kapitalkräftigen Nachfrage kommen kann.

So wurde dann der Gewinn als Produktionsziel entdeckt. Natürlich: ohne Gewinn keine Produktion, aber er ist nicht prestigeträchtig, man kann ihn nicht so vorzeigen wie Arbeiterarmeen oder Produktionsmassen, ja der Gewinn ist sogar tunlichst zu verstecken. Und es kann mehr Gewinn bringen, sein Geld auf dem Kapitalmarkt als im eigenen Betrieb anzulegen, und wenn im eigenen Betrieb, dann in Rationalisierungs- statt Erweiterungsinvestitionen.

Es ist der Sieg der individualistischen Betriebswirte über die gesellschaftsbezogenen Nationalökonomien in den Unternehmensleitungen. Noch vor einer Generation wäre es einem Konzern wie Thyssen nicht eingefallen, Stahlarbeiter zu entlassen, auf daß der Konzern wieder schwarze Zahlen schreibe, nicht etwa aus sozialen Gründen, sondern weil es dem Ansehen des Konzerns und damit auch seiner Kreditfähigkeit geschadet hätte: Geht Thyssen pleite? Bei der heutigen betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise erhöhen hingegen solche Maßnahmen die Kreditfähigkeit des Konzerns.

Aber es dereguliert, wie schon oben angezeigt, das Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Der alte Kapitalismus erkannte den Vorrang der Politik an; die alten Eliten aus Adel, Verwaltung und Politik waren vor allem vor dem Ersten Weltkrieg bestimmender als die aus der Wirtschaft. Mit der Ausrichtung auf einen möglichst hohen Beschäftigungsstand befriedigten und disziplinierten die Unternehmer die breiten Massen und handelten damit im Interesse der politischen Eliten. Dazu gibt es großartige Aussprüche des alten Krupp.

Heute haben die Unternehmer die Macht, und die Verantwortung überlassen sie den Politikern. Daß sich diese geballte Wirtschaftsmacht gegen die SPD als die Partei richtet, die für eine Kontrolle dieser Macht eintritt, ist augenscheinlich. Dafür werden dann riesige Summen zur Verfügung gestellt, insgeheim zur Unterstützung von konservativen Politikern, wie die Parteispendenaffären zeigen, aber auch ganz offen durch Anzeigenkampagnen, die Millionen kosten, wie z. B. durch die Kernkraftunternehmen.

Allerdings braucht dies nicht so zu bleiben. Es gibt Anzeichen, daß die Unternehmensmanager von dem Ausmaß ihrer Macht selbst überrascht sind und als „aufgeklärte Kapitalisten“ erwägen, qua Unternehmen, nicht so sehr über den Staat, Gemein-

schaftsverantwortung zu tragen. Die Stahlstiftung an der Ruhr ist nicht nur ein Alibi. Aber auch dann oder gerade dann wird es für die Politiker bei dem Nebeneinander der verschiedenen Kräfte und Mächte, bei fehlenden Leitideen und Integrationsbemühungen noch schwerer.

Statt Hierarchisierung Zentrierung der Gesellschaft

Für die Enthierarchisierung der Machtstrukturen gibt es Parallelen bei den sozialen Milieus. Arbeiter haben bis heute ein Gesellschaftsverständnis des „Ihr da oben, wir hier unten“, aus dem dann der Klassenkampf entsprang. Die Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg sprach dann nicht mehr von Klassen, sondern distanzierter von Schichten; aber die Einteilung von Ober-, Mittel- und Unterschicht drückte die Hierarchisierung der Gesellschaft noch brutaler aus. Zwar versuchte demgegenüber der Soziologe Schelsky in der Wirtschaftswunderzeit in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre das euphemistische Bild von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft durchzusetzen, stieß dabei aber selbst bei dem liberalen Ralf Dahrendorf auf Widerspruch.

25 Jahre später war es dann soweit. In dem Sonderband 2 der Zeitschrift Soziale Welt: „Soziale Ungleichheiten“ (1983), verweist der Herausgeber Reinhard Kreckel auf das wachsende theoretische Ungeügen an dem Modell einer vertikalen Gesellschaftsgliederung und schlägt vor, von „Zentrum“ und „Peripherie“ zu sprechen, womit zugleich eine Kräftekonzentration im Zentrum und eine Kräftezerplünderung an der Peripherie assoziiert wird. Im Zentrum ist natürlich im wesentlichen die Mittelschicht nach dem bisherigen Schichtenmodell angesiedelt, aber auch ein großer Teil der Facharbeiterschaft, Personen und Gruppen, die sich über etablierte Verbände, auch Gewerkschaften, und Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft und „ihrem“ Staat Gehör und Einfluß verschaffen können. Zur Peripherie gehören dann nicht nur die „klassischen“ Randschichten (Obdachlose, Straffällige), sondern natürlich auch das große Heer der Arbeitslosen, die alleinstehenden Frauen mit Kindern sowie auch die „neuen sozialen Bewegungen“ und die bewußten Verweigerer der Leistungsgesellschaft. Parallelen zur „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ sind unverkennbar.

Dieses Zentrum, also die Leistungsgesellschaft, wie es die Rechtskoalition beschreibt, ist von einer Aggressivität, die den alten Gesellschaftseliten fremd war, was sich wohl in der Unverfrorenheit kumuliert, mit der der Begriff „Sozialneid“ geschaffen wurde. Bei den alten Eliten, bei der Ober- und bei der

oberen Mittelschicht gab es patriarchalische Gefühle für die breiten Massen, vor allem die Erkenntnis, daß sie selbst wenige und die Massen viele sind; die Zweidrittelgesellschaft ist bar jeder Rücksichtnahme: sie hat ja die Mehrheit.

Lebten die Reichen und Erfolgreichen noch vor einer Generation unter sich, so zeigt sich heute im Zeitalter der Telekratie ihr Lebensstil vor aller Augen, symbolisch bei Reklamespots, die das schöne Leben einer glücklichen Elite suggerieren, oder über Nachrichtensendungen, in denen sie sich mit immer gleichen Worten und Attitüden selbstgefällig darstellen. Das muß natürlich die „Ausgestiegenen“ an der „Peripherie“ provozieren. Und das sind nicht mehr Arbeiter, die vielleicht einmal beim Streik über die Stränge schlagen, sondern in der Hauptsache aus dem Bürgertum stammende, selbstbewußte Spontis, die dann – „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“ – bei Demonstrationen oder „Straßenfesten“ Schneisen der Gewalt durch unsere Großstädte schlagen und bereit sind, bis hin zum Mord die Lebenswelt der Protagonisten der Leistungsgesellschaft zu schädigen, wobei natürlich Bankfilialen am ehesten dran glauben müssen. Wenn ein allgemeiner Gesellschaftskonsens nicht da ist, vor allem Rücksichtnahme und Zurückhaltung der Herrschenden, dann gibt es letztlich nichts, was Randalierer zurückhalten kann; es sei denn, wir gingen vom Sicherheitsstaat zum Polizeistaat über oder zum ständigen Belagerungszustand.

Soziale Milieus – offene Gesellschaft

Manches spricht dafür, daß das Gesellschaftsbild von Zentrum/Peripherie oder der Zweidrittel-Gesellschaft nur ein Zwischenstadium darstellt, wenn auch unsere ausgeprägt kleinbürgerliche Regierung dieses Gesellschaftsbild perpetuieren will. Es spricht sogar vieles dafür, daß gerade von der Peripherie aus, wo wir auf eine betont eigenwillige, unbürgerliche Lebenswelt stoßen, die sozialen Milieus immer mehr an Bedeutung gewinnen werden. Das geht aus der für die SPD angefertigten Studie des Sinus-Instituts Heidelberg vom August 1984 hervor (auch seitens der CDU gibt es eine vergleichbare Milieu-Studie: Peter Gluchowski, Beilage zum „Parlament“, B 12/87). Hier werden acht soziale Milieus – oder auch Lebenswelten – vorgestellt, die natürlich in den Großstädten am weitesten entwickelt sind. Hier nach wird die in NG/FH 4/87 so oft erwähnte Yuppie-Welt dem technokratisch-liberalen wie auch dem hedonistischen Milieu zugeordnet werden können.

Die Ausdifferenzierung der Milieus muß natürlich auf dem Hintergrund eines emanzipatorischen und die staatliche Ordnung relativierenden Bewußtseins – die Hochschätzung des Staates und seiner Ordnung gehört zum deutschen Sonderweg – gesehen werden. Wenn gleichwohl, gerade von den Grünen, immer wieder der Überwachungsstaat herausgestellt wird, so kann dies jemand, der den NS-Staat und den noch sehr ausgeprägten Obrigkeitsstaat Adenauers mit seiner Kommunistenpsychose miterlebt hat, nicht ernstnehmen, konzediert er auch, daß sich die technischen Überwachungsmöglichkeiten verfeinert haben und bei Teilgebieten dann der Protest gerechtfertigt ist. Aber man darf doch nicht übersehen, daß trotz aller Versuche von Zimmermann und Strauß nur einige Vorwerke des Bollwerks der Grundrechte beschädigt worden sind und daß also das Grundgesetz selbst heute bei einer konservativen Regierung den Bürger weit mehr als in der Adenauer-Zeit schützen kann.

Was in den sozialen Milieus angesprochen und im Zustand der Verwirklichung ist, das ist die „offene Gesellschaft“, die Talcott Parsons und Karl Popper vorausgesehen haben, Gesellschaften mit eigenen Lebenswelten und Kulturen in einer großen „Nationalgesellschaft“. Eine solche Gesellschaft gibt erst den Nährboden für eine Partei wie die Grünen ab, mit einer antibürgerlichen Einstellung, offen für politische und soziale Experimente gegen die Politikerattitüden der anderen, vor allem der bürgerlichen Parteien mit ihrem kleinbürgerlichen Advokatismus, und ohne ängstliches Schielen nach der öffentlichen Meinung, aber (noch) ohne gesamtgesellschaftliches Konzept. So sind die Grünen tatsächlich eine ganz moderne Partei, und meines Erachtens irrt Peter Glotz, wenn er sie auf eine grüne FDP sich hinentwickeln sieht (NG/FH 4/87, S. 294), wie er ja geirrt hat, als er ihr Verschwinden aus dem Bundestag voraussagte. Wenn ein Vergleich gezogen werden soll, dann liegen anarchistische Bewegungen näher, Bewegungen, die im römischen Raum vor zwei, drei Generationen großen Einfluß hatten, während die disziplinierten Deutschen und der „Unteroffizier“ Bebel Anarchisten mit Terroristen gleichsetzten. Im wesentlichen handelte es sich um gewaltfreie, allerdings die staatliche Zwangsgewalt ablehnende Bewegungen mit der Betonung der kleinen Netze. Die Vehemenz, mit der die Grünen gewisse Gesetze boykottieren, jüngst die Volkszählung, zeigt auch ausgesprochen anarchistische Züge. Das kann natürlich kein Verhaltensmuster sein, so fragwürdig nach heutiger Erkenntnis eine Volkszählung ist, da

sie ja zur Vergrößerung der schon bestehenden Datenfriedhöfe führen wird. Aber wenn auch das Verhalten der Grünen nicht geteilt werden kann, so auch nicht der große Gerichts- und Polizeieinsatz gegen den Boykott, das Schießen mit Kanonen auf Spatzen. Der moderne Staat geht wegen des Boykotts von Gesetzen, die ohnehin immer mehr den Charakter von Rahmenvorschriften bekommen, nicht zugrunde.

Ende der „Volksparteien“

Der Hinweis auf die „offenen Gesellschaften“, auf die sozialen Milieus, auf die Grünen als moderne Partei deutet an, daß die Zeit der Volksparteien als beendet angesehen wird. Ihre Blütezeit lag im Paradigma des Funktionalismus, als die Ideologie überwunden war oder werden mußte zugunsten einer umfassenden Vernünftigkeit. Die Vernunft schrieb also die Ziele für die Gesellschaft vor, und die politischen Kräfte, die Parteien, durften sich nur darin unterscheiden, ob sie für einen schnellen oder weniger schnellen Fortschritt waren.

Einer solchen Konstellation stehen nicht nur die sozialen Milieus entgegen, sondern eine politische und gesellschaftliche Gesamtlage, in der ja Habermas eine „neue Unübersichtlichkeit“ erblickt, „die Intellektuelle wie Politiker ratlos werden läßt“. Das verlockt natürlich zum Aussitzen der Probleme, zum Reagieren statt zum Agieren; aber gefordert ist das Gegenteil: neue Wege, Experimente. Das geht indes bei den schwerfälligen Strukturen einer Volkspartei nicht.

Daß diese Wende zunächst zu Lasten der SPD gegangen ist, liegt daran, daß sie ja immer die Partei gewesen ist, in der Gesellschaftsprobleme am ehesten sichtbar und artikuliert werden. Es hat aber auch damit zu tun, daß gerade das Milieu, auf das sich die CDU/CSU im wesentlichen stützen kann – das Kleinbürgerliche, das sich ja gewissermaßen in Bundeskanzler Helmut Kohl personifiziert –, nicht nur nach wie vor stabil ist, sondern überdies durch Aufsteiger aus den Arbeitermilieus eher noch zunimmt.

Lange also wird die CDU/CSU nicht mehr als populistische Partei auftreten können, zumal sie ja in der heutigen Situation zur Unbeweglichkeit verdammt ist, abgesehen davon, daß die Kinder der „Kleinbürger“ aus diesem Milieu herauswachsen. Die beiden Unionsparteien haben ja trotz der glänzigsten wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage schon bei der letzten Bundestagswahl erheblich abgenommen.

Nicht nach links und rechts schielen!

Es kann sich also für die SPD auch in Stimmen nicht auszahlen, die CDU an Populismus zu über treffen. Zudem ist, wie auch Schacht in NG/FH 4/87 ausführt, der Weg zu einer „Arbeiter“-Partei versperrt; denn diese Milieus gehen zurück. Leider kann Dortmund kein Beispiel für die Wiedergewinnung der großen Städte sein, mag auch, wie Heinemann ausführt, der Dienstleistungsanteil in der Bevölkerung den von Stuttgart übersteigen. Im Revier wirken die starken Traditionen des Arbeitermilieus nach, vor allem im Zeichen einer Arbeitsmarktkrise. Dazu kommt natürlich, daß Arbeiter in der kleinbürgerlichen CDU keine Heimat mehr finden, die SPD dieses Reservoir aufsaugen konnte, weshalb die CDU-Sozialausschlüsse bald mehr Funktionäre als Arbeiter haben dürften. In München oder Frankfurt hat es aber niemals ein ausgeprägtes Arbeitermilieu wie in Dortmund gegeben. Wenn dennoch zeitweise die SPD hier absolute Mehrheiten erringen konnte, so lag das an bestimmten Führungspersonen, es lag eben auch daran, daß die SPD im Zeitalter des Funktionalismus die besseren Antworten wußte.

Wichtig dürfte es auch sein, die Unarten des Populismus im Hofieren gerade der politisch Uninteressierten zu überwinden, Debatten und Wahlkämpfe auf deren Niveau zu führen, wobei nicht so sehr Polemik zu beklagen ist als vielmehr primitive Advokaten-Argumente, also bewußte Verzerrungen. Das muß politisch Interessierte beleidigen. Die Frage drängt sich auf: Ist der Politiker so dumm oder hält er sein Publikum für so dumm? Verstaubte Rituale bei Staatsempfängen mit „Heinzelmännchen-Wachparaden“ sind abzubauen. Man soll es auch nicht als elitär ansehen, lieber eine Stimme eines politisch Interessierten anstatt zwei von Unpolitischen zu gewinnen, wobei jener durchaus ein Arbeiter und diese Akademiker sein können.

Die SPD muß sich weiter hüten, sich von einer Tagespresse, die ja ohnehin zu 90 % nach den im bürgerlichen Lager stehenden Inserenten schießt und die SPD nur unter „was Neues“ behandelt, die Themen Kanzlerkandidaten, Parlamentsmehrheit, Koalitionen usw. aufdrängen zu lassen. Bis auf die letzten 20 Jahre sind dies für die SPD in ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte nie die Themen gewesen, sondern jene, die aus Thesen und „Konsequenzen“ nach dem Beitrag von Klose/Müller/Peter hervorgehen. Es kommt darauf an, SPD-Politik für heute und morgen durchzusetzen.

Dazu braucht man nicht immer in der Regierung zu sein – von 1980 bis 1982 war SPD-Politik nicht möglich –, sondern kann auch aus der Opposition geschehen. Thomas Ebermann von den Grünen hatte recht, als er kürzlich im „Spiegel“ ausführte (18/87, S. 37): „Es spricht alles dagegen, Reformen nur von den Regierungsbänken aus für machbar zu halten . . . Durch gesellschaftliche Kraft [können] einzelne politische Reformprojekte auch gegen parlamentarische Mehrheiten durchgesetzt werden.“ Dazu bedarf es eines Selbstbewußtseins, das bei den Grünen vorhanden, vielen Teilen der SPD aber abhanden gekommen ist, gleich, ob sie nach Koalitionen mit den Grünen oder den Bürgerlichen schielen. Und es stärkt dieses Bewußtsein nicht, wenn man die baldige Bundestagsmehrheit beschwört, das Überwinden der 40 %-Grenze, die ja die SPD nur bei vier von elf Bundestagswahlen übersprungen hat. Latten, die zu hoch liegen, demotivieren den Springer. Vor uns steht die schlichte Alltagsarbeit, mit einer modernen Organisation die Probleme der Gesellschaft von heute aufzuarbeiten, damit wir, wenn das populistische Blendwerk der CDU nicht mehr durchschlägt, gerüstet sind, den Wählern und der Gesellschaft überzeugende Antworten zu geben.

Gerhard Jahn Die Söhne des Bundes

Zur Erinnerung an die Auflösung des jüdischen Ordens B'nai B'rith vor 50 Jahren

Gerhard Jahn, geb. 1927, ist Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Jahre 1843 gründeten eingewanderte deutsche Juden in New York den Orden B'nai B'rith. Knapp 40 Jahre später wurden deren Gedanken auch im Deutschen Reich aufgegriffen: Deutsche Juden gründeten am 20. März 1882 in Berlin die „Deutsche Reichs-Loge“. 50 Jahre später, im Jahre 1932, konnte der deutsche Distrikt des Ordens B'nai B'rith auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1933 erschien eine Darstellung der Geschichte dieser 50 Jahre. Über den Anlaß und die ersten Überlegungen, die zur Gründung des Ordens in Deutschland führten, heißt es darin: „Wir sind es als Juden, die ein Minderheitschicksal in einer engen Welt durchzumachen haben, gewöhnt, daß nach Zeiten des Glücks Übermut und Selbstüberhebung, nach Zeiten des Unglücks Erbitterung und Wut – um Gründe nicht verlegen – uns überfallen.“

Schon wenige Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches war organisierter Antisemitismus aufgekommen. Die Antwort der Juden auf ihre Zurücksetzung war der Plan der Gründung einer jüdischen Körperschaft: „Was den Juden als Erfüllung versagt wurde: uneingeschränkte Menschenrechte, das wollten die Gründer als Forderung erweisen, durch Pflicht, Arbeit, Liebe erweisen, als Juden erweisen: durch Wohltätigkeit, Bruderliebe und Eintracht, durch Judentum zur Menschheit.“ Selbstbewußtsein und der Wille zur Selbstbehauptung als Bürger Deutschlands gewannen Überzeugungskraft.

50 Jahre später, 1932, zählte der Orden in Deutschland 13 000 Mitglieder in 103 Logen. Der letzte Groß-Präsident des damaligen deutschen Distrikts von B'nai B'rith war Leo Baeck. In dem 1933 vorgelegten Bericht zum 50jährigen Bestehen schrieb er: „Tage des Geschicks mit ihrer Not und ihrem Ruf, mit ihrem Zwang zu anderem, ihrem Willen zu Neuem verlangen die bildenden Gedanken, damit durch sie in dem Werke, das gegründet und geweitet worden war, trotz gewandelter Zeit wieder sein Sinn und seine Kraft bewiesen werden.

Mehr als je wird so heute die Geschichte zur Frage an die Zukunft.“

Leo Baeck ahnte das Unheil. Aber trotz aller Sorgen beschrieb er den eigenen Standpunkt: „Wir begehen, bewußt oder unbewußt, nach einem Bereich des Vertrauens . . . , innerhalb dessen so manche Unsicherheit und Unstetheit, so manche Empfindsamkeit und Verletztheit, wie Tage der Wandlung sie so leicht zufügen, gemildert und schließlich überwunden werden können.“ Und Alfred Goldschmidt, der Herausgeber der Gedenkschrift schrieb: „Unser Orden soll eine der Brücken sein zur Verbrüderung der Menschheit . . . Mit ernstester Sorge schauen wir auf unser Vaterland . . . Verlästerung ist unser Druck . . . Aber wir wollen uns nicht in Verbitterung zurückziehen . . . Mit allen guten Geistern wollen wir ringen – zum Segen des Judentums, des Vaterlandes, der Menschheit.“

B'nai B'rith hatte sich die Aufgabe gestellt, „Juden zu vereinigen zur Förderung hoher und idealer Güter der Menschheit, den geistigen und sittlichen Charakter der Stammesgenossen zu stärken, ihnen die reinsten Grundsätze der Menschenliebe, der Ehre, der Vaterlandsliebe einzuprägen, Wissenschaft und Kunst zu unterstützen, die Not der Armen und Dürftigen zu lindern, die Kranken zu besuchen und zu pflegen, den Opfern der Verfolgung zu Hilfe zu kommen, Witwen und Waisen zu beschützen und in allen Lagen hilfreich beizustehen.“

B'nai B'rith wollte „eine der Brücken sein zur Verbrüderung der Menschheit“. Ein derartiges Selbstverständnis war für die Nationalsozialisten eine Herausforderung. Eine solche Denkweise mußte beseitigt werden. Zudem paßte das nicht in das Propaganda-Bild der Nationalsozialisten über Juden. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei verordnete am 10. April 1937 unter dem Aktenzeichen RFSSuCdDP (S-PP. (II B) Nr. 331/36): „Die Organisation Bne Brith und ihre Tochtervereinigungen sowie ähnliche jüdische Organisationen werden aufgelöst; ihr Vermögen ist zu beschlagnahmen.“

Am 19. April 1937 ab 7 Uhr besetzten Gestapo und Polizei die Räume der Groß-Loge in Berlin und aller anderen Logen im Deutschen Reich. Alle führenden Logen-Angehörigen wurden verhaftet. Das Vermögen wurde eingezogen, weil es – so die Verfügung – „zu volks- und staatsfeindlichen Zwecken gebraucht oder bestimmt war“. Bertückend, wie die Welt das hinnahm. Es klingt wie Hohn, wenn der Bericht des amerikanischen Botschafters an seine Dienststelle die „höfliche Form der Besetzung der Berliner Logen“ hervorhebt.

Und doch – nach 1945 – entstand jüdisches Leben in Deutschland neu. 1958 wurde B'nai B'rith in Berlin wiedergegründet. Als Regierender Bürgermeister hatte Willy Brandt mit die Voraussetzungen dafür durch die Regelung der Vermögensangelegenheiten geschaffen. Das Wirken von B'nai B'rith wurde eine wichtige Hilfe für die Bereitschaft und die Fähigkeit der Welt, mit uns Deutschen zu sprechen, uns wieder Wege zum Mitwirken im internationalen Bereich zu schaffen. Dr. Ernst Ludwig Ehrlich, der heutige Direktor von B'nai B'rith in Europa: „Der europäische B'nai B'rith, zu dem auch der deutsche gehört, der 1958 in Berlin wiederbegründet wurde und heute in vielen deutschen Städten vorhanden ist, leistet einen wichtigen Beitrag für das kulturelle, soziale und politische Leben. Wir im europäischen B'nai B'rith ha-

ben viele gute und treue Freunde in der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Der deutsche B'nai B'rith leistet seinen Beitrag für ein friedliches und vorurteilsfreies Europa. Der B'nai B'rith hat erkannt, daß eine solche Aufgabe nur gemeinsam mit anderen Menschen guten Willens durchzuführen ist. Diese haben wir in der Bundesrepublik Deutschland gefunden.“

Wir dürfen dafür dankbar sein. Doch wollen wir demgegenüber auch glaubwürdig bleiben und diesen Abschnitt der deutschen Geschichte 50 Jahre später in unserer Erinnerung bewahren.

B'nai B'rith heißt: „Stöhne des Bundes“. Der Begriff „Bund“ ist eines der Schlüsselworte des auf der Bibel basierenden Judentums.

Dokumentation

Deutsche Wolf Biermann im Gespräch mit Günter Gaus

In seiner bekannten Fernsehsendereihe „Deutsche“ sprach Günter Gaus am 9. Juni 1986 mit dem 1976 aus der DDR ausgebürgerten Schriftsteller und Sänger Wolf Biermann. Wir dokumentieren das vielbeachtete Gespräch mit freundlicher Genehmigung des Westdeutschen Rundfunks.

G. Gaus: Mein heutiger Interviewpartner, Wolf Biermann, ist Poet, Lyriker und Liedermacher, geboren im November 1936 in Hamburg, Kind aus einer kommunistischen Arbeiterfamilie. Er hat lange in der DDR gelebt. Er hat dort angefangen zu schreiben und zu komponieren. Er ist in Konflikt mit den Herrschenden geraten. Vor 10 Jahren ist er aus der DDR ausgebürgert worden. Seither lebt er wieder in Hamburg, gelegentlich war er in Frankreich. Ein Deutscher, dessen Leben in einer ganz besonderen Weise eingebunden ist in die jüngste deutsche Vergangenheit und Gegenwart.

Ihr Vater, Herr Biermann, Maschinenschlosser auf einer Hamburger Werft, Kommunist, Jude, ist 1943 in Auschwitz ermordet worden. Sie sind bei Ihrer Mutter in Hamburg aufgewachsen, als Halbwächsliger 1953 in die DDR gegangen, haben dort studiert, erste Gedichte und

Lieder geschrieben, sind mißliebig geworden. Vor 10 Jahren hat die DDR Sie ausgebürgert, nun loben Sie wieder in Hamburg. Wie fühlen Sie sich zu Hause?

W. Biermann:

G. Gaus: Können Sie nicht sagen?

W. Biermann: Bei meinem Vater fühl ich mich zu Hause. So war's immer.

G. Gaus: Und dieses heißt, wenn man so etwas, was Sie jetzt geantwortet haben, überhaupt übersetzen kann und darf – was ich riskiere, eine starke Verhaftung in der Tradition, für die Ihr Vater gestanden hat, verhaftet worden ist und als Jude umgebracht wurde.

W. Biermann: Meine Mutter hat mich so gemacht und die Verhältnisse. Aber ich könnte auch anders antworten. Ich könnte auch sagen, die DDR ist mein Vaterland, in diesem Sinne, das Land meines Vaters mit allen Schmerzen, mit allem Spaß auch, wie es immer ist. Aber das Land meines Vaters, aber Hamburg, ist meine Vaterstadt. Was ich nur nicht im Kopf zusammenkriege ist, daß meine Vaterstadt aus Versehen nicht in meinem Vaterland liegt. Aber das ist ein Fehler der Geografie – nicht in meiner inneren Geografie –, da geht das ganz gut zusammen.

G. Gaus: Ich denke, daß wir darauf noch kommen. Sie haben ziemlich früh – was bei diesem Familienhintergrund nicht erstaunlich ist – eine Außenseiterposition eingenommen. Im kalten Krieg zwischen West und Ost Anfang der 50er Jahre haben Sie, ein Arbeiterkind, ein Gymnasium in Hamburg besucht und waren gleichzeitig bei den jungen Pionieren, den Jüngsten in der Jugendorganisation der bald verbotenen Kommunistischen Partei. Gab Ihnen, Herr Biermann, diese Außenseiterrolle das Gefühl, etwas Besonderes zu sein? Hat sie Sie gestärkt oder hat es Sie belä-

stet? Oder haben Sie sie in dem Alter noch nicht wahrgenommen?

W. Biermann: Doch, ich hab sie sehr heftig erlebt, denn in dieser Hamburger Schule fühlte ich mich wirklich wie in Feindesland. Deswegen habe ich auch nicht gelernt und blieb leider dumm. Ich war, wie man hier im Westen sagt, nicht motiviert. Ich glaubte, ich müßte diese dicken Jungs da, die mit mir zur Schule gingen, die alle größer und stärker waren als ich und klüger, ich müßte die beglücken mit dem, was ich vom Kommunismus nicht begriffen hatte. Also da wir mit unseren Argumenten meistens sehr schnell am Ende waren, prügeln wir uns. Ich habe manche verhauen. Natürlich, ich war schnell, aber ich hab auch viel Dresche gekriegt. Wie auch immer, ich hab wenig gelernt und das war das Gefährliche an dieser Situation und insofern war es ein großes Glück, daß ich dann nach der 10. Klasse, da war ich 15 oder 17 oder sowas ...

G. Gaus: Ja, aber vorher noch, können Sie genauer sagen, warum Sie sich wie in Feindesland gefühlt haben.

W. Biermann: Das hing mit der Geschichte meiner Familie zusammen. Das kann man sich ja nicht aussuchen. Ich mein, statistisch wäre es wahrscheinlicher gewesen, daß meine Eltern Nazis waren. Die meisten Deutschen waren ja Nazis. So geriet ich von Anfang an in diese sonderbare Lage. Ich betrachte es als ein Privileg, das versteht sich, ein unverdientes, daß mein Vater gegen die Nazis gekämpft hat. Meine Mutter hat mich mit zu den Verhören bei der Gestapo genommen. Sie hat mir dort meine Milch zu trinken gegeben an der Naturflasche und so war von Anfang an es so, daß ich nach '45 ganz automatisch in die Außenseiterrolle geriet.

G. Gaus: Nun hätte es sein können, es gibt ja dafür auch Beispiele, daß Sie das Bedürfnis gehabt hätten, noch dazu als Kind, die Prägung, die das Elternhaus Ihnen mitgegeben hat, die Sie als Privileg eben bezeichnet haben, aber die ja auch eine Last war – die Außenseiterrolle – einzutauschen gegen eine Anpassung. Sind Sie, soweit Sie sich erinnern können, auf diesem Gymnasium in Hamburg niemals in der Versuchung gewesen, Ihren Frieden sozusagen zu schließen mit Ihrer Umwelt?

W. Biermann: Ich wollte immer Frieden, deswegen kommt ja der Krieg.

G. Gaus: Ja. Und auf den Gedanken, den Frieden zu schließen ohne vorher den Krieg zu führen, sind Sie nicht gekommen. Diese Versuchung hat's nicht gegeben?

W. Biermann: Nein. Das lag nicht in der psychologischen Logik meiner Erziehung. Das ging nicht.

G. Gaus: Sie haben schon erwähnt, auf meine erste Frage, was Vater und Mutter für Sie bedeuten, und in vielen Ihrer Gedichte und Lieder ist zu erkennen, was die Familie Wolf Biermann als Halt und Rückgrat ist. Der ermordete Vater, die Mutter, Emma, genannt, die ja auch mit Ihnen als Sie Kind waren, 1942 einmal den Vater in einem Außenlager seines Gefängnisses bei Bremen besuchen

konnte, die Großmutter, Oma Meume. Hat Ihre Mutter, als Sie später, Herr Biermann, mit der kommunistischen Partei der DDR, mit der SED gebrochen haben oder die Partei mit Ihnen brach – wir kommen darauf – hat Ihre Mutter unter diesem Bruch ihres Sohnes Wolf mit der SED gelitten?

W. Biermann: Ja, natürlich. Sie wollte doch, daß ich ein Guter bin und daß alles gut ist, mit den Genossen. Wo-bei meine Mutter auch damals eine kritische Haltung hatte zur Partei, denn sie war ja Arbeiterin. Sie war ja kein Bonze. Sie lebte ja nicht davon, daß sie blöd war. Sie hatte ja einen klaren plebejischen Blick. Auch als sie mich gelegentlich in der DDR besuchte, als ich dann da drüben lebte, kam sie ja gelegentlich und sah mit schnellem, scharfem Blick, daß das da nicht funktioniert in dem Osten mit dem Sozialismus.

G. Gaus: Sie hat darunter gelitten, unter dem Bruch Biermanns, ihres Sohnes mit der SED. Hat sie die Gründe, die Sie ihr genannt haben, gebilligt?

W. Biermann: Ja. Und das will ich Ihnen sagen, wenn sie sie nicht gebilligt hätte, aus politischen Gründen, hätte sie mir noch einen Tritt in den Hintern dazugegeben. Dann hätte sie gesagt: „Ich habe schon so viele aus unserer Familie verloren. 20 Menschen sind umgebracht worden, da kommt es auf Dich kleines Arschloch auch nicht mehr an.“ Das klingt sehr hart, aber ...

G. Gaus: Sehr verständlich klingt das.

W. Biermann: Es ist menschlich, und es ist richtig. Und was die führenden Genossen in der Partei der DDR und der Filiale hier im Westen, DKP, so geärgert hat, ist, daß meine Mutter aus politischen Gründen Solidarität übte mit mir und nicht als Muttertier. Wenn sie gesagt hätte: „Ach Genossen, er ist zwar ein bißchen blöde, aber er ist mein Sohn, und ich hab doch nur den einen“, dann hätten sie gesagt: „Na ja, das aus rein humanitären Gründen das müssen wir verstehen, daß Du ihn nun nicht in die Wüste schickst“, aber – nein, nein –. Meine Mutter ist eine sehr starke Frau und sehr leidenschaftlich. Sie hat auch genügend gelitten und getan in ihrem Leben. Das würde sie nicht mit sich machen lassen – von mir –.

G. Gaus: Ich fasse jetzt einmal zusammen, weil sich daraus ein ganzes Fragenbündel ergibt. Einen wichtigen Teil Ihrer Biographie. Sie haben, wir haben es schon erwähnt, in der DDR die Schule abgeschlossen. Haben politische Ökonomie und Philosophie und auch Mathematik studiert. Waren von 1957 bis 1959 als Assistent beim Berliner Ensemble, dem Brecht-Theater. Begannen um 1960 herum zu schreiben und zu komponieren. Es gab erste Veröffentlichungen in der DDR. Ein Berliner Arbeiter- und Studententheater, das Sie mit Freunden aufbauten, wurde jedoch schon 1963, noch vor der offiziellen Eröffnung, verboten. Sie waren Kandidat der SED, d. h. also, jemand, der sich um die volle Mitgliedschaft bemüht und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Sie konnten dann da und dort noch auftreten. Auch in der Bundesrepublik und in West-

berlin, aber im Jahre 1965 erhielten Sie ein vollständiges Auftrittsverbot und auch keine Reisegenehmigung mehr. Erste Frage: Können Sie rückblickend sagen, worüber dieser Konflikt sich entzündet hat, der ja doch nach meinem Verständnis der Grundkonflikt Ihres Lebens bisher gewesen ist?

W. Biermann: Gewiß kam dieser Konflikt nicht aus meiner kleinen Menschenbrust. Alles was sentimental an uns ist, war nur auf Liebe und Zuneigung und Unterordnung unter die Partei gerichtet. Ich bin so erzogen worden. Ich wollte nicht klüger sein als die Partei. Aber die Konflikte waren da, ganz unabhängig von meiner kleinen Person. Es ging um handfeste Probleme, Widersprüche – blutige –. Es war in der Zeit der sogenannten Entstalinisierung.

G. Gaus: Ja. Ging sie Ihnen zu langsam, die Entstalinisierung?

W. Biermann: Sie wissen, daß der berühmte 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956 stattfand. Dieser Parteitag, der mit dem Namen Chruschtschow verbunden ist . . .

G. Gaus: Chruschtschows berühmte Rede. Ja.

W. Biermann: . . . mit der berühmten Geheimrede, wo er ein Zipfelchen vom blutigen Tuch gehoben hat und die, ich sage, Entstalinisierung begonnen hat, auf stalinistische Weise. Es waren ja nur noch Stalinisten am Leben geblieben. Die anderen hatten sie ja umgebracht. Wie auch immer, diese halbherzige Liberalisierung, wie es hier im Westen genannt wurde, wurde in der DDR nicht mitgemacht. Damals hat Ulbricht sich widerspenstig gezeigt. Man könnte ironisch sagen, ein Akt der Souveränität. Er hat zum ersten Mal nicht gemacht, wie der große Bruder wollte. In der DDR wurde nicht entstalinisiert. Und zwar jahrelang nicht. Übrigens, eine sehr gefährliche Zeit für die Leute, die in dieser Zeit schon etwas Licht im Kopf hatten und begriffen hatten, was in der Sowjetunion passiert war und glaubten, sie müßten die DDR damit glücklich machen, das dort nun auch zu machen.

G. Gaus: Wie erklären Sie die Weigerung Ulbrichts, wenn es so ist, wie Sie sagen, die Entstalinisierung nachzuvollziehen – sogleich nachzuvollziehen –? War das Altersstarrsinn oder gibt es einen politischen Grund?

W. Biermann: Er war eine Kreatur Stalins. Sein persönliches Schicksal war von Anfang an, auch schon vor '33, verbunden mit dieser Richtung innerhalb der kommunistischen Bewegung, und er hat die Linie seines Lebens weitergemacht.

G. Gaus: Gut. Warum ist dann der Konflikt, den Sie jetzt beschrieben haben, wie Sie ihn verstehen, warum ist dieser Konflikt dann mit Wolf Biermann entbrannt? Was war, auf die Person Biermann bezogen, der Anlaß zur Entzündung?

W. Biermann: Ich wurde etwa 1960 etwas heller im Kopf . . .

G. Gaus: Als Sie anfangen zu schreiben?

W. Biermann: Ja. Im Grunde schrieb ich nur, um es selbst zu begreifen. Ich wollte die Menschheit nicht belehren. Ich wollte es kapiieren.

G. Gaus: Ist das so geblieben?

W. Biermann: Das hoffte ich sehr. Ich hasse diese Leute, die immer der Menschheit mitteilen wollen, wie es ist mit dem Leben.

G. Gaus: Es fing 1960 an, sagen Sie?

W. Biermann: Aber wie auch immer. Ab 1960, als solche Leute wie Volker Braun, wie Sarah Kirsch, Mikel – wen gibt's noch? – anfangen zu schreiben. Die „jungen Lyriker“ wurden sie genannt, begann auch in der DDR eine halbherzige Entstalinisierung und das Wetter wurde etwas wärmer. Wir machten unsere ersten Flugversuche unter vergleichsweise günstigen Bedingungen. Es ist ja so tragisch, wenn junge Leute anfangen, endlich mal selbständig zu denken und den Mund aufzumachen und sie kriegen gleich das volle Pfund reingehauen und werden geschlagen. Wir hatten Glück. Wir konnten . . .

G. Gaus: Hm, und dann?

W. Biermann: Und dann ging es natürlich weder schnell genug noch konsequent genug. Es war, wie ich schon sagte, eine durch und durch stalinistische, verlogene, pharisäische Entstalinisierung. Die Stalinisten haben im Grunde nur darüber nachgedacht, wie sie diesen altmodischen Stalinismus, wo man das Loch ins Genick geschossen kriegt, auswechselt gegen den modernen EDV-Stalinismus, wo man das Loch in die Lochkarte geschossen kriegt. Und das konnte solchen Leuten wie mir nicht passieren. Und mir schon gar nicht, denn derselbe Grund, warum ich aus sentimental-kommunistischen Gründen in die DDR gegangen war, 1953, war dann ja auch der Grund, warum ich mich mit den Herrschenden dort in einen solchen Streit einließ.

G. Gaus: Lassen Sie mich folgendes fragen. Das, was Sie in Konflikt mit den Herrschenden in der DDR brachte, war eine Auseinandersetzung zwischen dem Machtanspruch der Partei, vertreten durch den bürokratischen Apparat, der geprägt war, sagen Sie, von Ulbricht und dem Stalinismus und dem Freiheitsbedürfnis des Künstlers Wolf Biermann.

W. Biermann: mh . . . mh . . . mh . . . mh . . .

G. Gaus: Lassen sie es mich einmal fragen. Sie sagen, es war kein Freiheitsbedürfnis des Künstlers Wolf Biermann, sondern es war das politische Bedürfnis des Menschen Wolf Biermann?

W. Biermann: Ich bin nicht in meine kleine Lebensgeschichte hineingeraten als jemand, der Gedichte schreiben wollte. Und auch heute sehe ich die Welt nicht hauptsächlich als einen Gegenstand für Literatur. Ich denke nicht in den Kategorien der Literatur, sondern in denen des Lebens, so gut ich es verstehe.

G. Gaus: Gut. Dann sage ich jetzt, es war ein Konflikt zwischen dem Machtanspruch der Partei und . . .

W. Biermann: den jungen Menschen in der DDR mit oder ohne Gedichte, mit oder ohne Lieder . . .

G. Gaus: Und nun kommt meine Frage.

W. Biermann: Na!

G. Gaus: Ist das vielleicht ein Streit, der seiner Art nach für Hungernde, für bitter Notleidende, wie ein Luxus erscheinen muß, den man sich in seiner elenden Lage noch lange nicht leisten kann?

W. Biermann: Es ist wahr, daß es in vielen Teilen der Welt, das wissen Sie genauer als ich, Menschen gibt, die sich das nicht mal leisten können.

G. Gaus: Diesen Streit?

W. Biermann: Diesen Streit. Aber so weit entfernt von diesen Menschen, die sich den Kopf darüber zerbrechen, wie sie den Magen füllen können für den nächsten Tag, ist dieser Streit ja nicht. Denn das, was wir in unserem Jargon damals eine kommunistische Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft als eine gerechtere Gesellschaft nannten und wofür wir glaubten kämpfen zu müssen, geht ja am Ende um Gerechtigkeit in dem Land, in dem wir leben, aber auch eben nicht nur in diesem Land. Denn wir sind ja auch menschliche Wesen. Wir gehören ja zur Gattung Mensch und ziehen daraus unsere Würde und unseren Schmerz und unsere Freude, daß wir dafür sorgen, daß eben Menschen satt werden können, damit sie sich diesen Luxus solcher Gedanken leisten können.

G. Gaus: Wenn Ihnen jetzt einer entgegentritt und sagt „Du hast uns aufgehalten mit Deinem Streit. Ich nenne Deinen Streit einen Luxusstreit. Du hast uns aufgehalten dabei, denen, die wirklich elend sind, so schnell zu helfen, wie es überhaupt nur möglich ist“. Würden Sie das dann ganz und gar von sich weisen?

W. Biermann: Ja. Dann würde ich sagen: „Sei nicht zu schlau mein Junge, sonst bist Du der Dumme am Ende“. Denn dieser Streit, um den es dort geht, war der Streit, – so unbescheiden und pathetisch das vielleicht jetzt klingt, aber ich hab keine Scheu davor –, um die Chance der Menschheit, zu überleben. Denn der Meinung bin ich immer noch; daß wenn die Menschheit es nicht schafft, eine gerechtere Gesellschaft zu bauen, die wir in unserem verkommenen Jargon Kommunismus nannten, dann wird die Menschheit sich ausrotten. Nicht nur durch Krieg, sondern durch diesen Frieden, der ja auch zum Tode führt. Auch in den armen, aber auch in den reichen Ländern. Insofern ist der Streit um diese Fragen, um die es damals ging und um die es heute immer noch geht, – in Polen und in der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion – ist dieser Streit der fundamentale Streit ums Überleben.

G. Gaus: Könnte es sein, daß der Kommunismus, von dem Sie einmal gesagt haben, er sei die verzweifelt heftige, die heftigste Ideologie der Menschheitserlösung, mit der

sich allerdings auch viele schändliche Verbrechen verbänden, könnte es sein, daß der Kommunismus die Menschen überfordert als eine ethische Anforderung?

W. Biermann: So hab' ich den Kommunismus nie begriffen: als ein Narrenparadies auf Erden, da wäre man vielleicht überfordert.

G. Gaus: Durch Ihre Erfahrungen, was ist es, ein Kommunist zu sein?

W. Biermann: Ach, diese Frage ist schwer zu beantworten, weil Sie so gut wie ich wissen, daß Leute sich Kommunisten nennen, die sich gegenseitig die Gurgel durchschneiden wollen und das auch tun, sich gegenseitig aus der Menschheit ausschließen; insofern ist dieses Wort „Kommunismus“ oder „Kommunist“ kaum noch brauchbar, wenn man seine wirkliche Position in den Kämpfen der Zeit darstellen möchte, in der man lebt.

G. Gaus: Bezeichnen Sie Ihre Position mit Ihren Worten.

W. Biermann: Ich bin für eine Gesellschaft, in der keine paradiesischen Zustände herrschen, wie man noch im 19. Jahrhundert gehofft hat, aber ich bin für eine Gesellschaft, in der wir uns nicht gegenseitig ins Gefängnis werfen, wenn wir verschiedener Meinung sind. Wir sind schon etwas bescheidener geworden. Die Leute, die den Marxismus in die Welt gesetzt haben, die träumten allen Ernstes noch davon, daß man das Paradies vom Himmel, wo es uns immer versprochen worden war, auf die Erde zwingen könnte durch den Klassenkampf. Ich hoffe darauf, daß wir es schaffen, die Erde wenigstens nicht in eine Hölle zu verwandeln.

G. Gaus: Können Sie akzeptieren, wenn ich sage, das ist weniger eine ideologische parteiliche Bindung, was Sie eben definiert haben als ein unklares, schweifendes, ehrenwertes Gefühl des Erbarmens, des Mitleids mit den Schwachen?

W. Biermann: Wenn man das so allgemein sagt, wie Sie es von mir hier abverlangen müssen, dann könnten Sie so was so nennen. Was aber der Baum bedeutet, zeigt sich immer an den Früchten, und was eine politische, schweifende, allgemeine Vorstellung konkret bedeutet, zeigt sich an dem, was man wirklich tut in der Gesellschaft, wobei ich die Taten nicht gleichsetzen will mit den Gedichten, obwohl bei mir . . .

G. Gaus: Gedichte können Taten sein.

W. Biermann: . . . die Lieder und Gedichte . . .

G. Gaus: . . . Ihre politische Arbeit sind . . . Ihre politische Arbeit sind . . .

W. Biermann: Ja so was wie Taten sind. Ich weiß nicht, ob ein Gedicht eine Tat ist, könnte sein. Ein schlechtes Gedicht ist jedenfalls gewiß eine Untat. Aber ich habe mich ja nicht nur mit Gedichten, sondern mit Händen und Füßen, mit allen meinen Körperteilen, mit allem verhalten und . . .

G. Gaus: Und die Früchte des Baumes, sagen Sie, werden, was die Biermann-Früchte angeht, doch schon noch nicht so unklar, wie ich es jetzt getan habe, sondern mit Kommunismus oder Sozialismus zu bezeichnen sein, darauf legen Sie Wert?

W. Biermann: Es kommt darauf an, was dieses Wort in dem Kopf bedeutet, der das denkt.

G. Gaus: Was bedeutet es in Ihrem Kopf?

W. Biermann: Ja in meinem Kopf bedeutet es, das Edelste und . . . und, und Tapferste und Anständigste und alles Gute, was sie überhaupt wollen, an dem Versuch, die Gesellschaft voranzubringen, zumindest soweit, daß sie sich nicht ausrötet, aber . . .

G. Gaus: Und dabei ist die Parteidisziplin nicht mehr oberstes Gesetz, denn es kann sein, daß die Parteidisziplin, die von Ihnen verlangt hätte, wie Sie ja, wie Sie gesagt haben, es gerne getan hätten, Unterwerfung verlangt, wo Auflehnung dem Kommunismus eher dient?

W. Biermann: Das ist eine scholastische Frage.

G. Gaus: Ja!

W. Biermann: Denn ich bin immer dafür, daß man sich unterordnet unter größere Zusammenhänge und nicht nur seinen kleinen Kohl baut. Auch der sogenannte Künstler . . .

G. Gaus: Und Sie haben nicht nur Ihren kleinen Kohl gebaut?

W. Biermann: Nein! Ganz gewiß nicht!

G. Gaus: Da sind Sie sicher?

W. Biermann: Aber 100 %ig, sonst, ich will Ihnen was sagen, aus meiner kleinen Menschenbrust hätte ich den Mut und die Ausdauer nicht nehmen können, um mich in einen so lang andauernden, ernsten Streit mit so mächtigen Leuten einzulassen.

G. Gaus: 11 Jahre lang, von 1965 bis 1976, als Sie dann nach einem ersten Wiederauftritt in der Bundesrepublik, in Köln, von der DDR ausgebürgert wurden und nicht zurückkehren durften, 11 Jahre lang durften Sie nicht auftreten, Sie hatten Freunde, die Sie in Ihrer Wohnung in Ost-Berlin besuchten und denen Sie vorlasen und vorsangen, aber Sie hatten keinen Kontakt mit großem Publikum. Können Sie im Abstand sagen, was diese Zeit, diese lange Zeit Ihnen zugefügt hat?

W. Biermann: Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht wissen, da es mich selbst betrifft. Über sich selbst kann man sich sehr irren. Ich habe auch ohne Nachhilfe gewußt, daß es für einen Sänger nicht besonders gut ist, wenn er nicht singen darf. Ich bin ja kein Fisch, der sich hinstellt und behauptet, es sei schön, wenn man nicht im Wasser ist. Aber gerade wenn man die Dinge nicht mehr aus der bornierten Sicht des sogenannten Künstlers sieht, und ich komme eben nicht von der Kunst zur Kunst, dann denkt man je mehr in politischen Kategorien, was bewirke ich?

Und was die Wirkung in der Gesellschaft anbetrifft, so scheiden die auch immer bei einem einzelnen Menschen sein muß, es kann gar nicht anders sein, auch bei einem sogenannten Berühmten, war die Wirkung, die ich in der DDR, in meiner Gesellschaft, ausübte, durch das Verbot gegen meine Person – wie Sie ja wohl wissen – nicht nur gemindert, sondern geradezu vervielfacht; denn das ist nun mal das Gesetz der griechischen Tragödie: Man führt sein Schicksal dadurch herbei, daß man es abzuwenden trachtet, und die Herrschenden haben mich verboten, aber sie haben damit sich selbst großen Schaden zugefügt, das bedaure ich nicht, das gönne ich ihnen von Herzen und die Lieder verbreiteten sich beflügelt, kann man geradezu sagen, durch das Verbot.

G. Gaus: Sie haben einmal gesagt, „der Knebel im Mund eines Sängers wird zum Mikrophon.“

W. Biermann: Wenn er populär ist. Wenn er es geschafft hat, über die erste Stufe der Anonymität herauszukommen. Wenn er das nicht schafft, dann ist er kaputt, dann kann man ihn in aller Stille wegschlagen und das passiert ja leider, leider vielen in der DDR heute.

G. Gaus: Als Sie 1976 aus der DDR ausgebürgert wurden, haben in der DDR namhafte Schriftsteller, Künstler und auch eher namenlose Bürger dagegen öffentlich protestiert. Sie sind dafür, die einen mehr, die anderen weniger, schikaniert, drangsaliiert, verurteilt worden. Manche haben ihre Unterschrift unter dem Protest zurückgezogen. Das liegt nun 10 Jahre zurück. Sie, Herr Biermann, haben Abstand gewonnen oder auch nicht. Ich weiß es nicht. Ich frage danach. Sie werden 50 Jahre alt in diesem November, wie groß ist inzwischen Ihr Verständnis für jene, die damals nicht an ihrem Protest festgehalten haben, nachgegeben haben?

W. Biermann: Es ist so groß wie damals.

G. Gaus: Wie groß ist dieses Verständnis?

W. Biermann: So neu war ich auch damals noch nicht in der Welt, daß ich nicht wußte, daß nicht alle Leute als große Athleten in der Weltgeschichte herumreiten können. Ich bin nicht der Meinung, daß man von jedem Menschen das Gleiche abverlangen darf. Das ist ungerecht. Das hängt immer davon ab, was er kann, wie stark er ist. Denn wem ist damit gedient, wenn so viele kaputte Leute am Wegesrand herumliegen? Und die Leute gehen ja kaputt, wenn sie sich übernehmen. Aber ich will Ihnen nicht verhehlen, daß es mich sehr gefreut hat und sehr angespornt hat, als ich sah, daß bei meiner Ausbürgerung so viele Menschen so viel riskiert haben. Und da ich wirklich mehr in politischen Kategorien denke, denn sonst müßte ich überschnappen, sonst müßte ich mich ja für ein ganz großes Licht halten, hab ich ja begriffen, daß sie das auch für sich selbst getan haben. Ich war doch nur die Gelegenheit. Es ging doch nicht um Herrn Biermann. Es ging auch nicht um Gedichte. Dieser ganze Biermann-Fall war doch nur so . . .

G. Gaus: Ging es um Selbstachtung oder bei denen, die protestiert haben, um Selbstachtung oder Politik oder um eine Mischung aus beiden?

W. Biermann: Es ist immer gemischt, das ist doch klar. Aber ich habe ja inzwischen einige von denen, die damals, also hauptsächlich von den sogenannten Prominenten, getroffen. Denn viele wurden ja nach ihrer Frechheit mit Petition da von der Obrigkeit auf dialektische Weise gestraft. Sie kriegten ein Ausreisevisum auf 3 Jahre in den Westen. Manche sind seitdem auch hiergeblieben, und so hatte ich Gelegenheit, mit manchen zu sprechen. Ich will hier keine Namen nennen, denn ich will nicht mit dem Arsch anderer Leute durchs Feuer reiten. Aber das vorherrschende Gefühl, das damals bei diesen Menschen zu beobachten war und das sie an sich selbst genossen haben, war, daß sie sagten: „Endlich sind mal klare Fronten. Endlich ist dieser diffuse, lähmende, dumpfe, stumpfe Muff weg“.

G. Gaus: Haben Sie den Eindruck, wenn Sie in Gesprächen und durch Hinüberblicken die DDR betrachten, 10 Jahre nachdem Sie ausgebürgert wurden, hat das, was der damalige öffentliche Protest gegen Ihre Ausbürgerung neben anderen Dingen etwa bewirkt hat, die DDR in den vergangenen 10 Jahren nach Ihrer Einschätzung verändert und in eine richtige Richtung bewegt oder nicht?

W. Biermann: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß seit meiner Ausbürgerung die Herrschenden sehr viel differenzierter vorgehen. Kommt nur darauf an, wessen Interessen man in der Brust hat. Auf jeden Fall: so grobe Fehler wie mit mir, machen sie nicht mehr. Vielleicht später mal größere. Denn welche Fehler man macht, das hängt auch immer davon ab, wozu man gezwungen und getrieben wird. Und nicht nur von der eigenen Klugheit. Denn dumm sind diese Leute ja nie gewesen.

G. Gaus: Sie sagen, Sie maßen sich das Urteil nicht an, ob und wie weit und in welche Richtung die DDR sich verändert hat. Sie sagen aber nicht, sie hat sich nicht verändert.

W. Biermann: Oh nein. Es ist ja 'ne lebendige Gesellschaft, wie diese hier auch, und zum Glück verändert sie sich und ich hoffe, zum Guten. Ich sitze nicht wie manche Emigranten an der anderen Seite der Welt und hoffe, daß es in dem Land, in dem ich nicht mehr leben darf, nun immer schlechter wird. Daraus ziehe ich nicht meinen Honig.

G. Gaus: Viele Ihrer Lieder und Gedichte, Herr Biermann, sind gekennzeichnet vom Wechsel zwischen Hoffnung, Heiterkeit sogar und Skepsis und auch Trauer. Beschreiben Sie damit Ihre eigene seelische und geistige Verfassung?

W. Biermann: Ich kann gar nicht anders. Und im Grunde fällt mir auch nichts Besseres ein. Denn egal, ob man Lieder schreibt oder nicht, in unserem normalen Menschenleben müssen wir's doch auch so machen, daß wir den Widerspruch immer aushalten zwischen begründeter Hoffnung und begründeter Verzweiflung. Und die wirkliche Gefahr, die uns droht, so seh ich es jedenfalls, besteht ja darin, daß man in eine dieser beiden Seiten reinkippt, daß man sein Hoffungsidiot wird, sein blauäugiger Dummkopf, der keinem helfen kann, außer sich selbst.

G. Gaus: Oder auch der totale Pessimist.

W. Biermann: Und dieses ewige Triefen, dieses ewige Leiden Jesu zu Pferde reitend durch die Weltgeschichte, das war nie die Art, wie ich mich bewegt habe. Wenn ich so gedacht und gefühlt hätte, dann hätte ich nicht ein einziges Lied zustande gebracht. Die Musen hätten sich schauernd vor mir abgewandt. Die mögen das nicht.

G. Gaus: Als Sie 1976 in die Bundesrepublik kamen und nicht in die DDR zurückkehren durften, hatten Sie, so haben Sie einmal bekannt, Angst, Sie könnten nicht mehr schreiben. Die Angst hat glücklicherweise getragen. Sie haben auch in einem Lied gesagt im Blick auf die Zwangsübersiedlung: „Ich kam vom Regen in die Jauche“. Was ist die Bundesrepublik Deutschland inzwischen für Sie? Eine rückständige Zuflucht?

W. Biermann: Sie erinnern sich gewiß genügend lebendig daran, wie es war vor 10 Jahren, als ich hier rüberkam.

G. Gaus: Ja.

W. Biermann: Mir ging es nicht anders, als den meisten aus dem Osten. Man erwartete im Westen, daß diese Ostleute dankbar und glücklich sind, daß sie nun endlich im Westen sein dürfen. Ich war nicht dankbar und glücklich. Ich wollte lieber im Osten bleiben, und nicht wie einige gehässige Dummköpfe mir unterstellt haben, weil ich so entzückt bin von den Verhältnissen im Osten, nein im Gegenteil: Weil jeder Mensch gerne dort ist, wo er das Gefühl hat, daß er gebraucht wird. Daß er sich nützlich machen kann. Und das war der einzige Grund, warum ich lieber in der DDR leben wollte. Aber . . . jetzt bin ich abgekommen.

G. Gaus: Die Bundesrepublik: vom Regen in die Jauche. Was ist die Bundesrepublik heute für Sie?

W. Biermann: Na, damals schrieb ich diesen frechen Refrain „Ich kam vom Regen in die Jauche“. Jahrelang stand in den Springer-Zeitungen, wo bei anderen Leuten immer hintersteht: Günther Gaus Klammer auf - 56 - Klammer zu . . .

G. Gaus: Richtig. Das stimmt.

W. Biermann: Stimmt's?

G. Gaus: Richtig.

W. Biermann: Okay . . . stand bei mir: Wolf Biermann

G. Gaus: in Klammern Jauche . . .

W. Biermann: Vom Regen in die Jauche Klammer zu.

G. Gaus: Schweinehund!!!

W. Biermann: Nun, nach 10 Jahren, man wird abgeklärter und . . .

G. Gaus: Was ist die Bundesrepublik für Sie?

W. Biermann: Muß ich sagen . . .

G. Gaus: Eine Zuflucht, die rückständig ist und die Sie verändern wollen?

W. Biermann: . . . Das Land, in dem ich nun mal lebe, und das kann man sich, wie Sie sehen, nicht immer aussuchen; ist für mich nicht nur der schätzbare Aufenthaltsraum in einem Bahnhof. Ich sitze nicht mit halber Arschbucke auf dem Stuhl, sondern jetzt lebe ich hier. Ich habe von Anfang an versucht, mich hier einzumischen. Mich nützlich zu machen. Das war am Anfang schwierig, weil ich die Gesellschaft nicht genügend kannte. Und so schrieb ich schon, um falsche Erwartungen zu enttäuschen. In diesem Lied „Vom Regen in die Jauche“, diesen Refrain, der mir sovici Haß auf die Schultern gezogen hat, und ich muß inzwischen sagen, ich muß mich korrigieren „Vom Regen in die Jauche“, das Wort ist ungerecht. Das Wort „Regen“ muß ich wohl ändern. Die Jauche habe ich gestern erlebt. Ich war in Brokdorf. Bei der Demonstration, von der Sie ja gewiß im Fernsehen gehört haben. Dort habe ich einen Anschauungsunterricht erhalten, wie der staatliche Terrorismus mit Polizei und Bundesgrenzschutz, mit Schikanen gegen Menschen, die zu einer nicht verbotenen Demonstration gehen, wie dieser staatliche Terrorismus den Terrorismus der Terroristen erzeugt.

G. Gaus: Für wie hoch veranschlagen sie den Vorzug der Bundesrepublik, daß Sie dieses, was Sie jetzt gesagt haben, im Fernsehen der Bundesrepublik sagen können?

W. Biermann: Ungeheuer hoch. Und viel höher, als über 90 % der Leute, mit denen ich gestern demonstriert habe, in diesem Dauerregen in Brokdorf. Unter dem CS-Gas der Wasserwerfer der Polizei und den Knütteln. Viel, viel höher. Denn ich habe genügend politische Phantasie und genügend Erinnerungsvermögen, um mir ausdenken, was wäre, wenn dasselbe – und das wäre ja wohl nicht nötig – in der DDR passieren würde. Von Tschernobyl gar nicht zu reden, wo ich diese geradezu obszönen Fernsehaufzeichnungen sah, von den Helden, die dort gefeiert werden und dafür sorgen, daß das nun möglichst bald weitergehen kann.

G. Gaus: Sie mischen sich also ein. Auch in der Bundesrepublik. Ich komme noch einmal auf eine Grundfrage unseres Interviews zurück. Sie haben sich während des ganzen Interviews dagegen gewehrt einzuräumen, daß es möglich sein könnte, daß ein Individuum wie Sie, ein Künstler, ein Schriftsteller, ein Poet . . . – immer haben Sie gesagt: „Nehmen Sie mich nicht dafür, nehmen Sie mich als einen politischen Menschen“ –. Ich komme dennoch auf das zurück. Sie schließen wirklich vollkommen aus, daß jemand wie Sie bei jedem politischen Handeln in den alten Konflikt, seinen alten Konflikt wieder hineinkommt? Sein Bedürfnis, sich selbst zu verwirklichen, indem wie er lebt und was er schafft und schöpft, im Widerstreit mit den Erfordernissen der real existierenden, der konkreten Politik. Dies bestreiten Sie. Der Konflikt muß nicht existieren, sagen Sie.

W. Biermann: Es gibt, wie auf allen anderen Gebieten auch, so etwas wie eine Arbeitsteilung. Das wissen Sie doch so gut wie ich. Wir beide sind doch zwei Beispiele für diese Arbeitsteilung. Wenn ich das richtig sehe, sind Sie ja ein

Mann der 2. Phase in den Ost-West-Beziehungen. In der 1. Phase, in den 50er/60er Jahren, gab es von seiten der Bundesrepublik diese hochnäsige Art der Nichtanerkennung der DDR, der Nichtanerkennung der Realität. Und da man ja im wirklichen Leben wie auch in der sogenannten Weltpolitik, von der ich nichts verstehe, nicht den goldenen Mittelweg geht, nie, wer geht den schon, nur die absoluten Idioten, die gar nicht gehen, im Grunde. Es geht ja immer so. Keiner von uns ist doch ausgewogen. Sind Sie ja ein Mann aus der Phase, wo man vielleicht nicht hochnäsige, sondern zu tiefnäsige die Realitäten, die vorher überhaupt nicht anerkannt wurden, in geradezu sträflicher Weise überanerkennet. Und insofern sind wir auch Gegner. Nicht Feinde. Objektiv, egal, ob wir gute Freunde sind oder nicht. Denn Sie und solche Leute wie Sie – so sehe ich es jedenfalls – sind ja dazu da, endlich dafür zu sorgen, daß die Realitäten der beiden deutschen Staaten, der beiden Gesellschaftsordnungen in Deutschland anerkannt werden. Weil das die Voraussetzung dafür ist, daß wir überhaupt weiterleben können. Aber, ich schreibe ja Gedichte. Und ich muß ja was liefern. Sie müssen gute Verträge aushandeln.

G. Gaus: Weswegen wir . . .

W. Biermann: . . . oder was Sie immer machen. Aber ich muß Gedichte schreiben, die noch über den Vertrag hinaus brauchbar sind, den Sie ausgehandelt haben.

G. Gaus: Jetzt sind wir wieder bei der Person, die hier interviewt wird. Wolf Biermann. Ihre Lyrik, Ihre Lieder, Herr Biermann, hat es darin nach Ihrer Selbsteinschätzung im vergangenen Jahrzehnt wesentliche Veränderungen, Qualitätssprünge gegeben? Haben Sie eine Vorstellung, eine Hoffnung, wohin Sie Ihr Talent noch bringen kann?

W. Biermann: Für mich schließt sich ein Kreis wieder. So würde ich es sagen. Oder eine Spirale, wie die klügeren Leute behaupten. Ich fing an, Lieder zu schreiben und Gedichte über politische Dinge, aber nicht als politische Dinge. Ich wollte keine Politik machen. Ich wollte das sagen, was ich denke und fühle. Und soweit sich das mit politischen, wichtigen Dingen überschneidet, gelang mir vielleicht ein ganz brauchbares Lied oder Gedicht. Als ich Null war hier im Westen, in der ersten Zeit, in der ersten schweren Zeit, die für alle Leute nicht so einfach ist, da . . . ich glaube, da wandten die Musen sich ein bißchen ab von mir. Die mochten mich nicht mehr so, weil sie spürten, daß ich über etwas schreibe, Gedichte und Lieder, wovon ich nur das Wesentliche wußte. Kluges Kind. Natürlich. Ich konnte ja auch im Osten Bücher lesen und war informiert. Ich wußte ganz gut hier im Westen Bescheid, als ich hier herkam. Ich wußte gar nichts. Ich meine, ich wußte nicht genug, um ein einziges gutes Gedicht zu schreiben. Und das war mein Problem. Jetzt schreibe ich wieder in Übereinstimmung mit meinem eigenen Denken und Fühlen über politische Dinge. Und das hat sich geändert.

G. Gaus: Erlauben Sie mir eine letzte Frage. Sie haben . . .

W. Biermann: Ist die Zeit schon um?

G. Gaus: Sie ist um. Sie haben die Fragen nicht gekannt, die ich Ihnen stellen würde und nun gestellt habe, aber ich habe Ihnen gesagt, ich würde zum Schluß darum bitten, eines Ihrer Gedichte zu sprechen, und so ist meine letzte Frage die Bitte, das Gedicht „Und als wir ans Ufer kamen“, aufzusagen.

W. Biermann: Klar, der Mietkünstler liefert die Ware...

G. Gaus: Er liefert sie ja ganz gern.

W. Biermann: Oh ja. Ich bin nach 10 Jahren Wes...

G. Gaus: Keine Ziererei, die Zeit ist um.

W. Biermann: ... Westen immer noch in einer Lage, wo ich eher darum gebeten werde, nicht zu singen oder ...

G. Gaus: Hier sind Sie gebeten, das Gedicht aufzusagen „Und als wir ans Ufer kamen“.

W. Biermann: Und als wir ans Ufer kamen, und saßen noch lang im Kahn, da war es, daß wir den Himmel am schönsten im Wasser sah'n. Und durch den Birnbaum flogen paar Fischlein. Das Flugzeug schwamm quer durch den See und zerschellte sachte am Weidenstamm. Was wird bloß aus unseren Träumen, in diesem zerrissenen Land. Die Wunden wollen nicht zugehn, unter dem Dreckverband. Und was wird mit unseren Freunden, und was noch aus Dir, aus mir? Ich möchte am liebsten weg sein und bleibe am liebsten hier.

Andreas Johannes Wiesand Mäzene – Sponsoren – Kulturindustrie Einige aktuelle Fragen im Verhältnis Kultur und Wirtschaft

Dr. Andreas Johannes Wiesand, Jahrgang 1945, ist Generalsekretär des Deutschen Kulturrates und Leiter des Zentrums für Kulturforschung.

Dieser Beitrag stützt sich auf Untersuchungen des Zentrums für Kulturforschung/Bonn, die für die Bundesregierung, die Europäische Gemeinschaft, die Stadt Köln und den WDR durchgeführt wurden. Eine erweiterte Darstellung soll u. a. 1987 in einer Veröffentlichung des Beck-Verlags („Auf dem Weg zur Kultugesellschaft?“) erscheinen.

Die Aufregung mancher publizistischer Gralshüter war zunächst groß, als die französischen Sozialisten, allen voran Jack Lang, am Beginn der 80er Jahre mit dem Schlachtruf antraten: „*Economie et culture – même combat!*“ Es dauerte eine Weile, bis diese vermeintliche Infragestellung kultureller Werte und künstlerischer Autonomieansprüche im deutschsprachigen Raum zu Anregungen für die eigene Kulturpolitik führte. Dazu mag am Ende beige-

tragen haben, daß es in Frankreich nicht bei markigen Sprüchen blieb und daß dort gerade die öffentliche Kulturförderung einen erheblichen Zuwachs verbuchen konnte, selbst wenn dieser auch die „angewandten Künste“, also etwa das Kunsthandwerk, die Mode sowie die Programmproduktion für die Kultur- und Medienindustrie umfaßte. Wahrscheinlich ist es aber sogar weniger das französische und viel eher das – oft mißverständene – anglo-amerikanische „Vorbild“, das die Phantasie manches Kulturproduzenten oder Abgeordneten beflügelt, wenn er sich heute nach „Sponsoren“ und „Mäzenen“ sehnt oder die Potentiale der „Kulturwirtschaft“ in glühenden Farben malt. Könnten dort nicht Möglichkeiten zur Entlastung öffentlicher Kulturretats liegen, auf die man früher kaum noch zu hoffen gewagt hatte?

Nun zeugte es allerdings von einer gewissen „Betriebsblindheit“ vieler Politiker, Publizisten und auch Statistiker, daß sie sich bis vor wenigen Jahren bei Fragen nach der Finanzierung des kulturellen Lebens vorzugsweise auf die *öffentlichen Kultur Ausgaben* bezogen oder hier überhaupt die *private Dimension* ganz ausklammerten.

Verwunderlich war dies insofern, als schon lange ganze Sektoren des Kulturlebens – etwa der „Literaturbetrieb“, die Bildende Kunst, die Pop-Musik oder der AV-Markt – primär oder fast ausschließlich durch private Marktkräfte und das Engagement freischaffender Künstler getragen werden. Untersuchungen und Statistiken in verschiedenen Ländern – z. B. Italien, Frankreich, Bundesrepublik Deutsch-

land, Finnland, Kanada, Australien konnten sogar belegen, daß der öffentlich getragene Teil des Kulturlebens zumindest quantitativ weit hinter den privaten Aufwendungen und Umsätzen im Kultursektor zurückliegt, weiter noch als etwa die „Subventionsquote“ bei manchen traditionellen Wirtschaftszweigen wie Bergbau oder Schiffbau: eine eigene Untersuchung des Zentrums für Kulturforschung erbrachte z. B. für den gesamten deutschen *Musikmarkt* mit Umsätzen/Kosten von ca. 25 Mrd. DM einen öffentlichen Anteil von weniger als 20 % – vgl. dazu die Grafik auf Seite 566. Dabei gibt es hier ohnehin einen entscheidenden Unterschied: Oft genug dienen die „Strukturförderungen“ und Anpassungshilfen gerade in den Krisenbranchen der Wirtschaft eher dem planmäßigen Abbau von Arbeitsplätzen, während sich die (sehr personalintensiven) Kulturbetriebe in der Regel durch besonders geringe Kosten pro gefördertem Arbeitsplatz auszeichnen (in den Theatern z. B. weit unter 100 000 DM pro Jahr).

Beachtlich sind auch die finanziellen Dimensionen des Privatsektors in anderen Sparten.

● Gegenüber dem privaten *Literaturmarkt* mit Verlags- und Buchhandelsumsätzen von heute mehr als 11 Mrd. DM und mit rund 57 000 Beschäftigten stehen z. B. die öffentlichen *Bibliotheken* mit Gesamtausgaben von etwa 700 Mio. DM (und immerhin rund 9 000 Mitarbeitern) eher bescheiden da – in Skandinavien ist das Verhältnis beinahe umgekehrt.

● Und beim *Film* bringen es Produktion, Vertrieb und Kinos nach der letzten (inzwischen leider vom Bundeswirtschaftsminister abgeschafften) Statistik von 1983 auf Umsätze von ca. 3 Mrd. DM, denen öffentliche Fördermittel von weniger als 100 Mio. DM gegenüberstanden. Allerdings fallen hier die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit Aufträgen von über 500 Mio. DM pro Jahr erheblich ins Gewicht.

Seit einiger Zeit wächst auch der Einfluß „alternativer“ kultureller Strömungen, von Freien Gruppen, Basisbewegungen und Selbsthilfeeinrichtungen, kurz einer Szene, die zwar Anspruch auf Einfluß und z. T. auch Förderung erhebt, aber vorwiegend privat organisiert ist und bleiben will. Das Potential dieser Initiativen für Innovationen im herkömmlichen Kulturbetrieb wie auch für eine Neubewertung (selbstbestimmter) Arbeit und Freizeit ist von der Kulturpolitik erst in Ansätzen erkannt worden – vgl. aber das „Werkstatt-Konzept“ des Nürnberger Kulturdezernenten Hermann Glaser, vorgestellt bei der Tagung des Kulturausschusses des Deutschen Städ-

tetags (9./10. 10. 1986), sowie die schon seit einiger Zeit modellhaft betriebene Förderung sozio-kultureller, meist stadtteilbezogener Aktivitäten in Bremen.

Bei *Rundfunk und Fernsehen* ist ebenfalls in den meisten Ländern Europas einiges in Bewegung geraten: bislang öffentliche Rundfunkanstalten erhalten Konkurrenz von privater Seite oder laufen selbst Gefahr, privatisiert zu werden (wie neuerdings in Frankreich). Auf jeden Fall wird ihnen ein Alleinvertretungsanspruch mit der Begründung streitig gemacht, die neuen Technologien und die Internationalisierung der Programmverbreitung würden diesen ohnehin obsolet machen. Hierbei handelt es sich weniger um eine programmliche, also kulturelle, sondern fast immer um eine Konkurrenz auf wirtschaftlichem Terrain: Der für alle Teile gefährliche Kampf um Werbegelder hat begonnen, seine Waffen sind möglichst hohe Einschaltquoten.

Die „öffentlichen Aufgaben“ der Medien, darunter das Gebot der Sicherung „kultureller Demokratie“ mit ihrer Wahlfreiheit unter einem möglichst vielfältigen Angebot unterschiedlicher Anschauungen und Gestaltungsweisen sowie der Chance, daß von Künstlern und Publizisten auch künftig ständig Neues erdacht und realisiert werden kann, ist durch die „Privaten“ aber keineswegs obsolet geworden, selbst wenn gelegentlich auch dort (z. B. beim britischen „Channel 4“) Beispielhaftes geleistet wird. Künstler und Autoren zeichnen sich nämlich durch eine besonders hohe „multimediale“ Mobilität aus, sind dabei aber auf die Arbeitsmöglichkeiten in Hörfunk, Fernsehen und Film nicht allein für die Realisierung ihrer Ideen, sondern auch ihrer materiellen Existenz wegen dringend angewiesen: Die deutsche „Künstler-Enquete“ erbrachte z. B., daß rund 1/3 der Künstler und Publizisten ganz, ein weiteres Drittel teilweise von diesen Medien wirtschaftlich abhängig ist, sie für ihre „Mischfinanzierung“ dringend benötigt.

Eine gerade abgeschlossene Untersuchung des Zentrums für Kulturforschung („Der WDR als Kultur- und Wirtschaftsfaktor“) belegt einmal mehr die Unentbehrlichkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten – und hier speziell die des WDR – in ihrer Rolle als Brötchengeber und Vermittler, bei den Kulturberufen ebenso wie bei der Kulturwirtschaft: ● Rund 450 Mio. DM wendet allein der WDR im Jahr für feste und freie künstlerische und publizistische Mitarbeiter, für Film- und Fernsehproduktionen, für die Musikwirtschaft und für andere Kulturbetriebe auf;

- über 16 000 Menschen profitieren, mehr oder weniger, von solchen Leistungen;
- und entgegen manchen Vorurteilen steigen zumindest seit 5 Jahren diese programmbezogenen Leistungen erheblich schneller als etwa die Ausgaben für das übrige Personal, für die Verwaltung (die ohnehin nur eine vergleichsweise unbedeutende Rolle spielt) oder für sonstige betriebliche Zwecke, von der technischen Umstellung auf künftige Herausforderungen einmal abgesehen.

Nun ist es andererseits durchaus richtig, daß in verschiedenen Ländern Europas, in Nordamerika und in Australien auch die *Kulturförderung durch Private* traditionell einen beachtlichen Stellenwert besitzt, ohne daß dies notwendig öffentliche Anstrengungen ausschloß oder zwingend in größere Abhängigkeiten resultieren würde, als sie durchaus beim Staat als (angeblichem) „Mäzen“ möglich sind: interesseloses Wohlgefallen ist nun einmal wider die menschliche Natur, und Profilierungsprobleme sind gerade bei Politikern keineswegs selten. Doch hat die aktuelle Diskussion um den privaten „Mäzen“ nicht minder große Schlagseiten als die frühere Neigung in Deutschland, dem Staat die „Hoheit“ über die Kultur anzudichten.

Dies ist jedoch wiederum nur ein – noch dazu recht kleiner – Teil der Realität nichtstaatlichen Engagements in der Kulturförderung. Dem „Handbook of Cultural Affairs in Europe“ (Baden-Baden, 1985) läßt sich dagegen aus den Angaben für zahlreiche der 23 aufgeführten Staaten entnehmen, daß im weiteren Sinne noch ganz andere Personengruppen und Institutionen als *Förderer der Kunst und Literatur* tätig sein können, darunter:

- die *Kirchen*, bei denen außer an liturgische Musik auch an die Arbeiten mit Kirchenchören und mit Instrumentalgruppen sowie an Aktivitäten in den Bereichen Bildende Kunst, Kunsthandwerk, an die Denkmalpflege und andere Bereiche zu denken ist;
- die *Gewerkschaften* und einige Berufsverbände, die sich in der Kulturarbeit engagieren;
- bestimmte Abteilungen von *Rundfunkanstalten* (die z. B. für musikalische Klangkörper oder literarische Sendungen sorgen);
- *Stiftungen politischer Interessengruppen*;
- eine große Zahl *örtlicher Vereine* und Verbände, vom Kunstverein mit einem großen, meist ehrenamtlich organisierten Ausstellungsbetrieb bis zu den Gesangsvereinen (in der Bundesrepublik Deutschland gibt es z. B. rund 20 000 mit zusammen knapp 2 Millionen Mitgliedern) und

- schließlich „*Ausländergruppen*“, die den kulturellen Interessen ihrer Landsleute weitgehend ohne öffentliche Förderung zu entsprechen suchen.

Schwieriger ist schon die grundsätzliche Frage zu beantworten, wo denn im privaten Bereich Förderung überhaupt anfängt bzw. schon wieder aufhört. Dazu lediglich zwei Feststellungen, mit denen vielleicht verbreiteten begrifflichen Unklarheiten begegnet werden kann:

1. Nicht jeder Sammler oder gar Kunstkäufer ist bereits ein „Mäzen“ (darunter wäre doch eine etwas intensivere Kommunikation zwischen dem Künstler und dem zu verstehen, der ihn fördert und gelegentlich auch anregt).
2. Wo Kunst, Musik, Filme, der Umgang mit Werken der Literatur zum normalen Geschäft, gewissermaßen zum „Betriebszweck“ gehören, wäre in der Regel nicht von Kulturförderung, sondern von Kulturwirtschaft zu sprechen.

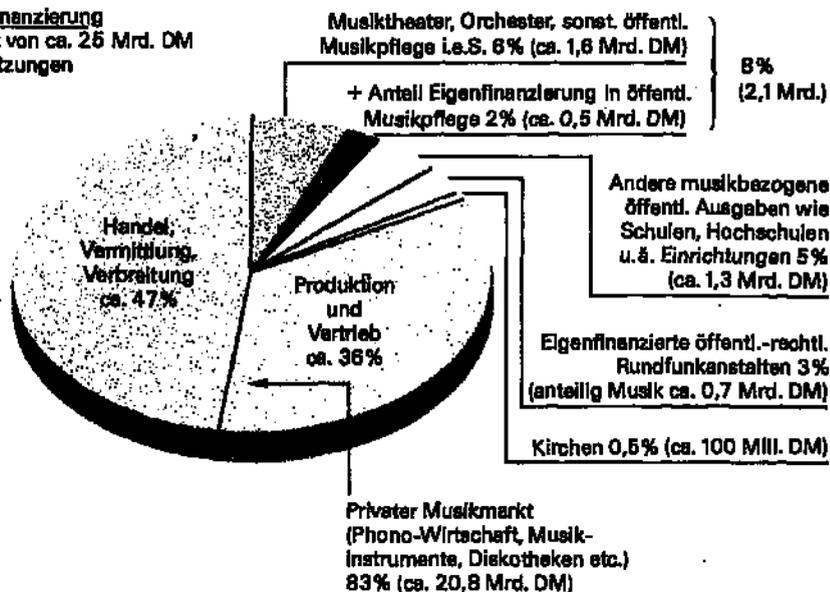
Eine Abgrenzung zwischen öffentlicher und privater Kulturpflege ist nicht immer einfach und manchmal nicht einmal sinnvoll. So ist es durchaus möglich, daß Private organisatorische oder finanzielle Beiträge zur öffentlichen Kulturpflege leisten, wenn sie etwa entsprechende Partnerschaften mit dem Staat oder der Gemeinde eingehen (viele Museen sind so entstanden oder werden nach wie vor gemeinsam getragen). Ohne daß damit die kunstfördernde Wirkung selbst rein privatwirtschaftlich orientierter Betriebe im Einzelfall geleugnet werden soll, wird man doch stets nur dann unbedenklich von „Förderung“ im kulturellen Bereich sprechen können, wenn Zuwendungen der Allgemeinheit und nicht allein oder vorrangig privaten Interessen des Financiers nützen oder nützen sollen. Insofern sind bestimmte Formen des Sponsorentums eher als „Geschäftsbeziehungen“ einzuordnen. Die englische „Financial Times“ brachte solche Motive am 9. 1. 1986 auf die Formel: „Companies are seeking more bang for their buck.“ Dennoch kommt es, wie gesagt, nicht unbedingt auf die Rechtsform desjenigen an, der fördert oder dessen, der das Objekt der Förderung darstellt. Orientierungsmaßstab ist vielmehr ein öffentliches Interesse an der Förderung oder Trägerschaft. Und dieses öffentliche Interesse kann durchaus auch an den gelegentlich intensiven persönlichen Beziehungen zwischen einem Künstler und seinem privaten Förderer bestehen.

Beim Versuch einer politischen Einordnung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Aktivitäten im Kultur- und Medienbereich lohnt es, nicht allein auf wirtschaftliche Dimensionen und Konkurrenzen zu

Öffentlicher und privater „Kulturbetrieb“ – Das Beispiel der Musik

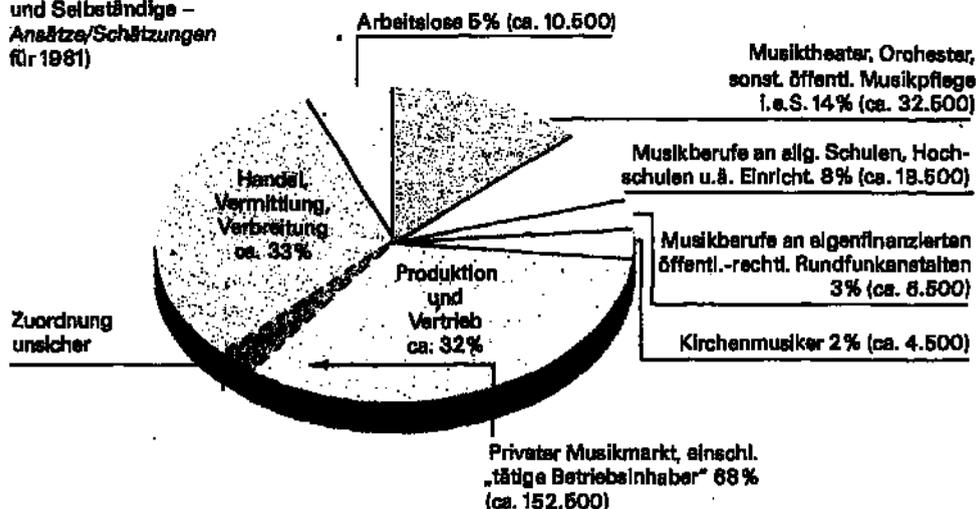
A. Umsätze/Finanzierung

(Gesamtmarkt von ca. 26 Mrd. DM
Ansätze/Schätzungen
für 1981)



B. Arbeitsmarkt

(ca. 225.000 durch Musik
veranlaßte Berufspositionen
für Arbeitnehmer
und Selbständige –
Ansätze/Schätzungen
für 1981)



Quelle: „Musik – Statistik – Kulturpolitik“ (Hrsg. Bundesminister des Innern), 1982

achten – eine gerade in der Kommission der Europäischen Gemeinschaft dominierende Betrachtungsweise, die häufig zu Fehleinschätzungen und unberechtigten Eingriffsversuchen führt –, sondern auch die Frage inhaltlicher Komplementärfunktionen zu überprüfen.

Die Begründung ist eigentlich naheliegend und inzwischen auch vom Bundesverfassungsgericht (nicht aber von allen Kulturverwaltungen!) akzeptiert: Öffentliche Kulturpflege, einschließlich der indirekten, z. B. steuerlichen Förderung, soll sich im Idealfall auf Bereiche konzentrieren, die marktwirtschaftlich nicht oder nur unter Einbuße ihrer Qualität erhalten werden könnten (so das „Schallplattenurteil“ des BVerfG vom 5. 3. 1974). *Wirtschaftliche Motive* dürfen entsprechend bei öffentlichen Kulturinstitutionen nur in zweiter oder dritter Linie eine Rolle spielen. Dies ist auch der entscheidende Grund dafür, daß z. B. der Rundfunk in öffentlicher Verantwortung nicht einfach durch Privatsender in seinen Funktionen zu ersetzen ist, denen es primär um höchste Einschaltquoten und Werbefreundlichkeit des Programms geht (und nach Meinung des Gerichts in seinem letzten „Medienurteil“ vom 4. 11. 1986 auch gehen darf). Der gegenwärtige Trend zu einer aufwendigen „Event-Kultur“ (große Ausstellungen, Festivals etc.), bei denen eine wirtschaftliche „Rentabilität“ von vornherein einkalkuliert wird, ist – soweit öffentlich finanziert – aus diesem Grund sicher aufmerksamer zu beobachten.

Warum es wichtig ist, die unterschiedlichen Aufgaben der Kunst und öffentlicher Kulturinstitutionen von jenen des privaten Markts zu unterscheiden, hat die Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestags in ihrem Zwischenbericht im Frühjahr 1983 herausgearbeitet: „Die Künste erbringen unverzichtbare und auf keine andere Weise darstellbare Leistungen. Sie tragen bei zur Identitätsbildung, behandeln gesellschaftlich wichtige Fragen der Wertordnung, Normbildung und Perspektiven, sie tragen zur Selbstrepräsentation und zur psychischen Gesundheit der Gesellschaft bei.“

Die Sicherung dieses öffentlichen kulturellen Lebens müsse daher, so der Bundestag, „gegebenenfalls auch unter Einschränkung der Geschwindigkeit des Wachstums“ bei den eher im privaten Bereich vorangetriebenen Informations- und Kommunikationstechniken, unter allen Umständen erreicht werden. Es kommt hinzu, daß gerade im Medienbereich, aber zum Beispiel auch bei der immerhin kommerziell nicht uninteressanten Musikproduk-

tion, ganze Programmbereiche zu wirtschaftlichen Produktionskosten kaum realisierbar wären, die unterschiedlichen Sektoren hier also sowohl in der Produktion wie in der Vermittlung des Produzierten wechselseitig aufeinander angewiesen bleiben, z. B. Oper im Fernsehen, „zeitgenössische Konzertmusik“ auf der Schallplatte.

An einem weiteren Beispiel läßt sich das Komplementärverhältnis zwischen öffentlich gefördertem Kulturbereich und Kulturwirtschaft ebenfalls veranschaulichen. Die sogenannten „Musikschulen“ eines (japanischen) Herstellers von elektronischen Keyboards können schon deshalb kein Ersatz für die öffentlichen Musikschulen sein,

- weil sie aus naheliegenden Gründen die Nähe von Musikfachgeschäften der größeren Städte bevorzugen, während öffentliche Musikschulen auch weniger publikumsattraktive Standorte, also etwa Vorstädte oder Dörfer, „bedienen“;
- weil sie kein umfassendes, auch personell aufwendiges Programm der Musikerziehung bieten (Früherziehung, Grundausbildung, vielseitiger Gruppen- und Einzelunterricht) und selbstverständlich auch,
- weil sie nicht „firmenneutral“ arbeiten.

Andererseits kann natürlich ein auf bestimmte Bereiche der Musik (z. B. Jazz) oder auf bestimmte Instrumente und Gesangsrichtungen spezialisierter privater Musikunterricht durchaus eine wichtige Ergänzungsfunktion zu den öffentlichen Angeboten haben, zumal dann, wenn er von ausgewiesenen Musikern gegeben wird, die beispielsweise den Übergang vom Hobby zum Beruf erleichtern. Ähnliche Komplementärbeziehungen lassen sich im Verhältnis Buchhandel und Bibliotheken zeigen, wenn es auch Beispiele dafür gibt, daß Bibliotheken selbst Bücher verkaufen (was aber, wie englische Beispiele zeigen, keineswegs eine „Symbiose“ zwischen ihnen ausschließen muß). Auch hier ist aber wiederum nicht die Rechtsform einer Einrichtung entscheidend, sondern die erfolgreiche Wahrnehmung einer öffentlichen Verantwortung – die sich letztlich nicht allein durch ehrenwerte Ziele, sondern durch die Art der Aktivitäten und die Qualität vermittelter Inhalte beweisen können muß.

Einige wenige Hinweise noch zur derzeit modischen Frage der „ökonomischen Effekte“ von *Kulturaktivitäten* und zur (historischen) *Rolle der Kunst als Produktivfaktor*: Die verschiedenen Aspekte der sogenannten *Umwegrentabilität* (steuerliche und wirtschaftliche Effekte) sind inzwischen kein Geheimnis mehr, die oft erstaunlichen Rückflüsse an die Förde-

rer, die damit zu Investoren werden, sind oft schon zu Kalkulationsposten avanciert.

▷ In ihrer Untersuchung „Wirtschaftliche Auswirkungen von Kulturangeboten in Bremen“ stellen Wolfgang Taubmann und Fredo Behrens (Universität Bremen) 1986 u. a. fest, daß sich die Kultur Ausgaben für Theater und Museen „schon rein rechnerisch“ für die Stadt lohnen: „Subventionen von 32,5 Mio. DM stehen induzierte Zahlungsströme an die bremische Wirtschaft von 37,2 Mio. DM“, steuerliche Rückflüsse von 3,8 Mio. DM und „zumeist qualifizierte Dauerarbeitsplätze für ca. 540 Personen“ gegenüber.

▷ In einer Studie („Die wirtschaftliche Bedeutung der Zürcher Kulturinstitute“, 1985), von der einem Bankhaus nahestehenden Julius-Bär-Stiftung in Auftrag gegeben, wird belegt, „daß die vier Kulturinstitute Opernhaus, Schauspielhaus, Tonhalle und Kunsthaus abgesehen von ihrer kulturellen auch eine beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung haben. Damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, sind sie zwar vorerst auf Subventionen der Öffentlichen Hand angewiesen; ihre Tätigkeit führt jedoch zu Rückflüssen an den Staat und zu einer starken Belebung der Wirtschaft“.

Ausgerechnet wurde, daß der Staat und die Stadt Zürich allein durch Steuern und Abgaben direkt schon 38 % der vergebenen Unterstützung wieder hereinholen können. Hinzu kommen induzierte wirtschaftliche Multiplikatoreffekte für die Wirtschaft in einer Größenordnung von fast 200 Mio. Franken und damit rund 300 % der öffentlichen Fördermittel.

Ganz sicher wäre es verfehlt, allein mit solchen volkswirtschaftlichen Berechnungen, die inzwischen zahlreich angestellt werden, den Nutzen von Kunst und Kultur für Wirtschaft und Gesellschaft begründen zu wollen, zumal sich hier eben vieles der exakten Analyse von vornherein entzieht. Zumindest die öffentliche Motivation für „Kulturförderung“ muß, wie in diesem Beitrag mehrfach angesprochen, anderen Begründungen und Qualitäten folgen – ein Problem übrigens mancher der von der neuen Spezialdisziplin der „Kulturökonomie“ vorgeschlagenen Management-Rezepte, mit denen nahezu unterschiedslos Kulturbetriebe vom Stadttheater bis zum alternativen Kommunikationszentrum überzogen werden. Solcher Nutzen kann ja auch auf ganz anderen Feldern augenfällig werden und hat hier in der Geschichte immer schon eine große Bedeutung gespielt. In einer unveröffentli-

ten Studie („Kunst als Quelle wirtschaftlichen Wachstums“, 1984) weist Michael Hutter für die italienische Renaissance am Beispiel lediglich zweier Gemälde der Künstler Masaccio und Ghirlandaio unter anderem nach, daß diese Kunstwerke erstens die Konjunktur stabilisieren halfen, zweitens zum technischen Fortschritt direkt beitrugen, dies vor allem durch die Erfindung und Weiterentwicklung der Zentralperspektive mit Auswirkungen zum Beispiel für Kartografie und Astronomie, drittens bei der sozialen Organisation und Strukturierung der Gesellschaft mitwirkten, viertens Beiträge zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität leisteten und fünftens als ein die Zeit überdauerndes „Informationskapital“ dienen können. Dabei handele es sich, so Hutter, „... um eine Interdependenz, aus der man die Kunst nicht ohne Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung ausgliedern kann. Für die anderen Künste ließe sich das Argument genauso führen ...“

Nun beschränken sich die Wirkungen der Kunst auf die Produktivität und die soziale Kommunikation sowie auf den technischen Wandel in einer Gesellschaft keineswegs nur auf die Renaissance. In einem immer stärkeren Maße ist sich auch die heutige Wirtschaft solcher Zusammenhänge bewußt. Zumindest ein Teil ihrer kulturellen Aktivitäten läßt sich durchaus als Investition in die Weiterentwicklung sowohl von Produkten wie in die entsprechenden Märkte begreifen, bis hin zur umfassenden, absatzorientierten Konzeption einer „Corporate Culture“ mit eigens darauf zugeschnittener Produktpalette. Immer mehr Firmen leisten sich zudem Kulturbeauftragte und künstlerische Berater, die freilich oft genug nur an „Außenwirkung“, am Medienspektakel interessiert sind und weit weniger an einer Anregung oder Weiterentwicklung von Neigungen und Fähigkeiten der eigenen Betriebsangehörigen – obwohl gerade dieses Potential für die Qualität der geleisteten Arbeit und damit letztlich für den wirtschaftlichen Erfolg der Wirtschaft weitaus größere Bedeutung haben könnte als kurzfristige PR-Erfolge.

„Ein kulturelles Ambiente“, freute sich kürzlich Stuttgarts Serenissimus Lothar Späth, sei heute für viele Unternehmen schon „wichtiger als der Gleisanschluß“. Bleibt es nur beim Ambiente, also bei der Image-Pflege, so ist auch in Zukunft aus dem neuerdings verstärkten Dialog zwischen Kultur und Wirtschaft wenig Produktives für die Gesellschaft zu erhoffen, von sicher angenehmen finanziellen Auswirkungen für Künstler und Kulturvermittler natürlich abgesehen.

Ein hoher Preis für die High Tech-Träumereien

Daß uns, dem mit dem Gütesiegel von Qualitätsarbeit und Zuverlässigkeit behafteten Liefertantenvolk, jetzt auch noch der zweifelhafte Triumph zugefallen ist, auf Platz Eins unter den Exporteuren der Welt zu landen, hat die amerikanischen Rekordhalter im Außenhandelsdefizit uns nicht gerade gewogener gemacht. Mehr noch als die Japaner sind wir mittlerweile zur bevorzugten Zielscheibe für die Finanzgewaltigen in Washington geworden, die – begleitet vom Sperrfeuer öffentlicher Meinungsmacher – seit mehr als einem Jahr auf die Bundesrepublik einhämmern, sie möge gefälligst ihr ökonomisches Gebaren in Anbetracht internationaler Ungleichgewichte und natürlich auch mit Rücksicht auf die Budgetbedürfnisse ihres staatsüberschuldeten Beschützers einer drastischen Korrektur unterziehen. Wenn die Westdeutschen in ihrer „fetischistischen“ Inflationsfurcht und aus wohlfahrtsstaatlicher Voreingenommenheit einfach nicht hören wollten, dann würden sie die Folgen schon zu fühlen bekommen. Auch nach den Genfer Vereinbarungen bleibt „Handelskrieg“ angesagt; Botschafter Burt drohte offen mit „Vergeltung“, sollte der Absatz ziviler amerikanischer Luftfahrt- und Telekommunikationserzeugnisse (seit er und je über den militärischen Sektor subventioniert) durch europäische Konkurrenz behindert werden. Den Währungskrieg hat US-Geldstrategie Baker schon auf volle Touren gebracht, auch wenn er von einem freien Fall des Dollars – in der „Washington Post“ als gerechte Strafe für deutsche Intransigenz bezeichnet – nichts wissen will. Bemerkenswert ist überhaupt der Umstand, daß bei solchem, an Nötigung grenzenden Drängen, Kongreß und Medien, ob es sich nun um die letzten Großhikaner auf der Reaganomic-Spur oder um deren innenpolitische Widersacher handelt, mit am gleichen Strang ziehen: Die einen beißen sich an unseren aus ihrer Sicht immer noch unerträglich überhöhten Sozialleistungen fest; die anderen bemäkeln die Geld- und Zinspolitik der Bundesbank, zu zögerliche Steuerreformen und zurückhaltende Ausgabenpolitik.

Dabei sollten auch positive Anregungen und Beurteilungen von liberalen amerikanischen Seiten keineswegs übersehen werden, die warnend

auf die Gefahren bestehender und wachsender Massen-Arbeitslosigkeit, auf die Konsumschwäche der unteren Einkommensgruppen und eine allzu große Anhängigkeit von einer exportkopflastigen deutschen Volkswirtschaft hinweisen.

Während das reichste Land der Erde vor wenigen Jahrzehnten noch ganz selbstverständlich mit einer breitgefächerten Palette eigener qualitativ hochwertiger Industrieprodukte präsent war, hat – ausgehend vom „Sputnik-Schock“ der endfünfziger Jahre – ein Prozeß weitreichender De-Industrialisierung im sozioökonomischen Spektrum der USA stattgefunden: Ganze Zweige der Investitions- und Konsumgütererzeugung wurden lahmgelegt oder ausgemustert. Die stetig zunehmende Schubkraft des militärischen Komplexes, unter dessen Regie eine zu immer gewaltigeren Generationsprüngen angetriebene Hochtechnologie zum neuen Fortschritts-Credo stilisiert wurde, trug mehr zur Verkümmern der traditionellen Produktionsbereiche bei, als sie an „Spin-off“ zu deren Modernisierung weitergeben konnte. Den USA geblieben sind massenweise Produktionsstätten für mediokre Wegwerfgüter sowie Großkonzerne mit ihren Zulieferbetrieben, die sich auf Entwicklung und Herstellung kostspieligster Erzeugnisse der Spitzentechnologien konzentrieren. Um diese Wirtschaftskomplexe rankt sich ein wild wucherndes Dienstleistungs- und Informationsgewerbe.

Ein amerikanisches Warenangebot, das den Ansprüchen der potenten Käuferschichten vom Mittelstand aufwärts entspricht, ist schlechterdings nicht zur Stelle; es muß also aus Übersee kommen. Für die Regeneration eines ausgewogenen Binnenwirtschaftssystems fehlen bereits die Voraussetzungen vom Erziehungs- und Ausbildungsstandard her. Von etwa 20 % der High Schools in Wohlstandsgebieten und 20 Elite-Universitäten mit international hohem Niveau abgesehen, rangiert der Leistungsdurchschnitt der Schulen und Colleges hinter dem der meisten Industrieländer in West und Ost. Nach den im Reagan-Reich gepflegten Visionen von Kraft und Herrlichkeit dürfte sich daran kaum etwas ändern. „Schreite vorwärts, Amerika, greif nach den Sternen!“, so hieß es in der neuen Botschaft zu „State of the Union“. Ihre irdischen Defizite würden die Amerikaner auf diesem Weg auch fortan durch Einführen zu begleichen haben.

Klaus Bloemer

Schreiben nach Tschernobyl

Christa Wolf:

Störfall. Nachrichten eines Tages
Sammlung Luchterhand 777, Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1987, 119 S., DM 9,80

Zum Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl liegt Christa Wolfs neuestes Buch „Störfall“ in den Buchhandlungen aus, nachdem uns eben die Nachricht vom Strahlentod Wladimir Schwetschenkos erreicht hat, des Regisseurs, den es das Leben kostete, die Unfallstelle auf Celluloid zu bannen, um seine Zeitgenossen zu warnen und eine Nachwelt, wenn sie noch bestehen sollte.

Wo Alltagsprache und Wissenschaftsjargon versagen, setzt die Schriftstellerin ein mit den Ereignissen jenes aus dem Bilderbuch geschnittenen Frühlingstages. In Begriffen von Halbwertszeit und radioaktiven Zerfällen läßt sich die Katastrophe nicht fassen, genausowenig wie sich das Risiko in negativen Zehnerpotenzen und Stellen weit hinter dem Komma ausdrücken läßt. Christa Wolf schreibt sich und uns von der Seele, was den sonnigen Tag verdüsterte, was uns trotz Erklärungen der Experten das Herz beschwerte und sich seither als Schreckgespenst unter uns festsetzte. Sie zeigt die Wunde, die mit dem nicht einkalkulierten Störfall aufbrach, der nicht hätte stattfinden dürfen. Sie hält die schmerzende Authentizität durch gegenüber der Verstocktheit des Nachbarn, der die Hiobsbotschaft lieber ausschaltet als sie zu ertragen, gegenüber der offenen Schizophrenie der Amtsträger, die vor den Fernsehkameras das Risiko zugeben, ohne aus dem Eingeständnis die Konsequenzen zu ziehen.

Die Überlegungen oszillieren zwischen zwei Zentren, an denen sich das kollektive wie individuelle Schicksal

entscheidet, einmal die Tod ausströmende Ruine des Atommeilers, zum anderen den Operationstisch, auf dem an diesem Tag die Gehirnschirurgie über Leben und Tod ihres Bruders bestimmen. Um diese Pole baut Christa Wolf das Kraftfeld ihrer Reflexionen auf.

Eine sehr private Form wählt die Autorin mit dem Tagebuch, bei dem es sich genauer um Aufzeichnungen eines Tages handelt. Sie läßt uns teilhaben am Alltäglichen, das stets ins Grundsätzliche wächst. Über den Gartenzaun gesprochene Worte werden genauso brisant wie der Anruf der Tochter, der halbwüchsigen Enkelin, die sich beeilt, erwachsen zu werden, da sie spürt, daß die Zeit drängt und ihr vielleicht keine große Entwicklungsspanne mehr bleibt.

Um die Reflexionen ranken sich Triebe, Keime, Blüten, Vegetation. Schon von Todespartikeln durchsetzt formieren sich die Kräfte der Natur gegen die Todgeweihtheit. Trotz spritzt das verwehte Gras gegen die Vernichtung an, treibt der Löwenzahn seine zarten Blätter, einstmal als Delikatesse geschätzt, nun für den Menschen ungenießbar, dringt der Auberjüngersproß, noch mit der Samenhülle verbunden, ans Tageslicht. Wachstum, Chlorophyll, pflanzliche Zellteilung geraten zum Zeichen der Hoffnung in einer todgetränkten Umgebung. In der Pestzeit erhalten Säen und Pflanzen Symbolwert als rettende Handlungen, wird der Garten zur Chiffre des Überlebens. Ohne aufklärerischen Optimismus, der schon Voltaire verdächtig war, vernehmen wir die Forderung Candides: „... mais il faut cultiver notre jardin“, wir müssen unseren Garten bebauen, solange noch Zeit ist.

Die Seuche macht vor dem Geistigen nicht Halt, greift auf die Sprache über. Ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt, halet harmlosen Begriffen ein übler Beigeschmack an. Weit davon entfernt, Behagen auszulösen, weist das strahlende Wetter auf Vernichtung hin. Selbst das Blau des Himmels erregt Verdacht. In einer schwarzen Utopie sieht Christa Wolf Scharen von Germanisten damit zugange, Regale verbrauchter Dichtersprache zu

ersetzen, Bibliotheken wiederaufzubauen, verkehrte Metaphern ausmerzen, die Literatur zu entsorgen. Noch Brechts unschuldige weiße Wolke, die für nichts als ein zartes, lyrisches Gefühl, eine nuancierte Gestimmtheit steht, wird unfreiwillig verfremdet, da sie nunmehr auf radioaktive Gefahr hindeutet. Mit welchen unbelasteten Worten werden die Dichter ihre Liebe besingen?

Die Autorin dringt zu den Fundamenten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation vor, geht verkehrten Weichenstellungen nach, an denen die Entwicklung fehlgeleitet wurde, und kreist den blinden Fleck ein, der die lebensentscheidenden Fragen verdeckt, aus unserem Gesichtsfeld schneidet. Solange wir diese Aussparung nicht in den Blick bekommen, verhalten wir uns wie konditionierte Versuchstiere, die unter dem Zwang der Lusterzeugung handeln, die sich Erkenntnis und Fortschritt nennt, und koste es das Leben. Durch die Abspaltung abstrakter Rationalität konnte das technische Zerstörungspotential unkontrolliert anwachsen, ohne daß sich die Verantwortlichen darum kehrten. Die „Väter der Vernichtung“, so ein Buchtitel, haben längst die Tür zugeschlagen zu jenen Bereichen, wo sie mit dem Natürlichen in seiner elementaren Erscheinungsform konfrontiert wären. Die Sphäre unvermittelter Vitalität steht allenfalls noch den Frauen offen, die Kinder austragen, gebären, stillen, trösten und großziehen, wobei diese Erfahrungen nicht zurückfließen in den Sektor des Denkens und Forschens. Bis die auseinandergezerrten Hälfen zu einem Ganzen zusammengefügt werden, kann die Rationalität schwerlich konkret vermittelte Formen annehmen, entsteht kaum Sensibilität für Schonung des Lebens, Kultivierung des Gartens.

Schließlich erzählt Christa Wolf den Turmbau von Babel nach, der sich beschreiben läßt als Geschichte menschlicher Hybris, die sich in dem Wunsch äußert, dem Schöpfergott gleich zu sein, und sich somit als Geschichte des Sündenfalls erweist. Mit dieser mythologischen Deutung unserer Zeit wird die Autorin zur Scherlin, Visionärin, Cassandra, die Troja vor

dem Untergang warnt. Der Kreis schließt sich zu ihrem vorausgegangenen Roman. Troja gehört nicht einer fernen Vergangenheit an, sondern dem Hier und Jetzt.

Als Schriftstellerin sieht sie sich in das Verhängnis verwickelt. Fragwürdig wird das Unterfangen, sich immer präziser auszudrücken, die Sprache zu verfeinern, die Zahl der formulierbaren Sätze zu vergrößern. Damit spitzt sich das Problem zu, das sich der frühen Christa Wolf bereits in einem ihrer ersten Romane, „Der geteilte Himmel“, 1963 stellte: „Hat es einen Sinn, die Wahrheit, die man kennt, immer und unter allen Umständen zu sagen?“ Wir möchten antworten, daß das Aussprechen keine wirksame Barriere mehr bildet gegen das heranziehende Unglück, und uns Friedrich Dürrenmatt anschließen, wenn er das Moskauer Friedensforum vom Februar dieses Jahres vergleicht mit einer zum Scheitern verurteilten Konferenz der Saurier, die ihren schon sicheren Untergang aufhalten wollen. Trotzdem hat er an diesem Versuch der Verzweiflung teilgenommen.

Hier offenbart sich Leiden an der Aufklärung, die uns das Ziel weist und zugleich Beschränkungen setzt. Aus den Schranken aufklärerischen Denkens bricht die Autorin aus in Momenten, wo spontanes, emotional echtes Verhalten aufblitzt, wo sie gegen Unkraut wütet, das keine Schuld an der Katastrophe trägt, selbstzerstörerisch geschätzte Gegenstände beschädigt, die Teil ihrer Persönlichkeit geworden sind. Und schließlich entladen sich die Spannungen des Tages im nächtlichen Alptraum eines apokalyptischen Himmels. Sie entdeckt archaische, im Tierreich verankerte Schichten, die nicht einmal im Mythos einen Ausdruck finden, geschweige denn in der klaren Sprache der Vernunft. Wir spüren, daß es an der Zeit wäre, die Türen des dumpfen Kerkers weit aufzureißen, doch sie öffnen sich allenfalls einen Spalt.

Indessen schlägt die Echse mit dem Schwanz, das Reptil, das auf ältere Persönlichkeitsbereiche verweist, zuckt nur in Ketten, windet sich unter der kaum bewegten Oberfläche, an der sich allenfalls hier und da ein Riß zeigt.

Befreiung und Eruption der gebundenen Kräfte bleiben unwahrscheinlich, der Rückweg verschüttet. Nur beneiden können wir die kreatürliche Unschuld der klugen Delphine, die am Scheideweg der Evolution das bessere Teil erwählten, indem sie die Gabe der Sprache ausschlugen und dafür ihre Friedfertigkeit bewahrten, die dem Menschen unerreichbar ist. Der Cherub bewacht die Pforten des Garten Eden.

Am Abend des Unglückstages sucht Christa Wolf nach einer Lektüre, die der Situation gerecht würde. Sie hat sie mit ihrem Buch geschaffen.

Gabriele Junginger

Schmerz und Schönheit

Simone Schwarz-Bart:
Téluée. Frauenroman aus Guadeloupe
Aus dem Französischen von Udo Schögl.
Peter Hammer Verlag, Wuppertal
1987, 264 S., DM 24,80

„Wind und Regen über der wundertätigen Téluée“ wäre die wortgetreue Übersetzung des Originaltitels dieses Romans, dessen Schauplatz Guadeloupe ist, die größte Insel der kleinen Antillen und des französischen Übersee-Departements Guadeloupe. Karukéra – so der ursprüngliche Name – war 1493 von Kolumbus „entdeckt“ worden und Anfang des 17. Jahrhunderts den Franzosen in die Hände gefallen. Die Bewohner der zweigeteilten Vulkaninsel, die Karib-Indianer, wurden ausgerottet, aus Afrika aber Tausende von Schwarzen per Schiff in die Karibik verfrachtet. Die schwarzen Sklaven mußten Guadeloupe roden und zu einer Insel der Zuckerrohrplantagen machen, die sie bis heute ist. Die Geschichte dieses französischen Departements ist eine Geschichte von Herrschaft und Unterdrückung, von

Gewalt und Schmach, eine Geschichte heroischen Sterbens, aber auch die Geschichte derjenigen, die unter Tränen zu lächeln lernten.

Ti Jean, der sagenumwobene Held vieler karibischer Erzählungen, der mit allen Elementen des Körpers und des Geistes lebt und liebt und leidet, steht im Zentrum eines grandiosen Epos von Simone Schwarz-Bart, einer aus Guadeloupe stammenden, seit vielen Jahren in Paris lebenden und überaus erfolgreichen farbigen Autorin. *Ti Jean oder die Heimkehr nach Afrika*, 1982 im Peter Hammer Verlag erschienen, verbindet die Mythen, Fabeln und Märchen und die Geschichte der schwarzen Bevölkerung Guadeloupes bis hin zu den afrikanischen Ahnen zu einem leidgetränkt-prachtvollen Bilderteppich. Eine literarische Leistung sondergleichen, die hier genauso wenig zur Kenntnis genommen wurde wie überhaupt die Literatur der Dritten Welt.

Nun hat derselbe Verlag einen weiteren Roman von Simone Schwarz-Bart veröffentlicht, der bereits 1972 auf französisch erschien und mittlerweile in zwölf Sprachen übersetzt wurde. Ist *Ti Jean* ein monumentales Gemälde, dessen Bilderzyklen die Welten Guadeloupes und Afrikas, die Reiche der Toten, der Träume und der übersinnlichen Wahrnehmungen lebendig werden lassen, so erzählt *Téluée* die Geschichte dreier Generationen unbeugsamer schwarzer Frauen auf Guadeloupe von der Mitte des letzten bis in die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts.

Berichtet wird aus der Perspektive Téluée Lougandors, die von ihrem zehnten Lebensjahr an bei der Großmutter aufwuchs, weil ihre Mutter aus Liebe zu einem Mann die Insel verließ. Denn „sie wußte, daß man sich die Eingeweide herausreißen und den Bauch mit Stroh füllen muß, wenn man ein bißchen in der Sonne wandeln will“.

Die Urgroßmutter, Minerve, erlebte die Abschaffung der Sklaverei. Sie ließ sich in einem von Weißen verlassen und verfallenen Weiler nieder. Die Tochter Toussine wurde von ihrem Vater so geliebt, daß sie „zum Blut seiner Adern, zur Luft seiner

Lunge wurde". Dieser glücklichen Kindheit folgte eine sonnenüberstrahlte Ehe. Aber das Leben lehrt und die Erzählerin weiß: „Wehe dem, der einmal lacht und sich daran gewöhnt, denn die Ruchlosigkeit des Lebens kennt keine Grenzen, und wenn es euch mit einer Hand überschützt, so nur, um euch dann mit beiden Füßen zu treten.“ Toussines Tochter wird von einer heftig hingeschobenen und umstürzenden Petroleumlampe in Brand gesetzt. Siebzehn Tage sitzt die Mutter am Krankenlager des Kindes, dessen Körper eine große von Fliegen gepeinigte Wunde ist und „schmeichelt“ dem Tod, damit er es erlöse. Danach ist sie versteinert bis auf den Grund ihres Herzens. Es dauert Jahre, bis sie wieder zum Leben erwacht und ein neues Kind zur Welt bringt: Victoire, Télumées Mutter.

Télumée wächst bei der Großmutter in Fond Zombi auf, in ihrer Hütte, ihrem Garten, mit ihren Kaninchen und Hühnern. In ihren Erzählungen und denen ihrer Freundin Man Cia, einer großen Hexe, die die Heilkräfte von Pflanzen kennt und mit den Toten in Verbindung steht, erhalten die uralten Mythen einen neuen Glanz, wird die unsichtbare Welt hinter der sichtbaren lebendig.

Als die Großmutter krank wird, muß sich Télumée in einem weißen Herrenhaus verdingen, bei den Nachfahren „des Weißen der Weißen“, der im Wutanfall Neger zerquetschte. Die Erfahrung von Dumpfheit und Kälte macht ihr klar, daß ihr Platz „das Sumpfloch Fond Zombi“ ist.

Sie heiratet, das Glück umgibt sie wie eine Aureole. Aber eine Regenzeit mit Wasserhosen und Wildbächen, die die Ernten vernichten, und eine darauffolgende Hitzeperiode, die das Vieh weggrafft, stürzen die Bewohner von Fond Zombi in Armut. Ihr Mann wird arbeitslos, der „Abgrund der Verfolgten“ tut sich in ihm auf, er trinkt, schlägt sie, nimmt sich eine neue Frau. Télumée flieht zur Großmutter, stumpf vor Schmerz und Schmach. Nach Wochen des Wahnsinns geht sie siegreich aus diesem Unglück hervor. Sie wird Erntearbeiterin im „Feuer des Zuckerrohrs“ für einen erbärmlichen Tageslohn.

Ein Tagwerk bedeutet: 20 Stapel Zuckerrohr – 20 Stapel zu 25 Paketen, das sind 10 000 Machetenhiebe im Tanz der Stacheln unter sengender Sonne inmitten von Bienen- und Hornissenschwärmen. Sie schwingt ihr Messer und zerhackt ihr Leid wie die anderen auch. Und wieder geht ihr ein Stern auf: der Neger Amboise, der sie liebt, mit dem sie Jahre leuchtenden Glücks erlebt. Aber auch dieser Stern geht unter. Bei einem Streik setzen die Fabrikherren die Kessel in Betrieb, und kochend heißer Dampf trifft die Versammlung. Amboise, der um eine Lohnerhöhung von zwei Sous gebeten hatte, wird verbrüht.

Schließlich geht auch diese Zeit niederschmetternden Unglücks vorbei, in der Télumées Augen „zwei blinde Spiegel“ sind, die „kein Bild mehr zurückwerfen“. Als alte Frau nimmt sie den Platz ihrer Großmutter und Man Cia ein: sie wird eine wundertätige Zauberin, die berauscht ist von dem „prächtigen Glanz menschlicher Ungewißheit“. Zuletzt schaut sie fast zufrieden auf ihr Leben zurück: „Die Sonne geht auf, die Sonne geht unter, die Tage gleiten dahin, und der Sand, den der Wind aufwirbelt, wird mein Boot verschütten, aber ich werde hier sterben, wie ich bin, aufrecht in meinem kleinen Garten stehend, welche Freude!“

All dies wird von Simone Schwarz-Bart mit zärtlicher Empathie für ihre Figuren beschrieben. Darüber hinaus breitet sie ein weites Panorama der Mythen und Sitten, der Landschaft und Geschichte Guadeloupes aus, poetisch und dicht und immer wieder grotesk und ironisch. *Télumée* ist die Geschichte der Unterdrückten und Ausgebeuteten, die das Schöne nicht vergessen. Und nicht den Schmerz, nicht die Qual, die zum Feuer ihrer Poesie, ihrer Tänze, ihrer Musik wurden.

Renate Wiggershaus

Zweifel am Glaubenssatz der NATO

Jonathan Dean:
Watershed in Europe. Dismantling the East-West Military Confrontation
Union of Concerned Scientists, Lexington Books, Lexington, Massachusetts/Toronto 1987, 276 S., Dollar 9,95

Die Geschäftsgrundlage der NATO ist die militärische Bedrohung Westeuropas durch die Streitkräfte des Warschauer Paktes. Ständig fordert sie die Mitgliedstaaten des Bündnisses auf, in ihren Verteidigungsanstrengungen nicht nachzulassen, ja sie zu steigern, um der Gefahr Herr zu werden. Für besonders gefährlich hält sie die „Invasionsfähigkeit“ des Ostens, also die Fähigkeit zum Überraschungsangriff. Seit eh und je hat die behauptete konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes dazu herhalten müssen, um der Bereitschaft des Westens zu Entspannung und Abrüstung Grenzen zu setzen. So ist es auch heute. Jeder der gegen Entspannung und Abrüstung ist, stützt seine Argumentation auf die große Gefahr für Westeuropa, die von den überlegenen konventionellen Streitkräften des Warschauer Paktes ausgeht. Freilich ist die Bedrohung nur ein Glaubenssatz und nicht etwa das Ergebnis einer seriösen sicherheitspolitischen Lagebeurteilung.

Jonathan Dean erklährt sich in seinem Buch „Watershed in Europe“, diesen Glaubenssatz der NATO in Frage zu stellen. Seine These ist, der Fall, für den die NATO ursprünglich einmal geschaffen worden ist, nämlich Abschreckung oder Abwehr eines konsequent herbeigeführten Angriffs der Sowjetunion auf Westeuropa, sei im Laufe der Zeit immer unwahrscheinlicher geworden, heute liege er so fern ab aller Wirklichkeit, daß man ihn vernachlässigen könne.

Aber noch schlimmer für die NATO: Dean bestreitet auch, daß der Warschauer Pakt die militärische Fähigkeit für einen Überraschungsangriff besitzt. Wenn man aus den Kräftevergleichen alle die östlichen Divisionen

streicht, die im Frieden nicht voll präsent sind oder erst aus dem Hinterland herangeführt werden müßten, dann stehen 33 Divisionen des Warschauer Paktes (davon nur 21 russische) den 24 aktiven Divisionen der NATO gegenüber, die noch dazu stärker und kampfkraftiger sind. Unter diesen Umständen hat ein Überraschungsangriff keine Aussicht auf Erfolg.

Dean ist ein anerkannter Fachmann auf diesem Gebiet. Er war als US-Botschafter jahrelang Leiter der amerikanischen Delegation bei den Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien und damit primus inter pares auf Seiten der NATO. Wie kaum ein anderer vermag er zu beurteilen, was die Zahlen, die NATO und Warschauer Pakt auf den Verhandlungstisch gelegt haben, bedeuten. Darüber hinaus gilt er als Kenner der Ost-West-Probleme in Europa.

Dean geht bei seiner sicherheitspolitischen Lagebeurteilung von den nationalen Interessen der UdSSR aus, in der Annahme, sie würde diesen nicht aus freien Stücken zuwiderhandeln. Die Sowjetunion wisse, meint Dean, daß ein Angriff auf Westeuropa einen selbstmörderischen Atomkrieg auslösen könne. Auch der im Westen oft geäußerte Gedanke, die Sowjets könnten nach einem zerstörerischen Angriffskrieg die westeuropäische Wirtschaft intakt übernehmen, wie ein Großaktionär, der die Aktienmehrheit eines Konzerns erworben habe, sei absurd. Sie könne auch nicht mehr auf starke, moskauhörige kommunistische Parteien zählen, die fähig wären, die Macht zu übernehmen. Im Gegenteil, sie müßte mit einer extrem sowjetfeindlichen Bevölkerung fertigwerden und diese durch die Bajonette der Sowjetarmee in Schach halten. Für die UdSSR würde ein Eroberungskrieg gegen Westeuropa abenteuerliche Risiken mit sich bringen, aber weniger Nutzen abwerfen als friedlicher Handel und Kredite.

Aus dieser Lagebeurteilung folgert Dean, daß die militärische Ost-West-Konfrontation in Europa ihren Höhepunkt überschritten habe und sich nun auf dem absteigenden Ast befinde. Der Westen stehe vor der Wahl, entweder die Dinge treiben zu lassen oder für

eine weitschauende Politik der Entspannung und Abrüstung auszunutzen. Dean fürchtet, der Abbau werde sich als unordentlicher, unkoordinierter und stockender Prozeß vollziehen, aus dem der Westen nur wenig Nutzen zieht.

Deans Skepsis stützt sich darauf, daß jeder in Europa und in den USA, der politische Verantwortung trägt, mit dem Status quo in Europa zufrieden sei, einschließlich der militärischen Konfrontation. Die Sowjets brauchten die Konfrontation, um die Satelliten-Staaten bei der Stange zu halten und die Anwesenheit starker sowjetischer Truppen in Mitteleuropa zu rechtfertigen. In Europa – im Osten wie im Westen – wolle niemand die deutsche Wiedervereinigung; insofern habe Andreotti 1984 allen aus dem Herzen gesprochen. Aber auch die Westdeutschen wären nicht bereit, für eine Wiedervereinigung Abstriche an Freiheit und Wohlstand zu machen. In den USA schließlich gebe sich eine Mehrheit noch immer der Hoffnung hin, der Kommunismus in Osteuropa könne durch äußeren Druck beseitigt werden, und die NATO sei das geeignete Mittel, um diesen Druck auszuüben.

Dean glaubt nicht daran, daß der Status quo in Europa im Laufe der nächsten 20 Jahre überwunden werden wird. Dennoch könne der Abbau der militärischen Konfrontation in Europa planmäßig und zum Nutzen aller vollzogen werden. Dafür sieht er drei Handlungsfelder: eine neue, vor allem konventionell orientierte Architektur der militärischen Verteidigung, eine aus einem Guß bestehende Abrüstungskonzeption und eine blockübergreifende sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Für alle drei Handlungsfelder macht er Bestandsaufnahmen und schlägt vor, wie weiter vorgehen werden könne.

Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten einzugehen. Die Darstellung einiger Grundzüge mag genügen. Dean glaubt, obwohl die Kriegsgefahr gering sei, müßten die Europäer mehr für die konventionelle Verteidigung tun, nicht zuletzt, um ihre eigenen übersteigerten Bedrohungsvorstellungen zu kompensieren. Nur unter dieser

Voraussetzung werde auch der atomare Schirm der USA wirksam bleiben. Was die Abrüstung anbetrifft, müßten innenpolitische Widerstände und nationale Sonderinteressen, wie etwa die Frankreichs, hinter dem gemeinsamen Nutzen zurückstehen. Das Mißtrauen gegenüber den Absichten der jeweils anderen Seite müsse überwunden werden. Auf politischem Gebiet sei das Verhalten der beiden deutschen Staaten zueinander Anlaß für Hoffnungen. Obwohl sie verschiedenen Blöcken angehörten, vermieden sie Konflikte. Innerhalb ihrer Blöcke verträten sie loyal die gemeinsamen Sicherheitsinteressen, die sich aus ihrer geographischen Lage ergäben. Dean glaubt, daß diese Handlungsvorschläge ein geschlossenes Konzept ergeben.

Die Bedeutung von Deans Buch liegt darin, daß es Vorurteile abbaut, mit deren Hilfe es der NATO immer wieder gelungen ist, sich einer Anpassung an die historische Entwicklung entgegenzustemmen. Zugleich aber zeigt er auch, daß es nicht utopisch ist, die Chance, die sich aus den Veränderungen innerhalb der Sowjetunion und ihres europäischen Machtbereichs ergeben, weitschauend zu nutzen, ohne in Wunschenken zu verfallen. Diese beiden Vorzüge würden allein genügen, um eine deutsche Ausgabe von „Watershed in Europe“ zu rechtfertigen.

Freilich sieht Dean Europa mit den Augen eines Amerikaners. Wir Europäer würden uns vielleicht nicht so sehr darauf festlegen, daß der Status quo in den beiden kommenden Dezennien unverändert bestehen bleibt. Allein schon der Rückblick auf die vergangenen 20 Jahre, vom Harnel-Bericht bis zur Konferenz von Stockholm, stimmt uns hoffnungsvoller.

Christian Krause

Vorprogrammierte Konflikte

*Hanns-Dieter Jacobsen:
Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
als deutsch-amerikanisches Problem
(Aktuelle Materialien zur Internationalen
Politik, Band 5), Nomos-Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 1986, 341 S., DM 29,-*

Konflikte über den Osthandel zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten bestimmen nicht mehr – wie etwa 1981 – die Schlagzeilen. Der tägliche Ärger mit Cocom-Listen oder Informationsrestriktionen der USA auch gegenüber NATO-Staaten gehört zum Normalgeschäft – eine labile Situation, in der erneut Konflikte aufbrechen können. Die Struktur dieses unbewältigten Interessengegensatzes wird jetzt von Jacobsen, einem ausgewiesenen Fachmann auf diesem Gebiet, in historischer Perspektive nüchtern und materialreich analysiert.

Der Autor zeigt zunächst für den Zeitraum von 1922 bis 1983 die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der USA mit der UdSSR sowie nach dem 2. Weltkrieg die mit dem gesamten Ostblock auf. Schwerpunkt der Studie ist die ideologisch-wirtschaftliche Auseinandersetzung des Kapitalismus mit dem Sozialismus als Reaktion auf die jeweils vorherrschende politisch-militärische Lage. Jacobsen zeigt die Wirtschaftspolitik als Spielstein einer militärisch-strategischen Auseinandersetzung. Er zeigt auch das Interaktionsgeflecht zwischen wirtschaftlicher und militärischer Auseinandersetzung und daß Zweckbestimmung aller Sanktionen für den gesamten Zeitraum jeweils einer von folgenden fünf Punkten war:

1. Allgemeine Isolierung des Sowjetsystems,
2. Eindämmung sowjetischer Expansionen,
3. innere Destabilisierung bzw. Veränderung des sowjetischen Herrschaftsystems,
4. konditionierte Gewährung wirtschaftlicher Vorteile,
5. Einbindung und Schaffung gemeinsamer Verantwortlichkeiten.

Mit dem vorliegenden Werk wurde versucht zu zeigen, daß die politische Bedeutung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in den USA sehr viel anders als in der Bundesrepublik aufgefaßt wird. In eigentlich allen relevanten politischen Gruppen der USA ist die Sensibilität gegenüber dem wirtschaftlichen Austausch mit den kommunistisch regierten Staaten sehr viel größer als in der Bundesrepublik.

Der Autor kommt zu dem Schluß, daß – während die USA durch Verhängung „negativer“ wirtschaftlicher Sanktionen versucht, ihre Ziele zu erreichen – die Bundesrepublik durch den Ost-West-Handel als solchen und die damit verbundene Verflechtung der Systeme untereinander das angestrebte Ziel, nämlich „normale“ Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn zu erreichen, beabsichtigt. Das Buch kommt zu dem – nicht gerade ermutigenden – Schluß, daß künftige Entwicklungen sehr viel von dem politischen Kurs der amerikanischen Administration abhängen, der sich immer rasch ändern kann. Dies kann den Leser insbesondere im Hinblick auf den historischen Aufriß von wirtschaftspolitischen Sanktionen, die mitunter einen einfach gestrickten Geist widerspiegeln, nicht gerade hoffnungsfroh stimmen. Dies gilt um so mehr, als das Werk auch aufzeigt, daß die USA in der Regel ihre Maßnahmen erst nach Verabschiedung mit ihren „Verbündeten“ abzustimmen versuchen.

Das kenntnisreich und sauber recherchierte Buch ist allen zu empfehlen, die die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen verfolgen. Denn „künftige Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert“, und es ist gut, wenn jenseits des aktuellen Symbols die Struktur des Interessengegensatzes – auf beiden Seiten – erkannt wird.

Ulrich Steger

Konstruktive Kritik an Irsee

*Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.):
Über Irsee hinaus! Zur Kritik an
Programmwurf der SPD
Verlag Sozialistische Politik und
Wirtschaft, Berlin 1987, 91 S., DM 8,80*

Politische Etiketten wird man so leicht nicht los. Sie kleben an einem über die Jahre, auch wenn sie längst nicht mehr so recht passen wollen.

So werden die – sicherlich linkssozialistischen – Autoren aus dem Spektrum des spw-Verlages oft immer noch umstandslos und gern mit der „Stamokap-Fraktion“ bei den Jungsozialisten vor eineinhalb Jahrzehnten identifiziert. Dabei genigte es, den Prozeß der Diskussion und Weiterentwicklung ihrer Positionen einigermaßen aufmerksam zu verfolgen, um den allzu pauschalen Aburteilungen den Boden zu entziehen.

Die neue Publikation des kleinen Verlages verdient jedenfalls mehr Beachtung, als ihr vermutlich zuteil werden dürfte. Es handelt sich um eine durchaus „seriöse“, in konstruktiver Absicht gedachte und in solidarischer Form geführte Auseinandersetzung mit dem Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, – und nicht um einen Verriß desselben in Bausch und Bogen.

Die Zusammenstellung der einzelnen Beiträge folgt der Gliederung und der Struktur des Irseer Programmwurfs. Gewissermaßen eingerahmt werden die insgesamt 15 kritischen Kurztitel von zwei grundsätzlicher angelegten, orientierenden Essays von Detlev Albers, deren einer – Über Irsee hinaus! – den Lesern dieser Zeitschrift bereits aus Heft 2/87 bekannt ist. Der Bremer Politikprofessor wurde übrigens von seiner SPD-Landesorganisation in die neue, 30köpfige Programmkommission entsandt.

Die Autoren arbeiten aus ihrer Sicht Defizite, Mängel und Inkonsistenzen in den einzelnen Kapiteln des Entwurfs heraus, sie unterdrücken aber dort, wo es ihnen angebracht er-

scheint, auch lobende oder anerken- nende Worte nicht. Fast alle gelangen zu dem gleichen Befund: daß das Fehlen einer politisch-ökonomischen Analyse zu Schlußfolgerungen führt, an die immer neue kritische Fragen zu heften sind, zumal die Frage nach einer Strategie politischen Handelns, die ebenso vermißt wird.

Man muß den politischen Stand- punkt der Autoren nicht unbedingt teilen, um aus dem Bändchen für die innerparteiliche Programmdiskussion auf den verschiedenen Gliederungs- ebenen der SPD doch Nutzen zu zie- hen. Denn kritische Fragen müssen unabhängig von der Position, von der aussie formuliert wurden, beantwortet werden.

Rainer Diehl

Kultur von unten

Dieter Kramer:

Theorien zur historischen Arbeiterkul- tur
Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Verlag Arbeiterbe- wegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1987, 398 S., DM 25,-

Die Diskussion um den Kulturteil des Entwurfs für ein neues Grundsatzpro- gramm der SPD hat erst zaghaft be- gonnen, doch sogleich wurden weh- mütige Stimmen vernehmbar, die an die einstige Blütezeit der Kultur- und Freizeitvereinigungen der Arbeiterbe- wegung erinnern und nach Wegen zu einer Revitalisierung dieser Wirkungsbereiche Ausschau halten.

Rückblicke in die Vergangenheit und Bewunderung über das Gewesene können in hohem Maße anregend sein, wenn man sich nicht mit nostalgischer Verzückung begnügt, sondern über Spurensuche, Forschungen, Ausstel- lungen und Dokumentationen hinaus zu gesicherten Erkenntnissen darüber gelangt, wie die arbeitenden Menschen unter den herrschenden sozialen Be- dingungen ihr eigenes kulturelles Le-

ben innerhalb der gesamtgesellschaft- lichen Kultur empfinden und entfai- ten.

Diese komplizierten Prozesse der Ausformung einer klassenspezifischen Kultur im deutschsprachigen Raum hat der Frankfurter Kulturwissen- schaftler Dr. Dieter Kramer eingehend untersucht und die Resultate jetzt in seinem Buch „Theorien zur histori- schen Arbeiterkultur“ vorgelegt. Der sorgfältige Analytiker verfolgt alle Stränge der sozialkulturellen Entwick- lungen, alle politisch-programmati- schen Teilstrecken und alle wissen- schaftlichen Erkenntnis- und Erklä- rungsversuche. Ein Zentralpunkt die- ser kritischen Ermittlungen sind die Arbeiterorganisationen, ihre Kultur- einrichtungen, die mit ihnen verbun- denen Künstler und Kunstströmun- gen, sowie die jeweils vorherrschenden kulturellen Strukturen, die von den Unterprivilegierten begriffen, kritisch verarbeitet und selbstschöpferisch überwunden werden müssen.

Dieter Kramer zeigt diese Prozesse stets eingebettet in die objektiven ge- sellschaftlichen Machtstrukturen und Marktmechanismen. Angesichts einer beeindruckenden Vergangenheit und einer kargen Gegenwart unserer Arbei- terkultur sieht Dieter Kramer im Blick auf neue soziale, demokratische, anti- militaristische und ökologische Im- pulse durchaus Belebungschancen für die nahe Zukunft, freilich nur dann, wenn es gelingt, die Organisationen der Arbeitnehmer, die dem demokra- tischen Fortschritt zugeneigten Men- schen und die engagierten Künstler zu aktiverem Zusammenwirken zu brin- gen.

Kramers Forschungen, seine ver- gleichenden und wertenden Unters- uchungen von Theorie und Praxis kön- nen beim Verstehen des Vergangenen, beim Begreifen des Gegenwärtigen und beim Gestalten von Zukünftigen ein hilfreicher Kompaß sein. Sie sind eine Anregung, den Kulturteil unseres Entwurfs für ein neues Grundsatz- programm so zu verändern, daß wir über unsere Antrags- und Resolutions- kultur hinaus zu neuer kultureller Ei- genaktivität gelangen. Kramers Kul- turbegriff, der den ganzen Menschen und seinen Alltag einbezieht, kann uns

helfen, auch jene Kreise zu erreichen, einsichtig und kooperationsbereit zu machen, die sich politisch verlassen oder ungebunden fühlen.

Gesellschaftskritische Kunst hat alle Zeiten der Krisen, der Unterdrük- kungen und Verirrungen tatsächlich ja weit besser überstanden als unsere lin- ken Organisationen. Der Wirkungsradi- us streitbarer Kunst reicht auch heute viel weiter als der unserer Ar- beitnehmerorganisationen, denn die besseren unter unseren Künstlern, Schriftstellern, Musikern, Filmema- chern – auch und gerade die Frauen! – sind weit näher bei den Menschen und ihren Problemen, als so mancher Man- datsträger. Da liegen große Aufgaben und Chancen für uns, zu mehr Wissen, Verständnis, wachsender Aktivität und Erfolg zu gelangen.

Herbert Stettner

Revolution ohne Mystifizierung

Klaus Schäfer/Erich Malter:

Libertad – Alltag in Nicaragua
*Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/
Bonn 1987, 120 S., DM 28,-*

Das Thema Nicaragua ist voller Tük- ken. Das ferne Land gerät periodisch in die Schlagzeilen und wird zum Streitpunkt bundesdeutscher Innen- politik. Die nicaraguanische Revolu- tion provoziert entweder fast über- schwengliche Begeisterung, manchmal geradezu Schwärmerei, oder sie provoziert schroffe Verurteilungen, die nicht selten auf der Übertragung ferti- ger Feindbilder basieren.

Nicaragua hat einerseits eine be- trächtliche Welle an Publikationen un- terschiedlicher Qualität und Ausrich- tung ausgelöst, die nur für Fachleute noch zu überschauen ist – es hat andererseits manchmal zu vorsichtiger Zu- rückhaltung geführt, um mit einer Pu- blikation nicht zwischen alle Stühle zu geraten.

Was läßt dieses kleine, ferne und wirtschaftlich so unbedeutende Land zu einer so heiklen Angelegenheit werden? Woher das große Interesse, woher die scharfen Kontroversen um die politischen Entwicklungen in diesem 3-Millionen-Volk? Und: kann die allgemeine politische Aufregung um Nicaragua dem Land überhaupt wirklich gerecht werden, oder wird so notwendigerweise die Realität verzeichnet? Ist Nicaragua nicht jenseits der Kontroversen auch ein „ganz normales“ Land?

Der erste Teil der Fragen ist relativ leicht zu klären: In Nicaragua herrscht Krieg, ein Krieg, den die größte Militärmacht der Welt – die USA – durch eine selbst gegründete und bezahlte Söldnertruppe gegen eines der kleinsten und ärmsten Länder Lateinameri-

kas führt. Zugleich wurde Nicaragua durch seine gegen die Somoza-Diktatur gerichtete Revolution und deren ersten hoffnungsvollen Maßnahmen zu einem Symbol für eine menschliche Umwälzung von Gewaltssystemen in der Dritten Welt. Das Zusammentreffen beider Aspekte – der destruktiven Rolle der NATO-Führungsmacht USA und der Hoffnung einer progressiven Umgestaltung – sorgte für die objektive Bedeutung und für die emotionale Dynamik, die sich heute mit Nicaragua verbindet. Nicaragua mußte von Rechts dämonisiert werden: alles andere wäre der US-Politik in den Rücken gefallen, und – die Hoffnung auf ein neues Revolutionsmodell für die Dritte Welt mußte zerstört werden.

Klaus Schäfer und Erich Malter

spüren mit ihrem Buch „Libertad – Alltag in Nicaragua“ der anderen Seite dieses Landes nach. Es geht ihnen darum, mit aller gebotenen Vorsicht die politischen Entwicklungen, die Kontroversen und inneren und äußeren Probleme Nicaraguas mit seinem alltäglichen Leben, mit seinem Lebensgefühl zu vermitteln. Dazu bedienen sie sich einer Mischung von schwarz-weißen Photos und Hintergrundtexten. Das Buch bemüht sich um die Darstellung eines „alltäglichen“ Nicaraguas, es zeigt Ausschnitte aus dem Leben und dem Arbeiten.

Diese Bilder werden allerdings nicht ästhetisierend mißbraucht, so als wären Dritte-Welt-Alltag und der politische Prozeß zwei völlig getrennte Bereiche, sondern erläuternde Texte machen deutlich, wie sehr Revolution, Krieg und resultierende wirtschaftliche Probleme das Leben der Menschen prägen, oft gar beherrschen. Insgesamt handelt es sich um ein politisch bewußtes, aber nachdenkliches Buch, das seine Sympathie mit dem Land und seiner Revolution nicht verbirgt, zugleich aber vorgefertigte Einschätzungen vermeidet.

Die Photos sind nicht spektakulär – so fehlen die oft gesehenen Kriegsbilder völlig – oder plakativ, aber sie vermitteln dem Betrachter nachvollziehbare Eindrücke, sie verringern die Distanz. Die Texte erfüllen, von wenigen begrifflichen Unschärfen einmal abgesehen, ihre Aufgabe der zutreffenden Einführung in die Realität Nicaraguas. Auch sie vermeiden plakative Überspitzungen und weichen Problemen nicht aus. Insgesamt ist es Schäfer und Malter gelungen, die „politische“ Dimension des „Alltags“ und die „alltägliche“ Präsenz des Erbes der Diktatur und des Krieges spürbar werden zu lassen. Das Buch macht deutlich, daß Nicaragua beides ist: eine Gesellschaft in einem revolutionären Prozeß (und in einem Abwehrkrieg) und ein völlig „normales“ lateinamerikanisches Land. Die Revolution wird so nicht mystifiziert und abstrahiert, sondern in die Realität zurückgeholt.

Jochen Hippler

